

Göttinger Studien zur Kulturanthropologie / Europäischen Ethnologie
Göttingen Studies in Cultural Anthropology / European Ethnology



Marlene Becker

Please Mind the Gap:
Eine kulturanthropologische Policy-Analyse
der Regierung von Klima_flucht



Universitätsverlag Göttingen

KAAEE

Marlene Becker

Please Mind the Gap:

Eine kulturanthropologische Policy-Analyse der Regierung von Klima_fluht

Dieses Werk ist lizenziert unter einer

[Creative Commons](#)

[Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen](#)

[4.0 International Lizenz](#).



erschienen als Band 11 in der Reihe
„Göttinger Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie“
im Universitätsverlag Göttingen 2020

Marlene Becker

Please Mind the Gap:
Eine kulturalanthropologische
Policy-Analyse der Regierung
von Klima_flucht

Göttinger Studien zur
Kulturalanthropologie/Europäischen
Ethnologie, Band 11



Universitätsverlag Göttingen
2020

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

„Göttinger Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie“,
herausgegeben von

Prof. Dr. Regina Bendix	E-Mail: rbendix@gwdg.de
Prof. Dr. Moritz Ege	E-Mail: mege@uni-goettingen.de
Prof. Dr. Sabine Hess	E-Mail: shess@uni-goettingen.de
Prof. Dr. Carola Lipp	E-Mail: Carola.Lipp@phil.uni-goettingen.de
Dr. Torsten Näser	E-Mail: tnaeser1@gwdg.de

Georg-August-Universität Göttingen
Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie
Heinrich-Düker-Weg 14
37073 Göttingen

Dissertation, Georg-August-Universität Göttingen

Kontakt

Marlene Becker
E-Mail: mabe@riseup.net

Dieses Buch ist auch als freie Onlineversion über die Homepage des Verlags sowie über den Göttinger Universitätskatalog (GUK) bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (<https://www.sub.uni-goettingen.de>) erreichbar. Es gelten die Lizenzbestimmungen der Onlineversion.

Satz und Layout: Sascha Bühler
Titelabbildung: [GregPlom/pixabay.com](https://www.pixabay.com)

© 2020 Universitätsverlag Göttingen
<https://univerlag.uni-goettingen.de>
ISBN: 978-3-86395-439-0
DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2020-1247>
eISSN: 2512-7055

Für
Monika & Leo Becker

Inhalt

Danke!	11
1 Einleitung: Frankfurt wird Klima_ flüchtlingslager	13
1.1 Asyl für Klima_ flüchtlinge?!	14
1.2 Kritische Klima_ fluchtforschung	16
1.3 Die Figur des Klima_ flüchtlings	17
1.4 Eine kulturanthropologische Policy-Analyse	18
1.5 Aufbau der Arbeit	20
2 Theoretische Positionierung: Wissen und die Regierung der Migration	25
2.1 Das europäische Migrations- und Grenzregime	26
2.2 Politik und Politikforschung im Wandel: Transversales Regieren	29
2.2.1 Global Environmental Migration Governance	30
2.2.2 Kulturanthropologische Policy-Forschung	32
2.3 Wissenslücke Klima_ flucht	36
2.4 Pluralisierung der Wissensformen und neue Orte der Wissensproduktion	38
2.5 Wissensregime	42
3 Eine genealogisch-ethnografische Policy-Analyse	47
3.1 Das genealogische Vorgehen	48
3.2 Ethnografisches Forschen in Politikfeldern	49
3.2.1 “Fieldwork is not what it used to be”	50
3.2.2 “Follow a Policy”	52
3.3 Situierete Wissensproduktion	56
4 Die Problematisierung des „Protection Gap“	59
4.1 Making a Refugee: Die Genese des internationalen Flüchtlingsregimes	60
4.2 Das binäre Selektionsprinzip zwischen Flucht und Migration	63
4.3 Die Hierarchisierung und Klassifikation von Migration	65

4.4	Das Wissensregime über die Schutzlücke Umwelt_fucht	68
4.5	Europäische Politik und Blockaden	72
4.5.1	Exkurs: Klima_fuchtklausel im schwedischen Asylrecht	75
4.6	Zwischenfazit: Das umkämpfte „Protection Gap“	77
5	Die Genese des Umwelt_flüchtlings	79
5.1	Die Initialzündung der Debatte	80
5.2	Ein Vehikel für Politik	84
5.3	Zwischenfazit: Umwelt_fucht als ein Aspekt von Klima-Governance	88
6	Zahlenspiele: “Politics of refugee numbers”	91
6.1	„Wir müssen mit 200 Millionen Klima_flüchtlings rechnen“	92
6.1.1	Norman Myers und die 200 Millionen Umwelt_flüchtlinge	94
6.1.2	Zahlenspiele in Kopenhagen: “At that time the press was suddenly interested in the concept of climate refugees”	95
6.2	Die Versicherheitlichung von Klima_fucht?!	100
6.3	Zwischenfazit: Wirkungsmacht des Narratives „200 Millionen Klima_flüchtlinge“	103
7	Das Politikfeld Umwelt_fucht: Ein Mapping	105
7.1	Das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit	106
7.2	Nichtregierungsorganisationen	109
7.3	Intergouvernementale Organisationen	112
7.3.1	International Organization for Migration	112
7.3.2	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	115
7.4	Der Versicherungssektor	118
7.4.1	AXA	118
7.4.2	Münchner Rück und Münchner Rück Stiftung	119
7.4.3	Munich Climate Insurance Initiative	119
7.5	Politische Prozesse und Foren	121
7.5.1	Die Nansen-Initiative	121
7.5.2	Platform on Disaster Displacement	125
7.6	Zwischenfazit: Transversales Regierungsnetzwerk	126
8	Ein zentraler Verhandlungsort: Die globale Klima-Governance	129
8.1	Der 22. Klimagipfel in Marrakesch	131
8.2	In der blauen Zone: „Ein wilder Mix“	133
8.3	In der grünen Zone: Der Export von französischen Milchkühen	136
8.4	Zwischenfazit: Gouvernamentalität und Klimawandel	137

9 Umwelt_migration: Vom Problem zur Chance	141
9.1 Die Genese des Umwelt_migration-Dispositivs	143
9.2 Der Migration-Adaption-Nexus	146
9.3 Anpassung und Resilienz: Fit für den Klimawandel	148
9.4 Zwischenfazit: Die Depolitisierung von Umwelt_migration	150
10 Umwelt_migration und das europäische Migrationsmanagement . . .	153
10.1 Migrationsmanagement	155
10.2 Umwelt_migrationsmanagement	157
10.3 Externalisierte europäische Migrationspolitik	160
10.4 Die Problematisierung von Umwelt_immobilität	166
10.5 Zwischenfazit: Ein „Triple Win“	168
11 Klimaversicherungen: Individualisierung von Klimarisiken	169
11.1 „Schäden und Verluste“ in den UN-Klimaverhandlungen.	170
11.2 Pro Poor: Integration in den Mikrofinanzsektor	174
11.3 Zwischenfazit: Märkte und Selbstverantwortung	177
12 Fazit: Klima_flucht-Policy	179
13 Literaturverzeichnis	187

Danke!

Für die langjährige und umfangreiche Betreuung meiner wissenschaftlichen Arbeit danke ich herzlich Prof. Dr. Sabine Hess. Ebenso herzlich danke ich Prof. Dr. Helen Schwenken für die Zweitbetreuung der Arbeit und für ihre zahlreichen konstruktiven Kommentare.

Ich bin sehr dankbar für den kontinuierlichen Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Labor für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Göttingen, dem Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung und der Forschungswerkstatt Migration und Gesellschaft. Besonders möchte ich mich für die Unterstützung von Lee Hieschler, Rebecca Hofmann, Melanie Wurst, David Lorenz und Mathias Schmidt-Sembdner bedanken. Merci Vilmal Judith Kopp, die so beständig die richtigen Worte findet.

Ein großes Dankeschön geht an Carolina Haut, die den Kampf gegen Satzungenetze aufgenommen und die Arbeit mit Stil und der richtigen Kommasetzung lesbar gemacht hat.

Weiterhin möchte ich mich bei Nicole Viusa für ihren Rückhalt bedanken, aber auch den anderen lieben Menschen von Pro Asyl. Für die Erinnerung an Self Care in turbulenten Zeiten danke ich meinen großartigen Freundinnen Charlotte Senf, Sinah Klockemann, Carina Becker, Melanie Roth, Anna Wegner, Johanna Ullsperger und Stella Student. Für viel Verständnis, das laute Vorlesen und den Entwurf von Plus- und Minus-Listen geht ein besonderes Dankeschön an Katharina Avemann.

Ein großes Dankeschön an Marc Speer für seine klaren und kritischen Worte und seinen großen Rückhalt!

Ermöglicht hat mein Projekt ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hier möchte ich mich auch unbedingt bei den zahlreichen Menschen bedanken, die mich bei der Stipendiums-Bewerbung unterstützt haben. Ich bedanke ich mich auch bei allen Gesprächs- und Interviewpartner_innen, bei Uwe Lübken, Sandra Papproth, Sophia Wirsching und Harald Lesch, die mir immer mit Rat und Tat zur Seite standen.

Zu guter Letzt gilt mein tief empfundener Dank meinem Vater Georg Becker und meiner Schwester Kathrin Maier. Ihr seid das Fundament!

1 Einleitung: Frankfurt wird Klima_flüchtlingslager

*“Say it loud, say it clear: Refugees are welcome here”
(Protest am Frankfurter Flughafen 2009).*

Sommer 2009: In der Eingangshalle des Terminals 1 am Frankfurter Flughafen stehen wild durcheinander Hunderte kleine, bunte Zelte, das sogenannte „Klima-Flüchtlingslager“. Ich gehe an einer Reihe von schuhkartongroßen Zelten entlang. Auf ihnen prangen Botschaften wie „UN-Recht“ oder „Fuck Frontex“ – ein Ausstellungsprojekt des Aktionskünstlers Hermann Josef Hack. Das Miniatur-Flüchtlingscamp wurde hier symbolisch als Fluchtort für Menschen errichtet, die vor den Folgen der globalen Erwärmung fliehen müssen.

Über den kleinen Zelten rasseln die Buchstaben der Flughafenanzeige, Passagiere eilen mit Koffern daran vorbei. Einige bleiben auch kurz stehen. Der Ort des „Klimaflüchtlings-Camps“ ist nicht zufällig gewählt, bringt er doch die Themen Klimawandel und Migration symbolisch zusammen. So steht der Flughafen einerseits für Umwelt- bzw. Klimaverschmutzung, andererseits ist er ein Ort der Mobilität bzw. Knotenpunkt des europäischen Grenzregimes – der Frankfurter Flughafen gilt als der größte Abschiebeflughafen Deutschlands.

Dass ich das Klimaflucht-Camp besuche, ist nicht einer Reise geschuldet, die ich am Flughafen antrete, sondern ich bin als Aktivistin vor Ort. Beteiligt an der Aktion ist nämlich eine lokale antirassistische Initiative, welche zusammen mit dem

Künstler die Zelte in der Flughafen-Vorhalle eilig aufbaut. Als das Sicherheitspersonal die Aktion für beendet erklärt, fordert der Künstler die Anerkennung von Klima_flüchtlings, damit meint Hack die Aufnahme des Fluchtgrunds Klima- bzw. Umweltwandel in das internationale Flüchtlingsregime.

Mit solch einer Forderung hatte ich bis dahin in meinem Aktivismus keine Berührungspunkte. Ich war zu dieser Zeit unter anderem auch in der Rechtsberatung für Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende tätig. Bis dato hatte mir kein_e Klient_in von umweltbedingten Fluchtgründen berichtet – auch während meiner späteren asylrechtlichen Arbeit für eine Menschenrechtsorganisation nicht. Am Frankfurter Flughafen kam ich also mit der Frage der Rechte für Klima_flüchtlinge in Kontakt, die mein Forschungsinteresse weckte und zu meinem Promotionsthema wurde. Von da an sollte mich das Thema viele Jahre, zumindest wissenschaftlich, begleiten.

Hintergrund der Aktion am Flughafen in 2009 waren keine Klima_flüchtlinge, die in Frankfurt einen Asylantrag stellten. Vielmehr war sie Teil einer Aufbruchstimmung nach den erfolgreichen Massenblockaden des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, der auch als der Moment der Politisierung der Linken gegenüber dem Klimathema gilt (vgl. Bedall et al. 2011: 42). In den Jahren nach Heiligendamm gab es im Zuge dessen Versuche, die antirassistische und die umweltpolitische Bewegung zusammenzubringen. So kam es u. a. zu einem ersten bundesweiten „Klima- und Antira-Camp“ in Hamburg 2008, dem „Klima.macht.Flucht Vernetzungskongress“ 2009 in Hannover und eben zu jener Aktion am Flughafen sowie der in diesem Rahmen veranstalteten Diskussionsrunde „Klima, Flucht, Flughafen“. Ein Hype, der in den Folgejahren jedoch abebbte. Der damals bevorstehende UN-Klimagipfel in Kopenhagen, der vom 7. bis 9. Dezember 2009 stattfand, wurde, wie die eben genannten Veranstaltungen und Vernetzungsaktivitäten zeigen, auch zum Ziel antirassistischer Mobilisierung. So bestand vor dem Gipfel unter Aktivist_innen der Klimabewegung noch die Hoffnung, Kopenhagen zu einem „Seattle“ zu machen. 1999 wurden in Seattle die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) von einem breiten Bündnis zum Stillstand gebracht (vgl. Bricke 2009). In „Hopenhagen“ sollte eine über das Jahr 2012 hinausgehende internationale Klimapolitik verhandelt werden. Letztlich ging der Gipfel als gescheitert in die Geschichte der Klimadiplomatie ein (vgl. Farbotko/McGregor 2010).

1.1 Asyl für Klima_flüchtlinge?!

Während Klima_fluht¹ in Europa in Form von leeren Zelten am Frankfurter Flughafen Gestalt annimmt, ist Migration im Kontext von Klimaveränderungen in anderen Teilen der Welt, insbesondere im globalen Süden, bereits Realität (vgl. u. a.

¹ Im Folgenden wird auch von der Figur des Klima_flüchtlings gesprochen, denn es soll nicht eine Typologie von Migration erfasst werden, sondern vielmehr der Diskurs um den Begriff. Die Präfixe Klima und Umwelt werden im Folgenden synonym verwendet (siehe dazu Abschnitt 1.4).

Tulele Peisa; Climate Change Warriors 2014).² Die Länder des globalen Südens sind und werden von Klimawandelfolgen wie Dürren und Bodenverlust besonders stark betroffen sein – während der globale Norden maßgeblich für die Verursachung des Klimawandels verantwortlich ist (vgl. u. a. Amnesty International et al. 2013; Müller-Mahn 2016). Dieses Ungleichgewicht zeigt sich im Umwelt_fluchtszenario exemplarisch an den Niederlanden. Deren Bewohner_innen sind zwar ebenso wie die Bewohner_innen kleinen Inselstaaten im Pazifik mit dem Anstieg des Meeresspiegels konfrontiert, sie sind aber nicht Teil des alarmierenden Klima_fluchtszenarios. In der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung geraten deswegen postkoloniale Machtverhältnisse und die Auswirkungen einer imperialen Lebensweise ins Forschungsinteresse (vgl. Bauriedel 2015b; Brand/Wissen 2017).

Angesichts des Einflusses der globalen Erwärmung auf Fluchtbewegungen ist in der Europäischen Union (EU) die Befürchtung aufgekommen, dass man sich auf eine neue Form der Migration einstellen müsse (vgl. u. a. Europäische Kommission 2008). Es ist eine Debatte über die Rechte von Umwelt_flüchtlingen entbrannt, der die essenzielle Frage zugrunde liegt, welche Fluchtgründe politisch legitim sind bzw. wer als schutzbedürftig gilt und wer nicht. Denn hinsichtlich der Aufnahme und der Behandlung von Umwelt_flüchtlingen gibt es keine spezifischen Pflichten, weder seitens der internationalen Staatengemeinschaft noch der EU. Es wurde daher von diversen Akteuren eine Schutzlücke (Protection Gap) postuliert (vgl. u. a. Greenpeace 2007; Ammer et al. 2010; European Parliament 2012; Kälin 2012; Environmental Justice Foundation 2014). Hier zeigt sich der zentrale Ausgangspunkt eines Politikfeldes, und zwar die Konstruktion des Problems einer „Schutzlücke“. Dessen Identifikation hat wiederum zu einer wachsenden Nachfrage nach Wissen über Umwelt_flucht geführt (vgl. u. a. Environmental Migration Portal; EACH FOR 2008; Foresight 2011; European Commission 2016). Denn diese Schutzlücke wirft insbesondere für die politischen Entscheidungsträger_innen eine Reihe konkreter Fragen auf: Was sollte getan werden, um Klima_flucht zu regieren? Welche rechtlichen Lücken gibt es und wie können sie geschlossen werden? Kann man Klima_flucht in bestehende migrationspolitische Raster einbetten oder sollen neue internationale Standards festgelegt werden (vgl. ICMPD 2012)?

Die Produktion und Zirkulation von Wissen über Migration bzw. das Schließen von Wissenslücken ist zentraler Teil der Regierung von Migration (vgl. Hess 2009). Für politische Lösungen werden die Produktion und der Austausch von Wissen über das Phänomen Umwelt_flucht quasi vorausgesetzt. So hat die EU in den letzten Jahren etliche Studien in Auftrag gegeben und damit enormes Wissen über Umwelt_flucht generiert (vgl. u. a. COST-Action 2011; Foresight 2011). Ausgangs-

² Die Begriffe „globaler Norden“ und „globaler Süden“ sind keine geografischen Bezeichnungen, sondern verweisen auf die weltpolitische und wirtschaftliche Stellung einzelner Gesellschaften – wobei es in den Gesellschaften des globalen Nordens auch sehr arme und politisch einflusslose Regionen gibt und im globalen Südens wohlhabende und mächtige. Dies hat sich durch den ökonomischen und politischen Aufstieg der sogenannten Schwellenländer weiterhin erheblich ausdifferenziert (vgl. Brand/Wissen 2011).

punkt dessen ist das Postulat einer Wissenslücke (Knowledge Gap), die politisches Handeln verhindere (Protection Gap). Hierbei handelt es sich um ein wechselseitiges und machtvolleres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Aus dieser Dynamik entspringt auch der Titel meiner Arbeit, der mit der Metapher „Mind the Gap“ auf die Produktivität dieser Lücken anspielt.

1.2 Kritische Klima_fuchtforschung

In der Auseinandersetzung um die Rechtsstellung von Klima_flüchtlings sind migrationspolitische Kategorien von zentralem Interesse. Dies zeigt sich in der breiten Debatte bzw. der Forderung, die Genfer Flüchtlingskonvention für Umwelt_flüchtlinge zu öffnen (vgl. u. a. Conisbee/Simms 2003; Wjinberg 2004), oder in einer Reihe (rechts)wissenschaftlicher Studien, die sich mit potenziellen Rechten und politischen Möglichkeitsräumen befassen (vgl. u. a. Kolmannskog/Myrstad 2009; Ammer et al. 2010; ICMPD 2012). Auch haben diverse zwischenstaatliche Organisationen (englisch intergovernmental organizations – IGOs) und Nichtregierungsorganisationen (englisch non-governmental organizations – NGOs) sich zur Verwendung bzw. Ablehnung des Terminus „Klimaflüchtling“ positioniert (vgl. u. a. IOM 2007; UNHCR 2008; CEEMA 2010; Amnesty International et al. 2013).

Die Bildung von Kategorien ist nicht nur zentraler Bestandteil von Migrationspolitik, sondern auch der Migrationsforschung (vgl. Müller 2010: 39). Teilen der Migrationsforschung wird bis heute eine unkritische Adaption der Definitionen des internationalen Flüchtlingsregimes vorgeworfen. Bereits der Ende der 1980er-Jahre veröffentlichte und breit rezipierte Sammelband „Escape from Violence – Conflict and the Refugee Crisis in the Developing World“ (1989) hat sich mit dieser Problematik befasst und für ein kritisches Verständnis des Flüchtlingsphänomens in der (Sozial-)Wissenschaft plädiert (vgl. Zolberg et al. 1989: 4; siehe auch Zetter 2007; Scherschel 2011b). Diese Debatte über die Frage und die Verwendung politischer Kategorien hat in der Umwelt_fuchtforschung bisher wenig Beachtung gefunden.

So wird die vorliegende Arbeit, entgegen einer oft politiknahen bzw. anwendungsorientierten Wissenschaft, die sich die Aufgabe macht, einen ordnungspolitischen Rahmen für Umwelt_fucht zu entwerfen oder die Zusammenhänge zwischen Umweltwandel und Migration in verschiedenen Weltregionen erforschen (vgl. u. a. EACH FOR 2008; Warner 2010; Foresight 2011; ICMPD 2012; Nansen-Initiative 2013), einen Beitrag zur kritischen Klima_fuchtforschung leisten. Sie reiht sich damit in eine Reihe von kritischen Ansätzen ein, die aus einer politik-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Perspektive den analytischen Fokus auf zentrale Akteure, Prozesse und Diskursbedingungen legen und eine machtsensible und herrschaftskritische Perspektive einnehmen (vgl. u. a. Oels 2008; Baldwin 2012; Klepp/Herbeck 2015; Baldwin/Bettini 2017; Klepp 2017). Der Politikwissenschaftler Giovanni Bettini spricht diesbezüglich von einer zweiten Generation der Klima_fuchtforschung. Er selbst verbindet Klima_fucht in

seinen Analysen mit Ansätzen der politischen Ökologie, mit kritischen Sicherheitsstudien und mit poststrukturellen Theorien (vgl. Bettini 2013a; 2013b). Auch Silja Klepp und Johannes Herbeck führen die kritische Auseinandersetzung mit theoretischen Konzepten im Forschungsfeld weiter und besprechen diese im Kontext der EU, der pazifischen Inselrepublik Kiribati und Ozeanien. Silja Klepps ethnografische Forschung zeigt, dass sich die Pazifikregion inmitten einer Aushandlungsphase um zukünftige Bedürfnisse und rechtliche Ansprüche von Umwelt_flüchtlingen befindet. Ihr Forschungsfokus auf Entscheidungsfindungsprozesse und die Rezeption und Interpretation der Diskurse um den Klimawandel vor Ort füllen eine Leerstelle in der ethnologischen Klimawandelforschung. Herbeck und Klepp plädieren für eine stärkere Hinwendung zu machtsensiblen Fragestellungen und die Berücksichtigung der Perspektiven der betroffenen Regionen. Sie schlagen daher postkoloniale, dezentrierte Perspektiven vor, um strukturelle und ökonomische Aspekte des Klimawandels und seiner Folgen sichtbar machen zu können (vgl. Klepp/Herbeck 2015).

Diese Forschungsarbeiten ordne ich der kritischen Klima_fluchtforschung zu, da sie aufgrund ihrer theoretischen Ausrichtung anschlussfähig sind für die vorliegende Arbeit. Ich greife die Beobachtung von Klepp und Herbeck auf, die schlussfolgern, dass die zunehmende Komplexität politischer Entscheidungsfindungsprozesse sowie die Dynamiken und Komplexität wissenschaftlicher Entwicklungen neue Forschungszugänge erfordern, die diese Prozesse in ihrer Entstehung sichtbar machen und analysieren (vgl. Klepp/Herbeck 2015). An diese Weiterentwicklung knüpft die vorliegende Arbeit an und stellt solch eine neue Forschungsperspektive dar, indem sie sich mit dem „Politikmachen“ bzw. dem komplexen Regierungsnetzwerk im Feld Klima_flucht beschäftigt.

1.3 Die Figur des Klima_flüchtlings

Für die Entwicklung eines kritischen Umgangs mit der Rechtsstellungsdebatte bzw. mit der Definition von Klima_flucht ist die Forschungsperspektive der Politikwissenschaftlerin und Gendertheoretikerin Isabell Lorey hilfreich (Lorey 2011). Generell beschäftigen sich feministische Theoretiker_innen seit Jahren intensiv mit der Nützlichkeit von Kategorien (siehe dazu etwa Butler 1997). Lorey plädiert in ihrer Auseinandersetzung mit Kategorien der Genderforschung für die „Kunst den Kategorien zu entgehen“ (Lorey 2011: 102). Damit hinterfragt sie Kategorisierungen und untersucht, welche Herrschaftsverhältnisse Kategorisierung (re)produzieren. Sie schlägt vor, Kategorien zu unterwandern, indem sich die wissenschaftliche Forschung mit widerständigen Kämpfen befasst (vgl. Lorey 2011). Ähnlich argumentiert die Politikwissenschaftlerin Sonja Buckel in ihrer Forschung zum EU-Migrationsrecht, indem sie den „de-politierten Charakter der Rechtsordnung“ infrage stellt und die dahinterstehenden Kämpfe sichtbar macht (vgl. Buckel 2013).

Diese Debatte aufgreifend werden im Folgenden forschungsstrategisch die Begriffe Klima_flüchtling bzw. Umwelt_flüchtling mit Unterstrich verwendet, denn es

soll nicht eine Typologie von Migration erfasst werden, sondern vielmehr der Diskurs um den Begriff. Infolgedessen ist eine Differenzierung zwischen Umwelt und Klima für die Untersuchung nicht relevant, zumal in diesbezüglichen Debatten zwischen den Begriffen nur selten differenziert wird. Wenn, dann wird Klima_flucht vielfach als eine Unterkategorie von Umwelt_flucht verstanden.

Der Begriff Klima_flüchtling fügt sich eben nicht affirmativ in das ordnungspolitische Schema ein, sondern nimmt vielmehr die Aushandlungen rund um die Figur in den Blick. Wie ich in der vorliegenden Arbeit zeigen werde, können migrationspolitische Kategorien als Ergebnis politischer und diskursiver Konstruktionsprozesse verstanden werden, die umkämpft sind (vgl. Müller 2010). Der Unterstrich zwischen Klima und Flüchtling verdeutlicht dies und soll während des Lesens anhaltend irritieren. Indem diese Arbeit die Terminologie nicht einfach reproduziert, sondern „denaturalisiert“ (Walters 2011a: 366), will sie neue Perspektiven auf das politische Feld eröffnen und zu alternativen Denkweisen anregen.³

Dieses Vorgehen soll dazu dienen, migrationspolitische Kategorien im Allgemeinen ihrer Selbstverständlichkeit zu entheben. Ziel ist ein Neu(durch)denken der Figur und ihres Wandels. Es geht darum, sich von gegenwärtigen hegemonialen Denkweisen, Normen und Kategorien zu entfernen und die Ordnung der Dinge aufzudecken, wie es auch die „Anthropology of Policy“ einfordert (vgl. Shore/Wright 1997).

1.4 Eine kulturalanthropologische Policy-Analyse

Der Umgang mit dem Begriff Umwelt_flucht macht auf das weitere kulturalanthropologische Vorgehen dieser Arbeit aufmerksam. Die Arbeit setzt die Figur Klima_flüchtling nicht als Gegenstand der Untersuchung voraus, sondern rückt vielmehr die Genese, Bedingungen und Entstehung politischer Handlungsräume, die Dynamiken, Unsicherheiten und die Rolle der zugrunde liegenden Wissensproduktion in den Fokus des Erkenntnisinteresses. Aus dieser Forschungsperspektive wird die Problematisierung von Klima_flucht hinterfragt und untersucht, wie die zu regierenden Subjekte und Konzepte mittels bestimmter Wissenstechnologien innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse hervorgebracht werden (vgl. Foucault 1987: 254f.; siehe auch Dean 1999). Die „Untersuchung von Problematisierungen“ ist ein Analysewerkzeug

³ Walters plädiert in seinen Überlegungen zum Schengener Durchführungsübereinkommen für eine „Denaturalisierung der Grenzen“. Dazu nutzt er eine genealogische Methode, die das Übereinkommen in einen erweiterten historischen Kontext stellt und die Kontinuitäten und Neuerungen aufzeigt, die Schengen mit anderen Arten der Grenze verbinden: „Statt Schengen mit der Welt der Globalisierung, wie wir sie kennen, in Verbindung zu bringen, statt Schengen dadurch kenntlich zu machen, was ich bestrebt, mit Schengen die Gewissheiten der Gegenwart zu erschüttern und zugleich zu zeigen, in welchem Sinn Schengen daran beteiligt ist, die Gegenwart hervorzubringen. Schengen, so sollte gezeigt werden, ist ein Ereignis, das es erlaubt, die als ‚natürlich‘ angesehene Beziehung von Grenze und Nationalstaat zu denaturalisieren“ (Walters 2011a: 329).

aus dem theoretischen Werkzeugkasten Foucaults. Er untersucht aus dieser Perspektive gesellschaftliche Konstruktionsprozesse von Problemen und versteht dies als eine kritische Analysebewegung. Zentral für diese Perspektive ist, dass bei der „Herstellung von Problemen“ Machtmechanismen eine zentrale Rolle spielen (vgl. Foucault 1977; siehe auch Dean 1999; Lemke/Krasmann/Bröckling 2000).

Hier zeichnet sich die Aufgabe einer engagierten kulturalanthropologischen Forschung ab, die auch diese Arbeit leisten will, indem sie die Intention verfolgt, „Selbstverständlichkeiten und Ordnungen, die eingelagerten Leerstellen, Grenzbeziehungen und Hierarchisierung sichtbar zu machen“ (Windmüller/Binder/Hengartner 2009: 16). Generell ist es das Ziel einer kulturalanthropologischen Policy-Analyse, Policies zu dekonstruieren, indem deren Darstellung als eine objektive Lösungsstrategie hinterfragt und als Regierungstechnik aufgedeckt wird (vgl. Shore/Wright/Però 2011).

Ich werde eine genealogisch-ethnografische Policy-Analyse konzipieren, die sich mit der Rechtsstellungsdebatte bzw. dem „Protection Gap“ anhand folgender Forschungsfragen auseinandersetzt:

Das Narrativ: Welche Erzählungen und Diskurse haben die Figur des Klima_flüchtlings hervorgebracht und dessen Rechtsstellung problematisiert?

Die Policy: Wie ist die Wissensproduktion um diese Figur mit Regierungstechniken des europäischen Grenzregimes verbunden?

Die Forschungsfragen ermöglichen eine kritische Distanz zur hegemonialen Problemdefinition des „Protection Gap“ und es geraten Aushandlungsprozesse in das Erkenntnisinteresse der Untersuchung. Das „doing“ der Genese und der Implementierung des Topos Umwelt_flüchtlings und des daran sich lagernden Politikfeldes liegen im Erkenntnisinteresse dieser Arbeit. Hierfür erscheint eine kulturalanthropologische Policy-Perspektive als geeignetes Analyseinstrument, weil unter ihr insbesondere Aushandlungen und Herstellungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren in den Fokus rücken – ein kulturalanthropologischer Blick auf eine Policy (politische Inhalte), die nicht die Polity (Strukturen) oder Politics (Prozess der Politikbildung) in den Forschungsfokus rückt. In der angloamerikanischen Politikwissenschaft ist eine sprachliche Differenzierung des Politikbegriffs in diese drei Dimensionen üblich. Der Begriff Policy lässt sich nicht adäquat ins Deutsche übersetzen. Er beschreibt ein bestimmtes politisches Themenfeld bzw. Politikfeld wie beispielsweise Umweltpolitik. Aus einer kulturalanthropologischen Perspektive betrachtet handelt es sich dabei um „das Ensemble von Praxen, Techniken und Interaktionsfeldern der Konzipierung, Planung, Aushandlung und Umsetzung, die einen solchen Politikbereich jeweils ausmachen“ (Adam/Vonderau 2014: 18).

1.5 Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2 werde ich mich anhand der Nachfrage nach Wissen über Umwelt_fucht bzw. der „Wissenslücke Umwelt_fucht“ dem Politikfeld nähern und das theoretische Fundament der Arbeit erläutern. Akteure und Ordnungen des Wissens der Migration haben sich über die Jahrzehnte vervielfältigt. Ein „Migration Knowledge Hype“ mobilisiert Staatsapparate, inter- und transnationale Organisationen sowie eine große Zahl diverser Akteure wie NGOs, Stiftungen und die Versicherungsbranche (vgl. Braun et al. 2017). Diese Entwicklung basiert darauf, dass sich die Formen der Regierung der Migration in den letzten Jahrzehnten außerordentlich verändert haben, insbesondere die Praxis des Regierens im Zuge von Europäisierungsprozessen (vgl. Walters/Haahr 2005; Bieling/Lerch 2006; Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Hess 2014). Diese Transformation wird mit dem Konzept des „transversalen, wissensbasierten Regierungnetzwerks“ konkretisiert, welches nicht dem klassischen Bild eines national-staatlich regierten Politikfeldes entspricht (vgl. Hess 2014). Für eine kritische Analyse solch einer netzförmigen Regierungsformationen werde ich mich auf Arbeiten der kulturanthropologischen Politikforschung beziehen (vgl. Wright/Shore 1997; Wedel et al. 2005; Wright/Shore/Però 2011; Adam/Vonderau 2014; Hess 2014; Baird 2017).

Im Hinblick auf neue Regierungsweisen, für die Wissen eine zentrale Rolle spielt, nutze ich im Folgenden die Wissensregime-Perspektive (Wehling 2007), die dazu geeignet ist, die Bedingungen der Wissensproduktion und ihren Einfluss auf Regierungstechniken zu erforschen. Angesichts der Pluralisierung der Wissensformen erscheint es mir als zentral, mich von einem wissenschaftszentrierten Verständnis von Wissen zu lösen (vgl. Weingart/Lentsch 2008; Maasen 2009). Mit dem Konzept des Wissensregimes nehme ich darüber hinaus eine machtsensible Perspektive ein, welche die Wissensproduktion ihrer vermeintlichen Neutralität enthebt und sie situiert (vgl. Haraway 1988; Straßheim 2012; Baldwin 2017).

Während meiner Forschung kam ich mit Politiker_innen, Regierungsbehörden, Wissenschaftler_innen unterschiedlicher Disziplinen, Mitarbeiter_innen von IGOs und NGOs wie auch mit Akteuren der Versicherungswirtschaft zusammen. Ich hörte mir Vorträge an, nahm an Diskussionen teil und führte eine Reihe von Gesprächen. Ich beobachtete, dass diverse Akteure an der Problematisierung der rechtlichen Schutzlücke beteiligt sind. Ich werde im Laufe meiner Arbeit zeigen, wie sich diverse Akteure auf Wissen beziehen, sich auf Handlungsoptionen verständigen und wie sich der Leitgedanke des Politikfeldes weiterentwickelt (siehe Seite 106).

In Anbetracht der sich stetig im Wandel befindenden Politikfelder zielt eine Anthropologie politischer Felder im Sinne von Adam und Vonderau weniger darauf ab, diese abschließend zu fassen, sondern geht vielmehr der Frage nach, welche Effekte und Dynamiken ihnen innewohnen. Dieser Ansatz knüpft an die Überlegungen von Shore und Wright an, die politische Transformationen als Prozess vielfältiger Verknüpfungen interpretieren, die im Rahmen einer Policy angestoßen werden: Was mit einer politischen Entscheidung anfängt, kann sich in Verknüpfungsprozessen verselbstständigen (vgl. Adam/Vonderau 2014: 21; Shore/Wright 1997).

Vor dem analytischen Hintergrund neuer Formen des Regierens entwickle ich im Anschluss in Kapitel 3 das Forschungsdesign. Ich werde aufzeigen, durch was sich eine ethnografische Policy-Forschung auszeichnet und mit welchen Problemen sie konfrontiert ist (vgl. Adam 2011; Adam/Vonderau 2014; Binder 2014). Ferner werde ich in diesem Kapitel Einblick geben in das ethnografische Material und den Feldforschungszugang. Als zentrale ethnografische Schauplätze (sites) gelten Konferenzen, die ich als wichtige Orte der Herstellung und Zirkulation von Wissen verstehe. Die „Event Ethnography“ ist dazu geeignet, die Art und Weise zu analysieren, wie Ideen während solcher Treffen besprochen, welche Kompromisse getroffen und welche Allianzen geschmiedet werden (vgl. Feldmann 2011a; 2011b; Campbell et al. 2014; Baird 2017).

Nachdem ich das theoretische Fundament meiner Arbeit dargelegt habe, wird der Rechtsstellungsdiskurs erörtert, es werden Forschungen in diesem Bereich vorgestellt sowie das „Protection Gap“ problematisiert. Problematisieren bedeutet, dass etwas dem Status des Selbstverständlichen enthoben und zum Gegenstand des Nachdenkens wird. Somit geraten Vorstellungen von „richtig“ oder „falsch“ in Bewegung (vgl. Binder 2014: 366).

Besonders wichtig erscheint es mir hier, migrationspolitische Kategorien dem Status des Selbstverständlichen zu entziehen, werden diese doch viel zu oft als neutral bzw. apolitisch verstanden. Dazu werfe ich unter anderem einen Blick auf die Entstehung und Institutionalisierung des Flüchtlingsbegriffs, der als zentraler Drehpunkt in den Diskursen über die Rechtsstellung von Klima_fucht gilt und der auf Machtrelationen und Ordnungsvorstellungen in diesem Politikbereich verweist (vgl. u. a. Malkki 1995; Zolberg et al. 1989; Chimni 2009). Diese Perspektive ist dazu geeignet, den Klima_fucht-Rechtsstellungsdiskurs als solchen zu reflektieren. Daran anschließend werde ich mich mit der Frage beschäftigen, wie es überhaupt zu einer Problematisierung der Schutzlücke gekommen ist. Ich werde aufzeigen, wie und warum Umwelt_fucht zu einem bestimmten Zeitpunkt von bestimmten Akteuren debattiert wurde. Mit Bezug auf die Arbeiten von William Walters werde ich hier auch von der „Geburt“ des Umwelt_flüchtlings sprechen, also der Erfindung einer Figur, die ein politisches Kräftefeld evoziert hat (vgl. Walters 2011b).⁴

In Kapitel 5 werde ich mich dann auf Spurensuche begeben, wie es überhaupt zur Thematisierung der Fluchtursache Umwelt- bzw. Klimawandel kam. In Anwendung einer genealogischen Perspektive nach Foucault (1987) beschäftigt sich die Arbeit mit den Bedingungen, unter denen die Figur entstanden ist. Dazu wird die Entstehung bzw. die Geburt des Umwelt_flüchtlings Mitte der 1980er-Jahre verortet und von diesem Punkt aus problematisiert. Davon ausgehend wird in Kapitel 6 der Umgang mit Umwelt_fucht-Zahlen reflektiert, da diese seit Anbeginn tief in

⁴ William Walters spricht in seiner Arbeit von der „Geburt der humanitären Grenze“. Er erweitert damit die „Border Studies“ um den Aspekt des humanitären Regierens. Humanitäre Logiken und Praktiken setzt er dabei nicht in Widerspruch zur Versicherheitlichung des Grenz- und Migrationsregimes, sondern versteht sie als miteinander verwoben (vgl. Walters 2011b).

den Umwelt_fucht-Diskurs eingeschrieben sind. Generell sind Statistiken eine besondere Form der Wissensproduktion. Dem Diskurs über Klima_flüchtlinge liegt seit jeher ein Krisennarrativ zugrunde: Der Klimawandel erscheint als ein weiterer Verstärker des insgesamt hohen „Migrationsdrucks“ auf Europa. Hier wurde die Prognose von „200 Millionen Klima_flüchtlinge[n] bis 2050“ (Myers 2005) zentral. Ich werde mich in Kapitel 6 mit der Genese dieser Prognose beschäftigen und zeigen, dass diese und ihre anhaltende Rezeption Einblicke in die Konzeption des Politikfeldes gibt. Es wird in diesen Kapiteln nicht darum gehen, eine geschlossene Geschichtsschreibung zu verfassen, vielmehr geht es um die Politisierung der Figur.

Das noch junge Politikfeld hat sich kontinuierlich erweitert und ist über die Jahre zu einem schwer zu überblickenden Feld geworden. Organisationen haben ihre Mandate erweitert, finanzielle Ressourcen wurden verteilt und politische Initiativen angestoßen (vgl. u. a. Kälin 2012; Nansen-Initiative 2013; Disaster Displacement Platform 03.07.2017) – eine Entwicklung, auf die meine Arbeit kritisch reagiert, indem ich Wissensproduzent_innen in ihrer politischen Situierung und in ihrem politischen Einfluss innerhalb von wissensbasierten Regierungsnetzwerken verorten werde. Dies soll u. a. forschungspraktisch in Kapitel 7 durch ein Mapping illustriert werden, welches auf meinen Erfahrungen im Forschungsfeld zwischen 2011 und 2016 basiert und sich im Prozess des Forschens ergeben hat. Hier beleuchte ich Prozesse, stelle Akteure vor, grenze sie voneinander ab und kontextualisiere ihre diskursive, politische bzw. praktische Rolle.

In Kapitel 8 werde ich der Figur des Klima_flüchtlings an einen ihrer zentralen Verhandlungsorte folgen, und zwar auf die jährlich stattfindenden internationalen Klimaverhandlungen (englisch Conference of the Parties – COP), die ein wesentlicher Bestandteil des globalen Klimaregimes sind (vgl. Brühl 2015). Hier wird es zu generellen Überlegungen über neoliberale Rationalitäten in Umwelt-Governance-Kreisen kommen (vgl. Felli/Castree 2012; Bedall 2014; Chaturvedi/Doyle 2015), die anschließend mithilfe der Gouvernamentalitäts-Forschung theoretisiert werden (vgl. Dean 2003; Oels 2005; 2010).

Nachdem ich mich mit der Genese, den Akteuren und Aushandlungsorten auseinandergesetzt habe, wird gezeigt, dass der Begriff Umwelt_flüchtling mit verschiedenen Deutungen aufgeladen ist. Benennungspraxen haben sich über die Jahre verändert und gewisse Begriffe erfahren im Politikfeld eine Konjunktur. Während noch zu Beginn meines Forschungsprozesses Begriffe wie Umwelt- bzw. Klima_flüchtlinge zirkulierten, wurde es mehr und mehr zum „Common Sense“, von Klima_migration zu sprechen. Eine machtvolle diskursive Verschiebung, die sich als tendenziell nicht hinterfragte Selbstverständlichkeit etabliert hat. Kapitel 9 wird der Genese dieser neuen Figur Umwelt_migration nachgehen und den mit ihr verknüpften Anpassungsdiskurs, also die Idee, dass Migration als Anpassung an den Klimawandel als Überlebensstrategie akzeptiert und ermöglicht werden muss, darstellen. Ich werde zeigen, dass die Figur Umwelt_migration Teil einer spezifischen Bearbeitung des Themas ist, und diese spezifische Problematisierung hinterfragen.

Ich werde in Kapitel 10 zeigen, dass sich die Figur in das Paradigma der flexiblen Steuerung der Migration im Sinne einer Politik des Migrationsmanagements einfügt. Dazu wird an die Erkenntnisse der kritischen Grenz- und Migrationsforschung angeknüpft, die es ermöglichen, die Figur vor dem Hintergrund gegenwärtiger politischer Diskurse und Praktiken des europäischen Migrations- und Grenzregimes gegenzulesen (vgl. Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Hess/Kasperek 2010; Geiger/Pécoud 2012; Hess et al. 2016). Dabei wird die vorliegende Policy-Analyse an erste kritische Arbeiten zum Umwelt-Migration-Nexus anknüpfen (vgl. Felli/Castree 2012; Oels/Methmann 2015; Bettini/Nash/Gioli 2016; Klepp 2017).

Ferner bin ich in meiner Forschung auf den Diskurs über Immobilität im Zusammenhang mit dem Klimawandel gestoßen (vgl. Foresight 2011). Hier geht es um Menschen im globalen Süden, die trotz ihrer Exposition zu Umweltrisiken nicht migrieren. Auf der politischen Ebene ist u. a. in diesem Zusammenhang die Idee der Klimaversicherungen aufgekommen (vgl. u. a. MCII 2016; BMZ 2017; Deutscher Bundestag 2017). Ich werde diese Entwicklung unter dem Aspekt der Individualisierung von Risiken beleuchten und diesen als eine Facette des Umwelt_fluchtdiskurses auffassen. Hier mache ich eine Forschungslücke aus. Diese Perspektive verspricht einen spannenden analytischen Einblick in die Umwelt_flucht-Policy, indem ich hieran die Wissensproduktion durch private bzw. wirtschaftliche Akteure sowie deren Vernetzung und deren Einfluss auf das „policy making“ verdeutlichen werde. Dabei rekonstruiere ich die Annahmen und Deutungsmuster, die dem Versicherungsdiskurs zugrunde liegen, und ich werde zeigen, wie dieser die besonders Betroffenen des Klimawandels subjektiviert.

Anhand der Figuren Umwelt_migration und Immobilität werde ich zeigen, wie einzelne Begriffe mit Bedeutung aufgeladen sind, wie damit politische Maßnahmen gestaltet und andere verworfen werden. Ich werde deutlich machen, dass sich der Rechtsstellungsdiskurs, der sich einst mit asylrechtlichen Fragen auseinandersetzte, weiterentwickelt und ausdifferenziert hat.

2 Theoretische Positionierung: Wissen und die Regierung der Migration

“Research needs to assess the opportunities and constraints to developing more comprehensive international legal instruments or regional approaches to preventing and responding to climate migration, and addressing the protection needs of those displaced” (European Commission 2016: 22).

Das Eingangszitat ist ein Auszug aus dem Konferenzbericht „Understanding and Tackling the Migration Challenge: The Role of Research“. Die Konferenz wurde 2016 von der Generaldirektion der Europäischen Kommission in den Bereichen Forschung, Wissenschaft und Innovation unter dem Eindruck des „langen Sommers der Migration“ (Kasperek/Speer 2015) einberufen.⁵ Sie brachte Politiker_innen und Forscher_innen zusammen, um zu diskutieren, wie die Wissenschaft die Politik in der Gestaltung einer effektiven und nachhaltigen Migrationspolitik unterstützen kann (vgl. European Commission 2016: 7). Der Bericht wird hier exemplar-

⁵ Der Begriff bezieht sich auf den Sommer 2015, in dem es Hunderttausenden Flüchtlingen gelang, in die EU bzw. in den Schengen-Raum einzureisen. Während der Sommer im öffentlichen Diskurs auch als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, sprechen kritische Migrationsforscher_innen von einer Krise bzw. einer historischen und strukturellen Niederlage des europäischen Grenzregimes (vgl. Hess et al. 2016: 6f.).

risch herangezogen, um zu zeigen, dass die EU-Kommission bei der Deutung des Problems Klima_fucht bzw. dessen politischer Lösung der Forschung eine Schlüsselrolle zuschreibt. So resümiert Carlos Moedas, EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation: “Science should hold a mirror to what we do and reveal the weaknesses and opportunities we must address” (European Commission 2016: 3).

Die Spiegelmetapher führt zu einer zentralen These dieser Arbeit, nämlich dass Wissen für die Regierung von Migration eine zentrale Rolle spielt. Die EU hat in den letzten Jahren enormes Wissen über Umwelt_fucht generiert, indem sie wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben hat, welche beispielsweise die Rechtsstellung von Klima_flüchtlings (vgl. ICMPD 2012) oder den Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration untersuchten (vgl. EACH FOR 2008). Ausgangspunkt dieser Studien ist in der Regel das Postulat einer Wissenslücke (Knowledge Gap), die weiteres politisches Handeln verhindere. Die Forderung nach mehr Wissen, um politisch adäquat handeln zu können, oder der Verweis auf Wissenslücken, die politisches Handeln verhinderten, zeigte sich auch immer wieder im Rahmen meiner Forschung. So wurde kontinuierlich auf den von mir besuchten Konferenzen auf dieses sogenannte „Knowledge Gap“ verwiesen.

Angesichts der gestiegenen Bedeutung von Wissen für die Regierung von Migration plädiere ich für eine Auseinandersetzung mit Macht-Wissen-Komplexen (Foucault 1977) und für eine Perspektive, die das Konzept des Wissensregimes (Wehling 2007) in die Policy-Analyse integriert. Dieser Entwicklung stelle ich einen kurzen Überblick und eine Bewertung über die Formation des europäischen Migrations- und Grenzregimes voran. Denn angesichts der Frage, wie und ob die EU auf Klima_fucht reagiert, wird es notwendig, sich mit der Entstehung und Konzeption der europäischen Asyl- und Migrationspolitik auseinanderzusetzen. Hier kam es im Zuge von Europäisierungsprozessen zu einem Wandel in der Praxis des Regierens (vgl. Hess 2014).

2.1 Das europäische Migrations- und Grenzregime

Das Schengener-Abkommen von 1985 gilt als ein Meilenstein der Vergemeinschaftung der europäischen Migrations- und Asylpolitik (vgl. Walters 2011a). In der EU kam es in den 1990er-Jahren zu einer zunehmenden Vergemeinschaftung der nationalen Migrationspolitiken. Bis dahin war Migration integraler Bestandteil nationalstaatlicher Politik, insbesondere in den jeweiligen nationalen Ressorts der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (vgl. Kasperek 2016: 11). Mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 und mit den Beschlüssen des Gipfels von Tampere 1999 verfügt die EU über alle notwendigen Rechtsgrundlagen und Instrumente für eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik und daher auch über die Kompetenz, diese für Umwelt_flüchtlinge zu erweitern (vgl. Buckel 2013: 49).⁶

⁶ Im Zuge der Vergemeinschaftung wurde Anfang der 2000er-Jahre eine Reihe von Verordnungen und Richtlinien erlassen, beispielsweise die Dublin-Verordnung, welche die Zuständigkeit für Asylverfahren in der EU regelt (vgl. Buckel 2013: 49ff.; Kasperek 2016: 15).

Der Prozess der Vergemeinschaftung verlief und verläuft nicht reibungslos oder einheitlich, sondern ist seit jeher begleitet von Auseinandersetzungen und permanenten Krisen (vgl. Buckel 2013: 49ff.; siehe auch Hess et al. 2016; Kasperek 2016). So ist die EU von Anbeginn ein janusköpfiges Projekt. So war der Ausbau des EU-Binnenmarktes und der (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit verbunden mit Politiken der selektiven Migrationskontrolle und einer Abschottung nach außen (vgl. Hess et al. 2016: 6). Als sogenannte „Kompensationsmaßnahme“ zum Ausbau eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ im Inneren der EU, wurden europäische Migrations- und Grenzkontrollen nicht nur an die EU-Außengrenzen, sondern auch weit darüber hinaus verlagert (vgl. Hess 2012: 19; siehe auch Düvell 2002; Transit Migration Forschungsgruppe 2007).

Kritische Migrationswissenschaftler wie Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos interpretieren die Entwicklung hin zu einer Europäisierung der Migrationspolitik als eine Reaktion auf die Dynamiken der Migration. Sie schlussfolgern, dass sich das Terrain der Europäisierung der Migrationspolitik über das Verhältnis zwischen durch Migration strukturierte, transnationale Räume und ihrer staatlichen Reteritorialisierung konstituiert (vgl. Karakayali/Tsianos 2007: 11). Stephen Castles interpretiert die allmähliche Europäisierung der Migrationspolitik als eine Reaktion auf die Krise nationaler Migrationskontrolle im Zuge der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren. Mit dem Anwerbestopp für sogenannte Gastarbeiter_innen wurden nationale Migrationspolitiken Austragungsorte gesellschaftlicher Konflikte. Der technokratische Glaube, dass Migrationsbewegungen wie ein Wasserhahn auf- bzw. zuge dreht werden können, stellte sich als Illusion heraus (vgl. Castles 2005: 13). Vor diesem Hintergrund gelang die Neuausrichtung der Migrationspolitik in Europa, die zum einen ihre Europäisierung und zum anderen die politische Ablösung von einer reinen Abschottungslogik umfasst (vgl. Buckel 2014: 54; siehe Kapitel 10). Diese eben kurz dargestellten äußeren und inneren Prozesse stehen für Modifikationen des Politischen, die folgenreich sind für institutionelle Strukturen und Bedingungen staatlichen Handelns.

In der Debatte über die Veränderungen von Staatlichkeit ist die Governance-Forschung, die zunächst im Rahmen der Internationalen Beziehungen wie auch der Vergleichenden Politikwissenschaft ihren Anstoß fand, intensiv auch in der EU-Forschung rezipiert worden (vgl. Trömmel 2008; siehe auch Kohler-Koch 1998; Grande 2000).⁷ Die Entstehung der Global-Governance-Forschung wird generell vor dem Hintergrund von Transformationen in Zusammenhang mit Glo-

⁷ Analytisch gilt die Global-Governance-Perspektive als Weiterentwicklung des Regime-Ansatzes, unterscheidet sich aber durch ein umfassenderes Verständnis der entstandenen informellen Politikformen. Damit können neue Politikformen auf der internationalen Ebene auch außerhalb spezifischer Politikfelder innerhalb eines internationalen Zusammenhangs verortet werden. Brand et al. verstehen Global Governance in Anlehnung an den Diskursbegriff Foucaults als diskursives Feld, dessen Beziehungen in einer genaueren Analyse erschlossen werden (Brand et al. 2000: 13f.). Im Zuge dieser Perspektive verschiebt sich die politikwissenschaftliche Analyse von Institutionen auf Prozesse, die äußerst fragil sein können (vgl. Walters 2004: 29).

balisierungsprozessen in den 1980er-Jahren oder, anders formuliert, als politische Antwort auf wachsende (soziale) Komplexität verstanden, die mit herkömmlichen Kategorien bzw. Theorien der sogenannten realistischen Schule der internationalen Beziehungen nicht gefasst werden können, da diese lange auf klassische Konzeptionen des Nationalstaates konzentriert waren. Dem stehen politikwissenschaftliche Ansätze gegenüber, welche auf die Netzförmigkeit des Regierens und die zunehmende Bedeutung der Interaktionsbeziehungen in internationalen Beziehungen aufmerksam machen (vgl. Brand et al. 2000). Aus einer Governance-Perspektive kann die EU beispielsweise nach Ulrich Beck und Edgar Grande als „multi-level system of governance“ (vgl. Beck/Grande 2004) beschrieben werden; damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Staaten in der Union nicht irrelevant werden, aber dass sich ihre Nationalstaatlichkeit transformiert.

Mit Blick auf das eben angedeutete *Wie* des Europäisierungsprozesses zeigt die Governance-Forschung, dass die EU nicht mehr mit klassischen Konzepten aus der Ära des Nationalstaates zu fassen und unter Europäisierung keine einfache Verschiebung von Souveränität auf eine höhere supra-staatliche Ebene zu verstehen ist. Diesen „falschen Analogieschluss“ erkennt Sabine Hess nicht nur in der Migrationsforschung, sondern in vielen kultur-, sozial- und politikwissenschaftlichen Studien. Im Sinne einer verkürzten Staatsanalyse wird die Europäisierung als Synonym für Supra-Nationalisierung verstanden und das Anwachsen der EU mit einem Weniger an nationalstaatlicher Souveränität gleichgesetzt (vgl. Hess 2009). Nach Hess ist die Europäisierung der Migrationspolitik gerade wegen den „semi-staatlichen und wissensbasierten Organisationen, welche die dynamischen Effekte der Europäisierung mitproduzier(t)en“, äußerst erfolgreich (vgl. Hess 2009). In diesem Sinne ist die Europäisierung weniger als ein Rückzug des Staates zu verstehen, vielmehr handelt sich um eine Ausdehnung des Staates und eine Aktivierung immer breiterer Gruppen der Gesellschaft (vgl. Hess/Karakayali 2007: 53). In diesem Geflecht von formellen und informellen Beziehungen beteiligten sich diverse Akteure am Politikmachen, Agenda-Setting, Monitoring und an der Implementierung von Gesetzen (vgl. Brand et al. 2000; siehe auch Hess/Tsianos 2007; Betts 2013). Insbesondere NGOs wird dabei eine zentrale Rolle als Korrektur- und Kontrollfunktion zugeschrieben (vgl. Messner/Nuscheler 1996).⁸

⁸ Brand und Scherrer geben zu bedenken, dass die Governance-Perspektive nicht dazu führen sollte, die Rolle nationalstaatlicher Souveränität vor der Globalisierung zu überschätzen, ebenso wie die Rolle von NGOs nicht unterschätzt werden sollte (vgl. Brand/Scherrer 2005: 4).

2.2 Politik und Politikforschung im Wandel: Transversales Regieren

Angesichts von Europäisierungsprozessen und den mit ihnen verbundenen Transformationen des Politischen spricht Sabine Hess von einer „netzwerkförmigen und transversalen Europäisierung“ (Hess 2009). Damit erweitert sie die kulturanthropologische Europäisierungsforschung von Gisela Welz und Annina Lottermann (2009) um den Aspekt der „transversalen Europäisierung“, die sie als quer liegende Forschungsperspektive begreift.⁹ Ihr analytischer Fokus stellt eine kulturanthropologische Perspektive auf die neuen Formen des Regierens in und von Europa dar, die auf die „multi-skalaren Transformationen der politischen Regulationsgebilde“ reagiere (vgl. Hess 2014). Den Begriff transversal bezieht sie auf die konzeptuelle Topografie, die nicht mehr nur im Sinne von Top-down- oder Bottom-up-Prozessen verliefen, sondern transversal im Sinne quer liegender Ebenen, die neben staatlichen Stellen auch Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen und intergouvernementale Organisationen in das Regieren der Migration einbinden (vgl. Hess/Tsianos 2007: 27). Mit dieser Perspektive rückt ein weites Feld politischer Diskurse und Praktiken in den Blick, die außerhalb des klassisch parlamentarischen Politikbereichs liegen. Akteuren wie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) kommt hier nicht zuletzt die Rolle zu, durch die Produktion von Wissen das diskursive und politische Terrain für die Übernahme durch die EU-Migrationspolitik vorzubereiten (vgl. Karakayali 2008: 194; siehe Kapitel 7) – und das, wie ich zeigen werde, auch im Politikfeld der Umwelt_fluucht.

Mit diesem Netzwerkverständnis knüpft Sabine Hess an kulturanthropologische Forschungen an, die sich mit den Transformationen des Regierens im Zuge von Globalisierungsprozessen sowie der wachsenden Bedeutung von diversen Akteuren in Politiknetzwerken auseinandersetzen. Auch die Anthropologen James Ferguson und Akhil Gupta sprechen in Anlehnung an Foucault von einer Regierungsweise der „transnationalen Gouvernamentalität“. Sie betrachten Regierungsformen im indischen und afrikanischen Kontext, die unterschiedliche Akteure transversal miteinander verbinden (vgl. Ferguson/Gupta 2002; siehe auch Sharma/Gupta 2006). Forschungen, die sich mit diesen Topografien auseinandersetzen, beschreiben aus der Perspektive der Macht- und Regierungsanalytik Foucaults – der Gouvernamentalität – Regieren als ein heterogenes dynamisches Feld, welches an verschiedenen Orten und von verschiedenen Akteuren, Autoritäten, Wissensformen, Rationalisierungen, Strategien, Technologien und Subjektivierungsweisen beeinflusst, gestaltet und verhandelt wird (vgl. Foucault 2004: 399; siehe auch Ferguson/Gupta 2002; Walters 2004; Sharma/Gupta 2006; Hess 2014). William Walters und Jens Henrik Haahr sprechen mit Blick auf die EU von einem „transnationalen gouvernementa-

⁹ Den Terminus transversal verwendet Sabine Hess in Anlehnung an Cris Shore und Susan Wright (studying through) bzw. Ulf Hannerz (Quer-Forschen), die diesen in ihren Ausführungen über die ethnografische Forschungsrichtung verwenden (vgl. Hess 2014: 265; siehe Kapitel 3).

len Netzwerkcharakter des europäischen Regierens“: “There is no generic European government or European integration. There are only particular regimes of thought and practice within which certain ways of governing Europe becomes possible” (Walters/Haahr 2005: 14).

Der Begriff des Netzwerks hilft nach William Walters dabei, diese neuen „topographies of political authority“ zu erforschen (vgl. Walters 2004: 32). Die Transit Migration Forschungsgruppe (2007) ist Teil dieser neueren Forschungsperspektiven und rückt das Fehlen eines eindeutigen Entscheidungszentrums, die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren und die gestiegene Bedeutung horizontaler Aushandlungen in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses. Ergebnis und zugleich Voraussetzung der Europäisierung der Migrationspolitik seien die Multiplizierung der Akteure sowie die Privatisierung und „NGOisierung der Migrationspolitik“ (vgl. Karakayali 2008: 188; siehe auch Hess/Karakayali 2007; Tsianos 2008). Diese neue Regierungsweise umfasst das Outsourcing ehemals staatlicher Aufgaben an halb- und nichtstaatliche Akteure sowie einen Formwandel der klassischen politischen Akteure selbst, die immer stärker auch netzwerkförmig/aktivistisch wie NGOs agieren (vgl. Bahl/Ginal/Hess 2010: 171).

Der Einsatz foucaultscher Konzepte bzw. einer „Anthropology of the State“ (Sharma/Gupta 2006) nimmt Distanz zu staatsfixierten Perspektiven und fragt vielmehr nach dem „Doing the state“: “[H]ow ‘the state’ comes into being, how it is differentiated from other institutional forms, and what effects this construction has on the operation and diffusion of power throughout society” (Sharma/Gupta 2006: 8).

Es wurde deutlich, dass Nationalstaaten im Zuge von Globalisierungs- bzw. Europäisierungsprozessen gravierende Transformationen durchlaufen. Hierbei sind neuartige politische Konstellationen entstanden, in denen der Nationalstaat nicht obsolet geworden ist, sich aber dessen Rolle und Funktion im „Konzert mit anderen Akteuren verändert“ hat (Hess 2014: 247). Diese kulturanthropologische Perspektive auf die Transformationen des Politischen werde ich in der Analyse der Regierung von Umwelt_fucht nutzen, um wissenschaftliche Regierungsweisen in diesem Feld nachzuzeichnen. Die eben dargestellten Transformationen des Politischen im Rahmen der EU können als Teilprozesse verstanden werden, die auch auf globaler Ebene im Gange sind.

2.2.1 Global Environmental Migration Governance

Klima_fucht wird als Problem mit globaler Reichweite begriffen und Fragen der Rechtsstellung bleiben nicht allein auf das europäische Migrationsregime beschränkt. Die Figur war vielmehr von Beginn an ein transnationales Thema (vgl. UNEP 1985; siehe Kapitel 5). Hinsichtlich der Fragen der potenziellen Entwicklung bzw. des Aufbaus eines internationalen Systems aus Gesetzen, Regeln, Richtlinien und Organisationsstrukturen für Umwelt_flüchtlinge bzw. einer „Global Environmental Migration Governance“ (Warner 2010) oder eines „Global Governance System to Protect Climate Refugees“ (Biermann/Boas 2010), resümiert die Rechtswissenschaftlerin

Jane McAdam, dass es keine kohärente „Global Environmental Migration Governance“ gäbe, und begründet dies folgendermaßen:

“At present, there is no authoritative international institution responsible for governing environmental migration. The absence of a coherent body of norms that could properly be described as ‘international migration law’ means that there is no singular response to global migration governance, and this is complicated in the context of environmentally-induced movement given the multifaceted nature of the phenomenon” (McAdam 2010: 5).

Dieser Stand verweist darauf, dass es entgegen anderer transnationaler Themen wie dem Welthandel oder der globalen Erwärmung im Allgemeinen keine Global Governance von Migration gibt, also bisher kein kohärentes internationales Regime existiert (vgl. Betts 2013). Seit einigen Jahren gibt es Initiativen, eine globale Zusammenarbeit in Migrationsfragen zu etablieren (vgl. Düvell 2002; Krause 2018). Als jüngster Versuch gilt die „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“. Die UN-Vollversammlung verabschiedete diese Resolution am 19. September 2016 und damit ein Paket von Verpflichtungen zur Verbesserung des Schutzes von Flüchtlingen und Migrant_innen – ein „Global Compact for Migration“ und ein „Global Compact for Refugees“. Diese gelten als Reaktion auf die seit Jahren steigenden Zahlen von Geflüchteten und Migrant_innen (vgl. European Parliament 2017: 2). Die beiden Abkommen wurden im Dezember 2018 verabschiedet, darin sind auch Passagen zu Umwelt_migration enthalten. Der „Global Compact for Migration“ ist Aspekt einer Globalisierung des Migrationsregimes.

Die Global Governance erscheint angesichts vermeintlich allgemeiner globaler Probleme als eine effektive und alternativlose politische Strategie. Vor dem Hintergrund der Annahme einer vermeintlichen Alternativlosigkeit entwirft William Walters die Kritik einer „Antipolitics of Governance“ (Walters 2004). Der Politikwissenschaftler reagiert damit auf die mehrheitlich unkritische Haltung der politikwissenschaftlichen Governance-Forschung. Er wirft technokratischen Governance-Diskursen eine apolitische Perspektive auf politische Probleme vor. Somit formuliert William Walters den Rahmen für eine kritische Analyse wie folgt: “The task is to ‘decenter’ governance, to see it as a particular narrative about our present, who we are, who we want to become. And not a form of existence that is simply given to us” (Walters 2004: 43).

Kritiker_innen halten dem Global-Governance-Konzept eine Vernachlässigung von Macht- und Herrschaftsstrukturen vor, treffen doch hier unterschiedlich machtvolle Akteure aufeinander (vgl. Brand et al. 2000; Buckel et al. 2014). Eine vermeintliche Demokratisierung von politischen Prozessen durch kooperative und dialogische Governance-Strukturen wird seitens verschiedener Wissenschaftler_innen kritisch betrachtet. So machen Brand und Scherrer auf die strukturellen Rahmenbedingungen sowie auf die in spezifischen Institutionen eingelassenen Interessen und Kräfteverhältnisse aufmerksam. Als Beispiel führen sie die internationale Umweltpolitik an. Hier geht es nicht nur um Umweltschutz, sondern es finden

Auseinandersetzungen um spezifische Formen der Aneignung von Natur statt (vgl. Brand/Scherrer 2005: 10; siehe Kapitel 8).

Die Governance-Perspektive wird für diese Arbeit fruchtbar, indem sie die Regierung von Umwelt_fucht auf unterschiedlichen Ebenen transversal verortet. Potenzielle Maßnahmen und Diskurse werden auf der internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure gestaltet und verhandelt, dabei kommt der Produktion von Wissen eine zentrale Rolle zu. Ferner unterstützt diese Perspektive den Versuch, die Figur Umwelt_fucht vor dem Hintergrund des Ringens um eine globale Migrations-Governance zu verorten (siehe Kapitel 4). Wichtig ist mir hierbei an die Kritik Walters anzuknüpfen, der die Governance-Perspektive für herrschaftskritische Aspekte öffnet (vgl. Walters 2004). Machtmechanismen spielen eine wichtige Rolle in der Policy-Analyse, durch sie erhalten Politiken Plausibilität und Legitimität (vgl. Binder 2014: 366, siehe auch Rabinow 2005). Die im Zitat Walters genannte Aufgabe „to decenter governance“ wird daher im Folgenden mithilfe einer „Anthropology of Policy“ aufgegriffen.

2.2.2 Kulturanthropologische Policy-Forschung

Die Transformation von Staatlichkeit wirft Fragen hinsichtlich der gegenwärtigen Konstitution von Politikfeldern und der beteiligten Akteure auf. Der Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie ging es in der Beschäftigung mit den Dimensionen des Politischen von Beginn an darum, „dem König den Kopf abzuschlagen“, oder anders formuliert darum, Politik zu „entstaatlichen“ (vgl. Gutekunst/Schwertl 2018: 85f.). Die Metapher bezieht sich auf das Konzept der Gouvernamentalität. Dieses entsprang aus einer Kritik an politikwissenschaftlichen Studien, die implizit davon ausgingen, jede Form der Machtausübung könne als Akt der Souveränität verstanden werden (vgl. Foucault 2004). Foucault vertrat die Ansicht, dass Macht dem Souverän nicht länger als inhärent zuerkannt werden dürfe. Stattdessen müsse man die vielen Technologien und Praktiken, Wissensfelder, Sichtbarkeitsfelder und Identitätsformen identifizieren, die einem Herrscher erst eine gewisse Macht verleihen. Foucault verwendete den Begriff der Regierung also im weitesten Sinne (vgl. Foucault 1987: 255; siehe auch Dean 2003). Hier setzt die „Anthropology of Policy“ an, die einen wesentlichen Impuls zur Erweiterung und Pluralisierung der anthropologischen Politikforschung in den 1990er-Jahren darstellt (vgl. Shore/Wright 1997; Wedel et al. 2005; Shore/Wright/Però 2011; Adam/Vonderau 2014).

Politiken können nicht nur ein Forschungsgegenstand sein, sondern auch eine analytische Perspektive darstellen, die fragt, wer wann, warum und wie im Namen der Politik handelt (vgl. Gutekunst/Schwertl 2018: 88). Dies tut eine kulturanthropologische Policy-Analyse, indem sie Diskurse, Methapern und zugrundeliegende Ideologien hinterfragt:

“Anthropologists can explain how taken-for-granted assumptions channel policy debates in certain directions, inform the dominant ways policy prob-

lems are identified, enable particular classifications of target groups, and legitimize certain policy solutions while marginalizing others” (Wedel et al. 2005: 34).

Während klassische politikwissenschaftliche Top-down-Modelle politische Programme und deren Implementierung vor allem als Werkzeuge des Regierens begreifen, zielt die „Anthropology of Policy“ darauf ab, unvorhersehbare Dynamiken und Effekte zu beleuchten (vgl. Binder 2014: 363). Sie wendet sich gegen ein rationales Policy-Verständnis und gegen die Annahme klar definierter Ziele und eindeutiger kausaler Beziehungen zwischen Ursache und politischer Maßnahme. Vielmehr handele es sich um ein System komplexer, fluider Prozesse (vgl. Shore/Wright 1997). So verstanden erscheinen Policies als analytische Fenster, deren Öffnung zu grundlegenden Erkenntnissen über gesellschaftliche Transformationsprozesse, Regierungslogiken und Macht-konstellationen in der Gegenwart führen (ebd.). Sie werden als zentrales Organisationsprinzip spätmoderner Gesellschaften verstanden und gelten als produktiv, performativ und immer umstritten: “[T]hey shift action; and, like machines, they perform tasks and are endowed with certain competencies” (Shore/Wright/Però 2011: 3).

Eine Policy stellt somit eine wirkungsmächtige Organisationsform dar, dort werden Ressourcen verteilt, Menschen kategorisiert und Räume strukturiert. Dort interagieren Menschen, dort gehen sie Beziehungen mit Institutionen und anderen Artefakten ein (vgl. Shore/Wright/Però 2011: 3). Außerdem unterstützen und unterbinden Policies bestimmte Handlungsweisen gleichermaßen. Sie begründen neue institutionelle Arrangements, sie stoßen öffentliche Diskurse an und etablieren deren Schlüsselbegriffe (vgl. Adam/Vonderau 2014: 9f.). So aufgefasst sind Policies immer politisch. Demgegenüber steht die Beobachtung, dass diese in der öffentlichen und medialen Debatte vielfach als neutral und technisch dargestellt werden bzw. erscheinen und ihnen dabei oftmals eine Art gesunder Realismus oder eine Alternativlosigkeit unterstellt wird. So ist eine das Feld durchziehende Annahme, dass Klima_*flucht* *nur* besser erforscht, lokalisiert, definiert und kategorisiert werden muss, um regiert werden zu können. Somit erscheint die Figur als objektiv zu lösendes Problem. Eine Wissenslücke scheint den Problemlösungsprozess zu bremsen. Dies scheint ein vermeintlich rational bzw. neutral klingendes Argument, es wird aber aus der Perspektive der „Anthropology of Policy“ in der vorliegenden Arbeit als Regierungstechnik entlarvt:

“[A]nd whatever else it might be, policy must also be understood as a type of power as well as the embodiment of a certain kind of instrumental reason. Indeed, the field of policy studies has often evaded serious critique because it has not adequately explored how policy narratives mobilize the language of science, reason, and common sense. Policy can be presented as apolitical because it appeals to seemingly neutral scientific reasoning or incontestable assertions about human nature” (Wedel et al. 2005: 37).

Eine solche Perspektive nehmen auch die Sozialwissenschaftlerinnen Isabelle Bruno, Sophie Jacquot und Lou Mandin in Bezug auf neuere Formen des Regierens in der EU ein. In der Verwendung von Narrativen, die wissensbasiert argumentieren, erkennen sie eine spezifische Regierungstechnologie, oder, wie sie es nennen, „technologies of performance“ bzw. „governance through knowledge“ (vgl. Bruno/Jacquot/Mandin 2006: 519). Angesichts dieser Interpretation gibt die „Anthropology of Policy“ zu bedenken, dass Policies nicht in einem Vakuum entstehen:

“[T]he language of policy making seems to endorse realism by presenting ‘problems’ as if they could be solved by filling Knowledge Gaps with new, objective data. But these gaps are not voids. They are crowded spaces already filled with moral values and preconceptions” (Shore/Wright 1997: 21).

Damit rückt in das analytische Interesse der kulturanthropologischen Policy-Forschung die performative Kraft von Wissensordnungen, die Politiken unterliegen bzw. beeinflussen (vgl. Shore/Wright/Però 2011; Farias 2014). Derart komplexen „Formationen des Politischen“ (Adam/Vonderau 2014) steht die Idee politischer Felder im Sinne elitärer Mikrofelder bzw. die kausale und als abgrenzbare gedachte Konzeptualisierung eines politischen Feldes im Sinne Pierre Bourdieus gegenüber, in denen die Entscheidungsträger_innen und die relevanten Akteure unschwer zu identifizieren sind. Nach Adam und Vonderau bewegt sich die Anthropologie politischer Felder zwischen der Analyse solch elitärer Mikrofelder, die auch weiterhin wirkungsmächtig sind, und der Erforschung komplexer politischer Konstellationen, in denen sich Macht immer schwieriger verorten lässt (vgl. Vonderau/Adam 2014: 28).¹⁰ Dies drückt sich nach Adam und Vonderau in einer Forschungslandschaft aus, die sich im Spannungsfeld zwischen Forschungen zu elitären Mikrofeldern der Macht und der Erforschung komplexer politischer Konstellationen bewegt (vgl. Vonderau/Adam 2014: 17). Bei letzterem geht es um Forschungsprojekte, die sich an Modellen wie Assemblage oder Dispositiv orientieren, um die Bedeutung nichthierarchischer Regelungsstrukturen und horizontaler Aushandlungen zu analysieren (vgl. Ong/Collier 2005).¹¹

In Anlehnung an die Arbeiten des Anthropologen Paul Rabinow, der sich auf das Problematisierungskonzept von Foucault bezieht, entwirft Beate Binder eine Kritik an der „Anthropology of Policy“ nach Shore und Wright. Sie kritisiert, dass die Autor_innen kaum darüber reflektieren, „wie das in Politiken aktivierte Wissen selbst durch Vorstellungen des Normalen und durch nicht hinterfragte Selbstverständlichkeiten strukturiert wird“ (Binder 2014: 367).

Sie macht dies daran deutlich, dass Geschlecht und Sexualität als zentrale Herrschaftsinstrumente in der Policy-Analyse bisher zu kurz kamen und in ihrer Wirkung

¹⁰ Der Sammelband von Jens Adam und Asta Vonderau versammelt kulturanthropologische Perspektiven und Forschungsarbeiten zum Politischen aus dem deutschsprachigen Raum. Er wird von Maria Schwertl als eine perspektivische und methodische Weiterentwicklung der kulturanthropologischen Politikforschung bewertet (vgl. Schwertl 2013).

¹¹ Assemblage dient als Konzept, Vernetzung neu zu denken. Zum Begriff der Assemblage siehe Deleuze/Guattari (1997). Zum Begriff Dispositiv siehe Foucault (1983).

auf politische Prozesse kaum thematisiert wurden (vgl. Binder 2014: 367). Ferner macht sie sich dafür stark, das analytische Potenzial der Rechtsanthropologie für die Kulturanthropologie des Politischen zu nutzen. Sie bemängelt eine Konzeption von Recht, die vielen Studien zugrunde liegt, die Recht als relativ statische Formation außerhalb sozialer Kämpfe und politischer Prozesse verorten (vgl. Binder 2018: 654; siehe Kapitel 4). Hier wirbt sie für die Integration eines „Legal Pluralism“ (Benda-Beckmann 2001), in dem eine Vielzahl von Akteuren, Apparaten und Systemen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um die Bedeutung und Produktion von Recht ringen.¹² Diese Kritik an der „Anthropology of Policy“ kommt u. a. von Jens Adam, der eine systematische Einbeziehung geschlechterkritischer Perspektiven fordert und auf fehlende postkoloniale Perspektiven aufmerksam macht. Er schlägt vor, Geschlecht als Herrschafts- und Subjektivierungsinstrument sowie (post-)koloniale Hierarchien in die konzeptionelle Weiterentwicklung der kommenden Jahre einzubeziehen (vgl. Adam 2011).

Eine solche postkoloniale Hierarchie, die das Politikfeld Umwelt_fucht durchdringt, ist die Konstitution der EU-Migrationskontrollpolitiken, welche globale Ungleichheiten reproduzieren und stabilisieren (vgl. Castles 2005), aber auch die geopolitische Verortung der Wissensproduktion, die überwiegend im globalen Norden stattfindet. Der Klimaforschung wird generell eine Hegemonie des globalen Nordens unterstellt (vgl. Chaturvedi/Doyle 2015). Und auch die Rechtsstellungsdebatte wird seitens verschiedener Forscher_innen im globalen Norden situiert, also in den vermeintlichen Aufnahmegesellschaften von Klima_flüchtlingen (vgl. Baldwin 2017; Mayer 2012; Schade 2017). Dieser Aspekt knüpft an die Kritik Beate Binders an. Sie macht darauf aufmerksam, dass das in Politiken aktivierte Wissen selbst durch nicht hinterfragte Selbstverständlichkeiten strukturiert ist. Zudem müsste die Verflechtung zwischen wissenschaftlichen und politischen Sichtweisen der Welt von Beginn der Forschung an als Teil der Wissensproduktion in den Blick genommen werden (vgl. Binder 2014: 367). Dieser Aspekt führt im Folgenden zu Überlegungen über die Konstitution von Wissen bzw. dessen Produktion. Doch was ist Wissen? Im Folgenden werde ich statt einer gültigen Definition von Wissen vielmehr dessen Merkmale bzw. die Pluralisierung der Wissensformen darlegen und neue Orte der Wissensproduktion vorstellen.

¹² Der Legal Pluralism ist ein zentraler Aspekt der rechtsanthropologischen Arbeiten von Benda-Beckmann. Recht wird somit als eine Machttechnologie verstanden, die soziale Verhältnisse nicht nur regelt, sondern mit hervorbringt (Benda-Beckmann 2001). Im Sinne einer postmodernen Rechtswissenschaft schlägt Susanne Baer unter Bezug auf Judith Butler die Erzeugung von „Rechtstrouble“ vor: „Rechtstrouble wäre das Unbehagen, das durch die subversiv verändernde Wiederholung der juristischen Konstruktionsprozesse erzeugt werden kann. Rechtstrouble können Richterinnen verursachen, die ein abweichendes Urteil in unterster Instanz fällen – die bundesdeutschen Entscheidungen zur Eheschließung von Lesben und Schwulen sind herausragende Beispiele. Rechtstrouble lässt sich von Anwältinnen und Bürgerinnen auslösen, die schlicht einklagen, was es eigentlich im traditionellen, regelmäßig dominanten und diskriminierenden Diskurs noch nicht gibt“ (Baer 1998: 21).

2.3 Wissenslücke Klima_fucht

Das „Knowledge Gap“ hat sich in meiner Forschung zu einem zentralen Indiz für neue, wissensbasierte Regierungsweisen entwickelt, das, wie ich zeigen werde, als eine Regierungstechnik verstanden werden kann. Exemplarisch für die Artikulation des „Knowledge Gap“ möchte ich zunächst ein Schlaglicht auf eine Situation während des Klimagipfels in Marrakesch werfen. In Kapitel 8 und 11 werde ich nochmal ausführlich auf meine Beobachtungen während des Gipfels eingehen.

Ich besuchte 2016 die internationalen Klimaverhandlungen in Marrakesch, wo unter anderem eine Veranstaltung mit dem Titel „How can research support policy processes on climate induced Migration“ stattfand, eines einer Reihe von sogenannten Side-Events, die den Klimagipfel begleiteten. Auf dem Podium sprach, neben Wissenschaftler_innen, die ihre Forschungsprojekte zum Klima-Migration-Nexus einem interessierten Publikum vorstellten, eine Mitarbeiterin der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Daria Mokhnacheva. Sie ist „Programm Officer“ der IOM für die sogenannte „Platform on Disaster Displacement“ (siehe Kapitel 7.5.2).¹³

Dass die IOM, eine internationale Organisation mit einem migrationspolitischen Mandat, in den Klimagipfel involviert ist, erscheint auf den ersten Blick überraschend, ist es aber nicht angesichts des seit Jahren expandierenden (Dienstleistungs-) Angebots der Organisation und angesichts der Transformationen des Politischen. Vor allem die IOM forderte in diesem Event eine intensivere Vernetzung von Wissenschaft und Politik. In ihrem Einführungs-Input bezieht sich Daria Mokhnacheva auf die Rolle der IOM als Wissensproduzentin im Bereich Umwelt_fucht:

“So why do we need research? This is a key issue for an organisation which provides technical advice to governments. We have understood how key it is to have the robust data and evidence to inform research, because without the exact understanding of what are the needs of people who are displaced because of climate change or environmental degradation. Without the understanding of their vulnerability, without the understanding of risks, at the national level, at the regional level, it is very hard for governments to decide how to respond to these challenges. Before any action can be done, we need to identify the gaps and the possible solutions that can be born” (Vortrag Mokhnacheva 09.11.16).¹⁴

Die IOM postuliert hier, dass Wissen notwendig ist, um politisches Handeln zu legitimieren bzw. dass, bevor politisches Handeln stattfinden könne, das notwendige Wissen produziert werden müsse. Diese Aussage bzw. das Zitat kann als Prisma für

¹³ Der Migrationswissenschaftler Serhat Karakayali bezeichnet die IOM als den „Prototyp einer Politik des Migrationsmanagements“ und als „maßgeschneiderte[n] Akteur für die EU-Politik einer ‚Governance of Migration‘“ (vgl. Karakayali 2008: 194; mehr zum Mandat der IOM in Kapitel 7.3.1).

¹⁴ Daria Mokhnacheva am 09. November 2016, COP Marrakesch. Transkript der Audioaufnahme.

das vorliegende Forschungsprojekt verstanden werden, veranschaulichen sich doch hier insbesondere zwei Aspekte:

(1) Es gibt Aufschluss über die Rolle einer intergouvernementalen Organisation für die Regierung von Umwelt_fluht. So steht die IOM hier paradigmatisch für die Bedeutung einer einflussreichen internationalen Regierungsorganisation in der Migrationssteuerung, indem sie Daten und Erkenntnisse für das Regieren von Migration produziert und bereitstellt. Wie ich zeigen werde, ist u. a. die IOM maßgeblich an der Konzeption des Politikfeldes Umwelt_fluht und der Entwicklung von politischen Steuerungsvorschlägen beteiligt (siehe dazu u. a. IOM 2016d; Kapitel 9 und 10). Im Rahmen meiner Feldforschungen war die IOM als vermeintlich neutrale Wissen produzierende Akteurin sehr präsent. Sie stellt enormes Wissen über die Figur bereit, neben ihrer Netzwerkarbeit auch in ihren hauseigenen Publikationen oder eigens organisierten Expert_innenrunden (siehe u. a. IOM 2009; 2014c; 2016a; 2016b; 2016d). Hier beobachtete ich, dass ihre eigentliche politische Situiertheit im europäischen Asyl- und Migrationsregime weitestgehend unthematisiert blieb.

(2) Hier komme ich zu einem weiteren Aspekt, der in dem Zitat deutlich wird. Denn es gibt Einblick in den Modus der Wissensproduktion. Was hier als neutrale und rein technische Dienstleistung (*technical advice* und *robust data*) für Politik und Wissenschaft erscheint, ist tatsächlich höchst politisch und kann als ein Beleg für transversale, wissensbasierte Regierungsnetzwerke verstanden werden.

Auf den ersten Blick scheinen die Entwicklungen bzw. die Forderungen nach einer breiteren Wissensbasis für die Politik, die sich als faktenorientiert und abseits ideologischer Schranken verortet, als eine vernünftige bzw. rationale Strategie der politischen Entscheidungsträger_innen. So sind doch die internationalen Beziehungen durch eine immer größere Komplexität gekennzeichnet, was Politiker_innen zunehmend zwingt, sich an Experten_innen zu wenden, die sie bei der Problemlösung unterstützen (vgl. Haas 1992: 11). Hier zeichnen sich Wissen-Macht-Formationen ab, weil auch immer die Frage im Raum steht, welches Wissen bzw. welche Experten_innen hier überhaupt angefragt werden: “Control over knowledge is an important dimension of power and the diffusion of new ideas and information can lead to new patterns of behaviour and prove to be an important determinant of international policy coordination” (Haas 1992: 11).

Welche Maßnahmen der Politik letztlich als die angemessenen erscheinen, ist auch abhängig von der jeweiligen Problemdefinition des beauftragten Experten_innen-Netzwerkes. Die vorliegende Arbeit versteht wissensbasierte (Politik-)Prozesse nicht als neutrale oder rein technokratische Strategien, sondern als ein umkämpftes Terrain bzw. als Regierungstechnik. Aus dieser machtkritischen Perspektive geraten somit transversale Aushandlungen und Emergenzen in den Fokus der vorliegenden genealogisch-ethnografischen Policy-Analyse.

2.4 Pluralisierung der Wissensformen und neue Orte der Wissensproduktion

Einige Wissenschaftler_innen postulieren seit einigen Jahren neue Formen der Wissensproduktion. Sie reagieren darauf mit unterschiedlichen begrifflichen Zuschreibungen, wie etwa dem Konzept der „post-normal science“ (Funtowicz/Ravetz 1990), der „postacademic science“ (Ziman 1996) oder mit der Perspektive des „Wissensregimes“ (Wehling 2007). Hintergrund all dieser Konzepte ist die Beobachtung eines Strukturwandels, der generell im Zuge eines Umbruchs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verortet wird. Wissen ist zunehmend zu einer zentralen gesellschaftlichen Ressource geworden, und das sowohl für das alltägliche Leben als auch für die Politik. Darunter werden verschiedene Entwicklungen gefasst:

- die Pluralisierung der Wissensformen mit dem Effekt, dass Universitäten ihr Monopol auf die Produktion wissenschaftlichen Wissens verloren haben,
- die schwindende Bedeutung wissenschaftlicher Disziplinen zugunsten transdisziplinärer Forschungszusammenhänge,
- der Trend, dass wissenschaftsinterne Kriterien und Verfahren der Qualitätssicherung durch die Orientierung an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bewertungen aufgeweicht werden
- und ebenso die Beobachtung, dass die soziale Verantwortlichkeit und Reflexivität der am Forschungsprozess Beteiligten zunimmt (vgl. Weingart 1997: 2f.; Krücken 2003: 237).

Im Zuge der Pluralisierung der Wissensformen haben sich inner- und außerhalb der klassischen Universitäten Forschungsinstitute, Think Tanks, Unternehmen, diverse Berater_innen und NGOs etabliert, die ihr Wissen in den öffentlichen, politischen und medialen Diskurs einbringen (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 11). Ein Bereich, in dem also diverse Akteure an Bedeutung gewinnen, etwa NGOs, indem sie eigene Datenbestände aufbauen und eigene Studien publizieren (siehe dazu beispielsweise Randall/Salsbury/White 2014; Brot für die Welt 2017). Diese Entwicklung bzw. Pluralisierung wird von Weingart und Lentsch auch als eine Demokratisierung von Expertise interpretiert. Als Beispiel führen sie das Engagement von AIDS-Aktivist_innen in den USA an, die mit ihrem Wissen Forschungseinrichtungen davon überzeugen konnten, klinische Tests von AIDS-Medikamenten besser den Bedürfnissen der HIV-Community anzupassen (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 144). Diese vermeintlichen Demokratisierungstendenzen stehen jedoch Machtfragen gegenüber, denn es steht auch immer die Frage im Raum, welches Wissen überhaupt zur Geltung kommt. So beobachten Sabine Hess und Bernd Kasperek in den vermehrt entstehenden migrationspolitischen Think Tanks statt einer Demokratisierung vielmehr eine Entgrenzung und politische Durchdringung wissenschaftlicher Grundlagenforschung. Sie machen den Trend aus, dass wissenschaftliche Forschung mehr und mehr in den Dienst kontrollpolitischer Rationalität gestellt wird.

Die Hinwendung zu einer politik- und anwendungsorientierten Migrationsforschung stellte der Migrationsforscher Richard Black bereits vor über 15 Jahren fest (vgl. Black 2001). Diese Entwicklung hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen, was sich insgesamt in der Anwendungsorientierung nationaler und europäischer Förderprogramme widerspiegelt. Seit den 1990er-Jahren hat die Förderung von Auftragsforschung durch Regierungen und Privatwirtschaft im Bereich Migration deutlich zugenommen (vgl. Kraler/Parnreiter 2005; Hess/Kasperek 2010). Sabine Hess und Bernd Kasperek sehen diese Tendenz verortet in der Europäisierung des Grenzregimes (vgl. Kasperek/Hess 2010: 14f.), eine Entwicklung, die sich besonders im Forschungsfeld Umwelt_fucht ausgeprägt hat, wo eine starke Anwendungs- und Politikorientierung stattfindet. Der Politikwissenschaftler François Gemenne verortet dies in der engen Verwobenheit zwischen Wissenschaft und Politik, die wenig Raum für die Entwicklung kritischer Forschungsarbeiten im Umwelt-Migration-Nexus lässt: “[I]ncreasing research is being pushed towards policy-relevance, and oftentimes research agendas are modeled on policy agendas” (Gemenne 2016: 238).

Hier zeichnet sich ein wechselseitiges Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ab, das als vorauseilender Gehorsam interpretiert werden kann, indem wissenschaftliche Projekte hegemoniale politische Paradigmen und Problematisierungen lediglich reproduzieren, um so ihre Förderchancen zu maximieren (vgl. Kasperek/Hess 2010: 14; siehe Kapitel 10).

In der Diskussion um die Wissensgesellschaft ist die Bedeutung wissenschaftlicher Politikberatung in den Fokus geraten, welche als ein neuer Typus der Wissensproduktion aufgefasst wird. Eine Entwicklung, die seit Ende der 1990er-Jahre unter dem Schlagwort „evidence based policy“ gefasst wird, welche sich auf die Verwissenschaftlichung von Politik in dem Sinne bezieht, als dass wissenschaftliche Expertise eine zunehmend zentrale Rolle für das Politikmachen spielt (vgl. Farias 2014: 154). Die gestiegene Nachfrage nach Wissen drückt sich aus in einer zunehmenden Bedeutung der wissenschaftlichen Politikberatung durch Beiräte und Kommissionen (siehe dazu beispielsweise Foresight 2011; Kapitel 9). Neben diesen formalen und üblicherweise auf Dauer eingerichteten Beratungsgremien kam es aber auch zu einem unüberschaubaren Bereich der individuellen, kommerziellen und durch Think Tanks geleisteten Politikberatung (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 9; siehe Kapitel 11). Auch die Rolle der IOM als Wissensproduzentin bzw. Wissensdienstleisterin veranschaulicht die Pluralisierung der Wissensformen. Das zeigt die Beobachtung, dass wissenschaftliches Wissen nur noch eine Form des gesellschaftlich relevanten Wissens darstellt und auch außeruniversitäre Akteure eine wichtige Funktion in der Generierung von Wissen eingenommen haben – ein wechselseitiges Verhältnis. So verweisen EU-Institutionen selbst auch auf die hohe Bedeutung von internationalen Regierungsorganisationen für die Steuerung von Migration, etwa durch die Bereitstellung von Wissen. Akteure wie die IOM dienen der EU als Wissenslieferanten. Besondere Synergien und positive Kosteneffekte werden laut

Martin Geiger dann erwartet, wenn spezialisierte Organisationen selbst, aus eigener Initiative heraus, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen entwerfen (vgl. Geiger 2011: 6). Hier sollte neben der machtvollen auch die lukrative Facette der Produktion von Wissen beachtet werden: “The capacity to generate information and to enshrine it in social and institutional memory ‘as knowledge’ is indeed a powerful one. It is also an extremely lucrative one” (Guttal 2006: 28).

Der Soziologe Peter Weingart und der Philosoph Justus Lentsch sprechen in diesem Zusammenhang von einem sogenannten „Markt des Wissens“, in dem verschiedene Akteure im eigenen kommerziellen und/oder politischen Interesse agieren (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 11).

Es lässt sich generell feststellen, dass sich ab Mitte der 1990er-Jahre die Beziehung zwischen Migrationsforschung und Politik intensiviert hat und im Laufe der Jahre ein komplexes Verhältnis bzw. Geflecht aus finanzieller Abhängigkeit, ideologischer Nähe und wechselseitiger Nutzbarmachung entstanden ist (vgl. Johnston-Arthur/Valchars 2011: 190):

“In migration studies, the topics of investigation, the research questions and even the findings have frequently been driven by political consideration, connected with the need to form and implement policies, and to legitimise them in the eyes of an often hostile public” (Castles 2017: 232).

Diese Beobachtung ist Teil des generellen Trends in der Migrationsforschung, ihre Wissensproduktion immer häufiger an der Nachfrage und dem Angebot etablierter staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auszurichten bzw. mit deren Interessen in Einklang zu bringen (vgl. Fiedler et al. 2017). Fabian Georgi und Fabian Wagner vertreten hinsichtlich dieser Entwicklung die These, dass Migrationsforschung und Migrationskontrollen parallel expandieren (vgl. Georgi/Wagner 2012: 306).

Angesichts der inhaltlichen und institutionellen Verstrickung der Wissensproduzent_innen fordern die Wissenschaftler_innen William Walters und Rutvica Andrijasevic zu einer (kritischen) Forschung auf, die die Einflüsse von wissensproduzierenden Organisationen wie z. B. der IOM auf die Politik, aber auch auf die Wissenschaft selbst aufzeigen (vgl. Andrijasevic/Walters 2010) – eine wichtige Perspektive, die auf die Verwobenheit wissensbasierter Netzwerkpolitik hinweist.¹⁵ Denn wie ich im Eingangszitat von Kapitel 2 bereits veranschaulicht habe, wird Wissen in einem bisher nie da gewesenen Maß in Anspruch genommen, um politische Entscheidungsprozesse zu unterstützen. Die Pluralisierung der Wissensformen ist ein Indiz dafür, dass die Grenze zwischen Wissenschaft bzw. Wissensproduzent_innen und Po-

¹⁵ Forscher_innen, die sich kritisch mit wissensproduzierenden, zwischenstaatlichen Organisationen auseinandersetzen, sind etwa der Politikwissenschaftler Fabian Georgi, der sich mit der IOM und dem von ihr betriebenen Paradigma des Migrationsmanagements befasst (vgl. Georgi 2010), die Kulturwissenschaftlerin Sabine Hess, die sich mit der Rolle des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in der europäischen Migrationspolitik auseinandersetzt (vgl. Hess 2014), oder Philipp Ratfisch und Stefan Scheel, die einen kritischen Blick auf den UNHCR werfen (vgl. Ratfisch/Scheel 2010).

litik durchlässig bzw. fluide ist. So stellen auch Wissenschaftler_innen nicht nur ihre Dienste zur Verfügung, sondern profilieren sich auch als politische Akteure. Es geht längst nicht mehr nur um das Handeln des Staates und seiner Institutionen einerseits oder um (akademisch generiertes) Wissen andererseits. So ist die Kulturanthropologie letztlich damit konfrontiert, sich innerhalb dieser Prozesse lokalisieren zu müssen. Nach Beate Binder bedeutet dies in letzter Konsequenz, nicht über, sondern aus Politik heraus zu forschen (vgl. Binder 2014: 382; siehe Kapitel 3.3).

Die Deutungshoheit von Wissen bzw. Wissen als Legitimationsressource für Politik ist darauf zurückzuführen, dass wissenschaftliches Wissen als vermeintlich neutrale Instanz gilt, welche, so scheint es, ihre Kraft aus Argumenten ableitet und damit per se apolitisch ist. Daher wird wissenschaftlichem Wissen bzw. den Aussagen wissenschaftlicher Experten_innen eine Beurteilungskompetenz über den jeweils infrage stehenden Gegenstandsbereich zugesprochen. Nur deshalb können wissenschaftliches Wissen und die darauf basierende Expertise überhaupt als eine Legitimationsressource für politische Entscheidungen dienen (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 24). Dieser Wahrnehmung steht die Wissenssoziologie gegenüber, welche Wissen bzw. die Wissenschaft als soziales Phänomen versteht und feststellt, dass die Produktion von Wissen nicht in einem Vakuum stattfindet, sondern ihre Gegenstände sozial ausgehandelt werden und die Vermittlung und der Erwerb von Wissen in unterschiedlichsten Kontexten stattfinden (vgl. Weingart 2003). Generell beschäftigt sich die Wissenssoziologie mit den Merkmalen von Wissen, indem sie dessen Herkunft und Wirkung hinterfragt und jede Form von Wissen als gewachsen bzw. gesellschaftlich konstruiert versteht. Wissen erscheint somit als kontextabhängig, als nicht absolut, und unterliegt in jeder Gesellschaft bestimmten Ordnungen und Formen (vgl. Maasen 2009). Die Wissenssoziologie fragt also nach den Umständen der Entstehung von Wissen, wie es sich verfestigt und ob es eine Hierarchie des Wissens gibt. Mit anderen Worten, ob und warum manches Wissen in spezifischen Situation relevanter erscheint als anderes (vgl. Dimbath/Keller 2017).

Der Geograf Andrew Baldwin knüpft an diese wissenssoziologischen bzw. machtkritischen Überlegungen an, indem er die Figur Umwelt_flucht in die Perspektive der „situated knowledges“ (Haraway 1988) stellt und alle Wissensformen, die Klimawandel und Migration miteinander in Verbindung setzen, als nicht neutral, sondern als situiert versteht (vgl. Baldwin 2017: 220). In der feministischen Theorie wurde jene Perspektive entwickelt, welche die vermeintliche Objektivität von wissenschaftlichem Wissen infrage stellt. Donna Haraway umreißt in ihrem Essay „Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective“ die Grundbedingungen für eine postmoderne Wissensproduktion, die Wissen als situiert versteht, also jede Art von Wissen in einem bestimmten sozioökonomischen und politischen Kontext verortet (Haraway 1988). Baldwin macht dies anhand der Forderung nach Menschenrechten für die Betroffenen des Klimawandels deutlich und verortet diese Forderung im Kontext von Machtverhältnissen:

“Doing so can help clarify how knowledge relates to wider questions of power and inequality. It can bring us closer to clarifying what might be called the ‘the politics of climate change and migration’. That is, it can help us better understand how specific actors with differential access to power and with specific interests can mobilise knowledge claims about climate change and migration for very specific purposes” (Baldwin 2017: 220).

Eine machtkritische Perspektive auf Wissen führt infolgedessen im Klima-Migration-Nexus zu Fragen wie: Welche Forderungen bzw. welches Wissen werden im Rechtsstellungsdiskurs relevant? Welchen Interessen dient dieses Wissen letztlich und wo bzw. von wem ist das Wissen produziert worden?

Diesen Fragen wird sich die vorliegende Arbeit widmen, indem sie die Policy der Klima_fluucht und die darin verwobenen Wissensproduzent_innen als eingebettet in ihre gesellschaftlichen und politischen Kontexte und vor dem Hintergrund der darin verankerten Macht- und Herrschaftsverhältnissen betrachtet, die auch darüber bestimmen, welches Wissen als relevant und damit als politisch bedeutungsvoll wahrgenommen wird (vgl. Normative Orders 2015; vgl. Straßheim 2012: 50). Diese Prozesse der Wissensproduktion und die ihr zugrunde liegenden spezifischen Interessen und institutionellen Arrangements werde ich in meiner Arbeit sichtbar machen. Dazu nutze ich das Konzept des Wissensregimes (Wehling 2007).

2.5 Wissensregime

Eine relativ neue Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Wissensforschung ist die Analyse des Wissensregimes, im Englischen als „knowledge regimes“ oder „regimes of knowledge production“ bezeichnet (vgl. Wehling 2007: 704; Straßheim 2012: 51). Peter Wehling definiert im „Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung“ ein Wissensregime als

„strukturierten (und mehr oder weniger) stabilisierten Zusammenhang von Praktiken, Regeln, Prinzipien und Normen des Umgangs mit Wissen und unterschiedlichen Wissensformen, zumeist bezogen auf einen bestimmten Handlungs- und Problembereich“ (Wehling 2007: 704).

Die Analyseperspektive des Wissensregimes ist in Reaktion auf zwei Entwicklungen entstanden. Zum einen auf die eben beschriebene Pluralisierung und Konkurrenz von Wissensformen in der Wissensgesellschaft und zum anderen auf Veränderungen in den Beziehungen zwischen akademischer Wissensproduktion einerseits und Politik, Wirtschaft und gesellschaftlicher Öffentlichkeit andererseits. Die Konzeption des Wissensregimes ist anschlussfähig an eine Reihe von vieldiskutierten Konzepten wie Governance oder Gouvernamentalität, welche ebenfalls die Netzförmigkeit des (Regierungs)handelns fokussieren (vgl. Wehling 2007: 705; siehe auch Foucault 1987; 2004). Angesichts dessen erscheint das Konzept als besonders geeignet für das vorlie-

gende Forschungsvorhaben. Im Hinblick auf neue Regierungsweisen, in denen Wissen eine zentrale Rolle spielt, nutze ich die Regime-Perspektive, um die Bedingungen der Wissensproduktion und ihren Einfluss auf Regierungstechniken zu erforschen. Damit nehme ich einen machtsensiblen Blickwinkel ein, unter dem die (wissenschaftliche) Wissensproduktion ihrer vermeintlichen Neutralität enthoben und eine kritische, reflexive Analyse möglich wird. Aus der Regime-Perspektive werden Regulationen als nicht durch den Staat oder durch mächtige Bevölkerungsgruppen von oben implementiert interpretiert, vielmehr sind sie als Produkte der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Akteuren zu verstehen (vgl. Kasparek/Schwertl/Speer 2015). Eine solche Betrachtungsweise bietet sich auch für die Präzisierung des Begriffes Wissensregime an, denn damit erscheint auch die Produktion und Zirkulation von Wissen als ein heterogenes und dynamisches Feld. Wissensregime erscheinen dabei als das stabilisierte, häufig implizit und informell bleibende Resultat von Machtverhältnissen und Konkurrenzkämpfen zwischen Wissensakteuren, also als ein in vielen Fällen eher ungeplanter Effekt von Definitionskämpfen und Wissenskonflikten. Nach Peter Wehling legen diese diskursiven (Spiel-)Regeln fest, was in einem spezifischen Kontext gewusst werden soll, welche Art von Wissen als legitim bzw. illegitim gilt. Die Analyse von Wissensregimen macht damit scheinbar selbstverständliche Regeln der Wissenserzeugung oder seiner Verwendung sichtbar und der Reflexion zugänglich (vgl. Wehling 2007: 706).

Die Idee, dass Wissen nicht losgelöst von Macht gedacht werden kann, geht zurück auf Michel Foucault, der Wissen in Macht-/Wissensbeziehungen situiert. Wissen, das in gesellschaftlichen Prozessen erzeugt wird, ist nach Foucault immer ein Produkt von historischen Kräfteverhältnissen und politischen Beziehungen. Es organisiert sich in diskursiven Feldern, die sich nicht nur durch einzelne Aussagen konstituieren, sondern auch Objekte, Forschungsprogramme, Netzwerke und Institutionen umfassen. Hierin gibt es Elemente, die sich verstärken und auch in anderen Feldern adaptiert und reproduziert werden. Andere Elemente bleiben dagegen isoliert und verschwinden wieder (vgl. Foucault 1987; siehe dazu auch Keller 2007). In seiner Forschung untersucht er, wie spezifisches Wissen aus rechtlichen, politischen und anderen institutionellen Prozeduren hervorgeht. Foucault spricht diesbezüglich von sogenannten Wissen-Macht-Komplexen, in denen sich Macht und Wissen nicht einseitig – im Sinne von: Wissen ist Macht – sondern wechselseitig bedingen.

Dieser Perspektive liegt eine Machtanalytik zugrunde, welche die Produktivität von Macht postuliert, die eben nicht (nur) unterdrückt und begrenzt, sondern das produktive Vermögen inne hat, eingelassen in soziale Verhältnisse das Verhalten und Handeln Anderer zu beeinflussen bzw. hervorzubringen (vgl. Keller 2008: 87ff.; siehe Foucault 1977). Angewendet auf die kulturanthropologische Policy-Forschung drückt sich diese foucaultsche Machtanalytik wie folgt aus: "In short, modern power largely functions not by brute imposition of a state's agenda but by using policy to limit the range of reasonable choices that one can make and to 'normalize' particular

kinds of action or behaviour” (Wedel et al. 2005: 38). Dieses komplexe Zusammenspiel von Wissen und Macht ist für Foucault von elementarem Interesse, was er in seinem Werk „Überwachen und Strafen“ (1977) wie folgt beschreibt:

„Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 1977: 39).

Nach Sabine Maasen werden auch in der Wissenssoziologie foucaultsche Konzepte verstärkt rezipiert, um wissensbasierte und wissenserzeugende Regierungstechnologien zu beforschen (vgl. Maasen 2009: 46). Ein Beispiel für eine derartige Gouvernementalitäts-Perspektive stellt die Forschung der Soziologin Suzan Ilcan dar. Sie untersucht in dem von ihr herausgegebenen Sammelband „Mobilities, Knowledge, and Social Justice“ (2013) das Politikfeld Entwicklung und spricht hierbei von sogenannten „global knowledge networks“. Zentral für diese Netzwerke ist der Aspekt, dass die Ansammlung und Produktion von Wissen mit Regierungstechniken verknüpft sind. Im Bereich der Migrationspolitik zeigt sich die performative Kraft des „mobility-knowledge-nexus“ nach Ilcan wie folgt:

“[I]t encompasses the manifold ways in which people can harness certain types of knowledge to frame their belonging to a place, nation and space as well as to make political decisions and justify and legitimate new and common arrangements of mobilities at local, regional, national, or international scales. It also comprises various forms of mobility and immobility that rely on or incite specific types of knowledge and that diverse groups can employ from different political vantage points” (Ilcan 2013: 4).

Aus dieser Perspektive kommt die Frage auf, wie verschiedene Akteure, seien es Sicherheitsexpert_innen oder Politiker_innen, Wissen mobilisieren, um Mobilität schließlich kontrollieren zu können. Im Besonderen untersucht Ilcan zusammen mit der Anthropologin Lynne Phillips sogenannte „knowledge mobilities“, globale Organisationen und deren globale Wissensnetzwerke, insbesondere im Feld von Entwicklung (vgl. Phillips/Ilcan 2008). Indem diverse machtvollen Akteure also einen Konsens hinsichtlich einer bestimmten Problemdefinition herstellen, bestimmen sie gleichzeitig über die infrage kommenden politischen Maßnahmen (siehe dazu Kapitel 10 und 11). So argumentieren auch Adler und Bernstein, wenn sie unter Berufung auf Foucault bemerken: “Knowledge [...] turns people into experts and courses of action into truthful, appropriate, efficient, or rational policies” (Adler/Bernstein 2005: 295).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der theoretische Ausgangspunkt dieser Arbeit in der Annahme komplexer wissensbasierter Regierungsnetzwerke liegt, die eine Vielzahl heterogener Akteure und Wissensformen umfassen. Hierzu habe ich

auf Wissens-Macht-Formationen verwiesen, die ich mithilfe des Konzepts des Wissensregimes für die Arbeit nutzbar mache.

Auch in der Frage der Wissensproduktion gehe ich von heterogenen Akteuren bzw. der Pluralisierung von Wissensformen aus. Also nicht nur Universitäten, sondern diverse Akteure sind daran beteiligt, wie Think Tanks, Unternehmen, diverse Berater_innen und NGOs, die ihre Expertise in den öffentlichen, politischen und medialen Diskurs einbringen. Wissen und die Regierung der Migration werden somit auf transversalen Ebenen angesiedelt.

Das Forschungsdesign zeichnet sich durch eine skeptische Haltung gegenüber den als neutral gerahmten Politikprozessen aus. Die Stärke dieses kulturalanthropologischen Zugangs zu Policy-Feldern liegt in dem Versuch, die Verknüpfungen, die eine Policy zwischen diversen lokalen und institutionellen Feldern, zwischen unterschiedlichen Politikbereichen und Wissensregimen sowie zwischen verschiedenen Ebenen politischen Handelns (lokal, regional, national, global) herstellt, nachzuzeichnen. Wie sich diese Prozesse genealogisch und ethnografisch aufspüren lassen, werde ich im nächsten Abschnitt erörtern.

3 Eine genealogisch-ethnografische Policy-Analyse

“It is to ask: what happened there and then that allowed things to be like this? Theories often seek to formulate causal propositions. Genealogies speak in terms of conditions of possibility” (Walters/Haahr 2015: 17).

Mit einem Rückblick auf die Transformation von Staatlichkeit im Zuge von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen, dem Konzept der wissensbasierten Regierungnetzwerke und mithilfe eines kulturanthropologischen Policy-Verständnisses wurde die Basis für das Forschungsdesign erörtert. Dieses werde ich im Folgenden mit dem Entwurf einer genealogisch-ethnografischen Policy-Analyse präzisieren. Über die Fragen des Feldzugangs und des ethnografischen Materials hinaus werde ich die Möglichkeiten ethnografischen Forschens in Politikfeldern beleuchten und eine genealogische Perspektive darlegen, welche die Komplexität, die Bedingungen und die Entstehung politischer Handlungsräume, die Dynamiken, Unsicherheiten und Rolle der zugrunde liegenden Wissensproduktion in das Erkenntnisinteresse rückt (vgl. Hess/Schwertl 2013).

Die Erörterung der in der Einleitung vorgestellten Forschungsfragen erfordert einen Forschungszugang, der geeignet ist, dynamische Verbindungen zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen von Prozessen zu erforschen, und der eine kritische Distanz zu hegemonialen Problemdefinitionen und Lösungen einnimmt.

Damit gliedert sich die Arbeit in eine Reihe von kulturanthropologischen Forschungen ein, die versuchen, netzwerkförmige Gebilde und Figurationen, Assemblagen aus Akteuren, Institutionen, Diskursen und Gegenständen zu konturieren (vgl. Hess/Schwertl 2013: 29; siehe auch Feldmann 2011b; Schwertl 2013; Hess 2014).

Bisher beschäftigen sich nur wenige Forschungsarbeiten mit der Genese von Klima_flucht (vgl. Methmann/Oels 2015; Klepp 2017; siehe Kapitel 5). So leistet diese Arbeit mit der Analyse von „policy making“ und Wissensregimen einen Beitrag zur Erschließung dieses Forschungsdesiderats. Die Genealogie passt in den Methodenkasten einer Anthropologie politischer Felder, deren Ziel es ist, Policies und die ihnen eingeschriebenen Normativitäten zu de-naturalisieren (vgl. Adam/Vonderau 2014: 27; Walters 2011a).

3.1 Das genealogische Vorgehen

Ich entwerfe eine genealogische Untersuchung, die der Frage nachgeht, wie und warum die Rechtsstellung von Klima_flüchtlingen ab einem bestimmten Zeitpunkt von bestimmten Akteuren in einer spezifischen Weise problematisiert wird. Klima_flucht wird dadurch nicht als Objekt der Analyse vorausgesetzt, vielmehr beziehe ich mich auf Foucaults „studies of governmentality“, die hinterfragen, wie spezifische Problematisierungen durch die zu regierenden Subjekte und Objekte mittels bestimmter Technologien im Rahmen gesellschaftlicher Machtverhältnisse hervorgebracht werden (vgl. Foucault 1987: 254f.; siehe auch Dean 1999; Lemke/Krasmann/Bröckling 2000). Hier kommt eine genealogische Perspektive zur Anwendung, die „die Kämpfe hinter den Phänomenen“ (Saar 2007: 200) beleuchten will und die dazu geeignet ist, die Figur ihrer Selbstverständlichkeit zu entheben, die also die methodische Problematisierung des Gegebenen anvisiert (vgl. Dean 1992: 216). Der Wert der Methode liegt darin, die Figur Umwelt_flucht zu denaturalisieren (vgl. Walters 2011a). Foucaults genealogisches Vorgehen konzentriert sich auf historische Wandlungsprozesse als Folge von Kämpfen im Feld von Macht und Wissen. Mit der Genealogie beschäftigt er sich explizit mit Fragen des Wandels und der gegenwartsbezogenen politischen Implikationen des wissenschaftlichen Arbeitens. Dabei verzichtet sein genealogischer Zugang auf die Suche nach Ursprüngen und fragt vielmehr nach der Entstehung von Problematisierungen. Foucault analysiert die historischen und praktischen Verläufe und Abfolgen von Wissen/Macht-Konfigurationen als Kämpfe oder „Spiele der Wahrheit“. So geraten Auseinandersetzungen innerhalb von und zwischen Diskursen in den Blick (vgl. Keller 2007: 742ff.).

Der elementare Wert einer genealogischen Vorgehensweise liegt darin, die Gegenwart zu erschüttern (vgl. Walters 2011a). Nach William Walters kann sie als eine Form der Geschichtsschreibung aufgefasst werden, die nicht umfassend, sondern partiell ist:

„Sie rekonstruiert ihre Objekte nicht in Form von Epochen oder Stufen gesellschaftlicher Evolution, sondern als partikulare, synthetische Fluchtlinien. Solche Fluchtlinien sollen neues Licht auf bestimmte Momente der Gegenwart werfen, indem sie an seltsamen und unerwarteten Orten ihre Vorgeschichte aufspüren. Es geht darum, Brüche, Kontingenzen und plötzliche Transformationen zu identifizieren, wo nur evolutionäre Veränderungen postuliert werden“ (Walters 2011a: 306).

Im Sinne einer „Anthropology of Policy“ wird das Politikfeld und das ihm immanente Wissensregime nicht als neutral angesehen, sondern vielmehr als Diskursfeld verstanden, in dem gerungen wird, manche Ideen populär erscheinen und diverse Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt nicht thematisiert werden.

3.2 Ethnografisches Forschen in Politikfeldern

Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Transformationsprozesse stellen angesichts der Feldkonstruktion eine Herausforderung für die Methodik der kulturalanthropologischen Policy-Analyse dar, die ich im Folgenden darlegen werde. Es wird ein Forschungsdesign notwendig, welches in der Lage ist, diesem schwer fassbaren Regierungsnetzwerk nachzuspüren. Damit berührt das Forschungsvorhaben eine der zentralen Fragen der gegenwärtigen Anthropologie politischer Felder: Wie lassen sich solch komplexe und vielfältig verflochtene Systeme ethnografisch untersuchen (vgl. Adam 2014; siehe dazu auch Feldmann 2011b)? Im vorliegenden Forschungsdesign nehme ich insbesondere Bezug auf das Forschungsprogramm der „Anthropology of Policy“ (Shore/Wright 1997; Shore/Wright/Però 2011) und den Sammelband „Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder“ (Adam/Vonderau 2014). Die in den Sammelbänden vertretenen Forschungsarbeiten spüren komplexe politische Formationen auf und zeigen die Möglichkeiten ethnografischen Forschens in Politikfeldern. Die vorliegende Policy-Analyse macht sich auf den Weg, die Figur des Klima_flüchtlings in ihrer Genese, ihrer Wirkungsmächtigkeit und ihrer Bedeutung für das EU-Migrationsregime zu beleuchten und in ihrer Konstitution zu betrachten. Damit blicke ich nicht auf eine spezifische politische Community oder Organisation, sondern auf einen „social and political space articulated through relations of power and systems of governance“ (Shore/Wright 1997: 11).

Die kulturalanthropologische Policy-Forschung will Prozesse, Dynamiken und Machtverhältnisse untersuchen. Vielfach geht sie dabei von einer Prozesshaftigkeit politischer Felder aus, in denen komplexe Akteurskonstellationen an der Aushandlung von Politiken beteiligt sind (vgl. Adam/Vonderau 2014: 14). Damit richtet sich der analytische Blick über politische Zentren/Organisationen hinaus situativ auf Wissensbestände, Praktiken und Diskurse sowie auf Beziehungen zwischen Orten, verschiedenen Akteuren und Institutionen, die im Rahmen einer Policy entstehen. Die Frage nach der empirischen und analytischen Greifbarkeit solcher transversal

verflochtener Gefüge stellt nach Jens Adam und Asta Vonderau eine der zentralen Problemstellung der gegenwärtigen kulturalanthropologischen Politikforschung dar. Die Autor_innen entwerfen den Begriff „Formationen des Politischen“ als Oberbegriff für theoretische Modelle – Assemblage, Dispositiv, Netzwerke usw. –, die sie hinzuziehen, um solche relationalen Gefüge zu analysieren (vgl. Adam/Vonderau 2014: 20f.). Diese Schlüsselbegriffe verweisen darauf, dass sich in den letzten Jahren Forschungszugänge und Feldkonstruktionen in der Europäischen Ethnologie/Kulturalanthropologie pluralisiert haben (siehe etwa Hannerz 2006). Einen Überblick über diese Debatte geben die Kulturanthropologinnen Sabine Hess und Maria Schwertl in ihrem Aufsatz „Vom Feld zur Assemblage?“ (2013). Die Autorinnen sprechen mit Blick auf die Methodendiskussion in der Europäischen Ethnologie u. a. von einer Entwicklung der Erweiterungen und der Durchkreuzungen des Feldkonzeptes, das neben der vertikal-sozialen Erweiterung auch dessen räumlich horizontale Dimension umfasst (vgl. Hess/Schwertl 2013: 25f.).

Um politische Prozesse zu erforschen, die sich innerhalb eines komplexen Regierungsnetzwerks formieren und abspielen, ist nach Sabine Hess eine ethnografisch mitgehende und konstruktivistisch angelegte Forschungshaltung notwendig, die dem Politikmachen auf der Spur ist (vgl. Hess 2014: 269), d. h. das Feld ist somit eine praxeologische Konstruktion des Forschenden und das „doing“ von Feldforschung berührt die Frage, welche Verbindungen Forschende herstellen können (vgl. Hess/Schwertl 2013: 32). Diese neueren Entwicklungen, an die die vorliegende Arbeit andockt, werde ich kurz darstellen, bevor ich meinen Feldzugang und das ethnografische Material erläutere.

3.2.1 “Fieldwork is not what it used to be”¹⁶

Was als Forschungsfeld bzw. Feld zu bezeichnen ist, wurde in der Europäischen Ethnologie in den letzten Jahren zunehmend infrage gestellt, erweitert und umdefiniert (vgl. Hess/Schwertl 2013: 25). Eine sozial-vertikale und räumlich-horizontale Ausdehnung der Feldforschungspraxis wurde insbesondere in den 1990er-Jahren hinsichtlich der Erforschung von räumlich nicht gebundenen Gruppen und angesichts von Globalisierungsprozessen postuliert, durch die u. a. konventionelle Modelle der „single sited-Langzeitforschung“ infrage gestellt wurden (vgl. Marcus 1995; siehe auch Gupta/Ferguson 1997; Welz 1998). Die Neujustierung des Feldbegriffs wurde insbesondere von dem Anthropologen George Marcus und der „multi-sited ethnography“ angestoßen (vgl. Marcus 1995). Diese stellte die Agenda des Faches infrage, indem Marcus, statt an einem Ort zu forschen (single-sited), ein „multi-sited“ und mobiles Forschungsdesign entwarf, welches Dichotomien wie lokal und global, Lebenswelt und System aufbricht (vgl. Marcus 1995).

¹⁶ „Fieldwork is not what it used to be. Learning Anthropology’s Method in a Time of Transition“ ist der Titel eines Sammelbandes von James Faubion und George Marcus (2009).

Den Anstoß zu dieser Debatte gab das Plädoyer der Kulturanthropologin Laura Nader (1969), die ihr Fach durch die Perspektive des „research up“ bzw. „studying up“ zu erweitern versuchte. Sie sprach sich für das Beforschen von Eliten und machtvolle Institutionen, also in Machtapparate hinein, aus. Demgegenüber stand das lange vorherrschende sogenannte „studying down“. Damit ist ein klassischer Feldforschungszugang gemeint, in dem es gewissermaßen „von oben herab“ um die Erforschung der Alltagskultur der „Kleinen Leute“ ging (vgl. Hess/Schwertl 2013: 29) – eine Debatte, die auch dazu führte, die Machtstellung zwischen Forschenden und Beforschten zu reflektieren, wofür exemplarisch der Text „Die Neue Angst vor dem Feld“ (Warneken/Wittel 1997) genannt werden kann. Hier wird die veränderte Forscher-Beforschte-Konstellation und die Angst vor dem Forschen „nach oben“ thematisiert (vgl. Warneken/Wittel 1997). Eine Debatte, die für eine Policy-Analyse von besonderem Interesse ist, die mit einer ständigen Prozesshaftigkeit konfrontiert ist und die sich nicht eindeutig im Sinne eines „studying up“ bzw. „studying down“ beschreiben lässt (vgl. Hess/Schwertl 2013: 29). Für das vorliegende Forschungsvorhaben eignet sich ein „studying through“, also die Forschungspraxis eines Quer- und Diagonalforschens. Die Sozialanthropolog_innen Cris Shore und Susan Wright nutzen diese Methode innerhalb ihres Forschungsprogramms einer anthropologischen Policy-Forschung und beschreiben „studying through“ als „tracing the ways in which the different actors, discourses or technologies create new webs and relations of power“ (Shore/Wright 1997:14).

Die neuen Formen des „multi-sited research“ und die Tendenz, für immer kürzere und aufeinanderfolgende Zeiträume ins Feld zu gehen, wurde im deutschsprachigen Raum insbesondere von der Kulturanthropologin Gisela Welz mit ihrem Artikel „Moving Targets“ (1998) angestoßen, in dem sie für mehr Mobilität in der Feldforschung plädiert. Insgesamt ist eine zunehmende Multilokalität und Temporalisierung von Feldforschung festzustellen (vgl. Welz 1998; siehe auch Baird 2017).

Die zentrale Aufgabe einer mobil gewordenen Forschungspraxis ist, die Zirkulation und die Verbindungen von Wissensregimen, Ideen, Menschen und Praktiken zum Erkenntnisziel zu erheben und sie in forschungspraktischen Schritten des „tracings“ und „trackings“ erforschbar zu machen (vgl. Hess/Schwertl 2013: 27). Für das vorliegende Forschungsdesign ist die Frage zentral, wie ethnografische Methoden auf kurzfristige Events angewendet werden können. Anders als die mobil und mehrortig gewordene Feldforschung, deren Perspektiven vielfach diskutiert wurden, ist die zeitlich diskontinuierliche Feldforschung nach Gisela Welz ein vernachlässigter Aspekt der Methodendebatte. Und das, obwohl temporalisierte Feldforschung heute die Regel zu sein scheint. Gisela Welz begründet diese methodologische Entwicklung hin zu einer diskontinuierlichen Feldforschung mit strukturellen Faktoren (bspw. Zwänge und Möglichkeiten der akademischen Arbeitswelt) und in der Beschaffenheit des Untersuchungsfeldes (Prozesse und Relationalitäten – Temporalisierung sozialer Praktiken) (vgl. Welz 2013: 41f.).

Übersetzt in das empirische Forschungsprogramm einer Policy-Analyse nach Adam und Vonderau, bedeutet dies eine Kombination einer „multi-sited ethnography“ mit unterschiedlichen Verfahren der Diskursanalyse und akteurszentrierten Forschungsansätzen (vgl. Adam/Vonderau 2014: 19). Dazu folgt die „multi-sited ethnography“ nicht nur Menschen oder Dingen, sondern auch Metaphern (vgl. Marcus 1995: 106ff.). Cris Shore, Susan Wright und Davide Però fügen diesen Forschungsgegenständen einen weiteren an, indem sie dafür plädieren, einer Policy zu folgen – „follow a policy“ – (Shore/Wright/Però 2011: 12), die Herstellung und Aushandlung einer Policy herauszuarbeiten. Ich werde an diese Forschungsprogramme anknüpfen und den Auseinandersetzungen, Entwicklungen und Verflechtungen auf transversalen Ebenen folgen. Dabei wird angesichts der fortwährenden Dynamik politischer Felder nicht versucht, diese endgültig zu definieren. Für die Feldkonstruktion impliziert dies einen radikalen Konstruktivismus.

3.2.2 “Follow a Policy”

Politische Prozesse, die sich in einem kaum zu überblickenden gouvernementalen Netzwerk abspielen, umspannen weite Räume, verknüpfen unterschiedliche Akteure, Diskurse und Institutionen. Im Sinne der „Anthropology of Policy“ liegt die Herausforderung darin, „to select small sites that open windows onto larger processes of political transformation“ (Shore/Wright/Però 2011: 12).

Die „Anthropology of Policy“ lädt dazu ein, anhand solcher „small sites“ Einblicke zu gewinnen in größere politische Transformationen. Die kulturanthropologische Policy-Forschung wählt dazu unterschiedliche Zugänge zu politischen Feldern, etwa über politische Kategorien und Metaphern, über Momente eines grundlegenden Wandels, Problematisierungen und Diskurse, bürokratische Praxen oder politische Netzwerke (siehe dazu den Sammelband von Adam/Vonderau 2014). Häufig werden mehrere Herangehensweisen verbunden, die zu den unterschiedlichsten empirischen „Sites“ führen, wie zu den Abschlussfeiern in Berliner Hauptschulen oder zu Gesetzestexten (vgl. Adam/Vonderau 2014: 14).

Als ethnografische Schauplätze gelten für die vorliegende Arbeit Konferenzen, die als zentrale Orte der Herstellung und Zirkulation von Wissen verstanden werden und gleichzeitig als Orte, an denen Themen und Lösungsmöglichkeiten unbesprochen bleiben. Dazu ein kurzer Einblick aus meinem Feldtagebuch:

„Ein voller Konferenzraum, wieder einmal bin ich unter Wissenschaftler_innen, Mitarbeiter_innen unterschiedlicher NGOs und IGOs, welche über die Frage debattieren, wie auf Klimawandel und Migration reagiert werden solle. Ich höre von Klimawissenschaftler_innen, die von ihren aktuellen Einschätzungen über ein neues Klimarahmenabkommen sprechen und feststellen, dass viele Politiker_innen im klimapolitischen Bereich überhaupt nicht wüssten, was sie entschieden, sondern am ‚Tropf der Wissenschaft‘ hingen. Oder Forscher_innen, die nicht müde werden zu betonen, dass weitere For-

schungen über den Klimawandel-Migration-Nexus angesichts der Dramatik des Klimawandels und bestehender politischer Lücken unbedingt notwendig seien“ (Feldtagebuch Hamburg 2013).

Konferenzen stellen für meine Forschung wichtige Interaktionsfelder dar, gewähren sie doch analytischen Einblick in Formation und Prozesse einer Policy. Im Rahmen einer „Event Ethnography“ (Braid 2017) werde ich konkreten Situationen und Aushandlungen folgen bzw. Einblicke geben in die „Black Box“ des „policy making“ (vgl. Campbell et al. 2014; Baird 2017). Der Sozialwissenschaftler Theodore Baird führt zur Methode der „Event Ethnography“ aus:

“The researcher can produce ethnographic material that has relevance beyond the single event, shedding light on connections, categories, and practices that demarcate a transversal social field of domination and struggle that is ‘magnetic’” (Baird 2017: 189).

Theodore Baird beschreibt seinen Zugang als „multi-sited event ethnography“, die Einblicke ermöglicht in die Pluralisierung der Wissensformen, die während eines solchen Events sichtbar werden. Er beforcht „border security fairs“ in Europa und Nordamerika und versteht Konferenzen als spezifische Schauplätze, wo Wissen zirkuliert und produziert wird (vgl. Baird 2017). Campbell et al. haben zur Erforschung großer Konferenzen die Methode der „collaborative event ethnography“ (CEE; siehe Kapitel 8) entworfen:

“CEE combines and modifies rapid ethnographic assessment, team ethnography, and institutional or organizational ethnography to account for the untraditional nature of meetings as field sites and the challenges they pose for ethnographic researchers” (Campbell et al. 2014: 1).

So breit aufgestellt verfolgen sie in ihrer Forschung das Ziel, die Verknüpfungen zwischen wissenschaftlichen Expert_innen, Entscheidungsträger_innen, dem Privatsektor und diversen anderen Akteuren wie NGOs im Rahmen eines zeitlich begrenzten Treffens zu erfassen (vgl. Campbell et al. 2012).

Auf Konferenzen habe ich beobachtet welche Akteure Wissen über Migration produzieren und wer dieses Wissen nachfragt. Es sind Konferenzen, die Forderungen an die Politik/Wissenschaft stellen, die Calls verabschieden, die Politik beraten wollen, die Öffentlichkeit schaffen, unterschiedliche Akteure zusammenbringen und letztlich Wissen produzieren bzw. reproduzieren. Die Wissenschaftler_innen Kerstin Rosenow-Williams und François Gemenne beobachten eine enge Zusammenarbeit zwischen Forschung und Politik, die auf Konferenzen besonders sichtbar wird:

“The topic of environmental migration is a rare example of the mutual influence of researchers and policy-makers on each other. Overall, there are very few areas of policy-making where researchers and policy-makers interact so regularly, attending the same conferences, sitting in the same committees and developing common work together. [...] Throughout the years, many such

interactions occur, to the point that it can become difficult to disentangle research perspectives from organizational perspectives” (Rosenow-Williams/Gemene 2016: XY).

Ich verstehe Konferenzen als einen zentralen Ort, an dem transversale Verknüpfungen im Politikfeld Umwelt_flu_{ch}t sichtbar werden. Konferenzen erscheinen auf den ersten Blick als ein unspektakulärer Forschungsort, gehört es doch schließlich zum wissenschaftlichen Alltag, auf diesen präsent zu sein. Ferner erscheint dieses Forschungsfeld angesichts ethnografischer Forschungen an den vermeintlichen Hot Spots von Klima_flu_{ch}t, etwa auf den pazifischen Inseln (siehe beispielsweise Farbotko 2010; Klepp/Herbeck 2016), als weitaus weniger reizvoll. In neueren wissenschaftlichen Debatten wird Ethnografie und damit die Feldforschung mittlerweile als organisatorisch zu bewältigende und alltägliche Arbeit aufgefasst und nicht mehr als abenteuerliche Ausnahmesituation. Diese Erweiterung macht deutlich, dass Feldforschung auch am Schreibtisch oder im Austausch mit Kolleg_innen, also u. a. auch auf Konferenzen, stattfindet (vgl. Schwertl 2013: 75f.).

Meine Anstellung im DFG-Projekt „Climates of Migration“¹⁷ (2010–2012) ermöglichte mir zu Beginn meines Forschungsprozesses einen guten Zugang zum Feld, indem ich zu Konferenzen und Tagungen eingeladen wurde bzw. selbst in der Organisation der wissenschaftlichen Tagung „Environmental Change and Migration in Historical Perspective“ involviert war (vgl. Becker/Hofmann 2011).

Konferenzen sind ein guter Indikator für die Konjunkturen des Themas und die Formierung des Wissensregimes. Als ich 2009/2010 damit begann, mich für das Thema zu interessieren, gab es kaum Wissenschaftler_innen, die sich explizit mit dem Thema für und in der EU beschäftigten. Doch das Interesse und die Zahl der Veranstaltungen und Publikationen stiegen in den Folgejahren rasant an (siehe Kapitel 8). Ich habe von 2011 bis 2016 kontinuierlich Konferenzen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen besucht. Dazu gehören:

- wissenschaftliche Workshops wie der am Rachel Carson Center mit dem Titel: „One Concept of Environmental Migration? Bridging Disciplinary Approaches within the Humanities“ am 25.08.2013 in München oder der Workshop „Climate Migrant“ an der Universität Thessaloniki im Oktober 2013;
- die Konferenz „Handeln oder abwarten? Der Nexus Migration und Klimawandel in der Diskussion“, durchgeführt von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Mai 2011, und die Tagung der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen (DGVN) mit dem Titel „Millionen Vertriebene ohne Schutz? Klimaflucht in Entwicklungsländern“ in Berlin am 29.01.2012;

¹⁷ Weiter Informationen zum Forschungsprojekt „Climates of Migration“ unter: <http://www.environmentandsociety.org/mml/climates-migration>.

- die Tagung „The Hamburg Conference: Actions for Climate Induced Migration“ vom 16.–18. Juli 2013 an der Universität Hamburg.
- Ebenso habe ich an internationalen Konferenzen wie dem Global-Risk-Forum im August 2012 in Davos und an der Klimakonferenz 2016 in Marrakesch teilgenommen.

Das Feld hat sich während des Forschungsprozesses fortlaufend konstruiert und wurde von mir immer wieder neu abgesteckt (tracing und tracking). In den Kulturwissenschaften gibt es eine intensive Debatte über diesen spezifischen Modus der Wissensproduktion (vgl. Hess/Schwertl 2013: 21f.; siehe auch Clifford/Marcus 1986).

Während der Konferenzen habe ich beobachtet, wie die Figur aus Erzählungen, Daten und Argumenten dargestellt und erforscht wurde, ich habe Gespräche geführt und Vorträge gehalten und natürlich viele Fragen gestellt. Hier zeigen sich die Spezifika der teilnehmenden Beobachtung – eine zentrale Methode der Feldforschung, die darin liegt, zur Informationsbeschaffung an Interaktionen teilzunehmen, sie zu beobachten und die resultierenden Eindrücke festzuhalten. Dazu gehören auch Interviews und informelle Gespräche (vgl. Scheffer 2002; Bischoff et al. 2014). Teilweise habe ich auch Audioaufzeichnungen der Redebeiträge gemacht und Feldnotizen sowie Gedächtnisprotokolle der Diskussionen und Gespräche abseits der offiziellen Panels angefertigt.¹⁸

Mein Vorgehen ist als „methodenplural“ zu verstehen und die teilnehmende Beobachtung stellt nur eine Vorgehensweise dar (vgl. Cohn 2014: 72). So habe ich auch per E-Mail mit unterschiedlichen Akteuren kommuniziert, verschiedene Akteure für ein Gespräch an ihren Arbeitsplätzen besucht und fünf Expert_innen-Interviews geführt (Brot für die Welt 27.10.2014; Pro Asyl 21.3.2013; Care 12.3.2012; DRC 13.3.2012; IOM 22.2.2016). Ich stellte mich meinen Interviewpartner_innen immer als Wissenschaftlerin vor.¹⁹ Die Interviews habe ich leitfadengestützt durchgeführt und alle aufgenommen, transkribiert und symptomatisch ausgewertet. Eine „symptomatische Diskursanalyse“ erscheint hier als geeignetes Vorgehen, weil sie, wie Maria Schwertl ausführt, den Textkorpus weniger aus sich selbst heraus zergliedert als ihn mit Fragen und Beobachtungen konfrontiert, die aus der eigenen Feldforschung hervorgehen. Diese „symptomatische Diskursanalyse“ basiert insbesondere auf Arbeiten von Louis Althusers, der eine symptomatische Lektüre vorschlug und sich damit für eine Textarbeit stark machte, die Leerstellen eines Diskurses aufspürt und dabei nicht versucht, eine unmittelbare Tiefenstruktur zu rekonstruieren (vgl. Althusser 1972; Hess/Tsianos 2010: 252f.). Dieser Perspektive steht eine „systemische Diskursanalyse“ gegenüber, die einen Text mehr oder weniger nur aus sich selbst zergliedert. Schwertl beschreibt die „symptomatische

¹⁸ Auf Interviews, Audioaufzeichnungen von Veranstaltungen und Feldforschungsnotizen verweise ich im Folgenden unter Angabe des Datums. Das gesamte Feldforschungsmaterial ist bei mir hinterlegt.

¹⁹ Mehr zur Forschungsethik in der qualitativen Forschung siehe den Sammelband von Unger et al. 2014.

Diskursanalyse“ als „eine poststrukturalistische und dekonstruktivistische Lesepraxis“ (vgl. Schwertl 2015: 112). Sabine Hess und Vassilis Tsianos integrieren in ihr empirisch-induktives Forschungsdesign einer „ethnographischen Grenzregimeanalyse“ ebenso eine „symptomatische Diskursanalyse“, die sie als eine „dichte, schnelle, ambulante Analyse von diskursivierten ‚relations of ruling‘“ (Hess/Tsianos 2010: 252) verstehen.

Policies als anthropologisches Feld zu begreifen bedeutet, nicht nur an verschiedenen Orten zu forschen, sondern auch mit einer Vielzahl von Materialien zu arbeiten (vgl. Shore/Wright 1997: 14f.). Wichtiges Quellenmaterial sind für die vorliegende Analyse ferner Policy-Dokumente (EU-Kommissionspapiere und von der Politik in Auftrag gegebene Untersuchungen), Veröffentlichungen von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (mit besonderem Fokus auf IOM und UNHCR), wissenschaftliche Artikel und Monografien bis hin zu Websites und Zeitungsartikeln. Dieser heterogen und breit ausgelegte Quellenkorpus reagiert auf die Komplexität des Feldes und basiert auf dem diskursanalytischen Credo, Regelmäßigkeiten und Ordnungsmuster, aber auch Diskontinuitäten und Verwerfungen nachvollziehbar zu machen, da jede diskursive Ordnung einen Verhandlungsprozess darstellt und nicht eindeutig und widerspruchsflos funktioniert (vgl. Eggmann 2013: 64).

3.3 Situierete Wissensproduktion

Ethnografisches Forschen heißt involviert zu sein, mit dem eigenen Körper Teil von konkreten Situationen zu sein und dort zu handeln und zu kommunizieren. Es wird damit unumgänglich darüber zu nachzudenken, aus welcher Perspektive die Forschende schreibt bzw. forscht. Donna Haraway spricht diesbezüglich von „situated knowledge“ (vgl. Haraway 1988), und James Clifford bezeichnet ethnografische Darstellungen als „partial truths“, also als Teilwahrheiten (vgl. Clifford 1983).

Mein Forschungszugang ist von Beginn an eng verknüpft mit meinem Aktivismus in der antirassistischen Bewegung in Deutschland und meiner Positionierung als kritische Migrationswissenschaftlerin. Infolgedessen eröffnete ich meine Redebeiträge auf Konferenzen in der Regel mit einem Verweis auf meine Doppelrolle als Wissenschaftlerin und Aktivistin.²⁰ Eine Position, die für das Forschungsvorhaben produktiv wurde, da sich diese beiden Rollen nicht klar voneinander trennen lassen. Angesichts dessen postuliert Beate Binder für die kulturalanthropologische Policy-Forschung, man solle „[a]us Politik heraus, statt über Politik forschen“ (Binder 2014: 381). Dieser Positionalität, steht nämlich die Idee gegenüber, dass die Forscher_in eine Position außerhalb des Untersuchungsfeldes einnimmt und keinen Einfluss darauf ausübt – eine Wissenspraktik, die spätestens mit der Krise der Repräsentation und der „Writing Culture“-Debate in der Kulturalanthropologie in die

²⁰ Es gibt eine Bandbreite an Forschungsansätzen in der kritischen Migrationsforschung, die aktivistische und partizipative Konzepte verfolgen (siehe dazu u.a. Carsten et al. (2014); Riedner (2014)).

Kritik geraten ist (vgl. Clifford/Marcus 1986). So schlägt Beate Binder vor, die Verflechtung zwischen wissenschaftlichen und politischen Standpunkten von Beginn an als Teil der Wissensproduktion in den Blick zu nehmen. Die Professorin für Europäische Ethnologie und Geschlechterstudien verweist hier auf die grundsätzliche Unabgeschlossenheit wissenschaftlicher Beschreibungen, die sie nicht nur im Sinne der „partial truths“ akzeptieren will (vgl. Binder 2014). Sie plädiert mit Bezug auf Donna Haraway dafür, die wachsende Sensibilität für das Machtvolle und das Unkontrollierbare von Wissenschaft und Politik in ihrer Verwobenheit in „Politiken der Interpretation, der Übersetzung, des Stotterns und des partiell Verstandenen“ zu überführen (Haraway 2001 zit. n. Binder 2014: 381). So ausgerichtet kann eine „Anthropology of Policy“ dazu beitragen, die widersprüchlichen Effekte, die durch politische Interventionen hervorgebracht werden, nicht nur zu verdeutlichen und zu theoretisieren, sondern in politische Räume zurückzuführen und als Kritik und Möglichkeit zur Verschiebung von Politik zu nutzen (vgl. Binder 2014).

So war es mir von Beginn an wichtig, einen kritischen Forschungsbeitrag zu leisten. Darunter verstehe ich eine kritische Forschungshaltung, die Kategorien, Normen und hegemonial gewordene Diskurse und Akteure hinterfragt sowie Machtverhältnisse der Reflektion zugänglich machen will (Becker 2015). Besonders spürbar wurde meine Doppelrolle im Sommer 2013. Ich fuhr nach meiner Teilnahme am Grenzcamp „Journey back to Lesbos“, organisiert von den Jugendlichen ohne Grenzen, direkt zu einem Klima_migrations-Workshop an der Universität Thessaloniki, wo ich einen Vortrag über mein Promotionsthema hielt.²¹ Meinem Vortrag stellte ich meine frischen Eindrücke über die aktuelle Situation von Flüchtlingen auf Lesbos voran.

So war denn auch generell der Ausgangspunkt meiner Forschung meine persönliche Empörung. Denn obwohl zwar eine Debatte über die Rechtsstellung von Umwelt_flüchtlingen stattfand, so schien sie doch die tödlichen und prekarisierenden Konsequenzen des gegenwärtigen europäischen Migrations- und Grenzregimes im humanitären Apell, Klima_flüchtlinge zu schützen, auszublenden.

Andererseits erschien mir als kritische Migrationswissenschaftlerin meine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Fluchtursachen – Klima- bzw. Umweltwandel – als spannungsreich. Denn die kritische Migrations- und Grenzregimeforschung hat einen Fokus auf die Analyse von Fluchtursachen lange Zeit vermieden, weil die Unterscheidung zwischen verschiedenen Fluchtursachen die politische Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge reproduzieren könnte und sie der Heterogenität und Pluralität von Migrationsbewegungen nicht gerecht werde (vgl. Lang 2017; Georgi 2016). Mittlerweile hat das Konzept der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2011) Eingang in die kritische Migrationsforschung

²¹ Mehr zum Grenzcamp und zur Organisation Jugendliche ohne Grenzen unter: <http://lesvos.w2eu.net/files/2014/02/Lesvos2013-Screen-DS.pdf>. Informationen zum Workshop „Climate Migrant“ an der Universität Thessaloniki unter: <http://community.dur.ac.uk/ccm.costaction/wp-content/uploads/2015/10/Thessaloniki-Workshop-Final-Report.pdf>.

gefunden und ermöglicht einen neuen Zugang zur kritischen Analyse von Fluchtursachen – ohne in eine deterministische Perspektive zu verfallen (siehe dazu u. a. Buckel 2013; Georgi 2016).²² Eine Perspektive die dazu geeignet ist einen kritischen Blick auf den Fluchtursachendiskurs zu entwickeln (vgl. Lang 2017).

Ferner ist meine Sicht auf Migration und Klimawandel von einer europäischen Sichtweise geprägt Diese Perspektive teile ich mit einem großen Teil der Wissensproduzent_innen im Bereich Umwelt_flucht. Hieraus entspringt auch mein Fokus auf das europäische Regieren von Umwelt_flucht. Seit geraumer Zeit gibt es eine akademische Debatte darüber, wie die Wissensproduktion zu postkolonialisieren sei, die eine akademische Herausforderung darstellt. Dabei geht es um die Dekonstruktion von Eurozentrismus und Versuche der Dezentrierung; Konzepte wie „Europa von den Rändern her denken“ (Welz/Lottermann 2009) oder „Provincializing Europe“ (Hess/Tsianos 2007) sind Ausdruck dieser Debatte.

²² Unter dem Begriff wird eine Lebensweise verstanden, die auf Produktions- und Konsumnormen beruht, die tief in den politischen, ökonomischen und kulturellen Alltag der Bevölkerung im globalen Norden – und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens – eingelassen sind. Imperial ist dabei, dass ihre ökologischen und sozialen Folgen externalisiert werden. Also eine Lebensweise, die sich an den ökologischen und sozialen Ressourcen andernorts bedient, um den eigenen hohen Lebensstandard abzusichern (vgl. Brand/Wissen 2017).

4 Die Problematisierung des „Protection Gap“

*“By recognising environmental refugees you recognise the problem. By recognising the problem you start on the road to accepting responsibility and implementing solutions.”
(Jean Lambert (2002), Mitglied der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament)*

Umweltfaktoren werden in den gängigen rechtlichen Kategorien des internationalen Flüchtlingsregimes nicht berücksichtigt. Grundlegend für die Rechtsstellungsdebatte ist die Frage, ob das internationale Flüchtlingsregime, das, wie ich zeigen werde, in einem spezifischen historischen und politischen Kontext entstand, angesichts des Klimawandels noch den Bedürfnissen der Schutzsuchenden gerecht wird oder erweitert werden sollte. Auch in der EU ist seitens von NGOs und der Wissenschaft eine Diskussion darüber entbrannt, ob Umweltflüchtlinge sich für asylrechtlichen Schutz qualifizieren oder wie die Figur migrationspolitisch regiert werden soll (vgl. Kolmannskog/Myrstad 2009; siehe auch ICMPD 2012; Heinrich-Böll-Stiftung 2014).

Ich beschäftige mich insgesamt kritisch mit der Debatte über die Rechtsstellung der Betroffenen, auch vor dem Hintergrund der Kritik Beate Binders, die drauf aufmerksam macht, dass in einer kulturalanthropologischen Policy-Analyse Recht nicht als statisch und außerhalb von Kämpfen und Interessen verortet werden sollte. Recht sollte vielmehr als höchst widersprüchliche Formation, als prozessual und stets umkämpft aufgefasst werden (vgl. Binder 2018: 54). Infolgedessen zeigen

kritische Perspektiven auf Recht, dass es als Terrain divergierender Interessen und Kämpfe aufgefasst werden sollte und dass Menschenrechte nicht naturgegeben, sondern Ergebnis von Kämpfen sind (vgl. Pichl 2010: 143).

Ich werde daher in einem ersten Schritt auf die historische Genese des Flüchtlingsregimes eingehen und danach zu generellen Fragen des politischen Umgangs mit Flucht und Migration kommen, indem ich die Bedeutung der Kategorisierung und Hierarchisierung von Migrant_innen im Migrationsregime herausarbeite. Diese Kontextualisierung der Figur und eine Auseinandersetzung mit der „national order of things“ (Malkki 1995) stellen eine neue Perspektive in der Klima_fluchtforschung dar, bilden den Mehrwert des Kapitels und führen im Folgenden zu kritischen konzeptionellen Gedanken über das Politikfeld an sich.

In einem zweiten Schritt werde ich die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rechtsstellungsdebatte Klima_flucht beleuchten. Daran anschließend werde ich die Position der EU zur Rechtsstellung von Klima_flüchtlingen darlegen und zeigen, in welchen Debatten und politischen Prozesse die Figur hier bisher aufkam.

4.1 Making a Refugee: Die Genese des internationalen Flüchtlingsregimes

Zentral für die Diskussion über asylrechtlichen Schutz für Klima_flüchtlinge ist die Frage, wie und ob die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) reformiert werden muss. Abseits der Debatte um Umwelt_flucht wird bereits seit Längerem diskutiert, ob die Flüchtlingskonvention, die in einem speziellen historischen und politischen Kontext verabschiedet wurde, den in den letzten Jahrzehnten veränderten Ursachen und Motiven von Flucht noch gerecht wird (vgl. Ammer et al. 2010: 61f.).

Historisch geht die Institutionalisierung des Flüchtlingsregimes zurück auf die Nachkriegszeit Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa. In dieser Zeit entstanden die ersten Institutionen und Standards des internationalen Flüchtlingsschutzes durch die Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951, die 1954 in Kraft trat, und dem dazugehörigen New-York-Protokoll von 1967.²³ Angesichts dieser historischen Verortung warnt die Anthropologin Liisa Malkki jedoch vor einem Eurozentrismus:

“As far as has been possible to determine, it is in the Europe emerging World War II, that certain key techniques for managing mass displacements of people first became standardized and then globalized. This does not mean there were no refugees or techniques for managing them before World War II. Peo-

²³ Bis zur Verabschiedung des New-York-Protokolls von 1967 war die GFK auf Europäer_innen und auf Personen, die vor dem 1. Januar 1951 zu Flüchtlingen geworden waren, beschränkt. Mit dem Protokoll wurden diese auf Raum und Zeit bezogenen Begrenzungen aufgehoben (vgl. Zolberg et al. 1989: 25).

ple have always sought refuge and sanctuary. But ‘the refugee’ as a special social category and legal problem of global dimension did not exist in its full modern form before this period” (Malkki 1995: 498).

So fand nach Liisa Malkki in den 1950er-Jahren ein Wandel statt. Während Flüchtlinge kurz nach dem Zweiten Weltkrieg noch vornehmlich als militärisches Problem galten, entwickelte sich im Laufe der Zeit daraus jedoch ein rechtliches, soziales bzw. humanitäres Problem (vgl. Malkki 1995: 499).

In der Flüchtlingskonvention von 1951 wird die erste international gültige Flüchtlingsdefinition festgehalten, aus der sich ein Anspruch auf Asyl ableitet (vgl. UNHCR 1951). Ferner wurden einige Jahre später vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation in Afrika und Lateinamerika weitere wichtige regionale Abkommen verabschiedet, die sich auf einen erweiterten Flüchtlingsbegriff beziehen, wie etwa die „Flüchtlingskonvention der Organisation für Afrikanische Einheit“ (1969) und die auf Lateinamerika bezogene „Erklärung von Cartagena“ (1984). Die GFK und ihre nachfolgenden Protokolle konstruieren die rechtliche und institutionelle Kategorie „Flüchtling“ (vgl. Amnesty International 2013 et al.: 14).

Wie umkämpft die Implementation dieses Flüchtlingsregimes war, zeichnete sich bereits in den 1930er-Jahren ab. 1938 berief die US-Regierung noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die sogenannte „Evian-Konferenz“ ein. Auf der Konferenz sollte über die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich beraten werden. Damals erklärte sich kein Land bereit, die Aufnahmebedingungen für jüdische Flüchtlinge zu lockern, und die Konferenz blieb aufgrund der abwehrenden Haltung der Staatengemeinschaft ergebnislos (vgl. Probst 17.10.2010). Die Konvention kann folglich als Ergebnis von politischen Machtkämpfen verstanden werden. So beschreibt Guy Goodwin-Gill (1990) die damalige politisierte Verhandlungssphäre:

„Die allgemeine Debatte über Fragen der Definition und Verantwortung beleuchtet die hoch politisierte Atmosphäre der damaligen Zeit und das Ausmaß, in dem Flüchtlinge freud- und glücklose Schachfiguren in einem Spiel waren, das offensichtlich höhere Einsätze als ihr Leben und Wohlergehen mit einschloss“ (Goodwin-Gill zit. n. Treibel 1999: 158f.).

Laut Genfer Flüchtlingskonvention qualifiziert sich eine Person für einen Flüchtlingsstatus, wenn sie sich aufgrund einer begründeten Angst vor Verfolgung aufgrund von *Rasse*, Religion, Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung außerhalb seines_ihres Herkunftslandes befindet (vgl. UNHCR 1951). Auffällig ist, dass der Fluchtgrund Geschlecht nicht explizit berücksichtigt wird. Zu dieser Entwicklung führen Ulrike Krause und Karin Scherschel an, dass die GFK mit Blick auf die Erfahrungswelt männlicher Flüchtlinge entwickelt wurde (vgl. Krause/Scherschel 2016).²⁴

²⁴ Die Reformulierungen des Flüchtlingsbegriff wurde insbesondere hinsichtlich geschlechtsspezifischer Fluchtgründe breit diskutiert (siehe dazu Schmalz 2015). 2002 legte der UNHCR in

Der Status ist verknüpft mit Rechten. So können Flüchtlinge auf Grundlage der GFK internationale Hilfe in Anspruch nehmen und dürfen von den aufnehmenden Staaten nicht abgeschoben werden (*Non-Refoulement*) (vgl. Hummitzsch 2009). Die GFK begründet aber kein Recht auf Asyl für den Einzelnen gegenüber dem Staat, sondern beinhaltet vielmehr das staatliche Recht, Asyl zu gewähren. Damit unterliegt es dem Willen der Staaten, Flüchtlinge anzuerkennen. Der mit der Definition verbundene notwendige Nachweis einer individuellen Verfolgung hat die Praxis der Einzelfallprüfung hervorgebracht, innerhalb derer Flüchtlinge ihr individuelles Verfolgungsschicksal möglichst widerspruchsfrei nachweisen müssen (vgl. Müller 2010: 50). Ferner führt die in der GFK verabschiedete Notwendigkeit eines internationalen Grenzübertritts zum Ausschluss einer großen Zahl von Menschen, die innerhalb ihres Landes flüchten (vgl. Salomons 2004: 40).

Es gibt zwar seit Jahren politische und wissenschaftliche Debatten über die Modernisierung der Konvention, aber keinen realistischen politischen Willen, die Konvention zu überarbeiten. Vielmehr wurden westliche Flüchtlingspolitiken bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen immer restriktiver. Ein Beispiel dafür ist der deutsche „Asylkompromiss“ von 1993 (vgl. Malkki 1995).²⁵ Auch abseits von Europa gibt es Befürchtungen hinsichtlich restriktiver werdenden Asylpolitiken im Kontext des Klimawandels. Mit Blick auf die Debatte in Indien merkt Friedman in Bezug auf die indisch-bangladeschische Grenze an: „Climate Change didn't bring the fence, but it is providing a fresh reason for its existence and ongoing expansion“ (Friedmann 23.03.2009).

Generell werden beim Thema Asyl wesentliche Grundzüge von Herrschaftsstrukturen im internationalen System sichtbar: die Trias von Souveränität, Territorium und Bevölkerung (vgl. Schlichte 2010). Hier erscheint mir ein Verweis auf den Soziologen Bruno Latour sinnvoll, der mit seinem Bezug auf Souveränität auf einen zentralen Aspekt der Umwelt_flucht-Debatte anspielt:

“There is a tragic connection between the incapacity of action states to respond to migration and climate change. In both cases, it is the very notion of sovereignty that seems questioned. One solution is to try to maintain the status quo, the other to map how inefficient the notion of sovereignty has become” (Latour zit n. Gemenne/ Ionesco/ Mokhnacheva 2016: 2).

seinen Richtlinien zum internationalen Schutz fest, dass sexualisierte Gewalt oder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts als geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe gelten (vgl. Krause/ Scherschel 2016).

²⁵ Unter diesem Aspekt ist zu erwähnen, dass sich neben der GFK eine weniger institutionalisierte und rechtlich weniger abgesicherte Form des Flüchtlingsschutzes entwickelt hat, die dem Schutz der zahlenmäßig überlegenen Gruppe der sogenannten De-facto-Flüchtlinge dient. Unter den sogenannten subsidiären Schutz fallen Menschen, die zwar keine individuelle Verfolgung im Sinne der GFK nachweisen können, jedoch von Menschenrechtsverletzungen bedroht sind (Bürgerkriege, nichtstaatliche Verfolgung) (vgl. Lavenex 2002).

Territorialität, Souveränität und Staatsbürgerschaft sind leitende Prinzipien der internationalen Politik seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die bis heute tragend sind: Jede und jeder ist heute de jure Bürger_in eines Staates. Asyl stellt eine Ausnahme dieser allgemeinen Vorstellung dar, und die Figur des Flüchtlings bedeutet somit eine „Provokation“ gegenüber der binären Logik von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit (vgl. Schlichte 2010: 30ff.):

„Die bürokratischen Maschinen, die Max Weber zufolge der Alltagsfall von Herrschaft sind, versuchen überall auf der Welt, Eindeutigkeiten herzustellen. Das ‚Flüchtlingsproblem‘ könnte in dieser Lesart auch aufgefasst werden als ein Problem eben dieser bürokratisierten Politik“ (Schlichte 2010: 32).

4.2 Das binäre Selektionsprinzip zwischen Flucht und Migration

Wie ich bereits in vorangegangenen Ausführungen gezeigt habe, entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg neue institutionellen Rahmenbedingungen für Flüchtlinge. Es gab damals aber nicht nur die Idee der GFK, sondern auch einen konkurrierenden Entwurf der Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Die ILO schlug vor, als zentrale Agentur tätig zu werden, indem sie arbeitssuchende Flüchtlinge ins Ausland vermittelt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1919 engagierte sich die Organisation für die Rechte von Wanderarbeiter_innen. Der Vorschlag wurde aber abgelehnt, denn diese Idee weckte bei den Regierungen einiger wichtiger Geberländer – allen voran den USA – die Befürchtung, dass hierbei zu stark in ihre staatliche Entscheidungshoheit bei Wanderungsfragen eingegriffen werden könnte, und es etablierte sich in den Jahren 1950 und 1951 stattdessen eine zweiteilige Struktur. Einerseits entstand der UNHCR, dessen zunächst auf drei Jahre begrenztes Mandat seitdem immer wieder verlängert wurde, andererseits das „Provisional Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants from Europe“ (PICMME) – der Vorläufer der heutigen IOM (vgl. Angenendet/Koch 2017: 15; siehe Kapitel 7.3).

Historische Entwicklung und politische Interessen haben also zu einem binären Selektionsprinzip zwischen Flucht und Migration geführt, das bis heute angewendet wird. Es gibt bisher kein globales Migrationsregime, das vergleichbar wäre mit der Architektur des internationalen Flüchtlingsregimes: Während die GFK und das dazugehörige Protokoll von 146 Staaten unterzeichnet wurde, liegen migrationsbezogene Übereinkommen der ILO und der UN mit 22 bis 49 Ratifikationen weit hinter dem des Flüchtlingsregimes (vgl. Schultz 2016: 14). Seit 2018 liegt mit der Verabschiedung des „Global Compact on Migration“ auf UN-Ebene das erste internationale Migrationsübereinkommen vor (vgl. Bundesregierung 2018).

Essenziell für eine migrationspolitische Regulierung ist die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration. Die Bezeichnung Migrant_in ist insofern von Bedeutung, als dass diese Kategorisierung keine internationalen Schutzverpflichtungen impliziert, wie es der Begriff des Flüchtlings tut. Die zugrunde liegende Annahme ist,

dass sich Migrant_innen in ihrer Wahlfreiheit unterscheiden und dass zwischen unfreiwilliger Flucht und freiwilliger Migration differenziert werden kann. Es ist nicht zwingend, im Kontext von Migration auch von Flucht zu sprechen. Unter dem Begriff Migration wird ein Spektrum verschiedener Formen von mehr oder weniger freiwilligen Wanderungen verstanden. Flucht wurde, als erzwungene Form der Wanderung, lange nicht unter dem Oberbegriff Migration subsumiert und infolgedessen als eine Sonderkategorie behandelt. In jüngster Zeit setzt sich allerdings die Praxis durch, Flucht als eine Form der Migration zu verstehen. Dies entspricht der Forderung, Migration als ein Gesamtphänomen zu begreifen, da die Übergänge zwischen den verschiedenen Migrationsformen letztendlich fließend sind (vgl. Treibel 1999: 168). Jenseits dieser polaren Einteilung zeichnet vor allem die neuere Migrationsforschung und die Praxis der Migration ein komplexeres Bild und es wird deutlich, dass die Grenze zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration, jenseits ihrer migrationspolitischen Einteilung, fließend ist. Auch Serhat Karakayali kritisiert in seiner Arbeit über die Genealogie irregulärer Migration in Deutschland, dass Migrationsgründe noch nie mit staatlichen Kategorien, die eine legale Einreise ermöglichen, erklärbar waren (vgl. Karakayali 2008: 17). Klar abgegrenzte Kategorien wie Flüchtling oder Wirtschaftsmigrant_in sind idealtypische Konstrukte und in der Realität so nicht auffindbar. Für Anthony Richmond ist die Unterscheidung zwischen freiwillig und unfreiwillig eine politische, aber für die Soziologie nicht relevante Unterscheidung. Er schlägt eine fließende Typisierung vor und siedelt Migration auf einem Kontinuum an. Infolgedessen wird Flucht implizit oder explizit als Form der Migration und nicht als eine Sonderkategorie verstanden (vgl. Richmond 1993).

Das Zusammenspiel staatlicher Interessen hat selektive Migrationsregime hervorgebracht, die im Sinne erwünschter und unerwünschter Migration Einwanderungswege eröffnen oder verschließen. Auch Sabine Hess macht auf die Zweigleisigkeit dieser Politik aufmerksam. So wird zwar einerseits Migration unter sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert und im Kontext nationaler Souveränität und tradierter Vorstellung homogener Gesellschaften restriktiv verhandelt. Andererseits existieren aber auch Pro-Mobilitäts-Diskurse, die ökonomisch argumentieren und sich im Hinblick auf die demografische Entwicklung Europas für eine gesteuerte offene Einwanderungspolitik, speziell für Fachkräfte, stark machen (vgl. Hess 2012: 9; siehe Kapitel 8 und 9). Allerdings stehen den rein arbeitsmarktpolitischen Interessen völkerrechtliche Verpflichtungen im asylpolitischen Bereich gegenüber. Flüchtlingspolitik tangiert dabei zwei wichtige Kompetenzen des klassischen Nationalstaats, die Kontrolle über Zugang zum Territorium und der Schutz von Menschenrechten (vgl. Klepp 2010: 37). Der Politikwissenschaftler Klaus Schlichte argumentiert in seiner Auseinandersetzung mit der Genese des Asyls, dass abseits völkerrechtlicher, universalistischer Normen im Flüchtlingsschutz die asylrechtliche Praxis weltweit vor allem in Abhängigkeit von politischer Zweckmäßigkeit steht. Infolgedessen treffen Asylanerkennungsquoten immer auch eine Aussage darüber, wie sich politische Systeme gegenseitig wahrnehmen (vgl. Schlichte 2010: 31).

Doreen Müller spricht in ihrer Studie zu Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen davon, dass die Kategorie Flucht und Asyl und deren Bedeutung als Einwanderungs- und Schutzoption in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen ist. So werden asylpolitische Verpflichtungen zunehmend durch Kriterien eingengt, wie z. B. durch den zurückgelegten Reiseweg, der darüber entscheidet, ob ein Asylantrag überhaupt in einem bestimmten Nationalstaat bearbeitet wird (vgl. Müller 2010: 46f.). Ferner erkennt der Soziologe Stephen Castles einen dominanten politischen Diskurs, der Migration als Problem darstellt und in zweierlei Hinsicht dessen Regierung beeinflusst:

“[A] dominant political discourse sees migration as a problem that needs to be ‘fixed’ by appropriate policies. The repressive variant is tight border control, the more liberal one is addressing the ‘root causes’ of migration especially poverty and violence in origin countries so that people do not have to migrate” (Castles 2010: 1567).

Die Transit Migration Forschungsgruppe begreift dabei Migrant_innen nicht als Objekte dieser Politik, vielmehr beeinflussen die individuellen oder kollektiven Praktiken der Migration die Politik. Die Migrant_innen selbst stellen also zentrale Akteure dar. Wie bereits erörtert, sind Migrationspolitiken angesichts der Beharrlichkeit der Migration nicht in der Lage, Migration vollständig zu stoppen oder gänzlich zu regulieren (vgl. Transit Migration 2007; Hess 2012: 23).

4.3 Die Hierarchisierung und Klassifikation von Migration

In westeuropäischen Ländern sind Migrations- bzw. Asylpolitiken in kontroverse und häufig mit Ressentiments beladene öffentliche Diskurse eingebettet. Vielfach kreisen die gesellschaftspolitischen Debatten um die Frage, wer als „wirklicher“ Flüchtling gilt oder wer das Recht auf Asyl missbraucht. Mit dieser binären Logik der Inklusion und Exklusion operieren Migrationspolitiken, in deren Folge Migration hierarchisiert und Migrant_innen unterschiedlicher Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen und/oder politischen Rechten gewährt oder verwehrt wird (vgl. Scherschel 2011b). Hinsichtlich dieser Logik stellt Gregory White im Kontext von Klima_flucht fest:

“The likelihood that people are motivated to move because of climate change further complicates the ethics of border security. Migrants have been conventionally divided into those who are ‘pushed’ because of economic calculations and those who move because of political factors” (White 2011: 17).

Die Hierarchisierung und Kategorisierung von Migration ist ein wichtiges politisches Instrument. Asylbewerber_in, Flüchtling oder Saisonarbeiter_in, all diese und andere von Staaten konzipierte Kategorien ordnen und kontrollieren Grenzübertritte. Diese unterliegen nach Ramona Lenz arbeitsmarktpolitischen, demografischen, humanitären, sicherheitspolitischen, nationalistischen oder rassistischen Kriterien (vgl. Lenz

2007: 141). Die Kategorisierung von Migration geht einher mit verschiedenen Aufenthaltsstatus und unterschiedlichem Zugang zu sozialen und/oder politischen Rechten. Migrationsregime schaffen institutionelle Klassifikationen, die wiederum eine soziale Hierarchie in modernen Gesellschaften etablieren. Die Anthropologin und Soziologin Lydia Morris reagiert darauf mit dem Konzept der „stratifizierten Rechte“ (Morris 2002). Sie versteht die Gewährung, Vorenthaltung oder den Entzug von Rechten als „Vehikel der Kontrolle“, indem der Staat versucht, über subjektive Rechte disziplinierend auf die Individuen einzuwirken (vgl. Morris 2002: 80).

In diesem Kontext ist eine wissenschaftliche Debatte um universelle Menschenrechte und exklusive Staatsbürgerrechte entbrannt. Exemplarisch kann der Philosoph Etienne Balibar angeführt werden. Nach ihm ist die Konstruktion verschiedener Migrationskategorien mit je unterschiedlichen Rechten ein Aspekt der europäischen Gemeinschaft: „In fact discrimination is written into the very nature of the European Community“ (Balibar 1991: 6). Gerade die Vorstellungen und Praktiken von Inklusion und Exklusion, die an Staatsgrenzen besonders deutlich werden, machen nach Balibar politische Grenzen zu Prüfsteinen für „Bürgerrechte, Zivilität, zu Bruchlinien und Kräften, an denen die Demokratie aufhört oder auflebt“ (Balibar 2005: 9).

Die sozialwissenschaftliche Kritik an politisch gesetzten Einwanderungskategorien, welche auf der Unterscheidung zwischen Migration und Flucht fußen, bleibt in der politischen Wirklichkeit unbeachtet. Vielmehr bleibt die Einteilung in Flucht und Migration grundlegend für den politischen Umgang mit Migration:

“By defining groups of clients and spheres of competence, this operation of classification contributes to organizing public policy. The current international framework addressing international mobility is based on the distinction between ‘refugees’ and ‘migrants’” (Scalettaris 2010: 252).

Neben ihrer administrativen Funktion repräsentierten staatliche Kategorien nach Karakayali ein „ganzes Setting der politischen Bearbeitung von Migration, das unter anderem die Grenzen des Sagbaren und des Legitimen strukturiert und die Achsen des Diskurses um Migration mitbestimmt“ (Karakayali 2008: 16). Zentraler Verhandlungsort der Kategorienkonstruktion und -legitimation ist der öffentliche und medial vermittelte Diskurs. Dabei dreht sich die öffentliche Debatte um illegitime (Verbesserung der Lebensbedingungen) und legitime (politische Verfolgung) Gründe für Migration (vgl. Müller 2010: 316). Eng gekoppelt an das framing sind die politischen Implikationen, da Flucht, im Gegensatz zu Migration, im Kontext menschenrechtlicher Verpflichtungen steht. Der Sozialwissenschaftler Philipp Marfleet plädiert für einen gerechten politischen Umgang und sieht die einzige befriedigende Antwort auf die Komplexität der Migration in einer „policy of open borders“ (vgl. Marfleet 2006: 12).

Im Gegensatz dazu steht das Narrativ der „mixed migration flows“, welches eigentlich der Unmöglichkeit der Differenzierung zwischen Migration und Flucht geschuldet ist. Es dient verschiedenen Organisationen zur Legitimation von Grenz- und Migrationskontrollen aus humanitären Gründen. Akteure wie der UNHCR

argumentieren, dass es um die Notwendigkeit gehe, Schutzbedürftige aus der Masse der Migrierenden zu selektieren (vgl. Ratfisch/Scheel 2010: 100). Didier Bigo verortet dieses Framing innerhalb eines Prozesses der Versicherheitlichung der Migration. In der Logik der bürokratischen Dichotomien von legitimer und illegitimer Migration (Flüchtling vs. irreguläre Migrant_in) rechtfertigen sich schließlich kontrollpolitische Maßnahmen im Namen des humanitären Flüchtlingsschutzes (vgl. Bigo 2006; siehe Kapitel 6.2). Dies hat die Transit Migration Forschungsgruppe am Beispiel der Türkei herausgearbeitet. Dort wurde die Aufteilung des „sozialen Feldes der Migration“ in schutzbedürftige Flüchtlinge – deren Grenzüberschreitung als legitim anerkannt wird – und irreguläre Migrant_innen – deren Mobilität die Legitimität abgesprochen wird – deutlich (vgl. Hess/Karakakyali 2007). Die Logik des binären Selektionsprinzips bedingt schließlich die Kriminalisierung der Mehrheit der Migrant_innen (vgl. Ratfisch/Scheel 2010: 94). Angela Oels betont, dass die Schablone, innerhalb derer diese Unterscheidung stattfindet, nicht fix ist:

“As national asylum regulations get tightened, someone who may have started their journey with good prospects of asylum may arrive to find himself no longer under asylum law. In this case, while nothing changed about the incoming migrant, a change in legislation can render him or her illegal” (Oels 2008: 6f.).

Es zeigt sich, dass die Kategorien, die ein Migrationsregime konstruieren, dynamisch sind und der Komplexität von Migration generell nicht gerecht werden. Trotzdem werden Unterscheidungen, die dem nationalstaatlichen Interesse entsprechen Migration zu steuern, zu ordnen und zu hierarchisieren, politisch gesetzt (vgl. Müller 2010: 38). Die durch die Politik erschaffenen Kategorien bilden die Komplexität von Migration zwar nicht ab, bleiben aber die Basis eines hierarchischen Ordnungsschemas, anhand dessen sich der legale Aufenthalt in einem Nationalstaat entscheidet. Das erklärte Ziel, Migration durch Abschreckung einerseits und Anwerbung spezieller Gruppen andererseits gezielt zu steuern, wird jedoch nicht erreicht (vgl. Müller 2010: 39). Forschungen wie die Arbeiten der Transit Migration Forschungsgruppe belegen, dass migrationspolitische Steuerungsversuche im Hinblick auf ihre staatlichen formulierten Ziele relativ erfolglos bleiben (vgl. Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Migrationspolitiken vermögen nicht Migration zu verhindern, vielmehr entsteht eine selektive Durchlässigkeit der Grenze, in der in Anlehnung an Foucault die „Produktivität des Grenzregimes“ gesehen wird. Folglich wird nicht die Abschottung als zentrale Funktionsweise des Grenzregimes gesehen, sondern vielmehr die Verwaltung und Bearbeitung des Überschusses der Mobilität (vgl. Mezzadra 2006). Die „Produktivität der Grenze“ erzeugt nach Lydia Morris ein Transformationsregime und damit „civic stratification“, also gestufte Nuancen der An- bzw. Aberkennung von (Bürger-)Rechten (vgl. Morris 2002). Die Forschungsarbeiten der Transit Migration Forschungsgruppe zeigen wie Migrant_innen auf die Selektivität reagieren, indem sie beispielsweise ihre Migrationsgeschichte entsprechend der Anforderungen an einen Aufenthalt umschreiben (vgl. Hess/Karakakyali 2007: 46).

4.4 Das Wissensregime über die Schutzlücke Umwelt_fluht

Nach geltendem europäischem Recht gibt es heute weder spezifische Pflichten der Staaten in Bezug auf die Behandlung von Umwelt_flüchtlingen („Protection Gap“) noch sonstige bindende internationale Schutzmechanismen zugunsten der Betroffenen. Hinsichtlich des Debattenstandes bilanzierte das Europäische Parlament 2012: „While the academic debate on environmentally induced migration has considerably evolved over the past decade, the policy debate still lags behind“ (European Parliament 2012: 71f.).

Die Identifikation des Problems „Protection Gap“ hat also eine breite Forschungslandschaft entstehen lassen. Die Frage nach der migrationspolitischen Kontrolle wird seit Mitte der 2000er-Jahre ausführlich wissenschaftlich geführt (vgl. McAdam 2009; Warner 2010; Foresight 2011). Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Arbeiten sind eine Reihe von Studien, besonders von NGOs, die das „Protection Gap“ ausmachen und die fordern, Klima_flüchtlinge flüchtlings- bzw. migrationspolitisch oder unter der Klima- bzw. Flüchtlingskonvention zu regulieren. Sie begründen dies mit den fehlenden Rechtsstandards, der Zahl der Betroffenen und deren Schutzlosigkeit gegenüber den Folgen der globalen Erwärmung (vgl. Greenpeace 2007; Biermann/Boas 2008; UNU-EHS/Care 2009; Amnesty International et al. 2013). Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung Europa richtet sich bereits im Titel mit einer Forderung an die EU: „Time to Act: How the EU can lead on climate change and migration“ (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2014).

Zu Beginn der Rechtsstellungsdebatte wurde insbesondere eine Erweiterung der GFK diskutiert (vgl. Consibee/Simms 2003: 23). Eine potenzielle Erweiterung der GFK, damit einhergehend auch die Verwendung des Begriffs Umwelt_flüchtling, wird aufgrund der darin transportierten politischen Konnotation durch Migrationsforscher_innen und diverse Akteure, z. B. den UNHCR, abgelehnt (vgl. Black 2001; UNHCR 2008). Umstritten ist der Begriff des Umwelt- bzw. Klima_flüchtlings, da dieser aus Sicht der GFK-Unterzeichnerstaaten nicht in deren Anwendungsbereich fällt (vgl. Ogata 1994; siehe auch EACH FOR 2008). Diese Blockadehaltung führt der Europarechtler Waldemar Hummer auf die Angst vor den möglichen politischen Folgen einer rechtlichen Anerkennung von Umwelt_fluht zurück:

„Die Konsequenzen einer solchen ‚Aufwertung‘ eines (Umwelt)Migranten – der einwanderungsrechtlich ad libitum behandelt werden darf – zu einem asylberechtigten Flüchtling, für den nicht nur der ‚Non-Refoulement‘-Grundsatz an der Grenze, sondern auch eine Reihe weiterer rechtlicher Begünstigungen gelten, wären enorm – und zwar sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Das ist wohl auch der Grund, warum sich die Staatengemeinschaft bis heute stets geweigert hat, [...] ernsthaft zu diskutieren und u. U. völkerrechtlich zu verankern“ (Hummer 2016).

Neben dem fehlenden Willen der Nationalstaaten, die Konvention zu erweitern, sehen auch Menschenrechtsorganisationen die Debatte mittlerweile kritisch, da sie

befürchten jede Neubestimmung der GFK berge die Gefahr, dass das bestehende Übereinkommen gänzlich neu verhandelt und der Schutz einzelner, völkerrechtlich bereits anerkannter Flüchtlingsgruppen gefährdet wird. Es wird damit begründet, dass Regierungen immer wieder versucht haben, im Rahmen von Modernisierungsbestrebungen das etablierte Schutzinstrument auszuhöhlen (vgl. Amnesty International et al. 2013: 14).

Verschiedene Forscher_innen und Organisationen haben Analysen über die (potenzielle) Erweiterung bestehender Schutzregime abseits der GFK entwickelt (vgl. ICMPD 2012, Kolmannskog 2009) bzw. über den Entwurf neuer Rechtsschutzinstrumente (vgl. Biermann/Boas 2010; Hodgkinson/Young 2012) erstellt. So haben etwa die Rechtswissenschaftler_innen Bonnie Docherty und Tyler Giannini 2009 einen Vorschlag für eine „Klimaflüchtlingskonvention“, einen institutionellen Rahmen, einen globalen Fond sowie eine koordinierende Institution ausgearbeitet (vgl. Docherty/Giannini 2009). Die Wissenschaftler_innen Frank Biermann und Ingrid Boas schlagen ein Zusatzprotokoll für Klima_flüchtlinge zur Klimarahmenkonvention vor, das z. B. auch die Umsiedlung auf freiwilliger Grundlage gewährleisten müsse (vgl. Biermann/Boas 2010). Neben rein juristischen Auseinandersetzungen enthalten die Studien auch moralische Forderungen wie beispielsweise den Vorschlag, Länder mit höheren Emissionswerten sollten auch mehr Klima_flüchtlinge aufnehmen (vgl. Brown 2008: 39). Der Flüchtlingsforscher Gaim Kibreab warf in diesem Kontext vielen seiner Kolleg_innen bereits in den 1990er-Jahren einen unkritischen wissenschaftlichen Umgang mit dem Konzept Umwelt_flucht vor:

“The concept of the environmental refugee is increasingly used by states to justify restrictive refugee policies. Many academics, instead of questioning the conceptual and legal foundation of the term, have been using it uncritically, and so unintentionally contributing to the hardening of attitudes and policies against involuntary migrants” (Kibreab 1997: 21).

Ein Blick über das Forschungsfeld Umwelt_flucht zeigt, dass die Mehrheit der Forschung angesichts ihrer überwiegenden Anwendungsorientierung in ihren Analysen sehr nah an den bestehenden migrationspolitischen Kategorien verbleiben und Lösungsstrategien nur innerhalb der ordnungspolitischen Schemata erarbeitet werden (vgl. EACH FOR 2008; Warner 2010; Foresight 2011). Allein die Literaturverzeichnisse der Publikationen zeigen, wie eng Wissenschaft in diesem Themenfeld mit Politik verschränkt ist. Eine Metaperspektive auf die politischen Debatten um Mobilität und Migration wird hingegen nur selten eingenommen (vgl. Oels 2008).

Diese Form der Problematisierung, in der Migration als Problem innerhalb nationalstaatlicher Container be- und verhandelt wird, kann mit Bezug auf die Arbeit von Nina Glick-Schiller und Andreas Wimmer auf einen „methodologischen Nationalismus“ in den Sozialwissenschaften zurückgeführt werden, durch den der Nationalstaat als Form politischer Organisation neutralisiert und Staatsbürgerschaft als Form politischer Identität essenzialisiert wird. So wird der Nationalstaat forschungsanalytisch als quasinatürlicher Rahmen vorausgesetzt und die Organisation von Zugehörigkeit

über den Nationalstaat als selbstverständlich dargestellt (vgl. Glick-Schiller/Wimmer 2003: 567). Gleichzeitig wird Migration dadurch zur Ausnahmeerscheinung und Abweichung von einer eigentlich durch Immobilität und nationale Zugehörigkeit gekennzeichneten Ordnung (vgl. Müller 2010: 41). Einige Forschungsarbeiten – etwa von der Transit Migration Forschungsgruppe (2007) oder von Doreen Müller (2010) – sind aus der Kritik an solch einem „methodologischen Nationalismus“ entstanden. Kategorien und Annahmen der klassischen Migrationsforschung werden in diesen Arbeiten vielmehr Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen. So verwendet etwa Doreen Müller in ihrer Untersuchung zu europäischen Migrationsregimen nicht die vorgegebenen migrationspolitischen Kategorienkonstruktionen, vielmehr arbeitet sie die Bedeutung der Konstruktion von Flucht und Asyl im europäischen Migrationsregime sowie dessen Einfluss auf die Realität von Migrant_innen heraus. Wichtig ist ihr dabei, die gängigen migrationspolitischen Raster, die Untersuchungen über Migrationspolitik oft zugrunde liegen, selbst zum Gegenstand der Analyse zu machen (vgl. Müller 2010: 38). So stellt sich auch das Vorgehen der Transit Migration Forschungsgruppe dar, die im Zuge einer „ethnographischen Grenzregimeanalyse“ mit dem „weitverbreiteten kontrollpolitischen (Forschungs-)Nominalismus“ bricht und es vielmehr zu einer Auseinandersetzung mit der ansonsten unkritischen Adaption des etablierten Vokabulars kommt (vgl. Tsianos/Hess 2010: 244).

Die Rechtsstellungsdebatte ist verbunden mit einer breiten politischen und wissenschaftlichen Kontroverse über die Definition von Umwelt_flucht (vgl. Dun/Gemenne 2007). Eine unüberschaubare Anzahl von Begriffen ist Ausdruck höchst unterschiedlicher Vorstellungen über direkte oder indirekte Kausalitäten in der Beziehung zwischen Umweltveränderungen und Migrationsentscheidungen.²⁶ Ebenso kontrovers wird über juristische Begriffe und deren politische Implikationen diskutiert: Binnenflüchtling, Migrant_in bzw. Flüchtling (vgl. IOM 2007; BAMF 2012). Der vielzitierte Flüchtlingsforscher Roger Zetter hält Anhänge/Präfixe an den Flüchtlingsbegriff generell für nicht sinnvoll und beobachtet folgende politische Entwicklung:

“[T]he ‘convenient images’ of refugees, labelled within a co-opting humanitarian discourse in the past, have been displaced by a fractioning of the label which is driven by the need to manage globalized processes and patterns of migration and forced migration in particular” (Zetter 2007: 172).

Seit Mitte der 2000er-Jahre gibt es auch politikwissenschaftliche Studien, die sich mit politischen Akteuren der Regierung von Klima_flucht auseinandersetzen (für die Small Island States siehe Barnett/Campbell 2010; für Ozeanien und die EU siehe Klepp/Herbeck 2015; für die EU siehe Blocher 2016) oder einzelne Akteure wie den UNHCR analysieren (siehe McNamara 2007). So hat beispielsweise Andrea Simonelli eine erste eingehende politikwissenschaftliche Untersuchung der Regierung

²⁶ Wie zum Beispiel: Environmental refugee, environmental migrant, forced environmental migrant, environmentally motivated migrant, climate refugee, climate change refugee, environmentally displaced person, disaster refugee, eco-refugee, ecological displaced person ...

von „climate displacement“ aus einer Global Governance-Perspektive durchgeführt (vgl. Simonelli 2016). In ihrem Buch „Governing Climate Induced Migration and Displacement“ spricht sie sich angesichts des „governance gap“ für eine neue IGO unter UN-Mandat aus (vgl. Simonelli 2016: 113). Abseits der Erkenntnis wissenschaftlicher Studien, dass Umwelt_flucht vor allem zu Binnenmigration oder Migration in die Nachbarländer führt, zeigt sich in den Publikationen lange Zeit ein überraschend großes Interesse an der Forderung nach einem Instrument der Regierung internationaler Migration (vgl. EACH FOR 2008; Foresight 2011).

Es zeichnet sich ein Wissensregime ab, welches bestimmt, welche Forderung Geltung erlangen, welche marginal bleiben, ausgeschlossen oder ignoriert werden. Andrew Baldwin unterstellt der Rechtsstellungsdebatte einen Eurozentrismus und stellt fest, dass sich wissenschaftliche Arbeiten aus dem globalen Norden zumeist durch einen Top-down-Ansatz auszeichnen, der für die Implementierung universalistischer menschenrechtlicher Standards plädiert (vgl. Baldwin 2017: 19). Der universelle Anspruch von Menschenrechten stellt generell einen Gegenstand der Debatte postkolonialer Theoretiker_innen dar, die der Etablierung universaler Menschenrechte ein missionarisches Projekt unterstellen (vgl. Spivak 2004).²⁷

Bei der Rechtsstellungsdebatte handelt es sich aber keineswegs um eine spezifisch europäische Debatte, vielmehr findet das Aushandeln der Figur auch in anderen Weltregionen statt (vgl. Farbotko 2010; White 2011). In Neuseeland und Australien gibt es eine Debatte über die Aufnahme von Klima_flüchtlingen und auch erste Rechtsprechungen oder vielmehr erste abgelehnte Klagen von Asylanttragsteller_innen aus den Pazifikstaaten Tuvalu und Kiribati, die Flüchtlingsschutz aufgrund des Klimawandels beantragten. Trotz der restriktiven Praxis gehen seit einigen Jahren regelmäßig Pressemeldungen um, Neuseeland bzw. Australien würden Klima_flüchtlinge anerkennen (beispielsweise Die Zeit 04.08.2014). Tatsächlich gewährt Neuseeland einem gewissen Kontingent von Bürger_innen aus Tuvalu die Einreise im Rahmen eines Arbeitsmarktabkommens der sogenannten „Pacific Access Category“, und nicht wie vielfach angenommen auf Basis eines klimaspezifischen Migrationsabkommens (vgl. Farbotko 2011).

Die pazifischen Inselstaaten (auch „sinking islands“ genannt) sind im öffentlichen Diskurs zu einem Symbol für Klima_flucht geworden, und das insbesondere angesichts des potenziellen Territoriumverlusts durch den Anstieg des Meeresspiegels. Regierungsvertreter_innen einzelner pazifischer Inselstaaten lehnen aber die humanitäre Aufnahme ihrer Bürger_innen als Klima_flüchtlinge ab. Sie fordern stattdessen drastische Emissionsreduktion, Klimagerechtigkeit und vielmehr einen emanzipatorischen Migrationsansatz: „Migrate with dignity“ (vgl. Klepp/Herbeck 2010: 17). Ausdruck finden diese Forderung auch in der zivilgesellschaftlichen Initiative der

²⁷ Aus postkolonialer Perspektive beschreibt Gayatri Chakravorty Spivak die Schwierigkeiten, die der individualisierte Subjektbegriff der Menschenrechte in der Übertragung auf subalterne Kontexte mit sich bringt (vgl. Spivak 2004). Für eine kritische Einführung in die postkoloniale Theorie siehe Varela/Dhawan (2005).

„Climate Warriors“, die u. a. eine Energiewende fordern. Die Aktivist_innen, überwiegend pazifische Inselbewohner_innen, blockierten 2014 mit ihren Kanus einen australischen Hafen und stellten sich gegen die Pläne der australischen Regierung, ihre Kohleexporte zu verdoppeln. Dabei skandierten sie: „Wir ertrinken nicht, wir kämpfen!“ (vgl. Pacific Climate Warrior 20.12.2017; siehe Kapitel 7.2). Hierzu führt Silke Beck an, dass Vertreter_innen des globalen Südens die Akteure sind, die den Klimawandel politisieren, indem sie Verursacher und Verantwortlichkeiten benennen und sich der Naturalisierung der Klimawandelproblematik durch westliche Wissenschaftler_innen und Diplomat_innen entgegenstellen (vgl. Beck 2011: 249).

4.5 Europäische Politik und Blockaden

Erstmals offiziell in der EU bestätigt wurde der Umwelt-Migrations-Nexus 2007 mit dem Papier der Europäischen Kommission „Adapting to Climate Change in Europe“ (European Commission 2007). Dieses sogenannte „Green Paper“, eine Diskussionsvorlage der Kommission, rahmte das Thema Umwelt_flucht außen- und sicherheitspolitisch:

“EU Common Foreign and Security Policy (CFSP) has an important role to play in enhancing the EU’s capacity to prevent and deal with conflicts such as border disputes and tensions over access to natural resources and natural disasters accentuated by climate change as well as their potential consequences such as forced migration and internal displacement of persons” (European Commission 2007: 21).

2008 folgte der sogenannte „Solana-Bericht“, ein Papier der EU-Kommission an den EU-Rat (vgl. Europäische Kommission 2008). Das Interesse der EU richtet sich hierin unter anderem auf das Migrationspotenzial des afrikanischen Kontinents. Javier Solana, der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, machte darauf aufmerksam, dass durch die Erderwärmung der Migrationsdruck auf die EU weiter steigen werde, da der Klimawandel Menschen in Regionen wie Nordafrika noch anfälliger für Migration mache (vgl. Europäische Kommission 2008: 4). So warnt auch das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):

„Afrika ist aufgrund von Klimawandel, fehlender Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sowie Ressourcenausbeutung verstärkt von ökologischen Problemen, wie Umweltkatastrophen, Wüstenbildung und Ressourcenmangel (Wasserknappheit, Bodenerosion) betroffen. Dies kann Umweltmigration in Regionen (wie Europa) mit intakterer Umwelt sowie vorhandenen Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen zur Folge haben“ (BAMF 2012: 33).

Hier kann die These aufgestellt werden, dass die Debatte über die Aufnahme der Betroffenen dort stattfindet, wo Wohlstandsgefälle und soziale Folgen des Klimawandels besonders deutlich werden. Hier schwingt seitens der Aufnahmeländer in Eu-

ropa die Befürchtung mit, dass Umwelt_fucht ein Ausmaß annimmt, welches die Aufnahmekapazitäten der EU übersteigen könnte (siehe Kapitel 6).

Neben der frühen außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung gab es auch im Innern der EU zwischen den Jahren 2007 und 2011 explizit asylpolitische Auseinandersetzungen um die Figur, die aber alle letztlich ergebnislos blieben (vgl. Blocher 2016: 45). So brachte 2008 die Partei der Grünen das Thema im EU-Parlament zur Diskussion; es kam aber letztlich zu keiner breiten politischen Auseinandersetzung (vgl. Die Grünen/Freie Europäische Allianz 2008). Die Generaldirektion für Justiz und Inneres setzte das Thema in 2009 bei den Verhandlungen über das „Stockholmer Programm“ auf die Agenda (vgl. Blocher 2016: 45). Bei diesem Programm ging es auf EU-Ebene um eine Vereinheitlichung der Justiz- und Innenpolitik der einzelnen Länder, mit dem Ziel, das europäische Migrations- und Asylrecht zu harmonisieren. Mit dem Programm gewannen Entscheidungen auf EU-Ebene zunehmend an Relevanz für den Umgang der EU-Staaten mit der Flüchtlingsfrage (vgl. Herbeck/Klepp 2011: 7). Umwelt_fucht war zwar ein Thema dieser politischen Verhandlungen, letztlich wurde aber lediglich Forschungsbedarf festgestellt:

“The connection between climate change, migration and development needs to be further explored, and the European Council therefore invites the Commission to present an analysis of the effects of climate change on international migration, including its potential effects on immigration to the European Union” (European Council 2009: 63).

Mit diesem „signal of policy intent“ (Sommerville 2011: 7) wurde zwar der Auftrag erteilt, Wissen über Umwelt_fucht zu produzieren, das Thema aber nicht zur Priorität erklärt.

Seit Mitte der 2000er-Jahre befassen sich in der EU verschiedene hochkarätige Forschungsverbände mit dem Thema Umwelt_fucht, und das vielfach im Auftrag der Europäischen Union. So wurden Studien und Rechtsgutachten in Auftrag gegeben bzw. selbst erarbeitet, um das bestehende EU- oder nationale Migrationssystem hinsichtlich seiner potenziellen Tauglichkeit für Umwelt_flüchtlinge zu prüfen und um verschiedene potenzielle Mechanismen darzulegen (vgl. ICMPD 2012; European Parliament 2012; für Österreich Ammer et al. 2009; für Deutschland BAMF 2012). Als das erste von der Europäischen Kommission initiierte interdisziplinäre Forschungsprojekt gilt das Projekt „Environmental Change and Forced *Migration* Scenarios“ (EACH FOR) (vgl. European Commission 2013: 6). Der Fokus von EACH FOR liegt auf der Erforschung von Umwelt_fucht im globalen Süden. Dazu wurden weltweit insgesamt 23 empirische Fallstudien mit der Intention durchgeführt, Politik, Forschung und Gesellschaft erste Daten und Prognosen zur Thematik zu liefern (vgl. EACH FOR 2008). Neben seiner Vorreiterrolle in der systematischen Erhebung empirischer Daten stellte sich das Projekt selbst aufgrund seiner Zusammensetzung als besonders innovativ dar. Dort arbeiteten Natur- und Geisteswissenschaftler_innen aus Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen sowie aus Unternehmen im Consultancy-Bereich zusammen (vgl. Universität

Bielefeld 2012).²⁸ Das EACH FOR-Projekt wurde wegen seiner Erhebungsmethoden von einigen der beteiligten Wissenschaftler_innen kritisiert:

“Since both time and financial resources were limited, the number of questionnaires in each case study area does not allow for robust statistical analyses of the responses. However, the general trends provide numerous insights into the decisions to migrate or not to migrate or the processes of forced displacement” (EACH FOR 2008: 15).

Dennoch gilt es als das Pionierprojekt, welches politisches und wissenschaftliches Interesse entfachte und einen Zusammenhang zwischen Umweltwandel und Migration empirisch bestätigte. Seitdem entstanden noch weitere interdisziplinäre Forschungsprojekte in der EU, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Migration und Umweltwandel befassen. Ein Beispiel ist das innerhalb der „European Cooperation in Science and Technology“ (COST) initiierte Projekt „Climate Change and Migration: Knowledge, Law, Policy and Theory“ (Laufzeit von 2011–2015), welches einen sozialwissenschaftlichen Fokus hat und einen politikorientierten Ansatz verfolgt:

“The beneficiaries of the Action include states, in particular those of the European Union, as well as environmental, development and humanitarian NGOs, and IGOs, such as UNFCCC, IPCC, UNEP, UNDP, IOM and ILO” (Cost Action 2011).

Dennoch gilt das Thema auf der politischen Agenda der EU eher als ein Nischenthema (vgl. Sommerville 2011: 14). Akteure wie die IOM und die Heinrich-Böll-Stiftung Europa postulieren ein anhaltendes fehlendes politisches Problembewusstsein: “Since the number of people displaced by slow onset environmental changes cannot be foreseen, it is often difficult to convince policy makers about the existence of environmental migration and the need to act” (Heinrich-Böll-Stiftung European Union/IOM 2016: 2).

So haben weder der Rat noch die EU-Kommission oder das Europäische Parlament das Thema priorisiert. Es gibt also bisher kein gemeinsames europäisches Vorgehen. Es gibt jedoch vereinzelte Mitgliedsstaaten, die in ihren nationalen Asylgesetzgebung Umweltfaktoren berücksichtigen; dazu im nächsten Abschnitt mehr. Insgesamt weicht die EU einer klaren Positionierung auf politisch-rechtlicher Ebene aus, wohl auch, um einen völkerrechtlichen Präzedenzfall und eine tatsächliche asylpolitische Verknüpfung mit dem Thema zu vermeiden. Dieser Trend fügt sich in einen gesamteuropäischen asylpolitischen Kurs ein, der vor allem auf die Reduktion

²⁸ Das Projekt setzte sich aus acht europäischen Projektpartnern zusammen: dem Unternehmen ATLAS Innoglobe, dem Institut Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), dem Institut European Research Centre on Migration and Ethnic Relations (ERCOMER), dem medizinischen Zentrum der Erasmus Universität Rotterdam, dem Center on Migration, Citizenship and Development (COMCAD) der Universität Bielefeld, dem Center for Ethnic and Migration Studies (CEDEM) der Universität Liège, dem Sustainable Europe Research Institute (SERI) der Universität Wien und der Universität des Baskenlandes (UPV-EHU).

von Flucht in die EU ausgerichtet ist (vgl. Hess/Karakayali 2007: 46f.). Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Johannes Herbeck und Silja Klepp die Verabschiedung einer Umwelt_flüchtlingskonvention gegenwärtig für unwahrscheinlich halten (vgl. Klepp/Herbeck 2015: 6).

Hierbei sollte unbedingt die Kritik des Professors für internationales Recht, Bhupinder Chimni, herangezogen werden, der grundsätzlich einen „legal fetishism“ infrage stellt, also eine rein rechtlich positivistische Ordnungsvorstellung, die suggeriere, dass mit der Erweiterung einer rechtlichen Konvention oder der Verabschiedung einer neuen Konvention Flüchtlinge tatsächlich geschützt würden (vgl. Chimni 2009: 16). Auch die vielzitierte Rechtswissenschaftlerin Jane McAdam kritisiert die Fokussierung auf Schutzinstrumente und bezweifelt deren Umsetzbarkeit, da die Bedürfnisse der Betroffenen, die vielfach gar nicht abwandern wollten, zu wenig beachtet würden (vgl. McAdam 2012: 188). Selbst wenn sich also das politische Klima veränderte und eine Erweiterung des Asylrechtes diskutiert würde, bliebe fraglich, ob den Betroffenen angesichts des aktuellen Umgangs mit Konventionsflüchtlings in der EU tatsächlich geholfen wäre bzw. ob ein Flüchtlingsstatus für die Betroffenen überhaupt infrage käme (vgl. Oels 2008; Climate Warriors 2014).

Auch arbeitet die EU nach dem „Sommer der Migration“ 2015, der historischen und strukturellen Niederlage des europäischen Grenzregimes, vielmehr an dessen Rekonstitution und Restabilisierung (vgl. Hess et al. 2016). Eine Entwicklung, welche die Debatte über die Erweiterung des europäischen Asylrechtes um Umweltfaktoren verdrängt hat.

4.5.1 Exkurs: Klima_flüchtklausel im schwedischen Asylrecht

Trotz der Vergemeinschaftung der EU-Asyl- und Migrationspolitik bestehen weiterhin nationale Unterschiede. So existieren in den EU-Mitgliedsstaaten neben den Bestimmungen der Qualifikationsrichtlinie zum Flüchtlings- und subsidiären Schutz verschiedene nationale Formen der Schutzgewährung (vgl. Parusel 2010: 11).²⁹ Dies drückt sich in der Rechtsstellungsdebatte durch den kontinuierlichen Verweis auf das Potenzial des schwedischen Asylgesetzes aus. Dem Land wird, neben Finnland, hinsichtlich des Schutzes von Umwelt_flüchtlingsen sogar eine Vorreiterrolle in der EU zugesprochen (vgl. Kolmannskog/Mystrad 2009; enviromig 2012). Diese Wertung bezieht sich auf eine Klausel im schwedischen Ausländerrecht. Darin heißt es:

“In this Act a ‘person otherwise in need of protection’ is an alien who in cases other than those referred to in Section 1 is outside the country of the alien’s nationality, because he or she [...] is unable to return to the country of origin because of an environmental disaster” (Swedish Aliens Act 2010).

²⁹ 2004 wurde der subsidiäre Schutz etabliert. Dieser soll Menschen Schutz gewähren, die zwar nicht die Voraussetzungen der GFK erfüllen, aber Flüchtlinge auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention sind. Umweltfaktoren haben aber während der Verhandlungen über die Richtlinie keine Rolle gespielt (vgl. Parusel 2009: 11).

Es gibt bisher keine wissenschaftliche Studie, die sich eingehend mit dieser Rechtsklausel und ihrer länderspezifischen Implementation beschäftigt. Um herauszufinden, wie es zu dieser vermeintlich besonderen Position Schwedens kommen konnte, habe ich eine Reihe von NGOs und staatlichen Stellen in Schweden sowie verschiedene Wissenschaftler_innen angeschrieben. Viele meiner Rechercheanfragen blieben unbeantwortet. Bei einer E-Mail-Korrespondenz mit dem schwedischen Justizministerium erhielt ich folgende Auskunft: 1997 ist das schwedische Asylrecht im Bereich nichtstaatlicher Verfolgung um die Kategorie Umweltkatastrophe erweitert worden. Hinsichtlich dessen Implementierung führt das Ministerium aus:

“It is not possible to fully define the group of aliens subject to this provision. However, it must be a sudden disaster in question. A disaster which means that it would be inhumane to send someone to the country where the disaster occurred. What the Justice Ministry knows, the provision has not been applied yet” (Email-Korrespondenz 23.05.2011).

Ich stellte einem Mitarbeiter von Pro Asyl die Frage, wie er die Rechtsklausel in Schweden bewertet, die ihm zwar nicht bekannt war, ihn aber auch nicht überraschte:

„Wir haben auch in anderen Migrationsbereichen die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie der EU, die auch irgendwie ein schlafendes Ding ist. Was bisher noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Viele dieser Instrumente brauchen den politischen Willen, dass sie überhaupt funktionieren“ (Interview Pro Asyl 21.03.13).

Hinsichtlich der fehlenden Implementation führt er weiter aus:

„Umweltkatastrophe klingt wie ein kurzfristig eintretendes Ereignis, für das von der Logik her ein temporärer Schutz ein adäquates Instrument sein könnte. Nur ist international feststellbar, dass bei den ganz großen Katastrophen [...] viele Hunderttausende aus den Küstenzonen kurzfristig weggegangen sind, aber fast alle sind wieder zurückgegangen oder haben sich in der Nähe angesiedelt. Sie hatten gar kein Bedürfnis aus sonst relativ gut funktionierenden Zonen wegzugehen. Das ist eine Erkenntnis der Wissenschaft: Große Disaster dieser Art bringen kaum längerfristige Migrationen mit sich und müssen deswegen nicht im Zentrum internationaler Debatten stehen“ (Interview Pro Asyl 21.03.13).

Die Rechtswissenschaftlerin McAdam kontextualisiert die Verabschiedung der schwedischen Klausel als eine Reaktion auf die nukleare Katastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 und präzisiert, dass das Gesetz erst im März 2006 in Kraft trat (vgl. McAdam 2009: 13ff.). Eine eingehende Analyse der Klausel steht noch aus. Soviel lässt sich aber sagen: Eine Anerkennungspraxis gibt es bisher nicht, der Schutzmechanismus ist nicht etabliert. Ferner sollte im Blick behalten werden, dass auch die schwedische Regierung nach dem „Sommer der Migration“ restriktivere Asylgesetze verabschiedet hat, und dies auch im Bereich nichtstaatlicher Verfolgung (vgl. Hush 2017).

4.6 Zwischenfazit: Das umkämpfte „Protection Gap“

Es wurde deutlich, dass auch abseits der Frage der tatsächlichen Implementation von Rechtsmechanismen ein Begriff wie der des Umwelt_flüchtlings wirkungsmächtig ist: Er benennt eine neue potenzielle Zuwanderungsgruppe und schließt sich als migrationspolitischer Gegenstand der Debatte an: Wer qualifiziert sich für asylrechtlichen Schutz und wer nicht.

In diesem Kapitel habe ich gezeigt, dass das „Protection Gap“ vor dem Hintergrund von politischen Prozessen und Aushandlungen bzw. Blockaden verortet werden kann und dass Machtmechanismen hierbei eine zentrale Rolle spielen. So wurde der staatliche Umgang mit Flucht und Migration im Kontext historischer Entwicklungen wie dem Kolonialismus oder dem Nationalsozialismus, aber auch bestimmter Phasen kapitalistischer Entwicklung und dem Zusammenspiel gegenwärtiger politischer Interessen verortet. Die kritischen Ausführungen zur Konstitutionen des Migrationsregimes sollten dazu dienen, die Rechtsstellungsdebatte an sich zu problematisieren und die staatlichen Blockaden gegen eine Erweiterung zu kontextualisieren. Dies tat ich insbesondere unter Verweis auf Forscher_innen, die eine positivistische Ordnungsvorstellung infrage stellen, und verortete anwendungsorientierte Forschungen in einem „methodologischen Nationalismus“.

Auch wenn politische Blockaden gegenüber einer Erweiterung des europäischen Asylsystems existieren, egal wie sinnvoll oder nicht sinnvoll dessen Erweiterung tatsächlich wäre, habe ich gezeigt, dass die Figur Debatten angeregt hat. Diese Entwicklung kann damit erklärt werden, dass der Klimawandel zu einem zentralen politischen Thema geworden ist, was die EU auch zu einer gewissen Sorge um das Thema Klima_flucht zwingt.

5 Die Genese des Umwelt_flüchtlings

*„Zeitweise konnte ich mich vor Anfragen [zum Thema Umwelt_flüchtlinge] kaum retten. Das hat manchmal mit irgendwelchen Veröffentlichungen zu tun. Das hat – bisschen ironisch – auch damit zu tun, wie das Wetter ist. Nach dem langen Winter und während wir auf den Frühling warten, ist die Klimadiskussion im Hintertreffen. Bekommen wir einen besonders heißen Sommer oder globale Extremwetterereignisse, wird das Thema wieder aufgegriffen“
(Interview Pro Asyl 21.03.13).*

Umwelt_fucht ist zu einer viel diskutierten Chiffre für einen Typus von Migration geworden und das Thema unterliegt gewissen Konjunkturen. Im Folgenden werfe ich einen Blick darauf, welche Erzählungen und Diskurse dazu geführt haben, nachdem Debatten über Migration lange Zeit auch ohne die explizite Nennung von Klima- bzw. Umweltfaktoren auskamen. Teil des Unterfangens ist die Rekonstruktion der Figur als ein höchst politisches Konstrukt mit der Absicht, gängige Narrative darum neu zu kontextualisieren.

Die Genealogie von Umwelt_fucht ist bisher nicht hinreichend theoretisiert worden (vgl. Baldwin 2012: 8). Einer der wenigen Ansätze stammt von Angela Oels und Chris Methmann, die in ihrem Artikel „From fearing to empowering climate refugees: Governing climate induced migration in the name of resilience“ (2015) ei-

ne kurze Genese entwerfen (siehe Kapitel 9.1).³⁰ Unter dem Paradigma der Resilienz skizzieren sie die Entwicklung der Figur. Sie beobachten eine Abkehr von sicherheitspolitischen Diskursen, die Migration letztlich verhindern wollen, hin zu einer Debatte, die in den 2000er-Jahren Fahrt aufnahm und die politische Lösungen in der Förderung von Migration sucht (vgl. Oels/Methmann 2015; siehe zur Genese auch Klepp 2017).

Ich verortete die Genese der Figur vor dem Hintergrund bestehender machtvoller Diskurse und beschäftigte mich mit dessen Entstehungsnarrativ. Als Auftakt der wissenschaftlichen und politischen Debatte gilt die Veröffentlichung eines Berichts des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 1985 mit dem Titel „Environmental Refugees“ (vgl. UNEP 1985). In der Mehrheit der wissenschaftlichen Literatur ist mit dem Verweis auf diesen Bericht der Entstehungskontext ausreichend beleuchtet. Ich dagegen werde diese Erzählung im Folgenden neu kontextualisieren, indem ich die Rezeption des Berichts beleuchte, Akteure und Gegenerzählungen betrachte. Ich erweitere diese Perspektive um den politischen Kontext ihrer Entstehungszeit. Generell waren die 1980er-Jahre geopolitisch geprägt durch das Ende des Kalten Krieges und den damit einhergehenden Wandel hin zu einer neuen politischen Weltordnung. Vor diesem Hintergrund entwerfe ich zwei Unterkapitel, in denen ich zum einen auf die Problematisierung von umwelt- bzw. klimapolitischen Themen in dieser Zeit blicke, zum anderen auf die Problematisierung eines vermeintlich wachsenden „Migrationsdrucks“ aus dem globalen Süden gen Europa.

5.1 Die Initialzündung der Debatte

Als Initialzündung für die Debatte über den Zusammenhang von Umweltwandel und Migration gilt die Studie des UNEP aus dem Jahr 1985, die den Begriff Umwelt_flüchtlings erstmals offiziell einführte.³¹ Bis heute kommt kaum eine Studie zum Thema ohne mindestens einen kurzen Verweis auf den UNEP-Bericht aus (vgl. Piguet 2013: 153; Foresight 2011: 26; Baldwin 2012: 8). In der Regel wird dabei Essam El-Hinnawi, der Autor der Studie, zitiert, der damals Umwelt_flüchtlinge definierte als

“people who have been forced to leave their traditional habitat, temporarily or permanently, because of a marked environmental disruption (natural and/or triggered by people) that jeopardized their existence and/or serious-

³⁰ Resilienz meint „die Fähigkeit eines Systems und seiner Bestandteile, die Auswirkungen eines gefährlichen Ereignisses zeitnah und effizient zu antizipieren, zu absorbieren, aufzunehmen oder sich davon wieder zu erholen“ (IPCC 2012: 3; mehr dazu in Kapitel 9.3).

³¹ Neben dieser dominanten Erzählung findet sich in der Literatur noch der Verweis auf eine Publikation des World Watch Instituts, ein Forschungsinstitut mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und Umwelt, das den Begriff bereits 1976 einführte (vgl. World Watch 1976). Populärer ist aber die Erzählung, dass die Figur 1985 entstand.

ly affected the quality of their life. By ‘environmental disruption’ is meant any physical, chemical and/or biological changes in the ecosystem (or the resource base) that render it temporarily or permanently, unsuitable to support human life” (UNEP 1985: 4).

Umwelt_flüchtlinge erscheinen hier als unvermeidliche Konsequenz von Umweltveränderungen. Der maßgebliche Effekt der Figur Umwelt_flüchtling liegt in der Verknüpfung eines umweltpolitischen mit einem migrationspolitischen Diskurses. Generell wird der UNEP-Bericht von verschiedenen Autor_innen als einflussreich interpretiert, weil er die Figur erstmals in die öffentliche Debatte einbrachte, den Versuch einer ersten Arbeitsdefinition unternahm und sich explizit an eine Fachöffentlichkeit und politische Entscheidungsträger_innen richtete (vgl. Suhrke 1993; Gemenne 2011).

UNEP ist ein UN-Programm mit einem umweltpolitischen Mandat. Es wurde 1972 im Zuge der UN-Weltumweltkonferenz in Stockholm gegründet, also im Kontext der Etablierung einer internationalen Umweltpolitik (vgl. Oels/Methmann 2014). Folgerichtig wurde der UNEP-Bericht besonders von Umweltwissenschaftler_innen mit großem Interesse wahrgenommen. Somit kann die Figur vor dem Hintergrund des wachsenden Interesses der internationalen Gemeinschaft an den Konsequenzen des Umweltwandels interpretiert werden. Der Flüchtlingsforscher Gaim Kibreab ergänzt, dass das Agenda-Setting des UNEP auch im Zusammenhang damit gesehen werden könnte, dass dieses UN-Programm eines der wenigen mit Sitz im globalen Süden ist, und zwar in Kenia/Nairobi (vgl. Kibreab 1997). Ein Eigeninteresse könnte also darin liegen, über das Thema Umwelt_flucht höhere Mittelzusagen aus dem globalen Norden zu erwirken (vgl. Black 2001). Bei UNEP handelt es sich nämlich um keine Organisation, sondern ein Programm, welches abhängig ist von freiwilligen Zahlungen und nur über einen begrenzten Handlungsradius verfügt (vgl. Brunnengräber 2017).

Der UNEP-Bericht wurde in den Folgejahren durch die Fachwelt konzeptionell und inhaltlich kritisiert (vgl. Suhrke 1993; siehe auch Black 2001; Knuth 2009). Astri Suhrke wertet den Effekt von Berichten wie dem von UNEP als kurzlebige Schockmomente auf die öffentliche Debatte. Der tatsächliche Einfluss auf die Politik sei aber gering, allein schon deshalb, weil die Arbeitsdefinition El-Hinnawis viel zu breit angelegt und nur eine rein deskriptive Beschreibung unterschiedlicher Typen von Umwelt_flüchtlingen sei (vgl. Suhrke 1993: 6f.). Eine für die Politik fundamentale Differenzierung zwischen Flüchtling und Migrant_in nimmt El-Hinnawi nicht vor, auch fehlt eine Bestimmung der geografischen Reichweite von Migration (entweder nur innerhalb eines Landes oder auch international) (siehe dazu Kapitel 4). Ebenso unberücksichtigt ließ El-Hinnawi den Grad der Bedrohung durch Umwelteinflüsse, der von einer Verminderung der Lebensqualität bis hin zu tödlicher Gefahr reichen kann. Auch bleibt die Frage offen, inwieweit sich unterschiedliche Umweltereignisse auf ein Migrationsgeschehen auswirken können (vgl. Knuth 2009: 71).

Ich werde nun zeigen, dass die Erzählung, die Figur sei im Zuge der Veröffentlichung des UNEP-Berichts entstanden, nicht so selbstverständlich ist, wie es allgemein in der Literatur dargestellt wird. So wird in der Flüchtlingsforschung davon ausgegangen, dass das Thema Umwelt_flucht lange ignoriert oder gar vergessen wurde. Es gibt Autor_innen, die von einer wissenschaftlichen Wiederentdeckung der Umwelt_flucht sprechen (vgl. Ionesco/Mokhnacheva/Gemenne 2017: 2). In der Literatur lassen sich noch weitere Entstehungskontexte finden, die im allgemeinen Diskurs aber nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Geograf Andrew Baldwin beispielsweise sieht die Geburt des Umwelt_flüchtlings in den 1930er-Jahren in den USA, und zwar im Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen auf Grund einer extremen Dürre, der sogenannten „Dust Bowl“ (vgl. Baldwin 2012).³² Giovanni Bettini wiederum zeigt in seiner Arbeit, dass der Grundstein der Umwelt_migrationsdebatte nicht in den 1980er-Jahren liegt, sondern bereits in der „Karl Marx/Thomas Malthus-Debatte“, einer Debatte Ende des 18. Jahrhunderts, in der es um die Zusammenhänge zwischen Ressourcen und Bevölkerung ging (vgl. Bettini 2013a: 12f.).³³ Der Geograf Etienne Piguet interpretiert die Figur vor dem Hintergrund eines wissenschaftlichen Paradigmenwechsels. Ihm zufolge stand die Umweltvariable bereits vor dem UNEP-Bericht auf der Forschungsagenda der Migrationswissenschaften, sie verschwand jedoch im 20. Jahrhundert durch das Aufkommen des ökonomischen Paradigmas in der Migrationsforschung (vgl. Piguet 2013).

Nach der Veröffentlichung des UNEP-Berichts wurde es ab Mitte der 1990er-Jahre relativ still um die Figur, und ab Mitte der 2000er-Jahre kam es zu einem gestiegenen institutionellen und politischen Interesse, welches sich etwa darin ausdrückte, dass in die Wissensproduktion investiert wurde. So hat die EU in dieser Zeit in eine Reihe von Forschungsprojekten investiert und Studien in Auftrag gegeben (vgl. EACH FOR 2008; ICMPD 2012; European Commission 2013).³⁴ Während die Geburt des Umwelt_flüchtlings mit der kausalen Konzeption „Umweltwandel gleich Flucht“ einherging, konnte sich die Umwelt_migrationsforschung institutionalisieren und hat sich bis heute ausdifferenziert (vgl. Warner et al. 2010; Piguet et al. 2011; Foresight 2011; Bettini 2013a, 2013b). Die Fi-

³² Dust Bowl: Gegend in Nordamerika, in der es in den 1930er-Jahren zu Staubstürmen und Dürrekatastrophen kam (siehe dazu McLeam 2006).

³³ In der Diskussion geht es um die Frage des Zusammenhangs von Ressourcenknappheit und Bevölkerungsgröße. Der Ökonom Thomas Malthus sprach 1786 angesichts des damaligen Bevölkerungswachstums von einer „Bevölkerungsfalle“. Er argumentiert, dass die Erde nur eine begrenzte Zahl von Menschen ernähren könne, von daher stellen Natur- und Hungerkatastrophen ein notwendiges Korrektiv dar. Karl Marx kritisierte Malthus heftig. Nach Marx ist nicht die Zahl der Menschen das Problem, sondern deren sozioökonomische Lage (vgl. Bettini 2013a: 13).

³⁴ Aufenvenne und Felgentreff zeigen in einer Printmedienanalyse, dass es zwischen 2005 und 2009 zu einer Welle an Publikationen kam, die 2009 ihren Höhepunkt erreichte. Als Ausgangspunkt für diesen Medienhype gilt der sogenannte „Stern Report“ (2006) des britischen Ökonomen und Politikberaters Sir Nicholas Stern, der darin über die wirtschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels informiert. Der Höhepunkt 2009 fällt zusammen mit dem Klimagipfel in Kopenhagen (vgl. Aufenvenne/Felgentreff 2013: 39f.; siehe Kapitel 6).

gur hat mittlerweile eine enorme Karriere gemacht. Giovanni Bettini spricht sogar von einem „Mainstreaming von Umwelt_migration“ (vgl. Bettini 2014: 19). Unter „Mainstreaming“ ist eine politische Strategie zu verstehen, welche die Figur in diversen Politik- bzw. Maßnahmenbereichen berücksichtigt, und das nicht nur in der Migrations- und Klimapolitik, sondern auch in anderen Feldern wie etwa Entwicklungs- und Arbeitsmarktpolitiken oder Landmanagement und Finanzmechanismen (siehe Kapitel 10 und 11).

Mittlerweile eröffnen neuere Forschungen auch feministische Perspektiven auf die Figur, was die Debatte um intersektionale Aspekte erweitert und auf die Bedeutung des Geschlechts für den Umgang mit dem Klimawandel hinweist (vgl. Chindarkar 2012; UNU-EHS/Care 2012; Hummel 2015). Auch haben postkoloniale Perspektiven den Umwelt_fluchtdiskurs erweitert, indem diese strukturelle und ökonomische Aspekte berücksichtigen, die im Kontext des Klimawandels vielfach als unpolitisch bzw. objektiv erscheinen, obwohl sie höchst politisch sind (vgl. Farbotko 2010; White 2011; Herbeck/Klepp 2015). Hierfür kann exemplarisch die Arbeit des Politikwissenschaftlers Ranabir Samaddar herangezogen werden, der darauf aufmerksam macht, dass Umweltzerstörung und ihre Folgen nicht nur vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung, sondern auch im Kontext des Kolonialismus verortet werden müssen, was er am Beispiel Indiens zeigt (vgl. Samaddar 2017: 177f.).

Seitdem UNEP auf den Fluchtgrund Umwelt hingewiesen und ihn zum Problem erhoben hat, ist ein wechselhaftes wissenschaftliches, mediales und politisches Interesse bzw. Desinteresse an dem Thema zu beobachten. Hartmann sieht den Grund für diese Konjunkturen darin, dass die Figur immer wieder als Vehikel für verschiedene politische Forderungen genutzt wurde:

“Sustainable development advocates found it (the environmental refugee concept) useful to focus policy attention on environmental degradation issues (Black, 1998) and it also appealed to Western interests in favour of more rigid immigration controls, including limiting the grounds for political asylum” (Hartmann 2010: 235f.).

Die Wissenschaftler Carsten Felgentreff und Philipp Aufenvenne schreiben die Karriere der Figur dem „post-normalen Charakter des Forschungsthemas“ zu (vgl. Aufenvenne/Felgentreff 2013). Das Konzept der „post-normal science“ geht auf die Wissenschaftstheoretiker Jerome Ravetz und Silvio Funtowicz (1993) zurück. Sie verstehen darunter eine Situation, in der wissenschaftliche Aussagen aufgrund methodologischer oder epistemischer Probleme unsicher bleiben müssen, aber dennoch von großer praktischer Bedeutung für die Ausformulierung von Politiken und Entscheidungen seien. Sie bemängeln generell, dass wissenschaftliche Ergebnisse immer stärker durch ihre Verwendbarkeit und Nützlichkeit für außerakademische Kontexte bestimmt würden und nicht etwa durch ihre methodische Qualität. Auch alltagsweltliche Plausibilität und mediale Inszenierbarkeit beeinflussten das Interesse am Thema (vgl. Aufenvenne/Felgentreff 2013: 33).

Im Folgenden werde ich die These, dass die Figur ein Vehikel für umwelt- und migrationspolitische Forderungen darstellt, als Orientierungspunkt nehmen. Dazu werde ich die Geburt des Umwelt_flüchtlings im Sinne Hartmanns einerseits mit dem wachsenden Interesse der internationalen Gemeinschaft am Umweltwandel verbinden und andererseits vor dem Hintergrund der Politisierung von Migration in der EU untersuchen.

5.2 Ein Vehikel für Politik

Ich werde im Folgenden zeigen, dass die Figur in einer Zeit entstanden ist, in der international und auch in der EU neue Institutionen gegründet und Politiken entwickelt wurden. Insbesondere wird die Entstehung der Figur Klima_flucht von verschiedenen Wissenschaftler_innen mit dem Interesse an einem neuen Vehikel für umwelt- bzw. klimapolitische Forderungen verbunden (vgl. Black 2001; Gemeine/Dun 2008; Aufvenne/Felgentreff 2013). Belegt wird diese Behauptung damit, dass der Begriff in den Folgejahren des UNEP-Berichts maßgeblich von Umweltschutzorganisationen bzw. Umweltwissenschaftler_innen popularisiert wurde. Beispiele sind der dramatisierende Bericht des Worldwatch-Instituts „Environmental Refugees: A Yardstick of Habitability“ von 1988 oder die hohen Umwelt_fluchtzahlen von Norman Myers (1992, 1995; siehe Kapitel 6.1.1). Es lässt sich ebenfalls beobachten, dass die Figur gerade vor den jährlich stattfindenden internationalen Klimaverhandlungen an Bedeutung gewinnt (siehe Kapitel 6.1.2).

In den 1980er-Jahren erschienen ökologische Probleme und die Risiken der Atomkraft auf der politischen Agenda. Vorangegangen waren dieser Entwicklung eine Kritik an den Folgen der Moderne und der Industrialisierung sowie die Thematisierung von Umweltproblemen seit den 1970er-Jahren (vgl. Schuhmacher 2015).³⁵ Einen passenden Rahmen für die Figur stellt auch der maßgeblich von Wissenschaftler_innen ab Mitte der 1980er-Jahre in Umlauf gebrachte Diskurs der Klimakatastrophe dar (vgl. Oels/Carvalho 2012: 259). Die Figur entstand also in einer Zeit der Politisierung des Klimawandels, die auch zu einer Intensivierung der Debatte über Umwelt_flucht führte. Die Existenz von Umwelt_flüchtlings galt als Beleg für den signifikanten Umweltwandel und sollte politischen Handlungsdruck aufbauen (vgl. Ingram/Milward/Laird 1992: 43). Der Begriff des Umwelt_flüchtlings tauchte in den Folgejahren in einigen internationalen Dokumenten auf, wie etwa in der 1992 auf dem Weltklimagipfel in Rio de Janeiro verabschiedeten „Agenda 21“. Der Gipfel gilt als der Startschuss für die internationale Klimapolitik. Die Agenda, ein umweltpolitisches Aktionsprogramm der UN, fordert die explizite Berücksichtigung der besonderen Belange von Umwelt_flüchtlings bei der

³⁵ Nach Ulrich Brand war es kein Zufall, dass die Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren mit der Problematisierung der ökologischen Krise zusammenfiel, hatte doch der Fordismus die Naturausbeutung durch Massenproduktion und Massenkonsum intensiviert. In der Folge setzten sich zunehmend neoliberale Lösungsansätze durch (vgl. Brand 2011; siehe Kapitel 8 und 11).

Planung und Formulierung nationaler Umwelt- und Entwicklungspolitiken (vgl. Grothe 2008: 6; Greenpeace 2007: 2). Somit ist es nicht überraschend, dass die Figur in die Formierung der internationalen Klima-Governance ab den 1990er-Jahren eingeschrieben ist. So nutzt der erste Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Artikulation alarmierender Migrationsszenarien, um politischen Druck auf der Klimaagenda aufzubauen. Der Bericht, der ein breites öffentliches Interesse hervorrief, konstatiert: “The gravest effects of climate change may be those on human migration as millions will be displaced” (IPCC 1990 zit. n. Piguet 2008: 1).³⁶

Die Betroffenen werden dabei als hilflose Opfer dargestellt, die durch die Gewalt des Klimawandels vertrieben werden – eine stereotype Sichtweise, zu der auch das Bild vom hilflosen und überforderten globalen Süden und die Repräsentation von Geflüchteten im Flüchtlingsschutzdiskurs passt. Es gibt heute kaum noch eine Publikation über die Folgen des Klimawandels, die nicht ohne einen Verweis auf Migration auskommt. Zu dieser Strategie führt der Politikwissenschaftler François Gemenne aus: “The human faces of climate change, as they were called by the chair of the IPCC, thus provided an ‘engaging simplification’ (Li 2002) as well as a powerful advocacy tool for environmentalists and other actors” (Gemenne 2013: 153).

Der Klimawandel wurde zu Beginn seiner politischen Aushandlung von Politik und Wissenschaft vor allem als ein Emissionsproblem verstanden, dem mit Mitigation (Verringerung der Treibhausgase) entgegengewirkt werden könne. Und so forderten auch Umweltorganisationen wie z. B. Greenpeace unter Zuhilfenahme erschreckender Fluchtszenarien eine drastische Verringerung klimarelevanter Emissionen (vgl. Greenpeace 2007). Die gegenwärtige internationale Klima-Governance ist mittlerweile durch zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze geprägt, die auch Effekte auf die politische Bearbeitung von Umwelt_flucht haben: die Politik der Mitigation, d. h. die Vermeidung und Reduktion klimaschädlicher Gase einerseits, die Anpassung an den Klimawandel andererseits (vgl. Brzoska/Oels 2012; mehr dazu in Kapitel 9 und 10).

Während massive Umwelt_flucht-Szenarien von Akteuren wie dem UNEP in den 1980er-Jahren genutzt wurden, deutete sich ein strategischer Wandel an. Mitt-

³⁶ Das IPCC, das auch Weltklimarat genannt wird, wurde 1988 in Kooperation mit der Weltorganisation für Meteorologie und dem UNEP gegründet. Es gilt als die einzige autoritative wissenschaftliche Stimme zum Thema Klimawandel. Der Einfluss der Wissenschaftler_innen auf die Politik und die Zusammensetzung des IPCC werden in einer Reihe von wissenschaftlichen Studien thematisiert (siehe dazu Hajer 1997; Biermann 2003; Beck 2011). Betont wird dabei hinsichtlich der Zusammensetzung des Gremiums, dass die Nationalstaaten selbst über die Mitglieder entscheiden und somit großen Einfluss ausüben. Das IPCC bestand anfangs fast ausschließlich aus Wissenschaftler_innen des globalen Nordens (Biermann 2003). Die Gründung des IPCC wird von den meisten Autor_innen grundsätzlich als Erfolg gewertet, da das Gremium wissenschaftliche Grundlagen für politische Entscheidungen liefert. Allerdings kritisiert der Politikwissenschaftler Maarten Hajer die Definitionsmacht des IPCC und die in seinen Augen unnötige Zentralisierung des Wissens, was die Entwicklung verschiedener Politikszenerarien erschwere (vgl. Hajer 1997: 278).

lerweile distanzieren sich nämlich Umwelt- bzw. Klimaorganisationen wie das IPCC und auch UNEP angesichts politischer Blockaden von ihren früheren alarmistischen Prognosen und der deterministischen Annahme, Umweltwandel führe direkt zu Flucht. Ein Mitarbeiter von UNEP, dem Urheber des Begriffs Umwelt_flüchtling, erklärt dazu:

“For environmental refugees to be included in our mandate, you need all the sort of political backups, right? At UNEP we work on a governing council basis made up of certain donor governments, whereby everything comes up through governments and is funded by governments, so political issues, sensitive political issues such as this are not within our mandate” (McNamara 2007: 18).

Teil dieser Entwicklung ist die Abkehr vom politisch konnotierten Begriff der Klima_flucht. Denn inzwischen wird, entgegen der Anfangsjahre, der stark politisierte Begriff Klima_flüchtling vermieden, auch weil eine Reihe von Wissenschaftler_innen den Fluchtgrund Umwelt/Klima relativiert haben. Aber das Thema ist damit nicht verschwunden. Der neue Schlüsselbegriff Umwelt_migration ist folgenreich für politische Maßnahmen und materialisiert sich bereits (siehe Kapitel 9 und 10). Dieser machtvolle Diskurs wird in dieser Arbeit als „work of policy“ verstanden, denn die Kategorisierung ist entscheidend für die politische Bearbeitung des Themas, indem sie den politischen Handlungsspielraum absteckt, bestimmte Maßnahmen ermöglicht und andere ausschließt (vgl. Shore/Wright/Però 2011: 3). Hier zeigt sich, dass Policies bestimmte Handlungsweisen unterstützen und andere unterbinden. Immer wieder gibt es solche Momente, in denen Technologien, Akteure und institutionelle Gefüge und Diskurse aufeinandertreffen und sich in einer Policy materialisieren. Ein solcher „Moment of Friction“³⁷ ist stark umkämpft (vgl. Adam/Vonderau 2014: 22). Klima_migration, nicht die Figur des Klima_flüchtlings, hat offiziell Eingang in die Weltklimaverhandlungen gefunden, etwa durch die Verabschiedung des „Cancun Adaption Framework“ in 2010, welches Migration offiziell als eine Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel anerkennt. Die Frage der tatsächlichen Implementation des Paragraphen ist allerdings noch offen (vgl. Oels/Carvalho 2011: 264).

Während für umweltpolitische Akteure Umwelt_flucht in den 1980er- und 1990er-Jahren also ein machtvolleres Narrativ darstellte, wurde das Thema in der Migrationsforschung und auf der migrationspolitischen Agenda relativ wenig beachtet, was angesichts antimigrantischer Diskurse in diesen Jahren wenig überrascht. So warnten (Migrations-)Wissenschaftler_innen schon früh vor den politischen Folgen des Umwelt_flucht-Diskurses (vgl. Kibreab 1997; Black 2001).

³⁷ Der Begriff geht auf die Anthropologin Anna Tsing zurück. Unter „Frictions“ versteht sie Reibungswiderstände, die Veränderungsprozesse im politischen Machtgefüge provozieren (vgl. Tsing 2005).

Vor dem politischen Hintergrund jener Jahre ist verständlich, warum das Thema Umwelt_fucht damals nicht auf einer migrationspolitischen, sondern auf einer umweltpolitischen Ebene aufkam und sich später auch dort etablierte. Die Figur des Umwelt_flüchtlings tauchte nämlich in einem historischen Moment auf, in dem sich in der EU restriktive Asyl- und Migrationspolitiken herausbildeten, die geprägt und legitimiert wurden mit Diskursen, die suggerierten, dass der Westen durch Migrant_innen „überflutet“ werde. Forscher_innen wie Stephen Castles warnten auch noch Anfang der 2000er-Jahre vor der Instrumentalisierung des Umwelt_flüchtlingsbegriffs, da dieser den restriktiven politischen Trend fortsetze und schließlich zur De-politisierung von Fluchtursachen führe:

“That is why a notion like ‘environmental refugees’ is not only misleading, but possibly harmful. It can be used by those who want to restrict asylum opportunities for refugees to support claims that those who arrive on our shores are not genuine victims of persecution, but are in fact fleeing environmental degradation and impoverishment. If people making refugee claims are not real refugees in the sense of the 1951 Convention then the case for exclusion is strengthened” (Castles 2002: 8).

Dieser restriktive Trend in der EU kann in einem gewissen Sinne als eine Zäsur verstanden werden, gibt es doch die These, dass Flüchtlinge in Zeiten des Kalten Krieges im Westen noch als ideologischer bzw. geopolitischer Wert galten und mehr oder weniger willkommen geheißen wurden (vgl. Chimni 1998: 351). Der Rechtswissenschaftler Chimni spricht von einem „Myth of Difference“ angesichts des europäischen Alarmismus der 1980er-Jahre: Die Ankunft der neuen Asylsuchenden im Westen, passte nicht mehr in das klassische westliche Narrativ vom weißen männlichen und antikommunistischen Flüchtling wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Während dem weißen politischen Flüchtling individuelle Verfolgung zuerkannt wurde, erklärte man nun die Fluchtgründe der neuen Asylsuchenden für illegitim und ihre Zahl als viel zu hoch (vgl. Chimni 1998: 351). Dieser „Myth of Difference“ ging Hand in Hand mit der Tendenz, Fluchtursachen ausschließlich in den postkolonialen Gesellschaften zu suchen (vgl. Chimni 1998: 357). Betsy Hartmann, Professorin für Entwicklungsstudien, erkennt in dem Diskurs jener Jahre koloniale Stereotypen wieder. Nach Hartmann stellte das einflussreiche Narrativ von der Umweltdegradation das Bevölkerungswachstum des globalen Südens in direkten Zusammenhang mit der massenhaften Auswanderung (vgl. Hartmann 2010). Umweltdegradation wurde als zentrale Konfliktursache in den Ländern des globalen Südens verstanden, mit Folgen für die nationale Sicherheit der Länder des globalen Nordens durch massive Flüchtlingsbewegungen. In dessen Folge stellt Chimni fest, dass sich nach Ende des Kalten Krieges und der darauf folgenden Problematisierung des Migrationspotenzials aus dem globalen Süden eine koloniale Logik des Humanitarismus in den Fluchtdiskurs einschrieb: “It became an integral part of a civilizing project in which the focus shifted from refugees to the reform of third world countries whose policies cause extensive internal and external displacement” (Chimni 2009: 20).

Im Zuge dieses „civilizing project[s]“ (Chimni 2009) kam ein Diskurs über Fluchtursachen auf, in dem Chimni eine Abkehr vom „Exil-Bias“ des internationalen Flüchtlingsregimes erkennt. Nun wurde ein neuer Ansatz propagiert, der den Betroffenen Schutz und Unterstützung in ihren Herkunftsregionen bietet und damit schließlich ein „Non-Entree Regime“ legitimiert. Westliche Staaten inszenieren dies als eine Maßnahme gegen den Missbrauch des Asylrechts durch Menschen, die im Norden lediglich ein besseres Leben suchten und keine politischen Flüchtlinge seien (vgl. Chimni 1998: 352). Tatsächlich stieg die Zahl der Asylsuchenden ab den 1980er-Jahren in der EU an. Der Anstieg ist aber weniger als Folge des Umweltwandels zu verstehen als vor dem Hintergrund innereuropäischer migrationspolitischer Entscheidungen, die von der einsetzenden Rezession und der Ölkrise beeinflusst waren. So wurden in verschiedenen EU-Ländern Einwanderungsstopps verhängt, die dazu führten, dass das Asylrecht neben dem Familiennachzug zu einer letzten legalen Einreisemöglichkeit wurde. Folglich kam es zu einem Anstieg der Asylsuchenden (vgl. Georgi 2007: 11; Müller 2011: 73).

Neben diesen innereuropäischen Gründen waren die 1980er-Jahre geprägt von Bürgerkriegen, beispielsweise in Afghanistan, im Libanon oder Angola, in deren Folge Menschen fliehen mussten. In vielen Ländern des globalen Südens manifestierten sich Schuldenkrisen. So führten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in Afrika nahezu flächendeckend „Strukturanpassungsprogramme“ ein und erhöhten damit den Druck auf die Subsistenzwirtschaft derart, dass die Existenzgrundlage zahlreicher Menschen zerstört wurde (vgl. Düvell 2002: 50).

5.3 Zwischenfazit: Umwelt_flucht als ein Aspekt von Klima-Governance

Im vorangegangenen Kapitel habe ich aus einer genealogischen Perspektive die Entstehung und Instrumentalisierung der Figur Umwelt_flucht in ihren wissenschaftlichen und politischen Kontexten nachgezeichnet. Bei diesem Fokus war eine vollständige Geschichtsschreibung nicht intendiert.

Ich habe gezeigt, dass für die Entstehung der Figur das wachsende Interesse der internationalen Gemeinschaft an den Konsequenzen des Umwelt- bzw. Klimawandels wesentlich war und es in den 1980er-Jahren insgesamt zu einer politischen Problematisierung von Migration aus dem globalen Süden kam. Es wurde deutlich, dass Umwelt_migration maßgeblich auf der internationalen klimapolitischen Agenda vorangetrieben wird (siehe Kapitel 7 und 8).

Der Umweltdeterminismus ist nach wie vor eine zentrale Logik des Umwelt_fluchtdiskurses, und der Determinismus der Anfangsjahre ist nicht gänzlich verschwunden. Er hat auch weiterhin Einfluss auf die Darstellung der Figur in öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten, weil er ein machtvoll Narrativ darstellt. Dieses fügt sich nämlich in hegemoniale Diskurse über Migration und in das stereotype Bild des überforderten globalen Südens ein. Machtvoll bleibt

das Szenario einer „Flüchtlingswelle“, dockt es doch an gängige politische Narrative an, die Migration zu etwas Problematischem erklären, das es zu vermeiden oder zumindest zu regulieren gelte. Daran anschließend werde ich meine vorangegangenen Überlegungen präzisieren, indem ich die Problematisierung der Betroffenen unter dem Szenario der „200 Millionen Klimaflüchtlinge“ (Myers/Kent 1995) betrachte, eine Quantifizierung der Betroffenen, die tief in den Diskurs über die Folgen der globalen Erwärmung eingeschrieben ist.

Damals wie heute ist das Argument hoher Flüchtlingszahlen ein machtvolles und einflussreiches Instrument, um Politiken zu generieren. Nach Andrew Baldwin und Giovanni Bettini wird es gegenwärtig sogar dazu genutzt, die europäische Integration zu unterminieren (vgl. Baldwin/Bettini 2017: 2).

6 Zahlenspiele: “Politics of refugee numbers”

“It is almost impossible to think or write about refugee-related issues without some reference to Statistics” (Crisp 1999: 1).

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits erläutert wird, ist der Umwelt_fuchtdiskurs von einer gewissen Dringlichkeit begleitet, indem Migration als direktes Resultat von Umweltwandel dargestellt wird. Hieraus resultiert die Inszenierung von Klima_fucht als humanitäre Katastrophe, und aus Sicht des globalen Nordens gestaltet sich das Flüchtlings-Szenario angesichts des Klimawandels wie folgt: “[T]hat they, if not flooded literally, will most certainly be flooded by ‘climate refugees’” (Kolmannskog 2008: 1).

In der Projektion einer vermeintlichen Flut von Umwelt_flüchtlingen schwingt immer auch die Befürchtung mit, sie nicht mehr kontrollieren zu können, was generell einen Handlungsbedarf hinsichtlich der Kontrolle und Regulierung von Migration suggeriert. Dieses Narrativ werde ich vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Rahmung von Migration als Regierungstechnik verorten. Ich werde zeigen, dass der Alarmismus, der ihr zugrunde liegt, als konstitutiv für das Politikfeld verstanden werden kann, auch wenn das nicht heißt, dass dieser Alarmismus tatsächlich politische Lösung angestoßen hätte.

Der Versuch einer eigenen Quantifizierung von Klima_fucht steht nicht im Erkenntnisinteresse meiner Arbeit, Statistiken sind aber konstitutiv für das Poli-

tik- und Diskursfeld. Selbst Publikationen, die auf Quantifizierung von Klimaflucht verzichten, wohnt das Postulat inne, dass der „Migrationsdruck“ im Zuge der globalen Erwärmung weltweit steigen wird. Besonders oft taucht in den Diskursen über die Zahl der Betroffenen die Warnung vor 200 Millionen Klima_flüchtlingen bis zum Jahr 2050 auf. Im Vergleich: Nach Angaben des UNHCRs waren Ende 2018 fast 70,8 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht (vgl. UNHCR 2018).

Vor diesem Hintergrund werde ich im Folgenden die Prognosen über Klima_fluht problematisieren, indem ich den generellen Umgang mit Zahlen betrachte, ihren Entstehungskontext beleuchte und die scheinbare Neutralität von Statistiken hinterfrage: "Statistics then, beyond their seeming 'objectivity', play a crucial role in framing a given phenomenon as a seemingly self-evident 'problem', and similarly are instrumental for shaping affective and political responses to it" (Stierl/Heller/DeGenova 2016: 23).

Die „Politics of refugee numbers“ (Stierl/Heller/DeGenova 2016) erscheint hier als geeignetes Konzept, denn es beschreibt die systematische Zirkulation dramatischer Zahlen als Regierungstechnik, welche Migration als Bedrohung erscheinen lässt und an eine entsprechende Bildsprache gekoppelt ist. Den Autoren zufolge wird diese Strategie von EU-Institutionen, IGOs, Medien und Parteien genutzt (ebd.).

Ich werde untersuchen, wie diese „Politics of refugee numbers“ die Figur des Klima_flüchtlings rahmt und Einfluss darauf nimmt, wie die Figur besprochen und sichtbar gemacht wird. Im Folgenden wird sich zeigen, dass diverse Akteure dieses Zahlenspektakel nutzen. Deren alarmierende Sprache werde ich in den Kontext der Versicherheitlichung von Migration und des Klimawandels seit den 1990er-Jahren stellen. Dem vorausgehend dient ein Exkurs zum Klimagipfel 2009 dazu, die Funktion und Effekte von Zahlen im klimapolitischen Diskurs zu veranschaulichen.

6.1 „Wir müssen mit 200 Millionen Klima_flüchtlingen rechnen“

„Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel nicht erreichen, müssen wir mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen, weil sich beispielsweise in Afrika Dürrezonen ausbreiten und Hitzeperioden ungeahnten Ausmaßes entstehen“ (Gerd Müller zit. n. RP Online 2014).

Der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller warnt 2014 vor 200 Millionen Klima_flüchtlingen und koppelt diese Warnung implizit an klimapolitische Forderungen (Erfüllung des 2-Grad-Ziels; siehe dazu Kapitel 8). Diese dramatische Zahl ist seit der Geburt der Figur immanenter Teil des Diskurses. Hier sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch andere Zahlen den Diskurs dominieren können. So gibt es eine Bandbreite an Vorhersagen, die von null bis zu einer Milliarde

Umwelt_flüchtlinge reichen (vgl. Black 2001; Christian Aid 2007).³⁸ Was sich in der Bandbreite der Zahlen ausdrückt, ist, dass die Frage nach der voraussichtlichen Anzahl zunächst eine methodische ist, denn schließlich kommt es darauf an, wie Umwelt_fucht definiert und gemessen wird. Gemäß der Varianz des Begriffs existiert eine Vielzahl an Statistiken mit je anderer Sichtweise auf den Umfang des Problems. Richard Black erklärte Anfang der 2000er-Jahre, er gehe davon aus, dass so viele Definitionen über Umweltflucht existierten wie Leute, die über das Thema schrieben (vgl. Black 2001: 1).

Zahlen werden seitens der Politik und anderer Akteure herangezogen und angefragt, um die vermeintliche Wichtigkeit und Notwendigkeit einer politischen Strategie zu untermauern:

„Die ganze Imagination der Industriestaaten, ‚Jetzt kommen alle. Jetzt wollen alle zu uns‘, stimmt mit den empirischen Daten nicht überein. Auf der Basis von Bedrohungsszenarien wurde jahrzehntelang Migrationspolitik gemacht. Da kommt sozusagen dieses Szenario Klimafolgen dazu“ (Interview Pro Asyl 21.03.2013).

Flüchtlingzzahlen sind also ein zentrales Element in der Regierung von Migration. Jeff Crisp, Flüchtlingsforscher und Mitarbeiter des UNHCR, stellt generell fest, dass es kaum möglich sei, über Flüchtlinge zu schreiben oder an sie zu denken, ohne auf die Frage der Quantität zu kommen. Er beschreibt in seinem Artikel „Who has counted the refugees? UNHCR and the politics of numbers“, wie Zahlen dem Diskurs über Flüchtlinge immanent sind, und erörtert deren Funktion für Hilfsorganisationen und Nationalstaaten. Er postuliert, dass Zahlen ein zentrales Element des internationalen Flüchtlingsregimes seien und gibt Einblick in die Datenerhebung des UNCHR und dessen Professionalisierung in den 1990er-Jahren (vgl. Crisp 1999). Dagegen spielen Quantifizierungen in der qualitativen Migrationsforschung keine zentrale Rolle. Sabine Hess und Serhat Karakayali verstehen quantitative Forschungsmethoden als Teil von Macht-Wissen-Komplexen, die unter gesellschaftlichen Verhältnissen entstehen, in denen Raum und Bevölkerung auf spezifische Weisen erfasst und geordnet werden (vgl. Hess/Karakayali 2007: 39). Kritische Migrationswissenschaftler_innen versuchen daher, Statistiken aus einer kritischen Distanz heraus zu befragen:

“[B]ut what seems all the more urgent is a more elementary general scepticism towards the spectacle of numbers in favour of questioning how, why, by and for whom, and to what ends these acts of (official) counting are performed” (Stierl/Heller/DeGenova 2016: 23).

Im Diskurs über Klima_fucht spielt die Prognose von „200 Millionen Klima_flüchtlingen bis 2050“ eine zentrale Rolle. In meiner Forschung wurde auch ich regelmä-

³⁸ Einen tabellarischen Überblick über die Bandbreite der Schätzungen geben Aufvenne/Felgentreff (2013).

ßig in Interviews und auf Podien auf diese Zahl angesprochen. Daher ist es mir ein Bedürfnis, mich mit dem Hype um diese Prognose kritisch zu beschäftigen. Vorab sei noch bemerkt, dass sich allein forschungspraktisch der kontinuierliche Bezug auf diese Zahl schon deswegen ergibt, da Forscher_innen in der Regel keine eigenen statistischen Daten erheben, sondern auf bestehendes Zahlenmaterial zurückgreifen (vgl. Gemeine 2011: 1).³⁹

6.1.1 Norman Myers und die 200 Millionen Umwelt_flüchtlinge

Die Hochrechnung über 200 Millionen Umwelt_flüchtlinge geht zurück auf die Wissenschaftler_innen Norman Myers und Jennifer Kent. 1995 publizierten sie im Auftrag des Klimainstituts in Washington D. C. den viel zitierten Bericht „Environmental Exodus: An Emergent Crisis in the Global Arena“. Wie der Titel des Berichts vermuten lässt und wie auch insbesondere die weiteren Arbeiten speziell von Norman Myers zeigen, steht vor allem er für die Prognose massiver Umwelt_flüchtlingzahlen (vgl. Myers 2005; Myers/Kent 1995). Myers prognostizierte bereits für die 1990er-Jahre 25 Millionen Umwelt_flüchtlinge und befürchtete eine Verdopplung dieser Zahl bis 2010. Für die Zukunft taxierte er unter der Berücksichtigung des Klimawandels 200 Millionen Umwelt_flüchtlinge bis 2050 (vgl. Myers 2005).

Seit ihrer Veröffentlichung wird diese Schätzung konstant reproduziert und gilt bis heute als die bekannteste und meistzitierte Quantifizierung von Umwelt_fucht, und die Mehrheit der in Umlauf befindlichen Prognosen über die Zahl der Betroffenen geht auf Myers Arbeiten zurück (vgl. Foresight 2011: 28). Denn seine Prognose wurde u. a. in verschiedenen renommierten (peer-reviewed) Journalen und im Rahmen der 13. Tagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2005 in Prag veröffentlicht, und sie wird regelmäßig von Politiker_innen herangezogen (vgl. RLP Online 2014; European Parliament 2018). Sie taucht in wissenschaftlichen Studien (vgl. Renaud et al. 2007; UNU-EHS et al. 2009) und in NGO-Berichten (vgl. Friends of Earth 2007) auf. Gleichwohl steht Myers Prognose in starker wissenschaftlicher Kritik (vgl. Black 2001; Castles 2002).

So stellt Stephen Castles fest, dass Myers Zahlen Ergebnis eines deduktiven methodischen Ansatzes sind. Myers kombiniere die Prognosen über das Bevölkerungswachstum in den vom Klimawandel besonders gefährdeten Regionen mit den Vorhersagen über die dort zu erwartenden negativen Umweltveränderungen und ziehe Schlussfolgerungen über die möglichen Fluchtbewegungen (vgl. Castles 2002: 2f.). Dabei widerlegt gerade die Migrationswissenschaft das Modell einer derart eindimensionalen Figur des Klima_flüchtlings, indem sie Migration als einen multikausalen Prozess beschreibt. Ihre Vertreter_innen geben zu bedenken, dass Migration (egal aus welchem Grund) Ressourcen voraussetzt, die vielen Menschen überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Daher weisen sie die Prognosen über Mil-

³⁹ Einen guten Überblick über die Methoden der Quantifizierung von Umwelt_fucht geben Gemeine (2011) und Aufenvenne/Felgentreff (2013).

lionen Klima_flüchtlinge als unseriös zurück (vgl. Black 2001; Hartmann 2010). Trotz aller konzeptioneller Kritik und obwohl Myers selbst eingesteht, dass seine Berechnungen auf „some heroic extrapolations“ (Brown 2008: 12) basieren, tauchen sie im Diskurs kontinuierlich auf. Felgentreff und Geiger führen die Prominenz, die Myers Vorhersage trotz aller Kritik erlangt hat, auf deren Veröffentlichung in renommierten Fachzeitschriften zurück. Dadurch konnte sie sich mit dem „Status wissenschaftlicher Wahrheit“ etablieren (vgl. Felgentreff/Geiger 2013). Gleichwohl wird den Zahlen Myers teilweise sogar der Verdienst zugeschrieben, das Thema überhaupt bekannt gemacht zu haben (vgl. Morrissey 2012).

6.1.2 Zahlenspiele in Kopenhagen: „At that time the press was suddenly interested in the concept of climate refugees“⁴⁰

Der Klimagipfel bzw. die Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 2009 in Kopenhagen gilt als ein zentrales Ereignis für die Debatte über die Rechte von Klima_flüchtlingen. Der Gipfel fand vom 7. bis 18. Dezember 2009 statt und sollte zu einem neuen, rechtlich bindenden Klimaabkommen führen. Schon im Vorfeld der Verhandlungen gab es große Erwartungen an den Gipfel, diversen Akteuren erschien er als günstiges Zeitfenster – als „Window of Opportunity“. In der Retrospektive sind die Klimaverhandlungen in Kopenhagen jedoch als gescheitert in die Geschichte eingegangen. Es wurde weder für den Klimaschutz noch für Klima_flüchtlinge ein rechtlich bindendes Abkommen verabschiedet (vgl. Schuhmacher 2014: 20).⁴¹

Das Thema „Rechte für Klima_flüchtlinge“ kam in Kopenhagen erstmals prominent auf der internationalen Agenda an und gewann dort an Popularität. Das oben genannte Zitat geht zurück auf eine Mitarbeiterin des dänischen Flüchtlingsrates. Der Flüchtlingsrat war zwar nicht am Gipfel beteiligt, rückte aber angesichts des Gerüchts in den Fokus der Öffentlichkeit, Dänemark erkenne Klima_flüchtlinge asylpolitisch an (vgl. Interview Danish Refugee Council 13.03.2012; zum Gerücht siehe u. a. Berlingske 05.12.2009; ICMPD 2012). Es war dieses Gerücht, das mein Forschungsinteresse weckte. Somit wurden die Verhandlungen in Kopenhagen zentral für mein Forschungsvorhaben und ich entschloss mich, im Nachhinein in Kopenhagen Akteure zu interviewen, die am Gipfel beteiligten waren oder, wie das Eingangszitat zeigt, ungewollt zu einem Akteur der Debatte wurden. Ich beziehe mich in meiner folgenden Analyse auf zwei Expert_inneninterviews, die ich 2012 in Kopenhagen geführt habe. Ich habe mich zum einem mit einem Mitarbeiter der Hilfsorganisation Care getroffen (Interview Care 12.03.2012). Die Organisation war durch die Veröffentlichung einer Studie über Klima_fluucht am Gipfel beteiligt (vgl. UNU-EHS et al. 2009). Zum anderen habe ich eine Mitarbeiterin des däni-

⁴⁰ Interview Danish Refugee Council 13.03.2012.

⁴¹ Einen interessanten Artikel, der sich mit dem Scheitern der Verhandlungen und der Rolle des Inselstaates Tuvalu auseinandersetzt, haben die australischen Wissenschaftler_innen Farbotoko und McGregor erarbeitet (Farbotoko/McGregor 2010).

schen Flüchtlingsrats an ihrem Arbeitsplatz getroffen (Interview Danish Refugee Council 13.03.2012). Ferner habe ich eine Reihe von Expert_innen in Dänemark per E-Mail angeschrieben und zu dem Gerücht von der Anerkennung befragt. Insbesondere werde ich mich im Folgenden auch auf diverse Zeitungsartikel beziehen, die ich zum großen Teil von den Interviewten selbst erhalten habe.

Umwelt_flucht bzw. die Prognose über die Zahl der Betroffenen war Teil der Öffentlichkeitsarbeit einer Reihe von Organisationen, Regierungsvertreter_innen und Nichtregierungsorganisationen, mit der Intention, das Thema auf die klimapolitische Agenda zu setzen (zur Liste der Workshops während des Klimagipfels siehe DaSilva 2009; Gemenne 2011). Die Regierung der Malediven hielt etwa öffentlichkeitswirksam eine Regierungssitzung unter Wasser ab, um damit auf die existenziellen Gefahren des Klimawandels aufmerksam zu machen (vgl. Der Spiegel 17.10.2009). Ferner wurde während des Gipfels die „International Campaign on Climate Change Refugees Rights“ lanciert, die ein rechtliches Abkommen für Klima_flüchtlinge und Klimagerechtigkeit fordert (vgl. ICCR). Handlungsdruck erzeugte im Vorfeld des Gipfels auch ein im „The Guardian“ veröffentlichtes Interview mit Abul Maal Abdul Muhith. Darin fordert der Politiker aus Bangladesch die Aufnahme von Klima_flüchtlingen: „UK should open borders to climate refugees“ (The Guardian 4.12.2009). Derartige Kampagnen stießen jedoch auf wenig politische Resonanz. So reagierte Jean François, Mitarbeiter des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen, abwehrend: „The climate in Europe, North America and Australia is not conducive to a relaxed debate about increasing migration. There is a worry doors will shut if we start that discussion“ (The Guardian 04.12.2009).

Neben der generellen Forderung, die Betroffenen des Klimawandels zu schützen, spielen Zahlen eine herausragende Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit. Das belegt die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts für Umwelt und Menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) in Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation Care. Die Organisationen haben gemeinsam die Studie „In Search of Shelter: Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement“ (UNU-EHS et al. 2009) auf dem Gipfel vorgestellt, mit der sie Politiker_innen über den Klima-Migration-Nexus informieren. Der Bericht stellt empirische Studien über verschiedene Weltregionen vor und veranschaulicht den Einfluss des Klimawandels auf Migration. Am Rande geht der Bericht auch auf die kursierenden unterschiedlichen Zahlen von potenziell Betroffenen ein:

“How many people will be uprooted by environmental change? Estimates of the numbers of migrants and projections of future numbers are divergent and controversial, ranging from 25 to 50 million by the year 2010 to almost 700 million by 2050. IOM takes the middle road with an estimate of 200 million environmentally-induced migrants by 2050” (UNU-EHS et al. 2009: 2).

Die Wissenschaftler_innen der Studie haben also keine eigenen statistischen Daten erhoben, sie beziehen sich in ihrer Prognose auf bereits vorhandenes Material der IOM. Ein Blick in die Zitation des IOM-Berichts, der von Oli Brown verfasst wur-

de, belegt jedoch, dass die Organisation weder eigene Daten erhoben hat noch Zahlenspiele für substanzvoll hält:

“But this prediction [200 Million] is still very tentative. Professor Myers himself admits that his estimate, although calculated from the best available data, required some ‘heroic extrapolations’. Not that any criticism is implied; the simple fact is that nobody really knows with any certainty what climate change will mean for human population distribution” (Brown 2008: 12).

Trotz dieser eigentlich kritischen Töne stieß die gigantische Zahl von 200 Millionen in der Öffentlichkeit bzw. in den Medien auf großes Interesse, etwa im Gastgeberland des Klimagipfels, Dänemark. In den Medien kursierten Bilder von Klima_flüchtlingen, die angeblich massenweise auf dem Weg dorthin seien (vgl. die Presse 06.12.2009; Berlingske 05.12.2009; Interview Care 12.03.2012). Ein Mitarbeiter von Care äußert sich speziell zur Veröffentlichung „In Search of Shelter“:

“[T]his report made a lot press coverage in Denmark. It was strange because it did it because of that number of 200 million refugees. That came from IOM and didn’t come out of the research. But it was that number what made the difference” (Interview Care 12.03.12).

Schließlich tauchte in den Medien sogar ein Gerücht über die asylrechtliche Anerkennung von Klimaflucht auf („Asyl: Dänemark nimmt Klima_flüchtlinge auf“ – Die Presse 6.12.2009). Angesichts der vermeintlich liberalen dänischen Gesetzgebung gegenüber Klima_flüchtlingen reagierte Peter Skaarup von der rechtspopulistischen „Dänischen Volkspartei“ in der öffentlichen Debatte mit restriktiven asylpolitischen Forderungen (vgl. Berlingske 6.12.2009). Darauf antwortete Jean Phillipe Chauzy, ein Mitarbeiter der IOM, laut einem Artikel in „Die Presse“, dass die skandinavischen Länder schließlich nicht gerade von Klima_flüchtlingen *überschwemmt* würden. Er begründete dies mit der Dublin-Verordnung der EU, wonach Flüchtlinge im Ersteinreisestaat Asyl beantragen müssen und daher in Dänemark das Asylverfahren nicht durchlaufen können (vgl. Die Presse 6.12.2009). Die Zahlen waren und sind für die Debatte von großer Relevanz. Ein Care-Mitarbeiter kommentiert abschließend den Medienhype und dessen Nachrichtenwert:

“It was in the headlines with the climate refugees, with that scary picture of people swarming across the borders to Denmark. That was the perspective. And we were aware of the potential negative aspect but on the other hand we would be so keen to get our things into the press. So we don’t mind that it is sometimes twisted a bit” (Interview Care 12.03.12).

Die Wissenschaftler_innen Oels und Carvalho schließen sich mit ihrer medienwissenschaftlichen Analyse zu Klimaflucht dieser Einschätzung an und sehen im medialen Wert der Prognose Myers den Grund für ihre konstante Rezeption (vgl. Oels/

Carvalho 2012: 264ff.).⁴² Einzelne Wissenschaftler_innen mutmaßen, dass die teilweise apokalyptischen Umweltfluchtszenarien auch abseits des Klimagipfels in Kopenhagen gezielt kommuniziert und sogar produziert werden – ungeachtet der Validität der Daten (vgl. Felgentreff/Geiger 2013: 10).

Letztlich stellte sich die Anerkennung von Klima_flüchtlingen durch die dänischen Behörden als ein Gerücht heraus (vgl. Interview Danish Refugee Council 13.03.13). Die Kriseninszenierung ist also ein machtvoll Instrument. Hier zeigt sich auch exemplarisch die Funktion von Statistiken für Hilfsorganisationen: Zahlen dienen Organisationen dazu, Gelder zu akquirieren und das Problemfeld abzustecken, um es ggf. als ein Element ihres Mandates darzustellen. Diesbezüglich fügt Jeff Crisp an, dass die Analyse von verschiedenen humanitären Lobbygruppen und die Art und Weise, wie diese Flüchtlingsstatistiken nutzen, um größere Aufmerksamkeit und Ressourcen für ihre Arbeit zu erlangen, ein interessantes Forschungsfeld darstellt (vgl. Crisp 1999). Unter dem suggerierten Szenario einer anstehenden humanitären Katastrophe haben Prognosen einen signifikanten Einfluss auf die Problemdefinition, die öffentliche Debatte und die Legitimation der politischen Bearbeitung. Die Migrationswissenschaftler Scheel und Ratfisch haben u. a. in ihrer Forschung zum UNHCR gezeigt, dass der Prognose hoher Flüchtlingszahlen ein Handlungsimperativ mit forschungspraktischen und politischen Auswirkungen innewohnt. Die vermeintliche Dringlichkeit verhindert eine kritische Reflexion der Bedingungen des Diskurses und seiner Effekte und trägt damit zu einer Entpolitisierung bei (vgl. Ratfisch/Scheel 2010: 105).

Das Sprechen und Schreiben über 200 Millionen Klima_flüchtlinge kann als eine diskursive Strategie und letztlich auch als Regierungstechnik verstanden werden, die darauf abzielt, Aufmerksamkeit zu schaffen, Problemrahmung und Problemlösungsstrategien zu etablieren oder abzulehnen. Sie verweist auf ein Netzwerk von Akteuren, das um die Definitionsmacht über ein Problem und um Ressourcen für seine Lösung ringt. Die Akteure stehen entweder der Umweltbewegung nahe und nutzen die Figur der Millionen Umwelt_flüchtlinge (auch unbeabsichtigt) als Vehikel für ihre umwelt- bzw. entwicklungspolitischen Forderungen oder ihre Öffentlichkeitsarbeit (UNEP, Care), oder es sind wissenschaftliche Akteure, die die fehlende Rechtsstellung problematisieren (UNU-EHS/Bogardi), oder Politiker_innen, die einen politischen Handlungsdruck erzeugen wollen (Gerd Müller). Auch der Politikwissenschaftler Giovanni Bettini verweist auf die Dynamik von Klima_flüchtlingszahlen: "In sum, the popularity and 'legitimacy' gained by these numbers has less to do with their solidity than with other institutional, cognitive or political dynamics" (Bettini 2013a: 29).

⁴² Die Rolle der Medien bei der Konstruktion der Figur des Klima_flüchtlings ist bislang kaum systematisch erforscht. Angela Oels und Anabela Carvalho setzen sich mit medienwissenschaftlichen Fragen auseinander: Wie wirkt sich die Medienberichterstattung über den Klimawandel auf die Politik aus und inwiefern nutzt diese die Medien für ihre Zwecke? Sie schlussfolgern, dass die zunehmende Medienberichterstattung hilfreich war, um den Weg für eine politische Anerkennung der Figur zu ebnen (vgl. Oels/Carvalho 2012: 264).

Die wissenschaftliche Schlüsselrolle liefert beim „In Search of Shelter“-Bericht das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS). Das Institut betreibt seit Jahren eine engagierte Lobby- und Forschungsarbeit, besonders im Vorfeld der regelmäßig stattfindenden Klimagipfel, und stützt sich dabei immer wieder auf die Schätzungen Myers in ihrer Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit (siehe dazu Kapitel 7.1). Zum Beispiel warnte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen in Kooperation mit der UNU-EHS im Vorfeld des 11. Klimagipfels 2005 vor 50 Millionen Umwelt_flüchtlingen bis 2010.⁴³ Eine Prognose, die auch wieder auf Myers zurückgeht. Der damalige Direktor der UNU-EHS Bogardi forderte unter dem Eindruck der Zahlen: „This new category of refugee needs to find a place in international agreements“ (The Guardian 12.10.2005).

Sechs Jahre nach ihrer Veröffentlichung, also im Jahr 2011, löscht das UNEP die 2005 veröffentlichte Prognose von 50 Millionen Klima_flüchtlingen bis 2010 wieder von ihrer Website. Anlass war die Nachfrage des Journalisten Gavin Atkins, wo die angekündigten 50 Millionen Umwelt_flüchtlinge denn nun seien (vgl. Asian Correspondent 11.04.2011). Spiegel Online titelte: „Warnung von 2005: Prognose zu Klima_flüchtlingen bringt UNO in Bedrängnis“ (Spiegel online 17.4.2011), denn die prognostizierte Anzahl von Betroffenen war nicht eingetreten. Dennoch bleibt das Narrativ machtvoll. Auch Versicherungsunternehmen gehören zu den Akteuren, die ein solches Krisennarrativ nutzen. So warnt der Chef des Versicherungsunternehmens Munich-Re im Vorfeld des Klimagipfels in Paris 2015:

„Ich fürchte, wir sehen bislang lediglich die Spitze des Eisbergs. Schon jetzt sind etwa 60 Millionen Flüchtlinge weltweit unterwegs. Die Zahl wird steigen, wenn es nicht gelingt, die stetig zunehmenden Konflikte in so vielen Ländern einzudämmen, und wenn der Klimawandel voranschreitet. Der Klimawandel hat das Potenzial, zu einem Haupttreiber künftiger Wanderbewegungen zu werden“ (Spiegel 24.10.15).

Dabei gibt es immer wieder Warnungen von Wissenschaftler_innen, öffentliche Aufmerksamkeit oder sogar politische Maßnahmen mithilfe derartig alarmistischer Zahlenszenarien zu erzielen. Der Politikwissenschaftler Bettini hält das Narrativ langfristig für eine kontraproduktive Strategie und thematisiert den entpolitisierten Effekt. Er bezweifelt die These, dass eine Alarmisierung der Figur zu einer politischen Lösung beiträgt. Vielmehr befürchtet er, die Kommunikation alarmistischer Szenarien bewirke statt einer Sensibilisierung für das Thema eher eine ablehnende Haltung oder sogar eine „Re-Normalisierung des Klimawandels“ (Bettini 2013a: 55). Außerdem impliziere das Narrativ eine Entmündigung der Betroffenen und verstärke sogar postkoloniale Vorstellungen, indem die Betroffenen als hilflose Opfer dargestellt würden. Obendrein bediene die von apokalyptischen Narrativen transportierte Bedrohung antimigrantische Einstellungen (vgl. Bettini 2013a; 2013b). Kritiker_innen eines Alarmisierungskonzepts warnen auch vor den nicht

⁴³ Der Klimagipfel fand vom 28. November bis zum 9.12.2005 in Montreal statt.

intendierten Risiken einer solchen Rahmung, etwa dass die Artikulation einer Sicherheitsbedrohung zu Ausnahmeregelungen führen kann und somit geltende Gesetze umgangen werden (vgl. Oels/von Lucke 2015: 44). Auch Steve Lonergan gibt hinsichtlich der Wirkungen von riesigen Umwelt_flüchtlingszahlen aus sicherheitspolitischer Sicht zu bedenken:

“The consideration for people who may have been displaced by environmental degradation has reached far beyond a humanitarian concern for a disenfranchised population; in some quarters, it is being considered a ‘threat to security’. Betterton (1992, as cited in Honebrink, 1993) noted that the U. S. military may be needed ‘to guard the border with Mexico, as it is expected that problems may result from environmental refugees fleeing the Third World’” (Lonergan 1998: 5).

In den vorangegangenen Ausführungen wurde deutlich, dass sich diverse Akteure einer alarmierenden Sprache bedienen, um politische Prozesse zu beeinflussen. Warum gerade die Figur der massenhaften Migration so machtvoll ist und warum deren Nutzung bzw. Verbreitung nicht unbedingt Ergebnis intentionalen Handelns ist, werde ich mithilfe des Konzept der Versicherheitlichung von Migration darlegen.

6.2 Die Versicherheitlichung von Klima_fluucht?!

In der wissenschaftlichen Literatur wird seit den 1990er-Jahren eine zunehmende Versicherheitlichung der Migration beobachtet (vgl. Chimni 1998; Huysmans 2000). Eine Reihe von Studien zeigt teils empirisch, teils theoretisch auf, wie Migrationsthemen seit Jahren einen anhaltenden Prozess der Versicherheitlichung durchlaufen (vgl. Bigo 2002; Walters 2010).

Auch der Klimawandel ist seit den 2000er-Jahren mehr und mehr als Sicherheitsproblem diskutiert worden (vgl. WBGU 2007; Europäische Kommission 2008). Der Friedens- und Konfliktforscher Michael Broszka und die Politikwissenschaftlerin Angela Oels verorten die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung in einer Zeit, in welcher der klimaskeptische Diskurs die Politik insbesondere der USA lähmte und damit insgesamt Fortschritte in der internationalen Klimapolitik verhinderte. Im Zuge dessen bildete sich eine ungewöhnliche Allianz aus Umweltschützer_innen und Militärs, die gemeinsam vor den Sicherheitsrisiken des Klimawandels warnten, um Handlungsdruck aufzubauen. Dabei drohten sie mit Szenarien von Millionen von Klima_flüchtlings und damit einhergehenden bewaffneten Konflikten bzw. Klimakriegen (vgl. Broszka/Oels 2012). Infolgedessen verorten einzelne Wissenschaftler_innen die Rede von Migration als Folge klimatischer Veränderungen als Teil eines größeren sicherheitspolitischen Dispositives, welches den Klimawandel zunehmend als Bedrohung für nationalstaatliche Sicherheit darstellt (vgl. Hartmann 2010; Herbeck/Klepp 2015).

Auch Grenzkontrollpolitiken müssen unter dem Aspekt der Versicherheitlichung betrachtet werden, scheint doch eine politische Herausforderung darin zu liegen, den globalen Norden bzw. die EU schon an ihren Grenzen vor „Klima_flüchtlingswellen“ zu schützen. In der EU zeigte sich diese Entwicklung in einem Papier der EU-Kommission an den EU-Rat im März 2008, dem sogenannten Solana-Bericht „Klimawandel und internationale Sicherheit“ (EU-Kommission 2008). Darin warnt Javier Solana, der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, davor, dass der Migrationsdruck auf die EU im Zuge des Klimawandels steigen werde. Diese Mehrbelastung müsse bei der Weiterentwicklung einer umfassenden gemeinsamen europäischen Migrationspolitik berücksichtigt werden (vgl. Europäische Kommission 2008: 4ff.). Neuere Studien der EU deuten Klima_migration dagegen mittlerweile mehrheitlich als positive Anpassungsstrategie (beispielsweise Europäische Kommission 2015; siehe Kapitel 9). Dennoch bleibt die sicherheitspolitische Rahmung der Figur ein wiederkehrendes diskursives Element.

Die Konstruktion von Klima_flucht als Sicherheitsproblem kann neben der angesprochenen Versicherheitlichung des Klimawandels generell im Kontext der Versicherheitlichung der Migration verstanden werden, auf die ich im Folgenden kurz eingehen werde. Dabei handelt es sich um einen Trend, der seit den 1980er-Jahren in der wissenschaftlichen Literatur zunehmend beobachtet wird, nämlich die Themen Migration und Sicherheit zu verknüpfen (vgl. Chimni 1998; Huysmans 2000). So haben beispielsweise Jef Huysmans und Virginie Guiraudon herausgearbeitet, wie das Thema Migration in der EU in formellen und informellen Clubs als Sicherheitsfrage in Verbindung mit Terrorismus und dem Kampf gegen Drogen aufkam und über die Jahre erfolgreich verknüpft wurde (vgl. Huysmans 2000; Guiraudon 2000). Es gibt auch Arbeiten, die diese Versicherheitlichung explizit im Feld Umwelt_flucht analysieren, so Ingrid Boas, die zeigt, wie die britische Diplomatie die Figur als Sicherheitsthema problematisierte, um auch andere Staaten zu Klimaschutzmaßnahmen zu bewegen (vgl. Boas 2012; siehe dazu auch Bettini 2013a).

Die Securitization-Forschung lässt sich in zwei Schulen unterteilen: die Kopenhagener und die Pariser Schule. Vertreter_innen der Kopenhagener Schule lehnen im Allgemeinen das Konzept objektiver Sicherheit ab, sie dekonstruieren dieses vielmehr als performativen Sprechakt, indem sie zeigen, wie bestimmte soziale Phänomene als Bedrohung für die Sicherheit präsentiert werden (vgl. Buzan et al. 1998). Diese Performanz des Sprechaktes besteht in der strukturierenden Wirkung auf die nachfolgenden Handlungen der Akteure und resultiert aus der inhärenten Behauptung, dass zur Abwendung einer vermeintlichen Bedrohung außergewöhnliche politische Maßnahmen erforderlich seien. Somit erscheint Versicherheitlichung im Sinne der Kopenhagener Schule als bewusst eingesetzte Strategie (vgl. Ratfisch/Scheel 2012: 92). Nach den Kriterien der Kopenhagener Schule ließe sich – ohne ins Detail zu gehen – für die Figur Klima_flucht schlussfolgern, dass sie gescheitert ist, da keine außergewöhnlichen Maßnahmen verabschiedet wurden. Es gibt also Schwierigkeiten in der erfolgreichen Versicherheitlichung der Figur. So

resümiert auch Bettini hinsichtlich des Einflusses des Versicherheitlichungsnarrativs auf den Klima_fluchtdiskurs, dass es trotz der seit Jahren wiederkehrenden apokalyptischen Szenarien bisher zu keiner Implementation von Sondermaßnahmen oder zur Einführung verbindlicher EU-Normen für den Schutz von Umwelt_flüchtlingen gekommen ist (vgl. Bettini 2013a).

Dagegen verstehen Vertreter_innen der Pariser Schule um den Politikwissenschaftler Didier Bigo Versicherheitlichung als einen Effekt der Machtkämpfe zwischen sicherheitspolitischen Akteuren und als Regierungstechnik, bei deren Analyse neben den Diskursen auch die Praktiken der Akteure und die von ihnen verwendeten Technologien zu untersuchen sind. Bigo spricht von einem „Feld der (Un)Sicherheit“. In diesem treten sicherheitspolitische Akteure nicht als nationalstaatliche Repräsentant_innen auf, sondern sie konkurrieren um die Definitionsmacht und um die Ressourcen zu ihrer Bekämpfung (vgl. Bigo 2000). Bigo beschäftigt sich insbesondere mit der Versicherheitlichung im Politikfeld Migration. Er zeigt, dass die Versicherheitlichung nicht auf dem Sprechakt besonders einflussreicher Politiker_innen oder einem spezifischen Bedrohungsdiskurs beruht, sondern auf den vielfältigen, alltäglichen Praktiken und Diskursen der Überwachung und Kontrolle, die Migration zu einem Sicherheitsthema machen (vgl. Bigo 2000: 176). Die Migrationsforscher Stephan Scheel und Philipp Ratfisch wenden den Pariser Ansatz am Beispiel des UNHCR an, um zu zeigen, wie die Organisation zur Versicherheitlichung der Migration beiträgt. Dazu dekonstruieren sie die Praxis des UNHCR, zwischen hilfebedürftigen Flüchtlingen und abzuwehrender irregulärer Migration zu unterscheiden. Die Autoren unterstellen dem UNHCR aber dabei keine Intention, sondern verstehen seine Praxis als Effekt dynamischer Machtkämpfe (vgl. Ratfisch/Scheel 2012). Hier liegt der Mehrwert des Pariser Ansatzes, der Praktiken und Diskurse analysiert, ohne den Akteuren ein aktives Interesse an der Versicherheitlichung von Migration zu unterstellen.

Zur Frage der Operationalisierung von Versicherheitlichung im Bereich Umwelt_flucht gibt es Forscher_innen, die sich mit Klimawandel und Migration aus Perspektive der Kopenhagener und der Pariser Schule auseinandergesetzt haben (vgl. White 2011; Baldwin/Methmann/Rothe 2014). Eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesen zwei Konzepten im Hinblick auf Klima_flucht würde den Analyserahmen dieser Arbeit überschreiten. Meine Ausführungen dienen der Einordnung der Figur vor dem Hintergrund der Versicherheitlichung und geben einen Einblick darin, dass es sich hierbei nicht unbedingt um eine intendierte Praxis handeln muss.

6.3 Zwischenfazit: Wirkungsmacht des Narratives „200 Millionen Klima_flüchtlinge“

Ich habe deutlich gemacht, dass das Narrativ der Quantität von Klima_fucht dazu genutzt wird, eine potenzielle staatliche Regulation und Steuerung in diesem Politikbereich zu legitimieren. Tatsächlich setzen sich nur wenige Klima_fuchtstudien kritisch mit den Erhebungsmethoden von Statistiken auseinander, sondern reproduzieren vielmehr das vermeintlich objektive Datenmaterial. Unter Bezugnahme auf die „Politics of Refugee Numbers“ habe ich mich kritisch mit Statistiken und der Entstehung der Prognose von 200 Millionen Klima_flüchtlingen auseinandergesetzt. Mit dem Exkurs zum Klimagipfel 2009 verdeutlichte ich die Funktion von Zahlen im politischen Diskurs. Abschließend wurde die Figur vor dem Hintergrund der Versicherheitlichung von Migration und Klimawandel kontextualisiert.

Eine mögliche Erklärung für die Wirkungsmacht des Narratives von 200 Millionen Klima_flüchtlingen ist, dass sich die Figur in den Trend der allgemeinen Versicherheitlichung von Migration einfügt und die gängige Repräsentation von Flüchtlingen bedient. In diesem Rahmen wird Klima_fucht als Bedrohung dargestellt, was bisher jedoch noch keine außergewöhnlichen klima- oder migrationspolitischen Maßnahmen zur Folge hatte. Trotzdem handelt es sich um ein machtvolleres Narrativ: Klima_fucht wird als Problem konstituiert und zum Objekt politischer Regulation. Die Deklaration der generellen Schutzbedürftigkeit der Betroffenen führt schließlich zur Problematisierung der fehlenden Rechtsstellung und bietet Akteuren wie der Europäischen Union die Chance, sich als potenzielle Beschützer in Szene zu setzen, indem sie adäquate Gesetze diskutieren (vgl. Malkki 1996; Oels/Carvalho 2012). In dieser Lesart des globalen Nordens entspricht die Problematisierung von Klima_flüchtlingen dem Bild einer Welt im Ausnahmezustand, in der sich gerade westliche Akteure zu militärischen oder humanitären Interventionen im Namen der Menschheit berechtigt sehen. Vielfach fließen hier Mitgefühl und Ideen, aber auch das notwendige finanzielle Kapital von oben nach unten bzw. vom globalen Norden in den Rest der Welt. Der globale Süden kann als Empfängerin mit Dankbarkeit eine Art „Gegenleistung erbringen“ (vgl. Adam 2018: 313; Fassin 2012).⁴⁴ Ferner kann aus einer postkolonialen Perspektive der identitätsstiftende Aspekt des Narratives betont werden: „useful in subverting the Idea of Europe as a geographically und historically isolated entity“ (Giuliani 2017: 227).

Das Zahlenspektakel schafft Aufmerksamkeit, ermöglicht das Anlegen eines Politikfelds und hat den Effekt, ein Problem als objektiv darzustellen, ungeachtet der Validität der Daten, und es entpolitisiert Klima_fucht. Im Sinne der Pariser Schule halte ich diese Auswirkungen nicht für das intendierte Ziel einer Strategie, sondern vielmehr für Merkmale eines Ringens um Macht. Darauf gehe ich im folgenden Kapitel näher ein.

⁴⁴ Hier zeichnet sich die Entwicklung ab, dass seitens der Geber_innen humanitäre Praktiken zunehmend als moralische Verpflichtung und nicht mehr als verbuchtes oder bindendes Recht aufgefasst werden (vgl. Benda-Beckmann/Benda-Beckmann 2007).

7 Das Politikfeld Umwelt_flu_{ch}t: Ein Mapping

“From our perspective, policies are not simply external, generalised or constraining forces, nor are they confined to texts. Rather, they are productive, performative and continually contested. A policy finds expression through sequences of events; it creates new social and semantic spaces, new sets of relations, new political subjects and new webs of meaning” (Shore/Wright 2011: 1).

Anknüpfend an das Konzept der wissensbasierten Regierungsnetzwerke nimmt dieses Kapitel die vielfältigen Akteure des Politikfeldes Umwelt_flu_{ch}t und insbesondere deren Interaktionen in komplexen, transversalen Netzwerken in den Blick. Hier stellt sich zunächst die Frage, wie sich ein derartiges Netz mit seinen Verflechtungen überhaupt darstellen lässt. Dafür erscheint das Analysewerkzeug des Mappings geeignet. Denn mit ihm lassen sich neuartige Machtformationen aufspüren und sichtbar machen, die sich aus Regierungen, Individuen, Institutionen, Ressourcen und Wissensbeständen zusammensetzen (vgl. Adam/Vonderau 2014). Dabei kann das Mapping aufgrund der Prozesshaftigkeit und Dynamiken des Politikfeldes nur eine Momentaufnahme darstellen, und so gibt das vorliegende Mapping Einblick in das Feld zwischen 2011 und 2016. Die Auswahl der Akteure geht dabei auf meine Er-

fahrungen im Feld zurück: Wen habe ich regelmäßig auf den Konferenzen angetroffen? Wer produziert Wissen und welches Wissen wird in Policy-Kreisen herangezogen? Welche Akteure scheinen besonders sichtbar und einflussreich zu sein?

Die „Anthropology of Policy“ untersucht die komplexen Verknüpfungen, die innerhalb eines Politikfeldes entstehen, mithilfe des „studying through“, also des Querschnitts (Shore/Wright 1997), da weder ein „studying up“ noch ein „studying down“ die Vielseitigkeit des Regierens greifbar machen kann (siehe Kapitel 3.2.1). Das folgende Mapping ist daher auf transversalen Ebenen angesiedelt. Einzelne bedeutsame Akteure werden vorgestellt, wobei ich ihren spezifischen politischen, historischen und institutionellen Hintergrund darlege sowie einzelne ihrer Mitarbeiter_innen vorstelle. Darüber hinaus werde ich die Vernetzung der ausgewählten Akteure in unterschiedlichen, sich teilweise überlappenden Netzwerken und Thinktanks darstellen. Alle Akteure vertreten die Annahme, dass es hinsichtlich des Schutzes von Umwelt_flüchtlingen Lücken im existierenden internationalen Recht gäbe, weshalb weitere Forschung und auch Lobbyarbeit notwendig seien. Hier werde ich auch Akteure aus der Wirtschaft vorstellen, wie etwa Versicherungsunternehmen, die seit Jahren die Wissensproduktion finanziell unterstützen und vorantreiben – eine Entwicklung, die mein Forschungsinteresse hervorgerufen hat (siehe Kapitel 11).

7.1 Das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit

Das Institute for Environment and Human Security der United Nations University (UNU-EHS) zeigte sich in meiner Feldforschung als zentrale wissenschaftliche Akteurin im Politikfeld Umwelt_flucht. Das Institut wurde 2003 in Bonn eröffnet und forscht insbesondere zu Risiken und Vulnerabilität im Umweltbereich (vgl. DGNV 2009: 32). Das Institut ist Teil der Universität der Vereinten Nationen (UNU), die 1973 gegründet wurde und ihren Hauptsitz in Tokio hat. Sie ist anderen UN-Organisationen gleichgestellt. Ihre Institute sind einerseits autonome Forschungsinstitutionen, andererseits ist die Universität eine politische UN-Organisation, die sich als Thinktank versteht, d. h. sie will durch ihre Tätigkeiten insbesondere Entscheidungsträger_innen im UN-System informieren und unterstützen. Dies tut das UNU-EHS unter folgendem Fokus:

„Aufgabe des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit ist die Durchführung von Spitzenforschung zu Risiken und Anpassung an Umwelttrisiken und den globalen Wandel. Die Forschung des Instituts fördert politische Maßnahmen und Programme zur Verringerung dieser Risiken und berücksichtigt dabei Wechselwirkungen zwischen Umweltaspekten und gesellschaftlichen Faktoren“ (UNU-EHS 03.10.2017).

Seit 2005 beschäftigt sich das Institut in Bonn mit dem Thema Umwelt_flucht und veröffentlichte zahlreiche Studien und Berichte. So war es maßgeblich an der Erhe-

bung empirischen Materials beteiligt (siehe beispielsweise die Studien: EACH FOR 2008; In Search of Shelter 2009; Where the Rain falls 2012). Das UNU-EHS gilt als eine zentrale Institution des politischen Lobbying der Figur und als maßgebliche Impulsgeberin für die Vernetzung im Themenfeld, was hauptsächlich ihrer ehemaligen Leiterin Koko Warner (2006–2016) und auch der breiten transnationalen Vernetzung des Instituts zu verdanken ist. Die Verankerung in der UN verleiht ihm eine besondere Legitimität und verschafft dem Institut einen erleichterten Zugang zu verschiedensten Stakeholdern, etwa zu dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) (vgl. Pilath 2016: 221).

Koko Warner beschreibt die Rolle und den Einfluss von Wissen im Politikfeld Umwelt_flu_{ch}t wie folgt:

“Research groups and UN organizations helped bridge research and policy, bringing the evidence base to delegates and helping frame levels of confidence, as well as explain areas where research could not yet deliver full responses to Party questions. This candour helped contribute to more differentiated questions on the side of delegates (e. g. not ‘how many will come?’, but rather ‘where are the hotspots for concern, and what combination of factors may make migration an adaptive strategy vs. a matter of survival?’)” (Warner 2011: 7).

Koko Warner ist eine wichtige Netzwerkerin im Bereich Klima_flu_{ch}t, die mittlerweile für das UN-Klimasekretariat im Programm „Impacts, Vulnerabilities and Risks“ arbeitet, was als ein Karrieresprung gesehen werden kann. Sie hat den Ruf einer guten Multiplikatorin und hat das Thema Umwelt_mig_ration sowohl im akademischen als auch im politischen Bereich maßgeblich vorangetrieben. So überrascht es nicht, dass sie im Ranking des „International Council of Science“ 2014 unter den 20 einflussreichsten Frauen in der Klimawandeldebatte gelistet wurde (vgl. UNU-EHS 16.07.2014). Auf Konferenzen traf ich sie regelmäßig und habe sie 2011 auch an ihrem Arbeitsplatz in Bonn besucht, um mich über ihre Arbeit zu informieren. Das Institut ist auf dem Gelände der Vereinten Nationen angesiedelt und hat dort seinen Sitz im ehemaligen Abgeordnetenhochhaus des deutschen Bundestages. Damals arbeitete Warner gerade am Forschungsprojekt „Where the Rain falls“, in welchem acht Feldstudien zur Auswirkung veränderter Niederschläge auf Migration durchgeführt wurden (vgl. UNU-EHS/ Care 2012).

Während eines gemeinsamen Mittagessens in der UN-Kantine teilten wir uns den Tisch mit zwei Vertretern der Münchner Rück Stiftung. Deren Anwesenheit lag darin begründet, dass die Stiftung von 2005 bis 2012 den Lehrstuhl für soziale Verwundbarkeit an der UNU-EHS kofinanzierte (siehe dazu 7.4.2).

Jenes Treffen in der Kantine führte mir sinnbildlich die Nähe des Instituts zur Versicherungswirtschaft und deren Stiftungen vor Augen. Das lässt darauf schließen, dass private Akteure nicht nur Gelder bereitstellen, sondern auch aktiv an der Wissensproduktion beteiligt bzw. interessiert sind. Beispielhaft zeigt sich dies etwa in der Publikation der Studie „Where the Rain Falls“, die die UNU-EHS in Kooperation mit privatwirtschaftlichen Akteuren durchgeführt hat, u. a. mit dem Versicherungs-

unternehmen Axa und der MacArthur Foundation, einer Stiftung des Unternehmers John D. MacArthur (vgl. Warner et al. 2012; siehe dazu Kapitel 7.4). Ein weiteres Beispiel: Zwischen 2006 und 2012 hat die UNU-EHS regelmäßige Sommer Schools in Partnerschaft und unter aktiver Beteiligung der Münchner Rück Stiftung durchgeführt. Seit 2006 kooperieren die UNU-EHS und die Versicherungsbranche im Rahmen der „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII), die ihren Sitz auch im ehemaligen Abgeordnetenhochhaus in Bonn hat (siehe Kapitel 7.4.3).

Ferner unterhält das UNU-EHS auch Verbindungen zu humanitären Organisationen, etwa zu Care International oder dem UNHCR. Die UNU-EHS hat neben der IOM unter Expert_innen den Ruf, mit ihren enormen Kapazitäten und ihrer Vernetzung besonders große und breit aufgestellte Studien durchführen zu können. Ein Beispiel dafür ist der prominent gewordene Bericht „In Search of Shelter. Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement“. Er wurde gemeinsam mit der Universität Columbia, dem UNHCR, der Weltbank sowie der Entwicklungshilfeorganisation Care herausgegeben und auf dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 veröffentlicht (siehe Kapitel 6).

Als großen Erfolg seiner Lobbyarbeit sieht das Institut seinen Einfluss auf die Verabschiedung des sogenannten „Cancun Agreement“ (siehe Kapitel 9.2). Das Abkommen wurde auf dem Klimagipfel im mexikanischen Cancún 2010 verabschiedet und gilt als das erste Rahmenwerk, in dem Migration auf Ebene der UN-Klimaverhandlungen thematisiert wurde (vgl. UNFCCC 2011). Angela Pilath hat die Rolle des UNU-EHS bei diesem politischen Prozess beforscht und bestätigt dessen Einfluss auf die Verabschiedung des „Agreements“. Sie klassifiziert damit das Institut als politischen Akteur. Das Lobbying hinsichtlich des „Cancun Agreements“ führt sie im Wesentlichen auf zwei sich überlappende Prozesse zurück: erstens eine Phase der Mobilisierung der akademischen Community und der Wissensgenerierung, zweitens eine Phase der politischen Mobilisierung, u. a. mithilfe des empirischen Materials, welches einen gewissen Handlungsdruck ausübte. Ferner hat die geografische und institutionelle Nähe der UNU-EHS zum UNFCCC – beide haben ihren Sitz auf dem UN-Gelände in Bonn – zum erfolgreichen Agenda-Setting beigetragen (vgl. Pilath 2016).

Um Handlungsdruck mit dem empirischen Daten aufzubauen hat sich das Institut mit diversen Akteuren in einem sogenannten transnationalen Advocacy-Netzwerk⁴⁵ zusammengeschlossen, der „Advisory Group on Climate Change and Human Mobility“. Deren politische Strategie ist,

⁴⁵ Der Begriff des Advocacy-Netzwerkes geht zurück auf die Politikwissenschaftlerinnen Margaret Keck und Kathryn Sikkink (1998), die darunter relativ lose, themenzentrierte Netzwerke aus außerinstitutionellen und institutionalisierten Akteuren verstehen. Die Stärke dieser Netzwerke liegt in der Vielfalt ihrer Beziehungsgeflechte und ihrem Zugang zu unterschiedlichen Gremien und Politikarenen. Sie entstehen vor allem in Bereichen, in denen Fragen nationaler Souveränität berührt werden, die wertegeladen sind und in denen eine Informationsunsicherheit seitens der Politik besteht (vgl. Schwenken 2007: 36). Hier sei angemerkt, dass die interna-

“that close cooperation in framing and communicating issues surrounding human mobility in response to climate change is the most effective way to inform policy making” (Advisory Group on Climate Change and Human Mobility 2014: 14).

Die „Advisory Group on Climate Change and Human Mobility“ wurde 2012 gegründet und versteht sich als Wissensvermittlerin und -produzentin für die UNFCCC-Vertragsparteien mit der Intention, Migrationsfragen innerhalb der Klimadiplomatie zu verankern. Die Gruppe setzt sich zusammen aus Wissenschaftler_innen (UNU-EHS, Universität Sussex, Sciences Po Paris), der IOM, humanitären Organisationen mit Flüchtlingsmandat (Norwegischer Flüchtlingsrat, Internal Displacement Monitoring Centre), UN-Organisationen mit flüchtlings- und entwicklungspolitischem Mandat (UN Development Programm, UNHCR, UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) und einer umwelt- und entwicklungspolitischen Organisation (Arab Network for Environment and Development).

Wie erfolgreich diese großen Allianzen sind, beantwortet mir Koko Warner am Rande einer Veranstaltung während des Klimagipfels in Marrakesch. Die letzten Verhandlungstage merkt man ihr an, trägt sie einen dicken Schal um den Hals. Ihre Stimme ist merklich angeschlagen. Sie wirkt optimistisch angesichts der Tatsache, dass ein breites Bündnis an Akteuren es geschafft hat, das Thema Klimawandel und Migration im Verlauf von nur fünf Jahren in den internationalen Klimaverhandlungen zu etablieren. Sie hält das für einen extrem kurzen Zeitraum. Koko Warner misst derartigen Akteuren und deren Kooperation in Netzwerken eine zentrale Rolle für das Agenda-Setting von Umwelt_flucht zu. Denn dadurch, dass diese ihre Ideen und Forschungsergebnisse an die UNFCCC-Vertragsparteien herangetragen haben, erhielt die Figur Klima_flucht auf Ebene der internationalen Klimaverhandlungen überhaupt erst Aufmerksamkeit und es wurden in deren Folge politische Prozesse angestoßen wie etwa die Erwähnung von Klima_migration im „Cancun Agreement“, was Koko Warner als besonderen Erfolg wertet (Feldtagebuch Marrakesch 2016).

7.2 Nichtregierungsorganisationen

Es herrscht in der Wissenschaft weitestgehend Einigkeit darüber, dass insbesondere Umwelt-NGOs in den 1990er-Jahren Aufmerksamkeit für das Thema Umwelt_flucht schafften, und das vorrangig mittels reißerischer Berichte (vgl. Suhrke 1993; Gemenne 2011a; siehe Kapitel 5). Hier zeigt sich ihre Funktion als Wissensproduzent_innen. Die Bereitstellung von Expertise ist eine zentrale Leistung und Aufgabe von NGOs, die damit ihre Einbindung in transnationale Konferenzen begründen und auch direkt von politischen Entscheidungsträger_innen um Informa-

tionalen Studien lange die politische Rolle solcher wissensproduzierenden Akteure vernachlässigt haben (vgl. Adler 1992).

tionen angefragt werden. NGOs sind zu zentralen Akteuren auf dem internationalen Parkett geworden (vgl. Brunnengräber et al. 2005; Brand/Scherrer 2005). Sie werden von Regierungen konsultiert, sie treten als Monitoring-Instanz auf und sind Interessenvertreter und Wissensproduzenten in zahlreichen Policy-Feldern. Mit Blick auf die EU sprechen Hess und Karakayali sogar von einer „NGOisierung der Politik“ (vgl. Hess/Karakayali 2007: 53). Serhat Karakayali postuliert, dass die EU angewiesen ist auf solche Akteure, die auf andere Ressourcen und Diskursstrategien zurückgreifen können als sie selbst:

„Damit Gesetze Praxis würden, sei man nicht nur auf neues Staatspersonal angewiesen, sondern vor allem auf gesellschaftlichen Druck. Hierbei kommt internationalen Organisation und großen NGOs eine wichtige Bedeutung als Scharnier zu, das zivilgesellschaftliche Feld mit dem des erweiterten Staat zu verknüpfen, und in diesem Sinne Diskurse und Subjektpositionen zu organisieren“ (Karakayali 2008: 196).

In den letzten Jahren lässt sich beobachten, dass NGOs über einen umweltpolitischen Fokus hinaus eigene Positionen zu Klima_flucht entwickeln. So thematisieren auch große NGOs wie Care International, die kirchliche Organisation Brot für die Welt oder Germanwatch regelmäßig das Thema Umwelt_flucht, und das insbesondere während der internationalen Klimaverhandlungen (vgl. UNU/EHS/Care 2009; Bread for the World/Protestant Development Service/Protestant Agency for Diaconia and Development 2013). Ferner haben sich mittlerweile auch Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen dem Thema Klimawandel zugewandt und bringen ihre Arbeitsthemen wie Klimagerechtigkeit und Menschenrechte in die Klimaverhandlungen ein, wie beispielsweise die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, die gemeinsam ein Papier zum Thema herausgebracht haben (vgl. Amnesty et al. 2013).

Es sollte berücksichtigt werden, dass sich unter dem Begriff NGO diverse Akteure versammeln und dass ein allzu harmonisches Bild einer Zivilgesellschaft infrage gestellt werden kann, denn auch unter NGOs gibt es diverse Interessenkonflikte und positionelle Differenzen, was schon allein der thematischen Breite der beteiligten Organisationen geschuldet ist (vgl. Brunnengräber et al. 2005).

Die erste europäische NGO, die sich explizit für die Rechte von Umwelt_flüchtlingen einsetzte, war die 2002 ins Leben gerufene niederländische Organisation „Living Space for Environmental Refugees“ (LiSER), die für einen Flüchtlingsstatus für Umwelt_flüchtlinge eintrat. Getragen wurde sie maßgeblich von Harry Wjinberg, einem ehemaligen Mitarbeiter des niederländischen Flüchtlingsrats. 2011 wurde die Organisation aber aufgelöst (vgl. Wjinberg 2004). Eine weitere, relativ neue NGO, die sich dem Thema Umwelt_flucht im Allgemeinen widmet, ist die 2010 gegründete „UK Climate Change and Migration Coalition“ mit Sitz in Oxford. Sie ist vor allem klimapolitisch orientiert, denn sie ist ein Ableger der bri-

tischen Organisation Climate Outreach.⁴⁶ Sie stellt eine Allianz aus Flüchtlings-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen dar und setzt sich diskursiv für ein positives Bild von Umwelt_migration ein:

“We need a new narrative that helps us address these vital questions, and which the people who are actually moving feel positive about. We need a new narrative in which we frame migration as a way for people to adapt to climate. Rather than being seen as a negative consequence of climate change, we need to describe moving in dignity as a way for some people to survive” (Randall 17.05.2013).

Die Produktion von Wissen spielt für diese positive Rahmung eine zentrale Rolle. NGOs erstellen selbst Studien und sind zu wichtigen Kooperationspartnern in wissenschaftlichen Forschungsprojekten geworden. So hat beispielsweise Care International in Zusammenarbeit mit dem UNU-EHS den Bericht „In Search of Shelter“ veröffentlicht. Koko Warner begründet die regelmäßige Zusammenarbeit mit NGOs für das eigene Forschungsprogramm wie folgt:

“[W]e [UNU-EHS] are a super small UN Organization, we have a particular mandate to do research and bring it to policy but that is not enough. You have to have the big operational organizations that also chime in like IOM, and many NGOs, like CARE and Oxfam” (Warner zit n. Pilath 2016: 230).

Neben den großen, ressourcenstarken NGOs aus dem globalen Norden existieren Initiativen von Betroffenen bzw. soziale Bewegungen, die im Diskurs über Umwelt_flucht auch internationale Aufmerksamkeit erhalten haben. Beispiele sind die Initiative „Tulele Peisa“ (“Sailing in the wind on our own”) oder die sogenannten „Climate Change Warriors“, beide soziale Bewegungen aus dem Pazifik-Raum (vgl. Tulele Peisa; Climate Warriors 2014). Bei genauerer Betrachtung der „Climate Change Warrior“-Initiative wird ersichtlich, dass hier eine Graswurzelbewegung und eine institutionelle Gruppe zusammengefunden haben. So sind die „Climate Change Warriors“ Teil der Gruppe „350.org“, einer von dem US-amerikanischen Umweltaktivisten Bill McKibben gegründete internationale Klimaschutzorganisation, deren Ziel der weltweite Aufbau von Graswurzelbewegungen für den Klimaschutz ist (vgl. Website 350.org). Die Politikwissenschaftlerin Helen Schwenken hat sich mit dem Verhältnis von transnationalen Netzwerken und sozialen Bewegungen auseinandergesetzt und plädiert dafür, diese sogenannten „schwachen Akteure“ stärker in den Blick zu nehmen. Sie stellt fest, dass deren Forderungen oft ein Korrektiv zur konsensorientierten Lobbypolitik darstellen (vgl. Schwenken 2007: 39), so auch im Feld Umwelt_flucht, in dem sich sozialen Bewegungen wie die „Climate

⁴⁶ Der britische Thinktank wurde 2004 gegründet und arbeitet im Bereich Klimakommunikation. Eine ihrer Publikationen berät Politiker_innen in der Frage, wie Klimabotschaften formuliert werden sollten, um möglichst viele Menschen zu erreichen und welche Reizworte Umweltschützer_innen besser vermeiden sollten (vgl. Outreach).

Change Warriors“ sich für das Recht auf Migration, Klimagerechtigkeit und drastische Emissionsreduktion einsetzten und die Kategorie „Flüchtling“ für sich ablehnen (vgl. Climate Change Warriors 2014).

7.3 Intergouvernementale Organisationen

Die beiden maßgeblich im Politikfeld involvierten zwischenstaatlichen Organisationen sind die IOM und der UNHCR. Die IOM und der UNHCR stehen gewissermaßen in Konkurrenz zueinander. Während die IOM eine „Migrationsagentur“ ist, versteht sich der UNHCR als „Flüchtlingshilfswerk“. Beide Organisationen nehmen im Bereich Umwelt_flucht eine zentrale Rolle im „policy making“ ein, wobei ihr Engagement maßgeblich von den Interessen ihrer Mitgliedsstaaten beeinflusst wird. Im Folgenden werde ich ihre politische Rolle näher beleuchten und nehme damit eine Perspektive ein, die im Forschungsfeld Umwelt_flucht bisher weitestgehend unbeachtet geblieben ist.

7.3.1 International Organization for Migration

Der damalige Generaldirektor der IOM, William Lacy Swing (2008–2018), formulierte 2011 die Strategie der Organisation im Bereich Umwelt_flucht wie folgt: “[H]ow to manage environmentally-induced migration systematically, rather than simply putting out fires” (Swing 2011). So bettet er die Figur in eine Politik des Migrationsmanagements ein, was der generellen Agenda der IOM entspricht.

Die IOM wurde 1951, im gleichen Jahr wie der UNHCR, auf Initiative der USA als zwischenstaatliche Organisation westlicher Staaten gegründet (vgl. Düvell 2002: 101). Mit mehr als 170 Mitgliedsstaaten, über 400 lokalen Standorten und über 10 000 Mitarbeiter_innen weltweit ist die Organisation neben dem UNHCR die größte zwischenstaatliche Organisation im Migrationsbereich (vgl. IOM 2018). 2016 ist die IOM mit dem Status einer „Related Organization“ auf UN-Ebene integriert worden, wodurch ihre Position weiter gestärkt wurde (vgl. IOM 2016: 4). Sie bietet ihren Mitgliedsstaaten unterschiedliche Dienste in vier Bereichen an: “Migration and development, facilitating migration, regulating migration and addressing forced migration” (IOM 2014d: 1).

Sie agiert u. a. im Auftrag der EU und staatlicher Institutionen in Feldern, die vielfach bislang in den Bereich nationalstaatlicher Souveränität fielen, z. B. betreibt sie „Freiwillige Rückkehrprogramme“ oder Krisenintervention in Konfliktgebieten (vgl. Düvell 2002: 103). Der Politikwissenschaftler Fabian Georgi, der sich seit Jahren kritisch mit der Rolle der IOM auseinandersetzt, fasst das Engagement der Organisation wie folgt zusammen:

„Die IOM leistet humanitäre Hilfe und unterstützt Migrant_innen im Rahmen einer politischen Strategie, der es darum geht, die ökonomischen Po-

tenziale der Migration zu maximieren und damit die Migrationsbewegungen letztlich repressiv zu kontrollieren und zu „managen“ (Georgi 2010: 145).

Diesbezüglich wird die IOM auch von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen und antirassistischen Initiativen kritisiert, die ihr u. a. vorwerfen, dass sie maßgeblich von den wirtschaftspolitischen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten beeinflusst werde (vgl. Amnesty International et al. 2013: 62).

Die IOM hat sich besonders unter der Führung von Brunson McKinley (1998–2008) darum bemüht, das Thema Umwelt_migration politisch wie auch wissenschaftlich voranzutreiben. Sie finanziert eine Vielzahl von Forschungsarbeiten, organisiert Konferenzen und Seminare und initiiert eigene Forschungsprojekte. Laut eigenen Angaben wurde die Organisation im Jahr 2007 von ihren Mitgliedsstaaten darum ersucht, sich verstärkt den Themen Migration, Umwelt und Klimawandel zu widmen (vgl. IOM 2014a: 12). Die erste IOM-Publikation mit dem Titel „Migration and the Environment“ erschien bereits 1992 und kann vor dem Hintergrund der damaligen Expansion der IOM in neue Arbeits- und Geschäftsfelder gesehen werden (vgl. IOM 2014a: 17). Ab 1999 wurde die Konzentration auf regionale Prozesse zum Markenzeichen der IOM, wobei sie immer in enger Kooperation mit ihren Geldgebern agierte. 2001 intensivierte die IOM ihr Engagement in Wissenschaft und Diplomatie mit der Gründung einer Abteilung für praxisnahe Forschung (vgl. Georgi 2010). In dieser wurde im Januar 2015 eine eigene Unterabteilung „Migration, Environment and Climate Change Divison“ (MECC) etabliert (vgl. IOM 2014b: 1). Ein Meilenstein, wie mir eine Mitarbeiterin dieser Abteilung erläutert, denn es dauere nicht nur in ihrer Organisation Jahre, bis man sich überhaupt für zuständig erachtete, allein schon, weil das Thema verschiedene Politikfelder berührt (vgl. Interview IOM 22.02.2016). Im Bereich Umwelt_flucht versteht sich die IOM mittlerweile als führende Wissensvermittlerin:

“The International Organization for Migration (IOM), as the leading intergovernmental migration agency, has been at the forefront of operational, research, policy and advocacy efforts, seeking to bring environmental migration to the heart of international, regional and national concerns, in collaboration with its Member States, observers and partners” (Website Environmental Migration Portal).

Zu den Aktivitäten der IOM gehört auch die Durchführung konkreter Operationen. William Lacy Swing fasst sie für das Jahr 2011 wie folgt zusammen:

“IOM continues to implement a wide variety of relevant activities. These include: (a) Providing humanitarian response to displacement caused by natural disasters (Haiti, Pakistan, e. g.); (b) Promoting adaptation to gradual environmental degradation through migration and development activities (e. g. IOM has undertaken 500 projects in the past 10 years in response to environmental migration for a combined total of US\$ 280 million); (c) Undertaking

research, analysis and inter-state dialogue on migration and climate change, including through the IOM governing bodies” (Swing 2011: 1).

Die IOM produziert also nicht nur Wissen, sondern macht auch Politik. Es fanden etwa Operationen nach dem Tsunami in Asien 2004 statt. Hier engagiert sie sich teilweise auch im Wiederaufbau. Viele Staaten kritisieren hier, die IOM überschreite damit ihr Mandat (vgl. Georgi 2010). Ein explizit politikberatendes Projekt der IOM trägt den Titel „Migration, Environment and Climate Change: Evidence for Policy“ (MECLEP; Laufzeit 2014–2016) und wurde von der EU finanziert. Das Projekt formuliert forschungsbasierte Handlungsempfehlungen für die Politik zum Thema Migration als erfolgreiche Anpassungsstrategie.⁴⁷ Vor dem Hintergrund dieser Agenda trägt der Abschlussbericht den Titel: „Making mobility work for adaptation to environmental changes: Results from the MECLEP global research“ (Melde et al. 2017). Eine Mitarbeiterin des MECLEP-Projektes bewertet das Thema Umwelt_flucht in einem Gespräch mit mir nach wie vor als ein politisches Nischenthema, auch wenn schon erste nationale Gesetzesvorlagen wie in Haiti in Vorbereitung seien, die auf den Migration-Umwelt-Nexus reagierten (vgl. Interview IOM 22.02.16). Im Feld Umwelt_migration kooperiere die IOM auch mit eher unüblichen Ministerien:

„Traditionell arbeitet IOM eher mit Innenministerien. Kommt immer auch drauf an, wo Migration bei den einzelnen Regierungen angesiedelt ist. Manchmal ist es auch das Außenministerium. Wir arbeiten mit unseren Projekten vorwiegend mit dem Umweltministerium zusammen. Als eine Einladung in die Dominikanische Republik kam, wusste der Minister überhaupt nicht, warum er sich mit Migration auseinandersetzen muss. Nach dem Training war ihm das sehr wohl klar“ (Interview IOM 22.02.2016).

Dieses Zitat verweist auf ein zentrales Arbeitsfeld von IOM: das „State Capacity Building“. Auch zu anderen migrationspolitischen Themen bietet die IOM Schulungen für Beamte und Politiker_innen an und berät im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren. Fabian Georgi gibt angesichts dieses Engagements zu bedenken: „Diese Praxisform verdeutlicht, dass die staatliche Regulation menschlicher Mobilität nichts Vorgegebenes ist, sondern die Institutionen und kulturellen Normen der Migrationskontrolle erst mühsam geschaffen werden müssen“ (Georgi 2010: 152).

Wie ich in Kapitel 9 zeigen werde, ist die IOM erfolgreich mit dieser Strategie. Sie bringt das Thema in unterschiedliche politische Foren ein, bildet neue Netzwerke, generiert Wissen und ist selbst Auftraggeberin von wissenschaftlichen Studien. Ihre Wissensproduktion schafft Rahmenbedingungen für politisches Handeln, und sie ist selbst in die politische Umsetzung involviert. Wichtig ist der IOM hierbei ein Mainstreaming von Umwelt_migration: “Policy activities are twofold: mainstreaming human mobility matters into environmental and climate-related processes, and

⁴⁷ Der Projektfokus liegt auf den Ländern Dominikanische Republik, Haiti, Kenia, Mauritius, Papua-Neuguinea und Vietnam.

mainstreaming climate and environmental matters into migration policy processes” (IOM 2016: 3).

Das Engagement der IOM in unterschiedlichen Bereichen hat nach Fabian Georgi nicht ausschließlich politische oder sachliche Gründe, sondern entspricht auch wirtschaftlichen bzw. unternehmerischen Interessen der Organisation (vgl. Georgi 2012: 159). Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit sollte nicht außer Acht gelassen werden, denn letztlich ist auch ihre Wissensproduktion in einem gewissen Sinne immer gebunden an die Interessen ihrer Geldgeber_innen, die sich maßgeblich aus den Staaten des globalen Nordens zusammensetzten und die Organisation dominierten (vgl. Georgi 2010: 155).

Die IOM plädiert im Bereich Umwelt_migration für eine größere Einbindung der Politik in wissenschaftliche Prozesse. Dina Ionesco, Mitarbeiterin der IOM, bezeichnet die gegenwärtige Forschung als „un-balanced Research Agenda“:

“But I think if it is about to start with the policy makers earlier. In asking them in what they are actually interested in and try to get them into the process. So that the recommendations respond to a clear need and although that they take on the recommendations. Otherwise they do not know how to use them” (Ionesco 11.11.2016).⁴⁸

Sie kritisiert zwei Dinge: zum einen, dass Forscher_innen aus dem globalen Norden weiterhin die Wissensproduktion dominieren, und zum anderen, dass wissenschaftliche Publikationen vielfach zwar mit Politikempfehlungen abschließen, aber auf politischer Ebene keine Wirkung entfalten.⁴⁹ Solche Aussagen müssen angesichts neuer Formen des Regierens mit Skepsis betrachtet werden, zeigt sich nach Sabine Hess doch immer mehr der Einsatz von Narrativen und Instrumenten, die wissenschaftsbasiert und angeblich politisch neutral argumentieren (vgl. Hess 2016: 260). Diese müssen – verstanden als eine Regierungstechnik – wiederum in einer spezifischen Politik der Regierung von Migration verortet werden (siehe Kapitel 10 und 11).

7.3.2 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

Das folgende Zitat beschreibt den zentralen Kern der Position des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zu Klima_flucht, und zwar die Ablehnung von Klima_flucht als Fluchtgrund auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention:

“The term climate refugee is misleading because in international law the word ‘refugee’ describes people fleeing war or persecution and who have crossed an international border. Climate change affects people inside their own countries, and typically creates internal displacement before it reaches a level where it pushes people across borders” (UNHCR 06.11.2016).

⁴⁸ Dina Ionesco am 11. November 2016, COP Marrakesch. Transkript der Audio-Aufnahme.

⁴⁹ Vgl. ebd.

Der Ursprung dieser Haltung lässt sich in der Entstehungsgeschichte der Organisation verorten. Der UNHCR wurde 1950 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gegründet, um den Flüchtlingen infolge des Zweiten Weltkriegs Hilfe zu leisten. Dafür wurde er mit einem offiziellen Mandat ausgestattet. Das Schutzmandat definierte die Organisation auf Basis der GFK und institutionalisierte ein bürokratisches Verfahren für die Statusbestimmung von Flüchtlingen (siehe Kapitel 4). Der UNHCR spielte – oft in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen – eine entscheidende Rolle für die Konsolidierung des internationalen Flüchtlingsregimes. Das grundsätzliche Mandat der Organisation hat sich seit ihrer Gründung nicht verändert, wurde allerdings 1967 mit einem Zusatzprotokoll zeitlich und geografisch erweitert. So war die Genfer Flüchtlingskonvention ursprünglich nur auf europäische Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg zugeschnitten, mit dem Zusatzprotokoll wurde das Mandat international ausgeweitet. Das Handlungsfeld der Organisation hat sich insgesamt seit den 1950er-Jahren kontinuierlich erweitert – in den 1960er-Jahren über den europäischen Kontinent hinaus bis nach Afrika und in den 1970er-Jahren bis nach Ostasien. Mittlerweile umspannen die Operationen des UNHCR die ganze Welt und die Mitarbeiter_innen (in 2015 waren es 9700) arbeiten in insgesamt 126 Ländern (vgl. Loescher et al 2008; Müller 2010; UNHCR 04.01.2016).

Die Agenda der Organisation wird von ihren Mitgliedsstaaten in der sogenannten „General Assembly“ festgelegt und das Budget des UNHCR jährlich neu verhandelt. Hier kommt der EU eine besondere Rolle zu, da sie bzw. ihre Mitgliedsstaaten für mehr als die Hälfte des jährlichen Budgets aufkommen. Infolgedessen verfügt der UNHCR nur über eine begrenzte Organisationsautonomie (vgl. Ratfisch/Scheel 2010: 89). Weiterhin werden staatliche Mittel in zunehmendem Maße zweckgebunden vergeben, was dem Anspruch der Neutralität der Organisation zuwider läuft. So warnt der UNHCR regelmäßig vor der Politisierung von Asylfragen: „Wir brauchen umfassende Bemühungen, um sicherzustellen, dass der Flüchtlingsschutz und insbesondere die Institution des Asyls weiterhin lebensrettend, humanitär und unpolitisch bleiben“ (UNHCR 08.10.2015).

Der UN-Apparat im Allgemeinen und auch der UNHCR generieren ein enormes Wissen über Flüchtlinge. Sie erheben Daten und erstellen Statistiken, verfügen über ein immens großes Archiv, und vor allem vergeben sie Forschungsaufträge. Dies gilt auch für den Bereich Umwelt_flucht. Der UNHCR hat etliche eigene Studien zum Thema veröffentlicht und eine Reihe von wissenschaftlichen Studien in Auftrag gegeben (vgl. u. a. Black 2001; Castles 2002; UNHCR 2008; UNHCR 2015). Hierdurch beeinflusst der UNHCR politische Diskurse maßgeblich.

Mittlerweile existieren erste Forschungsarbeiten, die das Engagement des UNHCR im Kontext von Umwelt_flucht untersuchen (vgl. Hall 2011; Hantscher 2016). Die Politikwissenschaftlerin Sinja Hantscher beleuchtet die Rolle des

UNHCR vor dem Hintergrund der Versicherheitlichung des Diskurses.⁵⁰ Während sich der UNHCR ursprünglich unter Verweis auf sein Mandat für nicht zuständig erklärte, erkennt Hantscher ab etwa 2010 einen Wandel in der Haltung des UNHCR gegenüber Umwelt_flüchtlingen. Das folgende Zitat bestätigt diese Entwicklung: “UNHCR’s core mandate does not encompass displacement caused by natural disasters and climate change, but UNHCR has a clear interest in such movements of people and an ability to respond to their needs!” (UNHCR 2012: 26).

Die Politikwissenschaftlerin Nina Hall führt diese Verschiebung auf das persönliche Engagement des Flüchtlingshochkommissars António Guterres zurück, der das Amt von 2005 bis 2015 inne hatte (vgl. Hall 2011: 102). Guterres sprach das Thema regelmäßig prominent auf internationalen Konferenzen an, wie etwa vor dem UN-Sicherheitsrat im Jahr 2011 oder im Zuge des Klimagipfels in Kopenhagen im Jahr 2009. Während einer Pressekonferenz in Kopenhagen warnte er etwa davor, dass der Klimawandel mehr und mehr Menschen in die Flucht treibe, und forderte die Entwicklung neuer Schutzinstrumente: “There may be a need for new legal instruments and we could explore the idea of temporary protection schemes” (UNHCR 16.12.2009).

Trotz dieses persönlichen Einsatzes lehnte es die UNHCR-Ministerkonferenz im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der GFK in 2011 ab, das Mandat auf Umwelt_fluht zu erweitern. Dies lag insbesondere an der ablehnenden Haltung der maßgeblich geldgebenden Staaten USA, Japan und der EU (vgl. McAdam 2016: 1521; siehe Kapitel 7.5.1).

Dennoch ist der UNHCR ein zentraler Akteur in diesem Feld geblieben und ist auch weiterhin in der Wissensproduktion aktiv. In der Praxis engagiert sich der UNHCR mittlerweile im Kontext von Naturkatastrophen. Zentral hierfür war der Tsunami in Südostasien, nach dem sich die Organisation 2005 dazu entschied, ihre Nothilfe auch für Opfer von Naturkatastrophen zu öffnen – nicht, ohne darauf hinzuweisen, dass dies beispiellos und ein außergewöhnlicher Schritt für den UNCHR sei (vgl. UNHCR 06.01.2005). Mittlerweile sind derartige Einsätze nichts Ungewöhnliches mehr, und seit 2008 beteiligt sich der UNHCR auch regelmäßig an den UN-Klimaverhandlungen. Dort tritt die Organisation, wie auch die IOM, als beratendes Mitglied in der „Disaster Displacement Platform“ und in der „Advisory Group on Climate Change and Human Mobility“ auf.

⁵⁰ Hantschers Ansatz knüpft an die Debatte an, dass der UNHCR eine Versicherheitlichung des Flüchtlingsschutzdiskurses vorantreibe. Für den Soziologen Didier Bigo ist der UNHCR Teil des Prozesses der Versicherheitlichung, indem er die Unterscheidung zwischen Schutz für Flüchtlinge und Bekämpfung der illegalen Migrationen in den Flüchtlingsschutzdiskurs einschreibt und damit letztlich restriktive Migrationskontrollen legitimiert (vgl. Bigo 2002: 79; siehe Kapitel 6.3). Kritische Wissenschaftler_innen argumentieren hierbei, dass die Selektion letztlich zu einer Kriminalisierung der Mehrheit der Migrierenden führt (vgl. Ratfish/Scheel 2010).

7.4 Der Versicherungssektor

Zunehmend spielen auch private bzw. wirtschaftliche Akteure eine Rolle in der Wissensproduktion. Dies zeigte sich ganz plastisch während meiner Forschung, denn hier kam ich oft mit Versicherungskonzernen und deren Stiftungen in Berührung, hauptsächlich im Hinblick auf die Produktion und Finanzierung von Wissen. Im Politikfeld Umwelt_flucht ist insbesondere die Munich Re durch ihre Stiftung an der Vernetzung, Produktion und Verbreitung von Wissen maßgeblich beteiligt (vgl. Münchner Rückstiftung 2008; 2016). Auch andere Akteure aus der Versicherungsbranche wie der Konzern Axa sind Teil dieses Netzwerkes und investieren seit Jahren in die Generierung von Wissen (vgl. AXA Group 2012; Warner et al. 2012; siehe dazu Kapitel 8.4). Zudem haben sich diverse Akteure in der „Munich Climate Insurance Initiative“ zusammengeschlossen, die Versicherungskonzepte für die besonders Betroffenen der globalen Erwärmung bewerben und Wissen in diesem Bereich produzieren (vgl. MCII 2016). Ihr Engagement kann als Ausdruck der Transformationen moderner Staatlichkeit verstanden werden. Bisher ist ihre Rolle in der Wissensproduktion und ihr Einfluss auf die Regierung von Umwelt_flucht noch kaum erforscht worden (siehe Kapitel 11).

7.4.1 AXA

AXA ist ein weltweit operierendes Versicherungsunternehmen sowie ein Vermögensverwalter, der sich im Feld Umwelt_flucht beispielsweise durch die Unterstützung der Studie „Where the Rain Falls“ (2012) engagiert. Hinsichtlich seiner Motivation äußert sich der Konzern wie folgt:

“We are proud to support this study that allows to understand the issues faced by vulnerable populations exposed to climate risks. We are convinced that the actions suggested by the study will help populations better prepare to climate change and risks. We will pursue our commitment alongside CARE, as part of our actions linked to our corporate responsibility. Our aim is to minimize the human and economic impacts of natural disasters on fragile populations through research, education and prevention” (Steenland zit. n. Axa Group 2012).

Die Rolle des Unternehmens bei der Wissensproduktion ist nicht unerheblich. So finanziert sie zum Beispiel Wissenschaftler_innen über den sogenannten AXA Research Fund, beispielsweise mit 120 000 Euro für das Projekt „Climate change impacts and the global transformation of migration patterns towards new normative frameworks“ von François Gemenne (vgl. AXA Research Fund Website). Der Politikwissenschaftler forscht und publiziert schon seit vielen Jahren zum Thema Umwelt_flucht (vgl. Dun/Gemenne 2008; Gemenne 2011a; 2011b; 2013). Er ist Direktor des Hugo Observatory, ein Forschungsprogramm an der Universität Liege, die sich seit 2016 ausschließlich mit Umwelt_migration beschäftigt (vgl. Website Hugo Observatory).

7.4.2 Münchner Rück und Münchner Rück Stiftung

Anlässlich des „Sommers der Migration“ (Kasperek/Speer 2015) im Jahr 2015 wird der Chef der Münchner Rückversicherungsgesellschaft (kurz Münchner Rück/Munich Re), Nikolaus von Bomhard, in einem Spiegelinterview zur aktuellen Flüchtlingspolitik befragt:

„SPIEGEL: Sie warnen davor, dass die Zahl der Flüchtlinge noch erheblich steigen wird, weil die Menschen vor den Folgen des Klimawandels fliehen. Ist die aktuelle Flüchtlingswelle nur der Anfang?“

Bomhard: Ich fürchte, wir sehen bislang lediglich die Spitze des Eisbergs. Schon jetzt sind etwa 60 Millionen Flüchtlinge weltweit unterwegs. Die Zahl wird steigen, wenn es nicht gelingt, die stetig zunehmenden Konflikte in so vielen Ländern einzudämmen, und wenn der Klimawandel voranschreitet. Der Klimawandel hat das Potenzial, zu einem Haupttreiber künftiger Wanderbewegungen zu werden“ (Spiegel 2014: 77).

Dass der Chef eines Rückversicherungsunternehmens zu migrationspolitischen Themen interviewt wird, hängt mit der Arbeit des weltweit operierenden Konzerns und seiner Stiftung zusammen.

Rückversicherungen sind die Versicherer der Versicherer, und unter ihnen ist die Munich Re einer der größten Konzerne weltweit. Die gemeinnützige Münchner Rück Stiftung wurde 2005 gegründet. Bis 2012 hat sie insgesamt sieben Jahre lang den Lehrstuhl Soziale Verwundbarkeit an der UNU-EHS in Bonn finanziert. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen besteht nach wie vor. Wissen ist für einen Versicherungskonzern von zentraler Bedeutung:

„Die großen Herausforderungen der Zukunft angehen – das ist seit über 135 Jahren unser Anspruch. Als Rückversicherer arbeiten wir international und interdisziplinär an zukunftsweisenden Konzepten und machen die Welt von morgen versicherbar. Unser Erfolgsrezept: Wir erkennen Risiken frühzeitig und entwickeln bedarfsorientierte Lösungen. So setzen wir Impulse für nachhaltig gewinnorientiertes Wachstum“ (Münchner Rück Website).

Mit der Münchner Rück Stiftung kam ich während meiner Forschung immer wieder in Kontakt, insbesondere mit ihrem Geschäftsführer Thomas Loster. Loster ist politisch breit vernetzt. Er nimmt regelmäßig als Beobachter an den internationalen Klimagipfeln teil und ist u. a. Mitglied im Rat der Weltbank. Er arbeitet auch wissenschaftlich und lehrt an der Hochschule München (vgl. SZ 28.12.2016). Zudem ist er im Vorstand der Munich Climate Insurance Initiative (MCII).

7.4.3 Munich Climate Insurance Initiative

Die „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII) gibt es seit 2006. Ihrem Selbstverständnis nach ist sie das „leading innovation laboratory on climate change and insurance“ (MCII 2016). In diesem Labor kommen Versicherungsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Organisationen der internationalen Zusammenarbeit zusammen. Mitglieder sind Wissenschaftler_innen der UNU-EHS, aber auch von naturwissenschaftlichen Instituten wie dem renommierten Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, Mitarbeiter_innen der NGO Germanwatch, des UNFCCC, der Weltbank sowie Versicherungs- und Finanzexpert_innen. Hinzu kommen privatwirtschaftliche Akteure wie beispielsweise der Wirtschaftsprüfungskonzern PricewaterhouseCoopers.⁵¹ Ihren Sitz hat die Initiative an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn.

Die MCII stellt sich selbst als ein transversales Wissensnetzwerk dar (vgl. MCII 2016). Letztlich hängt das Engagement von Versicherungsunternehmen aber auch mit ihren unternehmerischen Interessen zusammen:

„Weltweit operierende Rückversicherer verdienen Milliarden damit, dass sie neue Arten von Schutzkonzepten an Entwicklungsländer verkaufen, die so gut wie nichts zur Klimakrise beigetragen haben, deren Infrastruktur jedoch stark von ihren Auswirkungen betroffen ist“ (Klein 2015: 18).

Im entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich gewinnen Kooperationen zwischen Politik und Privatwirtschaft seit Jahren an Bedeutung. Ihre Zusammenarbeit wird u. a. mit den Begriffen „Green Coalitions“, „Privat Public Partnership“ oder „Corporate Social Responsibility“ beschrieben (vgl. Schwenken 2007). Hieran wird deutlich, dass unternehmerische bzw. private Akteure eine Rolle in netzwerkartigen Formen der Regierungsführung spielen, insbesondere durch das Bereitstellen von Wissen, durch engagierte Netzwerkarbeit und das Organisieren von runden Tischen (siehe Kapitel 11.1.2). Insbesondere dient ihnen Wissen dazu, Geschäftsfelder auszubauen oder zu entwickeln. Michel Callon, ein Mitbegründer der „Akteur-Netzwerk-Theorie“, hat zur Rolle von Wissen in diesem Bereich gearbeitet. Er vertritt die Idee, dass Märkte performativ hergestellt werden können. Dabei kommt Ökonom_innen eine bedeutende Rolle zu, indem die Wirtschaftswissenschaften durch ihre Perspektiven und Beschreibungen den Markt, also den Gegenstand ihrer Disziplin, quasi selbst erschaffen haben (vgl. Callon 1998: 23). So könnte man sagen, dass die Versicherungsbranche durch ihre Produktion von Wissen den Markt bzw. die politische Maßnahme „Versicherungspakete für die besonders Betroffenen des Klimawandels“ erschaffen bzw. mitentwickelt hat. Auf diese Entwicklung werde ich mit Blick auf die Individualisierung von Risiken und die Rolle von privaten Akteuren beim Politikmachen in Kapitel 11 näher eingehen.

⁵¹ Eine Auflistung aller Mitglieder ist hier zu finden: <http://www.climate-insurance.org/topmenu/members/>.

7.5 Politische Prozesse und Foren

Nachdem einzelne Personen, Institutionen, Netzwerke und Forschungsverbände vorgestellt wurden, werde ich nun einen Blick auf spezifische Prozesse und politische Foren werfen. Mir geht es an dieser Stelle speziell um die Verhandlung eines Schutzmechanismus, die maßgeblich durch die „Nansen-Initiative“ (2012–2015) und ihr Folgeprojekt sowie die „Disaster Displacement Platform“ (2016–2019) vorangetrieben werden. Beide Foren setzten sich explizit für die Entwicklung und Umsetzung einer Schutzagenda für Umwelt_flüchtlinge ein und stellen staatengeführte Prozesse dar. Hier wird insbesondere die Rechtsstellung derer problematisiert, die über Landesgrenzen hinweg fliehen, ist doch ihr rechtlicher Status ungeklärt.

Die Foren stehen für einen politischen Umgang jenseits einer asylpolitischen und sicherheitspolitischen Rahmung der Figur, denn sie vermeiden bewusst einen alarmierenden Diskurs und betonen trotz ihres Fokus auf Katastrophen die Komplexität von Migrationsprozessen. Diese Initiativen sind Ergebnis eines, wie es Sahara Nash nennt, alternativen Schutzdiskurses über „Disaster Cross Border Displacement“ (vgl. Nash 2016: 206).

7.5.1 Die Nansen-Initiative

Die „Nansen-Initiative“⁵² mit Sitz in Genf wurde 2012 mit dem Ziel gegründet, eine Schutzagenda für Menschen zu entwickeln, die im Zuge von Naturkatastrophen zur Flucht ins Ausland gezwungen werden. Sie bezeichnete diese Personengruppe nicht als Flüchtlinge, sondern als „cross-border disaster-displaced persons“. Diesen Fokus begründete sie mit einer Schutzlücke für internationale Fluchtbewegungen, die nicht unter die GFK fallen, wie die infolge von Naturkatastrophen. Angesichts der politischen Ausgangslage setzte sich die „Nansen-Initiative“ bewusst nicht für eine neue rechtsverbindliche Konvention ein und lehnte den Begriff Klima_flüchtling ab. Stattdessen fokussierte sie sich auf die Entwicklung regionaler Schutzprogramme für Menschen, die infolge einer Naturkatastrophe ins Ausland flüchteten, wobei es unerheblich war, ob die Naturkatastrophe auf Klimaveränderungen zurückzuführen war oder nicht (vgl. Nansen-Initiative 2013).

Der Entstehungshintergrund der Initiative ist die politische Blockadehaltung gegenüber einem eigenen internationalen Abkommen für Umwelt_flüchtlinge. So führt das Konzeptpapier der Initiative aus: „States did not want to be ‘pushed’ into action either by institutional actors or through an experts-based approach introduced through the back door“ (Concept Note Nansen zit. n. McAdam 2016: 1521f.).

⁵² Der Name der Initiative geht auf Fridtjof Nansen zurück. Nansen war der erste Flüchtlingshochkommissar des Völkerbundes, der im Zuge des Ersten Weltkriegs das Problem sah, dass keine international anerkannten Pässe für Flüchtlinge existierten. Er setzte sich für den sogenannten „Nansen-Pass“ ein, der Menschen auf der Flucht als erstes international anerkanntes Identitätsdokument diente (vgl. Nansen-Initiative 2013).

Der auf die Staaten ausgeübte Handlungsdruck, von dem hier die Rede ist, entstand aus dem Agenda-Setting und der Wissensproduktion einer großen Zahl von Akteuren. Insbesondere ab Mitte der 2000er-Jahre wurde eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Studien publiziert, die auf empirischen Beobachtungen basierten und ein „Protection Gap“ erkannten sowie einen politischen Handlungsbedarf postulierten (vgl. Greenpeace 2007; Kolmannskog 2007; Piguet 2008; EACH FOR 2008; Warner 2010). Aufgrund der Bedenken gegenüber einem außerhalb der Staaten angesiedelten „expert-based approach“ entschied sich die Initiative für einen „state-led approach“. Infolgedessen wurden in einem ersten Schritt gemeinsam mit besonders interessierten Staaten Daten bzw. Wissen gesammelt und ausgetauscht sowie Konsultationen durchgeführt, um so eine Basis für weitere Diskussionen zu schaffen (vgl. Schweizer Eidgenossenschaft 2015). So schuf die „Nansen-Initiative“ einen staatlichen Konsultationsprozess außerhalb der UN mit einer dreijährigen Laufzeit (2012–2015).

Entstanden war die Initiative als Reaktion auf die UNHCR-Ministerkonferenz im Dezember 2011 zum 60. Geburtstag der GFK. Dort wurde der UNHCR, der anlässlich der Feierlichkeiten die Absicht hatte, das Thema Umwelt_flucht voranzutreiben, durch seine Mitglieder blockiert (vgl. Hall 2011: 100f.). Walter Kälin, der Vorsitzende der Initiative, führt dazu aus: “This was no accident but rather the expression of a lack of willingness by a majority of governments, whether from reasons of sovereignty, competing priorities or the lead role of UNHCR in the process” (Kälin 2012: 49).

Nur fünf Staaten zeigten sich willens, den UNHCR in seinem Vorhaben zu unterstützen (vgl. MacAdam 2016: 1522). Aufgrund dessen riefen Norwegen und die Schweiz die „Nansen-Initiative“ mit der Intention ins Leben, in zwischenstaatlichen Kooperationen Grundprinzipien zum Schutz der Betroffenen von Naturkatastrophen zu entwickeln, die letztlich in die UN-Klimaverhandlungen einfließen sollten. Die „Nansen-Initiative“ sollte vor allem neuen Schwung in die festgefahrenen Debatten über ein potenzielles internationales Schutzregime bringen. Aufgrund ihrer Netzwerkarbeit war die Initiative regelmäßig auf großen internationalen Konferenzen vertreten, wie beispielsweise auf dem Klimagipfel in Marokko oder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (vgl. Disaster Displacement Plattform 03.07.2017). Trotz oder gerade wegen der Bedenken etlicher Staaten war die Initiative während ihrer Laufzeit äußerst populär und keine Konferenz, die ich besucht habe, kam ohne einen Verweis auf ihr Potenzial aus. Zudem war sie auf vielen Konferenzen prominent durch Walter Kälin vertreten, der dort über ihre Arbeit informierte.

Die Steuerungsgruppe setzte sich neben den Initiatoren aus Staaten des globalen Nordens und des globalen Südens zusammen: Australien, Bangladesch, Costa Rica, Deutschland, Kenia, Mexiko, Philippinen. Ihr Konsultativkomitee umfasste ferner Vertreter_innen von internationalen Organisationen (UNHCR, IOM), aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sowie einer „Group of Friends“, interessierte Staaten, die nicht offiziell zur Steuerungsgruppe gehörten. Innerhalb des Komitees unterstützte das „Internal Displacement Monitoring Centre“ (IDMC) den Konsul-

tationsprozess mit der Erstellung quantitativer Daten, sogenannter „disaster-related displacement risk estimates“ (vgl. Website IDMC 15.10.2015).⁵³ Maßgeblich finanziert wurde die Initiative von der schweizerischen und der norwegischen Regierung. Ferner erhielt sie finanzielle Unterstützung von der Europäischen Kommission, von der deutschen Regierung und der MacArthur-Stiftung (vgl. Nansen-Initiative 2013; EU-Kommission 2013: 21).

Im Rahmen der „Nansen-Initiative“ fanden sieben regionale Konsultationen mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren statt. Sie wurden in Staaten ausgerichtet, die stark von Naturkatastrophen betroffen waren.⁵⁴ Die Notwendigkeit einer regionalen Perspektive begründete Walter Kälin mit den divergierenden Bedürfnissen der Betroffenen: Menschen, die mit dem Anstieg des Meeresspiegels im Pazifik konfrontiert sind, haben andere Bedürfnisse als Menschen, die in der Sahelzone aufgrund von Dürren vertrieben werden (vgl. Schmalz 2015).

Die Betrachtung der Vita von Walter Kälin ist aufschlussreich, um die Bedeutung und Reichweite der Initiative zu verstehen. Der Professor für Staats- und Völkerrecht hat durch seine Arbeit als Beauftragter des UN-Generalsekretärs für die Rechte von Binnenvertriebenen weitreichende Erfahrungen mit politischen Konsultationen. Das Amt hatte er von 2004 bis 2010 inne. Die Rechtswissenschaftlerin Jane McAdam, die als beratendes Mitglied gute Einblicke hatte, beschreibt seine Arbeits- und Vorgehensweise:

“As a highly skilled international lawyer, he was mindful of the importance of linguistic precision and the boundaries of normative protection, and as an experienced former senior UN office holder, he understood the proclivities and sensitivities of state actors as well. Supported by a small but dedicated and highly able secretariat, the team marshalled a vast body of existing literature, commissioned original research to fill knowledge gaps, and cultivated a shared sense of goodwill among academics, policy-makers and other experts who readily peer reviewed and evaluated draft papers and reports” (McAdam 2016: 1523).

Bereits in den 1990er-Jahren war Walter Kälin als Rechtswissenschaftler an der Ausarbeitung der „Leitlinien betreffend Binnenvertreibung“ („Guiding Principles on Internal Displacement“) beteiligt (vgl. Kälin 2011: 43). Ähnlich wie bei der Regierung von Umwelt_flucht gab es auch damals kaum politischen Willen, eine internationale Konvention für den Schutz Binnenvertriebener zu verabschieden. Letztendlich kam es zwar zur Verabschiedung von Leitlinien zum Schutz der (Menschen-)Rechte von Binnenvertriebenen, die im Sinne des internationalen Rechts aber unverbindlich blieben. In einem Interview über die damaligen Konsultations-Bedingungen führt Kälin an:

⁵³ IDMC ist eine eigenständige NGO und ein Ableger des Norwegischen Flüchtlingsrates. Zur Rolle von Flüchtlingszahlen siehe Kapitel 6.

⁵⁴ Übersicht über die weltweiten Konsultationen hier: <https://www.nanseninitiative.org/pacific-consultations-civil-society/>.

„Sie [die Guiding Principles on Internal Displacement] waren zu Beginn umstritten. Gewisse Staaten haben gesagt, diese Richtlinien sind nicht von uns, den Staaten, verhandelt worden, sie sind von Experten entwickelt worden. Aus diesem Grund können wir sie nicht als etwas akzeptieren, was uns wirklich leiten soll. Es war eine Minderheit, aber doch eine lautstarke Minderheit“ (DGVN 2009: 167).⁵⁵

Die Rechtswissenschaftlerin Jane McAdam führt die Legitimität der Plattform auf ihr intergouvernementales Mandat zurück und zitiert dazu eine Vertreterin der brasilianischen „Disaster Platform Delegation“. Die Delegierte äußert sich zur politischen Atmosphäre:

“Indeed, the ability of the Nansen Initiative to influence a variety of other global processes was because concerned state members of the Steering Group proactively voiced their concerns in relevant international meetings. This would have been impossible if the institutional mandate were carried by a Special Rapporteur or international organisation” (McAdam 2016: 1532).

Die „Nansen-Initiative“ mündete in ein 45-seitiges Abschlussdokument, die sogenannten „Nansen-Agenda“. Die Agenda stellt kein rechtlich verbindliches Abkommen dar, sondern ist ein „non-binding, non-standard-setting document“, welches von 109 Regierungen unterschrieben wurde (vgl. Nansen Protection Agenda 2015; McAdam 2016). Es wurde also kein verbindliches, rechtliches Rahmenwerk verabschiedet, sondern eine sogenannte „Toolbox“ zusammengestellt, die konkrete politische Vorschläge enthält, etwa die temporäre Aufnahme von Betroffenen beziehungsweise temporäre Abschiebestopps für Menschen aus gefährdeten Regionen oder Empfehlungen zur Katastrophenvorsorge und zur Anpassung an den Klimawandel (vgl. Nansen Protection Agenda 2015: 22). Die Initiative wird von ihren Mitgliedern als Erfolg gewertet, vor allem, da sie die relevanten Akteure mobilisieren konnte und ein beständiges multisektorales Netzwerk etablierte, das Ressourcen und Wissen bündelt (vgl. McAdam 2016: 1525). Die Politikwissenschaftlerin McAdam beschreibt den Mehrwert der Initiative wie folgt:

“In this way, the Nansen Initiative helped to shape and to frame the debate in three separate but interrelated ways. First, it brought the issue back to the present, rather than leaving it as an issue to be dealt with in the future. Secondly, it emphasised that there are practical solutions, grounded in existing state practice that can be implemented now, rather than looming intractable problems. Thirdly, it brought the issue back to the local, national and region-

⁵⁵ Die Wissenschaftler_innen Gemeine und Brückner stellen in ihrem Text „From the Guiding Principles on Internal Displacement to the Nansen Initiative: What the Governance of Environmental Migration Can Learn from the Governance of Internal Displacement“ (2015) einen direkten Vergleich zwischen diesen zwei Konsultationsprozessen an.

al levels, rather than stuck in the quagmire of international policymaking (or not, as the case may be)” (McAdam 2016: 1524).

Nach der Verabschiedung der „Nansen Protection Agenda“ geht es um die weitere Umsetzung der Agenda durch das Nachfolgeprojekt „Disaster Displacement Platform“.

7.5.2 Platform on Disaster Displacement

Das Nachfolgeprojekt der „Nansen-Initiative“ ist die „Platform on Disaster Displacement“, die 2016 während des ersten Weltgipfels für humanitäre Hilfe in Istanbul ihren Ausgangspunkt fand. Während ihrer dreijährigen Laufzeit (2016–2019) will sie vor allem die „Nansen-Agenda“ weiter vorantreiben und transversale Netzwerkarbeit leisten: “The Platform will build partnerships between policymakers, practitioners and researchers and constitute a multi-stakeholder forum for dialogue, information sharing as well as policy and normative development” (Disaster Displacement Platform 03.07.2017).

Die Arbeit daran ist ein offener Prozess. Ob sie es tatsächlich schaffen wird, die Nansen-Schutzagenda zu implementieren, ist ungewiss.

Die Steuerungsgruppe setzt sich wieder aus den Staaten ihrer Vorgängerinitiative zusammen und abermals sind internationale Organisationen wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, die IOM, das ICMPD, Wissenschaftler_innen und NGOs in den Prozess eingebunden. Die Administration, Kommunikation und Koordination all dieser Akteure übernimmt die sogenannte „Coordination Unit“, die von der deutschen Regierung finanziert wird (vgl. Deutsche Vertretung in Frankreich 11.07.2016). Die „Platform on Disaster Displacement“ selbst wird, wie die vorangegangene Initiative, von der Schweiz, Frankreich und der MacArthur-Stiftung finanziert. Deutschland hat zusammen mit Bangladesch in den ersten 18 Monaten den Vorsitz inne. Bis Juli 2017 war Achim Steiner, vormals Direktor der Oxford Martin School und ehemaliger Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, zuständig für die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Dann wurde er von Walter Kälin abgelöst (vgl. Disaster Displacement Platform 03.07.2017).

Sowohl die „Nansen-Initiative“ als auch die „Disaster Displacement Platform“ sind dadurch charakterisiert, dass ihre Etablierung von Staaten ausging – jenseits bereits existierender politischer Foren. Hierin zeigt sich ein permanentes Ringen um Macht in transversalen Regierungsnetzwerken. Das Argument, dass die Konsultationen zwischen Staaten dazu dienen, die Legitimität der Plattform zu erhöhen, verweist auf einen Forschungszeitraum in der Governance-Forschung, der sich mit der internationalen Konferenzdiplomatie auseinandersetzt (vgl. Brühl 2015). In diesem Forschungszeitraum sind zwei gegenläufige Entwicklungen erkennbar: Während einerseits die Partizipationsmöglichkeiten nichtstaatlicher Akteure zugenommen haben und die Zahl der Konferenzteilnehmer_innen in den vergangenen Dekaden stark gestiegen ist, verhandeln andererseits Staaten ihre Vereinbarungen vermehrt innerhalb

sogenannter Clubs wie zum Beispiel der G20. Das sind informelle und flexible Zusammenschlüsse, die meist für ein spezifisches Ziel und mit einem bestimmten Zeithorizont gegründet werden (vgl. Brühl 2015: 38). Kritiker_innen monieren, dass solche flexiblen Bündnisse und Foren wie die „Nansen-Initiative“ und die „Disaster Displacement Platform“ kein Ersatz für einen völkerrechtlich abgesicherten Prozess darstellen. Somit seien sie nicht in der Lage, die rechtliche Situation klimabedingt vertriebener Menschen zu regeln und deren Rechte zu schützen. Deshalb fordern NGOs und Klimagerechtigkeitsbewegungen ein eigenes Protokoll zum Schutz von Klima_flüchtlingen (vgl. ICCR). Dieser Protest verweist darauf, welche Themen innerhalb dieser Foren nicht bearbeitet werden.

7.6 Zwischenfazit: Transversales Regierungsnetzwerk

In Kapitel 7 wurde aufgezeigt, dass die Zahl der Akteure, die Wissen produzieren und damit auch Politik machen und beeinflussen, groß und divers ist. Ich habe hier die Klima_fluht-Policy und die darin verwobenen Wissensproduzent_innen vorgestellt. Bei meiner Analyse des Wissensregimes habe ich die institutionellen und politischen Kontexte der beteiligten Akteure sichtbar gemacht und gezeigt, dass das Politikfeld Klima_fluht aus einem komplexen Geflecht von Machtrelationen, Diskursen, Akteuren, Ressourcen und Wissensbeständen besteht. Es werden hier Gelder akquiriert, Forschungsprojekte initiiert und Koalitionen bzw. Initiativen gegründet sowie politische Prozesse angestoßen.

Es wurde deutlich, dass diverse Akteure Wissen über Klima_fluht erstellt und durch ihre Netzwerkarbeit vermittelt und ausgetauscht haben, bevor politische Prozesse initiiert wurden. Allerdings konnte ich auch zeigen, dass es einer Reihe von Akteuren trotz der ihnen entgegengebrachten Widerstände gelungen ist, durch strategische Kooperationen und Wissensproduktion das Thema Umwelt_migration weiter voranzubringen. Dabei spielte die Bildung von Bündnissen eine zentrale Rolle, wenngleich diesen auch lange interne Prozesse und Diskussionen vorangingen. Am Beispiel der „Nansen-Initiative“ und ihres Nachfolgeprojekts, der „Disaster Displacement Platform“, habe ich politische Widerstände sichtbar gemacht und gezeigt, dass die Nationalstaaten einen reinen „Expert-Approach“ für die Regierung von Umwelt_migration ablehnen. Hieran wird deutlich, dass ein politischer Handlungsdruck durch die Wissensproduktion generiert werden konnte, den die Staaten zwar wahrnehmen, von dem sie sich aber nicht „bedrängen“ lassen wollen. Die Staaten treten auch weiterhin als zentrale politikgestaltende Akteure auf, dies aber, wie ich gezeigt habe, in Zusammenarbeit mit einer Reihe von anders positionierten Akteuren, die in das Politikfeld transversal eingebunden sind und dieses mitgestalten. Hier stoße ich auf die Debatte, ob die weitreichenden Veränderungen des Politischen als ein Rückzug des Staates oder als seine Rekonfiguration zu verstehen sind (siehe dazu Kapitel 2.3). Mithilfe des Mappings konnte ich ein heterogenes, dynamisches Politikfeld herausarbeiten und damit eine Rekonfiguration

von Staatlichkeit belegen. Es wurden horizontale Aushandlungen sichtbar, in denen diverse Akteure als Berater und Trainer der (lernenden) Staaten auftreten (z. B. beim MCLEP-Projekt der IOM; vgl. Hess 2014).

Ferner konnte ich die Pluralität der Wissensformen deutlich machen, zu der eine große Zahl an wissensgenerierenden Akteuren, NGOs, IGOs und Wissenschaftler_innen beiträgt: eine wechselseitige Beziehung, in denen z. B. Letztere nicht nur ihr Wissen zur Verfügung stellen, sondern sich auch als politische Akteure profilieren (siehe UNU-EHS). Ferner konnte ich hier Machtpositionen sichtbar machen, die zum Tragen kommen, wenn Forschungsprojekte (und damit spezifische Problematisierungen) und Mandate von IGOs abhängig von der Mittelvergabe der unterstützenden Staaten sind. Längst ist das Handeln des Staates und seiner Institutionen einerseits und das (akademisch generierte) Wissen andererseits nicht mehr klar zu differenzieren. Es handelt sich vielmehr um ein komplexes Geflecht, in dem nicht nur die Akteure wie die IOM oder der UNHCR finanziell von ihren Mitgliedsstaaten abhängig sind, sondern auch die Staaten in der Implementierung ihrer Politiken zur Regulierung von (Umwelt_)Migration ganz praktisch auf sie angewiesen sind.

Im Weiteren wurde dargelegt, dass nicht nur Staaten in die Produktion von Wissen investieren, sondern auch privatwirtschaftliche Akteure, hier insbesondere die Versicherungsbranche, die ein finanzstarker Akteur und durch ihre Wissensproduktion in die Regierung von Umwelt_migration eingebunden ist – ein interessanter Aspekt, den ich für einen bisher vernachlässigten Gesichtspunkt in der Analyse von Umwelt_flucht halte, und der deshalb in Kapitel 11 eingehend erörtert wird.

Bei der Entstehung von Problemen und deren Lösungen spielen Machtmechanismen eine wichtige Rolle. Dies verdeutlicht sich im Mapping etwa darin, dass es auch Akteure gibt, die wieder von der Bildfläche verschwinden, wie die NGO LISER. Ich habe zwar keine näheren Informationen zum Ende der NGO, vermute aber, dass es an deren Verwendung des Begriffs des Umwelt_flüchtlings liegt, der sich politisch und wissenschaftlich nicht durchsetzen konnte. Bei den beiden vorgestellten politischen Prozessen konnten sich die beteiligten Staaten auf den Begriff „cross-border disaster-displaced persons“ insoweit einigen, als dass es ihnen möglich war, die „Nansen-Schutz-Agenda“ zu unterschreiben. Deren Implementierung steht jedoch noch aus. Ich habe angedeutet, dass sich das politische Handlungsfeld, in dem die Betroffenen regiert werden soll, erweitert hat und sich neben der „Nansen-Schutz-Agenda“ ein weiterer politischer Handlungsrahmen abzeichnet: die Regierung von Umwelt_migration als Anpassung an den Klimawandel. So konnte ich eine Reihe von Akteuren vorstellen, die sich für eine positive Rahmung von Klima_migration einsetzen und sie vorantreiben, wie der die „UK Climate Migration Coalition“ oder die IOM.

8 Ein zentraler Verhandlungsort: Die globale Klima-Governance

“[E]nvironmentally induced migration has also become a more and more topical issue on the policy level, notably in the context of international efforts to counter climate change and its effects“ (European Parliament 2012: 71f.).

Im vorangegangenen Kapitel habe ich gezeigt, dass sich diverse Akteure für die Etablierung von Klima_fucht auf der klimapolitischen Agenda stark machen. Explizit geschieht dies auch seitens des EU-Parlaments, wie das Eingangszitat zeigt. Im Folgenden werde ich daher Einblicke geben in die Formation der Klima-Governance.⁵⁶

Ich werde darlegen, dass die Figur hier in ein Politikfeld fällt, welches seit Jahren umstritten und begleitet ist von zähen politischen Verhandlungen. So galten Klima_füchtlinge zeitweise in der internationalen Klimapolitik als ein „Negotiation Destroyer“. So jedenfalls beschrieb mir eine Mitarbeiterin von Brot für die Welt, fünf Jahre nach den Klimaverhandlungen in Kopenhagen, die politische Situation (siehe Kapitel 6):

⁵⁶ Der Begriff Klima-Governance rückt eine Vielzahl von Akteuren, die auf verschiedenen miteinander verschränkten räumlich-politischen Ebenen agieren, in den Blick (vgl. Brunnengräber 2009; siehe dazu Kapitel 2.2.1).

„Der Grund, warum Umweltorganisationen Abstand zum Thema [der Klima_flüchtlinge] nehmen, ist, weil das Thema ein ‚Negotiation Destroyer‘ sein kann. Es gibt so ein paar Themen, wenn du die auf den Tisch bringst, gibt es so viel Streit, dass erst mal nichts weitergeht. Das blockiert. Viele NGOs sind da pragmatisch geworden und sagen: Gut, dann ist es nicht das Thema, welches wir als erstes auf den Tisch bringen“ (Interview Brot für die Welt 27.10.2014).

Was hier deutlich wird: Politikfelder unterliegen kontinuierlichen Formierungsprozessen, sie konstituieren sich, verflechten sich und können auch wieder an Bedeutung verlieren (vgl. Adam/Vonderau 2014; siehe Kapitel 5 und 6).

Ich werde meine ethnografischen Beobachtungen während des 22. Klimagipfels in Marrakesch nutzen, um Einblicke in die Formation der Klima_flucht-Policy bzw. in deren „making“ zu geben. Eine Reihe von Wissenschaftler_innen haben die internationalen Klimaverhandlungen bereits teilnehmend beforscht (vgl. Bedall 2014; Brunnengräber 2014; 2015; 2016). So haben beispielsweise Campbell et al. die 10. UN-Klimakonferenz im Rahmen einer „collaborative event ethnography“ untersucht (Campbell et al. 2014). Nach ihnen eignet sich die Methode, um politische Entscheidungsprozesse und damit verbundene soziale Beziehungen zu untersuchen:

“Global environmental meetings are moments when diverse actors, normally dispersed in time and space, come together to produce – through decisions, interpersonal relationships, information exchange, etc. – environmental governance. Meetings become spectacles, orchestrated to enact political strategies in front of an audience, and reaffirm the legitimacy of global environmental agreements and organizations” (Campbell et al. 2014: 3).

Ich nehme an der ersten der insgesamt zwei Verhandlungswochen teil (7.11.2016–18.11.2016). Die erste Woche des Gipfels ist geprägt von den Vorverhandlungen der Unterhändler_innen, während in der zweiten die Politiker_innen erwartet werden. Die Teilnahme an politischen Verhandlungen ist als Forscherin immer verbunden mit der Frage des Zugangs zu den Verhandlungstischen. Bei allen Weltklimakonferenzen ist dazu eine Akkreditierung notwendig.

Meine Akkreditierung erfolgte durch das „Climate Justice Program“, eine Mitgliedsorganisation des Climate Action Network (CAN). Das Netzwerk ist ein internationaler Zusammenschluss von über 1000 Entwicklungs- und Umweltorganisationen. Ich konnte aufgrund eines persönlichen Kontakts zu einer ihrer Delegierten im Namen des Netzwerks anreisen. Wir trafen uns regelmäßig auf Konferenzen und wir beide arbeiten zum Thema Klimawandel und Migration, sie mit einem NGO-Mandat, ich als Wissenschaftlerin. Ich werde in der Delegation auch als solche wahrgenommen. So werde ich in einem Teamtreffen gebeten, meine wissenschaftliche Einschätzung zum Thema Klima_flucht mit der Delegation zu teilen.

Ich werde im Folgenden einen plastischen Eindruck vom Verhandlungsprozess vermitteln und die Rolle von Wissen und sozialen Interaktionen in Policy-Prozessen

sen darstellen. Meine Schilderungen werde ich anhand eines Rundgangs über das Konferenzgelände strukturieren. Das Gelände gliedert sich in zwei große Bereiche, zu denen unterschiedliche Zugangsrechte bestehen und die mittels separater Eingänge sowie Sicherheitskontrollen voneinander getrennt werden. Während in der „Blue Zone“ die politischen Verhandlungen stattfinden, bietet die „Green Zone“ zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren Raum, um ihre Projekte vorzustellen.

Nach diesem „Rundgang“ werde ich anhand von Gouvernementalitätsstudien zeigen, dass der Klimawandel mit einer bestimmten Rationalität des Regierens hervorgebracht und regierbar gemacht wird (vgl. Dean 2003; Oels 2005; 2010). Hierbei werde ich eine „Neoliberalisierung des Klimawandels“ (Bedall 2014) herausarbeiten.

8.1 Der 22. Klimagipfel in Marrakesch

Seit der ersten UN-Klimakonferenz in Berlin im Jahr 1995 veranstaltet die internationale Staatengemeinschaft einmal im Jahr eine Klimakonferenz, um Normen und Regeln des internationalen Klimaregimes zu erarbeiten und zu verabschieden sowie um die Einhaltung bereits bestehender Regelungen zu evaluieren (vgl. Schuhmacher 2015).

Der Konferenz-Schauplatz des 22. Klimagipfels ist eine eigens errichtete Zeltstadt auf einem riesigen Areal etwas abseits der Innenstadt von Marrakesch. Die über 50 Zelte und Container bieten vom 7. bis 18. November 2016 tausenden Konferenzteilnehmer_innen einen Konsultationsort und stehen in starkem Kontrast zu den rotgetünchten Häusern der Medina. Die Hauptstraßen der Stadt sind gesäumt von bunt geschmückten Straßenlaternen. Auf den dort angebrachten roten Fahnen, die auf die Konferenz aufmerksam machen, steht in verschiedenen Sprachen „ACT!“. Seit ihrer Entstehung werden die internationalen Klimakonferenzen begleitet von solchen Appellen, die einen großen Zeit- bzw. Handlungsdruck postulieren.

Die ersten Verhandlungstage sind kalt, windig und verregnet. Laut Aussage des marokkanischen Außenministers ist diese Wetterlage in der sonst eher trockenen Wüstenstadt ein gutes Omen für die politischen Verhandlungen, da der Regen fruchtbare Ergebnisse verspricht.

In der Regel dauern die Klima-Verhandlungen zehn bis 14 Tage. Häufig wird die festgelegte Dauer nicht eingehalten, da es Streitfragen gibt. Die Konferenzen werden von einem eigenen UN-Klimareferat (UNFCCC) vorbereitet, und neben den jährlichen Hauptverhandlungen finden das ganze Jahr über weitere Arbeitstreffen sowie Vorverhandlungen statt (vgl. Brühl 2015).

Für die Organisation und die Tagesordnung des jeweiligen Gipfels sind das UNFCCC-Sekretariat und die jeweilige Präsidentschaft zuständig, über die innerhalb der Vereinten Nationen nach einem Rotationsmodus entschieden wird. In Marrakesch wurde die Entscheidung getroffen, dass die Republik Fidschi den 23. Gipfel ausrichten wird, d. h. die Gipfelorganisation wird erstmals von einem

kleinen Inselstaat ausgehen. Aus organisatorischen Gründen wird der COP aber nicht vor Ort stattfinden, sondern am Sitz des UNFCCC in Bonn. Die Inseln sind einfach zu klein für die über 20 000 Konferenzteilnehmer_innen (vgl. BMU 2017).

Aber nicht nur die Ausrichtung des Gipfels, auch die Teilnahme ist an Ressourcen gekoppelt. Zwar bezahlt das UNFCCC-Sekretariat die Teilnahme von Delegierten pro Land und es gibt einen freiwilligen Kooperationsfond der Staaten, aber in diesen haben bisher nur fünf Staaten eingezahlt (vgl. Reimer 2015). Hier wird eine Facette des Kräfteungleichgewichts in der Klimadiplomatie sichtbar. Auch für NGOs ist die Teilnahme eine finanzielle und personelle Herausforderung und mit Blick auf ihre Einflussnahme auch eine Machtfrage.⁵⁷ Infolgedessen schließen sich diverse Akteure in Policy-Netzwerken zusammen. Ein solches Netzwerk ist CAN. Das Netzwerk wird dominiert von verhältnismäßig ressourcenstarken Organisationen des globalen Nordens wie beispielsweise Greenpeace, Germanwatch oder Brot für die Welt. Das Netzwerk begleitet die Klimaverhandlungen seit ihrem Beginn als Beobachterorganisation.

Als Mitglieder einer solchen Organisation tragen wir ein gelbes Namensschild mit dem Vermerk „Observer“ um den Hals. Denn neben den Staaten begleitet eine Vielzahl von Organisationen die Verhandlungen und bringt durch Hintergrundinformationen, Pressekonferenzen und fachliche Beratungen ihre Expertise in den UNFCCC-Prozess ein (vgl. Bedall 2014: 111). Anhand der Farbe der Namensschilder ist jede_r Teilnehmer_in auf den ersten Blick einer Delegation zuzuordnen und es ist erkennbar, welche Zugangsrechte zu den Bereichen auf dem Konferenzgelände sie_er hat.

Die politischen Verhandlungen finden nicht nur in großen Plenen, sondern auch in vielen kleinen Gruppen statt, die sich in sogenannte Boards und Communitys untergliedern. In den verschiedenen Gremien dürfen neben den Regierungsvertreter_innen nur Vertreter_innen registrierter Organisationen, die sogenannten Beobachter_innen, teilnehmen. Den Status erhalten all jene, die nachweisen können, dass sie Vertreter des öffentlichen Interesses sind. Es gibt eine große Zahl solcher Organisationen mit Beobachterstatus.⁵⁸ Sie können teilnehmen, haben jedoch kein Stimmrecht und die UN stellt ihnen Infrastruktur zu Verfügung (vgl. UNFCCC Website).

⁵⁷ Die Finanzierung meiner relativ hohen Kosten für die Konferenzteilnahme wurde möglich durch mein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, welches ich ab Oktober 2015 erhielt.

⁵⁸ Es gibt insgesamt drei Kategorien: „Parties of the Convention & Observer States“, „Observer Organizations“ und „Press/Media“. In 2016 waren 2000 NGOs und 100 IGOs als Beobachterorganisationen zugelassen, darunter Frauen- und Umweltgruppen, Forschungsinstitute, Gewerkschaften und Industrieverbände. Diese Akteure sind in diversen Zusammenschlüssen organisiert, bspw. in sogenannten „RINGOs – Research and Independent Non-Governmental Organisations“, in denen sich Wissenschaftler_innen zusammen gefunden haben. Wirtschaftslobbyisten formieren sich als „BINGOs – Business and Industry Non-Governmental Organisations“. Ebenso gibt es die „TUNGOs – Trade Union Non-Governmental Organisations“, ein Zusammenschluss von Gewerkschaften. Diese Zusammenschlüsse sind Ausdruck dafür, dass sich die Klimakonferenzen zu Großveranstaltungen entwickelt haben (vgl. UNFCCC Website).

Ein Teil der offiziellen Sitzungen in Marrakesch ist zwar für Beobachterorganisationen zugänglich, immer wieder werden sie aber zum Verlassen des Raumes aufgefordert. Diesbezüglich kritisierten die „CAN-News“, ein während des Gipfels viel gelesener Blog: “Yesterday the High Level Ministerials twice passed over or delayed the opportunity to listen to civil society, doubling down the exclusion of civil society from most of this COP” (CAN News 17.11.2016).

Streitigkeiten sollen nicht allzu offensichtlich an die Öffentlichkeit geraten. In diesem Statement erscheinen NGOs klar gegenüber dem Staat positioniert zu sein. In der Praxis ist die Rollenverteilung jedoch nicht so deutlich erkennbar, sondern komplex. So bringen sich NGOs, private und wirtschaftliche Akteure auf unterschiedlichste Art und Weise in die politischen Verhandlungen ein (siehe Kapitel 11). Die Rolle von NGOs auf dem Parkett der Klimaverhandlungen wurde bereits von verschiedenen Wissenschaftler_innen untersucht. Sie zeigen, wie eng NGOs in Regierungshandeln – zumindest in einigen Bereichen – verstrickt sind (vgl. Brand et al. 2001; Brunnengräber et al. 2005).

8.2 In der blauen Zone: „Ein wilder Mix“

Ich verbringe die meiste Zeit des Gipfels in der sogenannten „Blue Zone“, welche wiederum in unterschiedliche Bereiche untergliedert ist. Dort haben die Regierungen ein eigenes Zelt, es gibt ein spezielles Zelt für das UN-Klimasekretariat und Verhandlungs- und Presseräume sowie einen Bereich für zivilgesellschaftliche Akteure. Im Bereich der Zivilgesellschaft finden in einer Art Messehalle die sogenannten Side-Events statt (siehe dazu Kapitel 11.2.2). Hier betreut das Climate Action Network neben vielen anderen Akteuren einen Infostand.

Am CAN-Infostand werden Lobby- und interne Absprachen getroffen, es wird koordiniert, wer welche Verhandlungen besucht, wo und wie Informationen beschafft werden können und nach welchen Sitzungen versucht werden soll, Unterhändler_innen abzufangen. Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Akteure sind nicht nur NGOs, sondern auch universitäre Forschungsverbände wie die UNU-EHS vertreten, aber auch wirtschaftliche Interessen werden hier sichtbar, beispielsweise durch den Infostand des russischen Erdgasunternehmens „Gazprom“ oder den Ausstellungsstand der Kampagne „Nuclear for Climate“, die sich für Atomenergie einsetzt. „Ein wilder Mix“, wie eine Teilnehmerin die Situation treffend beschreibt.

Während auf dem ersten COP in Berlin 1995 Umweltschützer_innen und Forschungsinstitute noch deutlich in der Überzahl waren, hat sich das Verhältnis im Laufe der Zeit verändert, sodass sich jetzt auch die Lobby der fossilen Energieträger und der Atomwirtschaft in den UN-Hallen eingerichtet hat (vgl. Brunnengräber 2014). Die zivilgesellschaftlichen Gruppen können nicht als einheitlicher Block verstanden werden, sie engagieren sich vielfältig und es existieren unterschiedliche

Auffassungen über die Ursachen der globalen Erwärmung und die infrage kommenden Lösungsstrategien (vgl. Bedall 2014: 264ff.).⁵⁹

Kritiker wie Achim Brunnengräber werfen Akteuren wie CAN vor, sich in den UN-Hallen wohlig eingerichtet zu haben, indem sie die Klimaverhandlungen als alternativlos darstellen, die UN-Verhandlungen stützen und durch ihre Anwesenheit legitimieren, und das, obwohl diese über die Jahre an Substanz verloren haben. Denn die globalen Emissionen sind seit Beginn der UNFCCC-Verhandlungen sogar angestiegen, obwohl sie der Dreh- und Angelpunkt der Klimaverhandlungen sind (vgl. Brunnengräber 2014). Insofern stehen verschiedene Initiativen der Mitarbeit an den UN-Gipfeln kritisch gegenüber und organisieren jährlich Demonstrationen und Klimacamps außerhalb des Konferenzgeländes. So auch in Marrakesch: Dort haben am Rande des Gipfels verschiedene Gruppen für Klimagerechtigkeit demonstriert.⁶⁰

Während ich am Eröffnungstag auf dem Konferenzgelände in einer Schlange stehe und auf mein Mittagessen warte, beobachte ich, wie sich die Unterhändler_innen in die Arme fallen, sich herzlich begrüßen und schulterklopfend auf gute Verhandlungen hoffen. Die Aufbruchstimmung geht darauf zurück, dass in Marrakesch über die Umsetzung des im Vorjahr verabschiedeten „Pariser Abkommens“ verhandelt wird, welches nach Jahren des Stillstands als neuer Meilenstein der Klimadiplomatie gilt. Dementsprechend wird die Eröffnung des Gipfels in Marokko besonders euphorisch in Szene gesetzt. In der gut besuchten Auftaktveranstaltung schwenken die Delegierten Solarlampen, während die französische Umweltministerin Ségolène Royal die Gipfelpräsidentschaft in Form einer großen, aufblasbaren Weltkugel feierlich an den marokkanischen Außenminister Salahedinne Mezouar übergibt. Eine Mitarbeiterin von Brot für die Welt, die seit vielen Jahren die Verhandlungen begleitet, fasst die Stimmung auf ihrem Blog zusammen:

„Nach über zwei Dekaden Verhandlungen liegt nun endlich ein Abkommen auf dem Tisch, ein Meilenstein in der Klimadiplomatie. Und ein Jahr später drehen immer noch alle durch vor Freude, Selbstverliebtheit und totaler Panik. Musste man sich über 20 Jahre lang rechtfertigen, an diesem ergebnisarmen Prozess teilzunehmen, darf man sich jetzt als Teil von Weltgeschichte feiern lassen (Stichwort Selbstverliebtheit) und das mit dem Wissen, dass die-

⁵⁹ Der Politik- und Umweltwissenschaftler Philipp Bedall hat sich in seiner Promotion mit den Akteuren des Klimaregimes befasst, so auch mit CAN. Er zeigt in seiner Arbeit, wie es innerhalb des Netzwerkes zu einer Abspaltung kam. Die neu gegründete „Climate Justice Now!“ lehnt demnach im Gegensatz zu CAN marktorientierte Lösungsansätze wie den Emissionshandel grundsätzlich ab und proklamiert Alternativen (vgl. Bedall 2014).

⁶⁰ Es gibt verschiedene Definitionen von Klimagerechtigkeit. In der internationalen Klimapolitik bedeutet Klimagerechtigkeit, dass der globale Norden eine höhere Last bei der Reduzierung der Treibhausgase zu tragen habe als der globale Süden. Soziale Klimabewegungen vertreten dagegen einen mehrdimensionalen Gerechtigkeitsbegriff, der neben ökologischen auch soziale Aspekte berücksichtigt. Sie fordern u. a. die Beendigung des auf Wachstum ausgerichteten Energiezeitalters und eine emanzipatorische sowie demokratische Gestaltung der Klima-Governance (vgl. Brunnengräber/Bauriedl 2015b: 160f.).

ses Abkommen ohne ehrgeizige Umsetzung die Welt nicht retten wird (Stichwort Panik)“ (Minninger 2016).

Der Abschluss des „Pariser Abkommens“ nach langen und zähen politischen Verhandlungen wird einerseits als Meilenstein inszeniert, andererseits werfen ihm seine Kritiker_innen vor, dass es beherrscht ist von technologischen Lösungen und marktwirtschaftlichen Instrumenten. Weiter wird bemängelt, dass das darin vereinbarte Klimaschutzengagement nur auf Freiwilligkeit beruht und sogar die Möglichkeit finanzieller Kompensation bei Nichteinhaltung der Emissionsgrenzen bietet (vgl. Bauriedl 2015b: 21). Der Politikwissenschaftler Achim Brunnengräber gibt hinsichtlich des Inhalts des „Pariser Abkommens“ zu bedenken:

„Jede Regierung kann jetzt selbst festlegen, welchen konkreten Fahrplan und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Jede Regierung ist gehalten, alle fünf Jahre neue Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz einzureichen. Sanktionen sind nicht vorgesehen. Der Umgang mit Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels bleibt völlig offen. Um die (konkrete!) Forderung der Entwicklungsländer nach Kompensationsleistungen infolge künftiger Klimaschäden, die die Industrieländer verursacht haben, wird sicher noch Jahre gehen“ (Brunnengräber 2016: 4).⁶¹

Entgegen einer globalen Klima-Governance erhalten also nationalstaatliche Interessen, insbesondere die des globalen Nordens, wieder mehr Raum. Neben dem Ziel, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, wurden auf der 21. Klimakonferenz in Paris auch finanzielle Grenzwerte bzw. Verpflichtungen verabschiedet. So soll der globale Süden bei seinen Anpassungsmaßnahmen durch den globalen Norden finanziell unterstützt werden. Dazu sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar in einen speziellen Fonds fließen. Dieser Betrag übersteigt die aktuelle Klimafinanzierung bei weitem (vgl. Brot für die Welt 2017: 13; siehe Kapitel 11).⁶²

Ziele der Klimapolitik werden quantifiziert, etwa durch das prominente „Zwei-Grad-Ziel“, das die Ambition festschreibt, die globale Temperatur nicht um mehr als zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter ansteigen zu lassen. Das Überschreiten dieser Grenze gilt als ein Wendepunkt, als sogenannter „point of no return“, der nicht überschritten werden sollte, um die Gefahren von selbstverstärkenden Prozessen oder abrupten Klimaveränderungen gering zu halten (vgl. Schuhmacher 2015: 16). Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass das Zwei-Grad-Ziel und eine klimapolitische Fokussierung auf CO²-Emissionen nicht selbstverständlich ist. Sie sind vielmehr das Ergebnis politischer Aushandlungen

⁶¹ Die Rolle der EU hat sich in den letzten Jahren verändert. Sie galt einst als Vorreiterin in diesem Politikbereich. Innereuropäische Streitigkeiten haben dazu geführt, dass die EU keine ambitionierten Klimapläne mehr unterbreitet, sondern sich vielmehr dem Verhandlungskanon anpasst (vgl. Brunnengräber 2015).

⁶² Zum politischen Hintergrund und der Entwicklung der Klimafinanzierung siehe Brot für die Welt (2017).

und der klimatische „point of no return“ gilt bis heute als wissenschaftlich umstritten. Unsicherheiten oder vage Aussagen sind jedoch für den politischen Prozess nicht brauchbar, sondern Verhandlungen leben von solchen fixen Grenzwerten (vgl. Bauriedl 2015b: 17). Die Politikwissenschaftlerin Juliane Schumacher führt zum politischen Charakter von Wissen bzw. zum „Knowledge Gap“ aus:

„Wenn Politiker darauf verweisen, es könne nicht gehandelt werden, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht belastbar genug seien, verkennen sie, dass sich politisches Handeln nie auf die Umsetzung wissenschaftlicher ‚Wahrheiten‘ reduzieren lässt – und dass in vielen Bereichen tagtäglich Entscheidungen getroffen werden, die methodisch auf sehr viel wackeligeren Füßen stehen als die aktuellen Erkenntnisse zum Klimawandel. Niemand bestreitet, dass Wirtschaftsforschungsinstitute politische Einrichtungen sind, und Wirtschaftsprognosen sind selten mehr als Schätzungen. Das hält aber keine Regierung davon ab, auf der Grundlage dieser Daten Steuereinnahmen zu kalkulieren und Haushaltspläne zu erstellen“ (Schumacher 2015: 12).

Hier wird deutlich: Der Klimawandel ist ein hochpolitisches Thema. Angesichts der gegenwärtigen Konstitution der internationalen Klimapolitik hat der Politikwissenschaftler Giovanni Bettini wenig Hoffnung, dass die Klimagipfel zur Etablierung von Rechten für Umwelt_migrant_innen beitragen werden. Er bezweifelt, dass ein Klimagipfel tatsächlich der geeignete Ort für die Entwicklung emanzipatorischer Politiken ist (vgl. Bettini 18.11.2015; siehe dazu Kapitel 11).

8.3 In der grünen Zone: Der Export von französischen Milchkühen

Am dritten Tag meines Aufenthalts besuche ich gemeinsam mit einer Kollegin aus der Delegation die „Green Zone“. Das zu Werbezwecken im Eingangsbereich prominent geparkte Auto lässt auf den ersten Blick die Verflechtung von Klimaschutz und Wirtschaft erahnen. Der Autokonzern hatte den Konferenzteilnehmer_innen bereits einen klimafreundlichen Shuttle-Service mit Elektroautos zum Konferenzgelände angeboten.

Aufgeteilt ist die Ausstellungshalle in eine „Innovations Area“ und eine „Civil Society Area“. Neben großen Autoherstellern, Lebensmittelkonzernen und Tourismus- und Versicherungsunternehmen erscheinen die kleinen Infostände der zivilgesellschaftlichen Initiativen, etwa der Stand eines marokkanischen Arganöl-Kollektivs, improvisiert und weitaus weniger machtvoll als die grell beleuchteten und mit neuester Technik ausgestatteten Stände der Konzerne. Weiter gehen wir entlang der Stände von vermeintlich klimafreundlichen Biotourismusunternehmen und Städtebauprojekten. Diese Halle ist Ausdruck eines marktwirtschaftlich orientierten Klimaschutzes, d. h. einer Klimapolitik, die Klimaschutz als Wachstumsmotor versteht. Diese marktfreundliche Entwicklung kann auch als Finanzialisierung der

Natur und des Sozialen betrachtet werden: Um die Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise zu überwinden, werden neue Anlagemöglichkeiten geschaffen und der Krise wird mit Wachstum und Entwicklung begegnet (vgl. Bauriedl 2015b: 9).

Am Stand eines multinationalen Lebensmittelkonzerns werden meine CAN-Kollegin und ich direkt mit dieser Form der neoliberalen Bearbeitung des Klimawandels konfrontiert: Wir stehen vor dem grell beleuchteten Stand und werden von einer freundlichen Mitarbeiterin durch eine bunte Multimediapräsentation geführt, die über das nachhaltige bzw. klimafreundliche Engagement des Unternehmens informiert. Schließlich kommen wir zu der Vorstellung eines spezifischen Projekts in Marokko. Dort, so erklärt sie uns, wurde in Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern aus Deutschland und der marokkanischen Regierung ein Milchwirtschaftsprojekt initiiert, in dem marokkanische Kleinbäuer_innen im klimafreundlichen Wirtschaften fortgebildet und zudem mit leistungsfähigeren Kühen aus Frankreich beliefert würden. Die kleinen Milchbetriebe verkauften ihre Milch wiederum an Sammelstellen des Konzerns, um Transportkosten und Emissionen zu sparen. Auch diene das Projekt dazu, die Qualität und Menge der Milchproduktion zu verbessern. Neben dem vermeintlich nachhaltigen Engagement investiere das Projekt auch noch in Bildung durch den Aufbau von eigenen Schulen. Die Absicht dabei sei, so wird uns erklärt, auch die Frauen für die Milchproduktion zu aktivieren, die sich sonst um die Kinder kümmern müssten. Ihre Präsentation schließt sie mit der Bemerkung ab, dass das Projekt sogar noch einen weiteren Mehrwert umfasse: Und zwar helfe es, den Migrationsdruck auf die Städte zu verringern. Der Konzern stelle durch seine Investitionen in die Infrastruktur sicher, dass die Bäuer_innen nicht in die Städte abwanderten, und an dieser Stelle fügt sie noch die Bemerkung hinzu: „Dort, wo wir sie nicht brauchen“ (Feldtagebuch Marrakesch 2016).

In der eben dargestellten Sequenz zeigt sich die Rolle von privaten Akteuren in der Klima-Governance. Zum einen wird hier deutlich, was unter netzwerkbasierendem Regieren verstanden werden kann, zum anderen zeigt sich aber auch eine Tendenz, entwicklungs- und wirtschaftspolitische Zielvorstellungen mit dem Mantel klimapolitischer Ambitionen zu verkleiden. Hier sprechen Forscher_innen auch von einer Neoliberalisierung des Klimas bzw. einem Klima-Neoliberalismus, der die Bearbeitung des Problems mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und unter dem zentralen Diktat von Wachstum und Wettbewerb angeht (vgl. Bedall 2014; Brunengräber 2014; Bauriedel 2015a; 2015b).

8.4 Zwischenfazit: Gouvernamentalität und Klimawandel

Es lässt sich feststellen, dass ein großer Aufwand betrieben wird, um die großen, jährlichen Klimakonferenzen zu organisieren. Die Gründe dafür, dass es bislang nicht erfolgreich gelungen ist, die bisherigen Anstrengungen Emissionen zu senken und den Klimawandel abzubremesen, sind vielfältig (vgl. Schuhmacher 2015). Im Folgenden wird zur Erörterung der Frage, was das Klimaschutzregime eigentlich

tut, wenn es schon seit Jahren nicht vermag, die globale Erwärmung zu stoppen, die Gouvernamentalitäts-Analyse herangezogen:

„Es kann danach gefragt werden, was denn dann geschützt wird, wenn es nicht das Klima ist (Stripple 2002)? Ist es der westliche Lebensstil, das Wachstum der auf fossilen Energieträgern beruhenden Wirtschaft oder das imperialistische Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das aufrechterhalten werden soll?“ (Oels 2010: 184).

Nach Bauriedl ist die politische Bearbeitung des Problems Klimawandel geprägt durch eine Ideologie der „Inwertsetzung“ der Natur, die weiterhin Wirtschaftswachstum generieren und gleichzeitig das Klima schützen soll. Diese Entwicklung kann verortet werden in den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der 1990er-Jahre, die Zeit also, in der auch die internationale Klimapolitik im Entstehen war. Jene Jahre waren gekennzeichnet durch die Neuordnung globaler Machtgeometrien nach dem Ende des Kalten Krieges, die in eine neoliberale Globalisierung mündete. Seither dominiert laut Bauriedl eine strukturkonservative, neoliberale und neoimperiale Klimapolitik, die sowohl Nord-Süd-Verhältnisse als auch innergesellschaftliche Wohlstandsgefälle verfestigt. Diese Politik stütze sich auf drei Säulen: Technologieentwicklung, marktbasierende Finanzinstrumente und internationale Institutionen, die globale Umweltpolitik im Interesse global agierender Wirtschaftseliten betreiben (vgl. Bauriedl 2015a: 631).

Die Politikwissenschaftlerin Angela Oels hat einen ersten Entwurf verfasst und untersucht den Klimawandel aus Perspektive der Gouvernamentalität. Dabei geht sie der Frage nach, welcher Möglichkeitsraum bzw. welche Beschränkungen für Klimapolitik durch die jeweilige Gouvernamentalität vorgegeben werden (vgl. Oels 2005; 2010). Sie konstatiert einen Wandel in der Klimapolitik und analysiert die Regierung des Klimawandels mit Bezug auf die Gouvernamentalitätsstudien von Mitchell Dean (2003), die nach Oels einen nützlichen Analyserahmen für den Vergleich verschiedener Gouvernamentalitäten darstellen. Dean verwendet den Begriff Gouvernamentalität rein analytisch, um verschiedene Regierungsrationalitäten voneinander abzugrenzen, während Foucault das Konzept als Bezeichnung für *eine* historische spezifische Regierungsrationalität verwendet. Für Dean sind Gouvernamentalitätsstudien eine kritische Praxis, deren Ziel die Denaturalisierung bestehender Regierungsrationalitäten und -praktiken ist (vgl. Dean 2003: 37).

Infolgedessen stellt Oels die These auf, dass der Klimawandel zunächst von der „Biomacht“ als naturwissenschaftliches Problem von moralischer Bedeutung hervorgebracht wurde, inzwischen aber in der ökonomischen Terminologie „neoliberaler Gouvernamentalität“ (fortgeschrittenes liberales Regieren) über Emissionsmärkte regierbar gemacht wird (vgl. Oels 2005; 2010). Sie begründet diesen Wandel wie folgt:

“While society in biopower was still conceptualized as a domain of needs, advanced liberal government regards the population as a pool of resources whose potential for self-optimization needs to be unleashed. It is a govern-

ment without society in that it is based upon subunits like community, family, neighbourhood and not addressed at society as a whole” (Oels 2005: 191).

Anfangs wurde der Klimawandel als globales Problem durch die „Biomacht“ regierbar gemacht, die ein weltweites (natur-)wissenschaftliches Überwachungs- und Managementsystem für das Problem und seine Lösung forcierte. Somit war die Erdatmosphäre das Objekt der Regierung und nicht die Bevölkerung bzw. die Betroffenen. Seit Mitte der 1990er-Jahre entwickelte sich zunehmend eine Gouvernamentalität des „fortgeschrittenen liberalen Regierens“, innerhalb dessen der Klimawandel in ein ökonomisches Problem umgedeutet wurde, für das marktförmige und auf technologischem Fortschritt beruhende Lösungen gefunden werden müssen. Dadurch, so Oels' kritisches Fazit, habe sich die Bandbreite politischer Handlungen auf Technologieförderung eingeeengt. Inwiefern die „Biomacht“ vom „fortgeschrittenen Regieren“ abgelöst wurde oder ob diese nicht vielmehr durch das „fortgeschrittene liberale Regieren“ ergänzt und verändert wurde, ist nach Oels Aufgabe weiterer empirischer Forschungsarbeiten (vgl. ebd.).⁶³

Durch das „fortgeschrittene neoliberale Regieren“ veränderte sich der Rahmen, in dem Umwelt- bzw. Klimafragen artikuliert werden. Diese neoliberalen Tendenzen zeigen sich in Projekten wie Privatisierung, Vermarktlichung oder Deregulierung, beispielsweise in der Frage des Zugangs zu Ressourcen und, wie ich in Kapitel 11 zeigen werde, in dem Projekt, Betroffene gegen Klimarisiken zu versichern (vgl. Castree 2008: 142). Angela Oels und Chris Methmann sehen im neoliberalen Framing des Regierens die Ursache für eine Individualisierung von Risiken. Diese diskursive Verschiebung führt im Klimadiskurs dazu, die Verantwortung auf die Menschen im globalen Süden abzuwälzen, die besonders von klimatischen Veränderungen betroffen sind (vgl. Methmann/Oels 2015: 60; siehe Kapitel 10 und 11).

Die relative Erfolglosigkeit der internationalen Klimapolitik muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Politik an bewährten Strategien haften bleibt. Sie versucht also, den Klimawandel mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, die ihn verursacht haben. Juliane Schuhmacher illustriert den Einfluss der globalen Wirtschaftslage auf das Weltklima. Sie verweist auf das Jahr 2009, das als der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise gilt und gleichzeitig das einzige Jahr war, in dem die globalen CO₂-Emissionen nicht weiter angestiegen sind (vgl. Schumacher 2015: 19). Auch der Politikwissenschaftler Achim Brunnengräber führt die neoliberale Ausrichtung auf machtvolle Interessen zurück und fordert, den hegemonialen Konsens

⁶³ Nicholas Rose bezeichnet die gegenwärtige dominante Form der Gouvernamentalität, die eine extreme Form angenommen hat, sogar als „fortgeschrittenes neoliberales Regieren“. Er gilt als derjenige, der das biopolitische Paradigma entscheidend revidiert hat (vgl. Pieper et al. 2011: 14). Ferguson und Gupta haben herausgearbeitet, dass sich dieser fortgeschrittene Liberalismus tatsächlich nur in vergleichsweise wenigen Staaten wiederfindet: “It is striking, for instance, that Rose (1996: 53) characterizes ‘advanced liberalism’ as a set of strategies that ‘can be observed in national contexts from Finland to Australia’—without any discussion of the vast range of national contexts (most of the world, it would seem) to which his account does not apply” (Ferguson/Gupta 2002: 998).

über die bisherige marktvermittelnde Regulierung des Klimawandels aufzubrechen (vgl. Brunnengräber 2014).

Das eben dargestellte Milchprojekt, bei dem französische Kühe auch mit der Idee, Migration durch Wirtschaftsprojekte zu steuern, nach Marokko exportiert werden und das der globale Norden in Zusammenarbeit mit Akteuren im globalen Süden unter der Prämisse des Klimaschutzes installiert, ist ein treffendes Beispiel dafür, wie diese Art von wirtschaftsbasierter Klimapolitik in die postkolonialen Machtverhältnisse eingeschrieben sind. Der Kampf gegen die globale Erwärmung ist also mitnichten eine rein technische Aushandlung über CO₂-Emissionen, sondern Ausdruck eines spezifischen Machtverhältnisses, in dem sich Natur angeeignet wird. Wer wie viel CO₂ ausstoßen darf und wer welchen Zugriff auf Ressourcen hat, hängt letztlich von der Position in dieser Machtformation ab (vgl. Kaufmann/Müller 2009: 154).

9 Umwelt_migration: Vom Problem zur Chance

“In particular, the idea that migration can represent a legitimate adaption strategy has emerged strongly” (Bettini/Nash/Gioli 2016: 1).

In diesem Kapitel möchte ich darlegen, wie der Begriff Umwelt_migration zum „Common Sense“ werden konnte. Ich werde dazu im Folgenden die diskursive Entwicklung von „Migration als Chance und Potenzial“ nachzeichnen. Migration stellt in dieser Idee eine Anpassungsstrategie (Adaption) an Umweltveränderungen bzw. den Klimawandel dar, die es zu akzeptieren und politisch zu fördern gilt. Dieser Migration-Adaption-Nexus tauchte bereits in der frühen Umwelt_fluchtforschung der 1990er-Jahre auf (vgl. Suhrke 1994). Neu ist, dass sich diese Position mittlerweile soweit in der Wissenschaft und in politischen Diskussionen verbreitet hat, dass sie als Konsens erscheint (vgl. IOM 2007; siehe auch Foresight 2011; Oels/Methmann 2015).

Mit dieser diskursiven Wende wurde ich im Laufe meiner Forschung auch direkt konfrontiert. So merkte ich schnell, dass meine Verwendung des Klima_fluchtbegriffs auf Widerstand stieß. Dazu schildere ich exemplarisch eine Situation während der Konferenz „The Hamburg Conference: Actions for Climate-induced Migration“ im Sommer 2013, zu der ich als Referentin nach Hamburg eingeladen worden war. Nachdem ich am letzten Tag der zweitägigen Konferenz meinen Vortrag mit dem Titel „Climate_refugees: Closing the Protection Gap?“ in einem vollen Hörsaal vor internationalem Fachpublikum gehalten hatte, merkte ich in der anschließenden

Fragerunde relativ schnell, dass die Teilnehmer_innen irritiert waren von meiner Verwendung des Begriffs Klima_flucht. Obwohl ich den Begriff und seine Rolle in der Migrationsforschung kritisch beleuchtet hatte, stand am Ende der Diskussion die Aufforderung im Raum, ob ich angesichts seiner politischen Konnotation nicht lieber auf ihn verzichten wolle und stattdessen den Begriff Umwelt_migration verwenden könne. Auf solche Einwände stieß ich während meiner Forschung in Gesprächen mit Wissenschaftler_innen wiederholt. Vielfach begründeten meine Gesprächspartner_innen ihre Ablehnung damit, dass der Begriff Kausalitäten transportiere und Klimawandel mit Flucht gleichsetze, was dem tatsächlichen Migrationsgeschehen nicht entspreche, aber am häufigsten wurde die politische Konnotation des Flüchtlingsbegriffes angeführt. Diese politikorientierte Kritik seitens verschiedener Wissenschaftler_innen erstaunte mich (siehe Kapitel 4).

Ich werde mich im Folgenden mit der Genese der Figur und dem Diskurs über Migration als Adaption auseinandersetzen. Das soll nicht heißen, dass nicht auch andere Begriffe im Politikfeld zirkulieren. Ich nutze den Begriff Umwelt_migration aber im Folgenden als Sammelbegriff, um die diskursive Wende und ihre Folgen zu beschreiben. Ich werde zeigen, dass die Figur mit einem Pro-Mobilitäts-Diskurs als spezifische Problembeschreibung verknüpft ist, der sich durchgesetzt hat und sich gerade institutionalisiert. Ich stelle die These auf, dass die Figur Umwelt_migration das politische Handlungsfeld, in dem sie verhandelt wird, verändert und erweitert hat.

Wichtiges Material für die folgenden Kapitel (Kapitel 9 und 10) sind einschlägige Schlüsselpublikationen, insbesondere Guidelines und Berichte von internationalen Organisationen wie der IOM sowie politische Programme und Studien der EU, hier vorrangig der Foresight-Bericht (2011) und die Studie „Climate change, environmental degradation, and migration“ (2013) der EU-Kommission. Letztere geht zurück auf die Initiative des Rats der Europäischen Union der im Rahmen des Stockholmer Programms die EU-Kommission beauftragte, die Effekte des Klimawandels auf internationale Migration und speziell auf die Einwanderung in die EU zu untersuchen (vgl. European Commission 2013: 3). Die Ergebnisse sind in einem 35-seitigen „staff working document“ zusammengefasst, welches einen Überblick über den Forschungsstand sowie über die Initiativen und Politiken gibt, welche die EU im Bereich Migration und Anpassung an den Klimawandel in verschiedenen Politikfeldern veranlasst hat. Das Dokument gibt also Aufschluss über die Programmatik, mit der das Thema seitens der EU behandelt wird, und kommt zu dem Ergebnis, dass Klima_migration im globalen Süden stattfinden werde und auch dort reguliert werden solle (vgl. European Commission 2013: 7). Dabei betont der Bericht das Potenzial, das Migration für die Entwicklungspolitik darstelle.

Julia Blocher bewertet diesen Bericht als eine Art Duplikat des wissenschaftlichen Foresight-Berichts, da inhaltlich viel aus diesem übernommen worden sei:

“The influence of environment, migration and development scholars in the area – including those funded by the EU’s research programs – is noticeable. This observation supports the existence of strong links between scholars outside the

EU and policy actors within, who influence and are likely to continue to drive policy formulation and institution development” (Blocher 2016: 49).

Der von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Foresight-Bericht „Migration and global Environmental Change: Future Challenges and Opportunities“ argumentiert, dass Umweltveränderungen Auswirkungen auf Migration haben und dass deren Einfluss in der Zukunft stärker wird. Deshalb legt er der Politik nahe, Migration nicht zu verhindern, sondern zu planen (vgl. Foresight 2011: 6f.). Der Bericht wurde als Meilenstein bewertet, da er maßgeblich dazu beigetragen hat, die Förderung von Klima_migration als politische Strategie zu formalisieren.

Auch die Wissenschaftler Felli und Castree bewerteten diesen Bericht als besonders bedeutsam und sehen den Grund für dessen breite Rezeption darin, dass er an neoliberale Ideen im Bereich Entwicklung anknüpft und deshalb so anschlussfähig an bestehende Politiken ist (vgl. Felli/Castree 2012: 1).

9.1 Die Genese des Umwelt_migration-Dispositivs

Umwelt_migration ist der zentrale Begriff aktueller politischer und wissenschaftlicher Diskurse geworden. Das macht seine Verwendung in diversen wissenschaftlichen Publikationen sowie in politischen Dokumenten und in der Lobbyarbeit zahlreicher Akteure deutlich (vgl. CCEMA 2010; Foresight 2011; UNU-EHS 2012; European Commission 2013; IOM 30.11.2015). Der Begriff Umwelt_migration wurde von der IOM geprägt, die diesen 2007 definierte:

“Environmental migrants are persons or groups of persons who, for compelling reasons of sudden or progressive changes in the environment that adversely affect their lives or living conditions, are obliged to leave their habitual homes, or choose to do so, either temporarily or permanently, and who move either within their country or abroad” (IOM 2007: 1).

Der Definition vorangegangen waren lange Debatten über die Kategorisierung des Phänomens (siehe Kapitel 4). Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die aktuelle Popularität und die vermeintliche Selbstverständlichkeit des Begriffs Ergebnis von Diskussionen und Aushandlungen sind. In den vorangegangenen Jahren wurde noch das Fehlen einer allgemeinen Definition bemängelt (vgl. Dun/Gemenne 2008) und eine Bandbreite von Begriffen entwickelt bzw. diskutiert, um das Phänomen adäquat zu fassen.⁶⁴ Insbesondere wollte man sich vom Umwelt_flüchtlingsbegriff abgrenzen, was die zeitweilig auftauchenden alternativen Bezeichnungen wie *environmentally displaced person*, *environmentally induced population movements*, *eco-refugee* oder *environmentally induced forced migrants* deutlich machen (vgl. Dun/Gemenne 2008: 10).

⁶⁴ Einen guten, chronologischen Überblick über die Bandbreite der diskutierten Definitionen findet sich im Bericht „Klimamigration. Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion“ (vgl. BAMF 2012: 21).

Ein Teil des Erfolgs des Begriffes Umwelt_migration hängt mit seiner politischen Konnotation zusammen: Aus ihm ergeben sich keine rechtlichen Konsequenzen, denn es gibt kein internationales verbindliches Migrationsrahmenwerk. Ebenso lässt sich die Figur vor dem Hintergrund einer wissenschaftlichen Abkehr von einem deterministischen Umwelt_fluchtmodell interpretieren. So erschien vielen Wissenschaftler_innen der Begriff auf konzeptioneller Ebene überholt angesichts der wachsenden Zahl wissenschaftlicher, hier insbesondere empirischer Studien, die den direkten Einfluss von Umweltveränderungen auf Migration relativierten und feststellten, dass sich Migrationsentscheidungen nicht auf einen einzelnen Abwanderungsgrund reduzieren ließen (vgl. u. a. Black 2001; EACH FOR 2008; UNU-EHS et al. 2009). So kam es zu einer Abkehr vom Fluchtbegriff, aber interessanterweise nicht zu einer Abkehr von der Betonung umweltbedingter Fluchtursachen. Generell ist es weder möglich noch zielführend, einzelne Migrationsgründe isoliert von anderen zu betrachten. Empirische Arbeiten haben dennoch immer wieder versucht, die Stärke des Einflusses von Umweltveränderung auf Migration bzw. Immobilität zu quantifizieren.

Vor allem gab es ein politisches Interesse daran, einen alternativen Begriff zu Klima_flucht zu konzipieren. So begründet auch die IOM ihre Konzeption von Umwelt_migration vor einem politischen Hintergrund: “In the first instance, we need to define who we are talking about in order to develop appropriate policy responses and coping mechanisms” (IOM 2007: 1).

Der institutionelle Hintergrund der IOM ist entscheidend für die Definition der Betroffenen als Umwelt_migrant_innen (siehe Kapitel 7.3.1). Die IOM forciert aufgrund ihres Mandates und ihres Eigeninteresses, in neue Arbeitsfelder zu expandieren, den Migrationsbegriff (vgl. Geiger 2012). Der Term und seine dazugehörigen Narrative rücken die Figur auf die Agenda der IOM bzw. erweitern diese, womit sie schlussendlich die eigene institutionelle Existenz samt ihrer Praktiken legitimiert. Akteure wie die IOM propagieren immer neue Migrationsmanagement-Projekte, die IOM tritt als zentrale Akteurin und Anbieterin von Umwelt_migrationsmanagement-Dienstleistungen auf, und das nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen, denn das Migrationsmanagement ist zu einem Geschäft geworden (vgl. Gammeltoft-Hansen/Sørensen 2013). So überrascht das Selbstverständnis der IOM nicht, die auch im Feld Umwelt_migration als wichtigster Dienstleistungsanbieter und Politikentwickler wahrgenommen werden will:

“IOM, being the only intergovernmental agency with a mandate on migration question, as a key player on the management of climate induced migration, in particular on policy, capacity building, research and operationalization of migration and climate activities” (IOM 2014c: 2).

Seit ihrer Veröffentlichung hat die Definition von „environmental migrants“ Policies und Diskurse nicht nur innerhalb der IOM beeinflusst, die Figur wurde auch verstärkt durch internationale Konferenzen, diverse Berichte und Pressemitteilungen verbreitet, was zu ihrer hegemonialen Stellung beitrug. Auch andere Organisa-

tionen, teilweise auf UN-Ebene, nahmen die Figur in ihre Mandate auf. Im April 2008 gründeten die IOM zusammen mit den UN-Organisationen UNEP, UNU-EHS und der Münchner Rückstiftung die „Climate Change, Environment and Migration Alliance“ (CEEMA) mit dem Ziel, „to mainstream environmental and climate change considerations into migrationmanagement policies and practices, and to bring migration issues into global environmental and climate change discourse“ (Morton/Boncour/Laczko 2008 zit. n. Felli 2013: 341).

Angesichts dieses positiven Framings und seiner Adaption in Policy-Kreisen sprechen der Politikwissenschaftler François Gemenne sowie die IOM-Mitarbeiterinnen Daria Mokhnacheva und Dina Inoesco von einer kopernikanischen Revolution, dem Übergang zu einer neuen Sichtweise auf das Phänomen, die zu einer Versachlichung der Debatte beigetragen habe (vgl. Ionesco/Mokhnacheva/Gemenne 2017: 6). Allerdings gibt es auch Wissenschaftler_innen, die sich kritisch mit den Depolitisierungstendenzen im Bereich Umwelt_migration auseinandersetzen (vgl. Bettini 2013a; Oels 2013; Oels/Methmann 2015; siehe Kapitel 9.3).

Migration als Anpassung an den Klimawandel hat sich mittlerweile als scheinbar alternativloses Konzept etabliert und es gibt bisher nur wenig wissenschaftliche Kritik an diesem Framing. Diverse Akteure setzen sich vielmehr für dessen politische Umsetzung ein (vgl. IOM 2007; World Bank 2010; European Commission 2013; Advisory Group on Climate Change and Human Mobility 2014). So auch der Foresight-Bericht:

“Migration can represent a transformational adaptation to environmental change, and in many cases will be an extremely effective way to build long-term resilience. International policy should aim to ensure that migration occurs in a way which maximises benefits to the individual, and both source and destination communities” (Foresight 2011: 10).

Unter den bisher wenigen Kritiker_innen der Figur Umwelt_migration ist der Politikwissenschaftler Romain Felli. Er untersucht die Figur aus einer marxistischen Perspektive und setzt sie in den Kontext neoliberaler kapitalistischer Tendenzen innerhalb von Klima-, Migrations- und Entwicklungspolitiken (vgl. Felli 2013). Auch die Arbeiten von Giovanni Bettini, Angela Oels und Chris Methmann befassen sich mit der Subjektivierung des Umwelt_migrationdiskurses und setzen die Debatte in den Kontext des Konzepts Resilienz (vgl. Bettini/Oels/Methmann 2016; siehe Kapitel 9.2.1). Generell sind die politischen und normativen Effekte der Figur bisher jedoch noch wenig erforscht (vgl. Bettini 2013a; Oels/Methmann 2015; Bettini/Nash/Gioli 2016). Ich werde mich im Folgenden mit diesen Effekten befassen und im Sinne einer kritischen Forschungsarbeit die Figur Umwelt_migration, die als vermeintlich objektives Konzept erscheint, dekonstruieren und zum Gegenstand der Untersuchung machen.

9.2 Der Migration-Adaption-Nexus

Das zentrale Argument des Migration-Adaption-Nexus beruht auf einem Pro-Mobilitäts-Diskurs, der Migration als eine Bewältigungsstrategie darstellt. Migration erscheint dabei als eine positive Anpassungs- und Überlebensstrategie, die es Menschen ermöglicht, sich durch Mobilität an die Folgen der globalen Erwärmung anzupassen. So wohnt der Figur die politische Idee inne, Migration nicht zu verhindern, sondern sie zum Wohle aller zu steuern und zu fördern. Diese Politik betont das Potenzial von Migration:

“Although migration has often been portrayed as a failure to adapt, it is now increasingly also recognised as a legitimate adaptation strategy in its own right. Evidence clearly suggests that migration has the potential to contribute to adaptation in regions of origin by, for example, diversifying income sources and thereby strengthening resilience” (European Commission 2013: 26).

Angesichts dieser Regierungsrationalität spricht die Transit Migration Forschungsgruppe von der „Gouvernementalisierung der Migrationspolitik“, die als eine positive, aktivierende, durch und nicht gegen das Individuum wirkende Regierungsweise produktiv auf das Leben der Einzelnen einwirkt (vgl. Hess/Kasperek 2011: 18). In diesem Sinne wird der Umwelt-Migration-Nexus durch das Argument legitimiert, dass Menschen schon immer mit Migration auf Veränderungen ihrer Umwelt reagiert haben, auch wenn die Entscheidung dafür von komplexen Prozessen abhängig ist, die sich nicht allein aus Umweltfaktoren ableiten lassen (vgl. European Commission 2013: 3ff.). Hier zeigt sich eine Normalisierung von Migration, die sich vom Diskurs löst, Migration als humanitäre Katastrophe zu begreifen.

Diese Entwicklung ist Teil des generellen Trends, Migration in Entwicklungsprozessen eine positive Rolle zuzuschreiben und sie als Chance zu sehen (siehe Kapitel 10.3.2). Dieser Wandel drückt sich auch in neueren Publikationen aus, welche die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen und sie als Individuen mit Strategien und Ängsten porträtieren, wie der Bericht „Moving Stories“, der Miguel, einen Landwirt aus Mexiko, zu Wort kommen lässt:

“My grandfather, father and I have worked these lands. But times have changed [...]. The rain is coming later now, so that we produce less. The only solution is to go away, at least for a while. Each year I'm working for 3 to 5 months in Wyoming. That's my main source of income. But leaving my village forever? No. I was raised here and here I will stay. Miguel, 45, Hueyotlipan, Mexico” (Miguel zit. n. Randall/Salsbury/White 2014: 13).⁶⁵

⁶⁵ Hinsichtlich der sozialen Folgen von Umweltveränderungen gibt es ebenso auch widerständige Praktiken vor Ort, beispielsweise das erfolgreiche Wiederansiedlungsprojekt in El Tanque in Nicaragua. Das Projekt wird unterstützt von der Hilfsorganisation „medico international“, welches infolge des Hurrikans Mitch 1998 lanciert wurde. In der Gemeinde El Tanque hat sich die Landbevölkerung das Land nach dem Hurrikan in einem kollektiven Kampf angeeignet, eine Kooperative besitzt nun das Vorkaufrecht. Zu diesem Prozess führt der Geschäftsführer von

Umwelt_migration wird als Strategie dargestellt, mit der Betroffene ihr Haushaltseinkommen zu diversifizieren versuchen, um mittels Rücküberweisungen die Zurückgebliebenen bei der Bewältigung der durch Umweltveränderungen entstandenen Folgen zu unterstützen bzw. ein Überleben vor Ort zu ermöglichen.⁶⁶ Die eben zitierte Textpassage verweist auf sogenannte „temporary and circular migration schemes“, denen eine enorm wichtige Rolle zugeschrieben wird (vgl. Foresight 2011: 184). Insbesondere als Arbeitsmigration erscheint Klima_migration in einem Nützlichkeitskalkül als Win-win-Situation: “Circular migration schemes are designed to promote greater circulation of people, but without necessarily leading to permanent settlement. Benefits for sending, destination countries and for migrants themselves have already been seen” (Foresight 2011: 184).

In der politischen Umsetzung des Projektes geht es nicht um eine Politik der offenen Grenzen, sondern darum, Migration zu managen, zu fördern, aber auch zu überwachen, zu selektieren und zu verwalten. Es geht also nicht darum, Migration kategorisch zu verhindern, sondern zu kontrollieren und zu planen. Daraus resultiert u. a. ein arbeitsmarktpolitischer Handlungsrahmen. Diesbezüglich schlägt die IOM beispielsweise eine Politik der bilateralen Vereinbarungen vor:

“At less advanced stages of environmental degradation, bilateral agreements could be designed for the recruitment of set quotas of temporary migrant workers from environmentally vulnerable communities. This said, legal channels for international labour migration are limited, and ensuring that inhabitants of environmentally vulnerable areas enjoy priority access to such channels has not typically been an objective of bilateral or national schemes” (IOM 2007: 6).

Zur Chance wird Umwelt_migration also dann, wenn sie ermöglicht, gemanagt und volkswirtschaftlich nützlich wird.

„medico international“ aus: „Natürlich gab und gibt es auch in El Tanque Schwierigkeiten, es ist kein Paradies auf Erden. Trotzdem ist es das einzige Dorf, das wir auf unserer Reise besucht haben, in dem die Menschen für die Zukunft planen und nicht eine Zukunft an einem anderen Ort imaginieren. Das zeigt sich auch in einem schonenden Umgang mit den Agrarflächen. Was hier entstanden ist, ist eine ziemlich stabile Form von Eigenständigkeit“ (Gebauer 2018).

⁶⁶ Im Zuge des Umwelt-Migration-Nexus haben Genderaspekte auch verstärkt Einzug in den wissenschaftlichen Diskurs erhalten, sie stellen ein relativ neues Thema in der Umwelt_fluchtforschung dar. Frauen werden als besonders verwundbar gegenüber den Folgen des Klimawandels dargestellt. Studien verweisen auf die vielschichtigen geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Klimawandels, angesichts des ungleichen Zugangs zu Ressourcen bzw. Informationen und der ungleichen Partizipationsmöglichkeiten in Entscheidungsprozessen (vgl. Hummel 2015). Sybille Bauriedl macht darauf aufmerksam, dass Begriffe wie „geschlechtsspezifische Klimaflucht“ patriarchale und neoimperiale Ungleichheitsstrukturen verschleiern. Sie fordert stattdessen Debatten über die patriarchale und heteronormative Arbeitsteilung im Kapitalismus wiederzubeleben (vgl. Bauriedl 2017).

9.3 Anpassung und Resilienz: Fit für den Klimawandel

Dass die Narration einer Anpassung an den Klimawandel einen festen Platz in den Diskursen über die Folgen des globalen Klimawandels eingenommen hat, ist nicht so selbstverständlich, wie es gegenwärtig erscheint. So hielt das Thema Adaption erst relativ spät Einzug in die internationalen Klimaverhandlungen, wurde doch nach Inkrafttreten der UN-Klimakonvention 1994 vor allem die Verringerung von Treibhausgasen verhandelt. Es galt sogar als umstritten, ob die Vereinten Nationen sich überhaupt mit der Anpassung an den Klimawandel beschäftigen sollten (vgl. Brunnengräber/Dietz 2016: 127f.). Erst mit dem dritten Sachstandsbericht des IPCCs 2001 wurde das Thema dann doch offiziell Gegenstand der Klima-Governance und von politischen Dokumenten. Anpassung wird darin definiert als:

“Any Adjustment in natural or human systems in response to actual or expected climatic stimuli or their effects, which moderates harm or exploits beneficial opportunities. Various types of adaptation can be distinguished, including anticipatory and reactive adaptation, private and public adaptation, and autonomous and planned adaptation” (IPCC 2001 zit. n. EU Commission 2013: 21).

Im Zuge der Klimakonferenz in Cancún Ende 2010 wurden die sogenannten „Nationalen Anpassungspläne“ (NAPA) ins Leben gerufen, die auch dazu dienen sollten, Migration als Anpassung auf nationaler Ebene zu fördern. Dadurch erscheint Migration nun als eine weitere Maßnahme auf der Liste der Anpassungsmöglichkeiten, neben Investitionen in Technologien oder Infrastruktur wie etwa Deichbau oder die Erforschung von dürreresistentem Saatgut (vgl. Dietz/Brunnengräber 2016: 127). Die NAPAs sind Teil der sogenannten Klimafinanzierung für den globalen Süden (siehe Kapitel 11.2). Die Idee dahinter ist, dass der globale Norden diesen mit finanziellen Mitteln bei der Anpassung an den Klimawandel und der Verringerung von Emission unterstützt. Und so gibt es zwar Zusagen für Finanzmittel, jedoch ist die Finanzierung seit Jahren nicht kohärent und Projekte können nicht durchgeführt werden. Nicht zuletzt muss das Thema Migration auch erst noch systematisch in die jeweiligen nationalstaatlichen Pläne integriert werden (siehe dazu Kapitel 11).

Hintergrund dieses Wandels ist ein neuer Umgang mit Risiken. Während in den 1980er- und 1990er-Jahren Umweltgefahren noch als vermeintlich steuer- und beherrschbar galten, gelten gewisse Umweltveränderungen heute als unvermeidbar. Solch eine spezifische Gefahrenkonstruktion hat dem Resilienzkonzept zum Durchbruch verholfen, insbesondere im Bereich der globalen Umwelt- und Finanzpolitik. Der Begriff Resilienz, der auch mit Widerstandsfähigkeit übersetzt werden kann, umschreibt die Fähigkeit eines sozialen oder ökologischen Systems, eine Krise zu bewältigen, ohne dabei seine zentralen Funktionen zu verlieren und zusammenzubrechen (vgl. Hanisch 2016: 1). Aus dieser Perspektive erscheint Sicherheit nicht länger als Abwesenheit von Gefahr, sondern meint einen konstanten Prozess der Anpassung und des Umgangs

mit Unsicherheit (vgl. Oels/Brzoska 2012). Im Fall einer Naturkatastrophe wird nun den Betroffenen eine aktive Rolle und Verantwortung in der Krisenbewältigung zugesprochen und damit Migration als Chance inszeniert. Organisationen wie UNU-EHS und Care sprechen auch von Migration als einer „risk management strategy“ (vgl. UNU-EHS/Care 2012: 14). Dieses Argument einer individuellen, risikomindernden Strategie taucht häufig im Diskurs auf. Einige empirische Studien zeigen, dass nur in seltenen Fällen ganze Familien oder Haushalte migrieren und die Migrant_innen einen wertvollen Beitrag leisten können, insbesondere durch Rücküberweisungen (vgl. UNU-EHS/Care 2012; siehe Kapitel 10.3.2). Die Wissenschaftler_innen Angela Oels⁶⁷ und Chris Methmann haben den Einfluss des Resilienzdiskurses auf die Regierung von Klima_flucht herausgearbeitet:

“[C]limate change induced migration was once represented as a pathology to be prevented and, more recently, as an issue of refugee rights. However, the shift towards resilience has reframed the debate. Climate change-induced migration is now presented as a rational strategy of adaption to unavoidable levels of climate change and the relocation of millions of people is rendered acceptable and rational” (Oels/Methmann 2015: 5).

Die Geografin Sybille Bauriedl erkennt hierin eine eigennützige Strategie des globalen Nordens. Denn die Narration, klimaverwundbaren Menschen im globalen Süden zu helfen, oder, in UN-Sprache ausgedrückt, ihre Klimaanpassungskapazität zu erhöhen, diene dem globalen Norden dazu, Investitionspotenziale im Klimaschutzsektor zu schaffen und Flüchtlinge fernzuhalten (vgl. Bauriedl 31.8.2016).

Der Schlüsselbegriff Anpassung/Adaption impliziert, dass Gesellschaften objektiven klimatischen Zwängen gegenüberstünden, denen sie sich anzupassen hätten: Soziales Handeln folge demnach klimatischem Wandel (vgl. Dietz/Brunnengräber 2016: 127). Forscher_innen der sozial- und kulturwissenschaftlichen Klimaforschung sehen den Anpassungsbegriff eingebunden in einen politisch umkämpften Prozess, der eine Depolitisierung des Klimawandels nach sich zieht (vgl. Hulme 2009; Voss 2010; Methmann et al. 2013; Schneider/Nocke 2014). Thomas Gebauer kritisiert an der Idee der Resilienz, dass sie jene Verhältnisse stabilisiere, welche die Krise hervorgerufen hat:

„Und so entpuppt sich Resilienz als eine Art Knotenpunkt von deregulierter Ökonomie, neoliberal zugerichteter Subjektivität und einer Staatlichkeit, die nur noch den Status quo, und sei er noch so ungerecht, sichern will. Wenn sich alle ‚fit für die Katastrophe‘ machen, wird die Idee einer Welt obsolet, in der die Verwirklichung und der Schutz der Menschenrechte eine öffentliche Aufgabe ist“ (Gebauer 2015).

⁶⁷ Angela Oels beschäftigt sich in ihrer Forschung eingehend mit der diskursiven Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und dies auch im Kontext von Umwelt_flucht. Ihre Arbeiten haben die Figur schon relativ früh und insbesondere aus Perspektive der Security-Forschung kritisch begleitet (vgl. Oels 2008; 2010).

Marc Neocleous, Professor für Kritik der Politischen Ökonomie, äußert sich im Sinne Gebauers. Er macht sich für „Resisting Resilience“ stark und warnt vor der Popularität des Konzeptes. Denn Resilienz, verstanden als neoliberales Projekt, verlagere die politische Verantwortung auf den Einzelnen, und das zugunsten des Kapitals bzw. der bestehenden Verhältnisse, die dadurch stabilisiert würden (vgl. Neocleous 2013; siehe Kapitel 11) – eine vernachlässigte Perspektive in der Klima_fluchtforschung.

9.4 Zwischenfazit: Die Depolitisierung von Umwelt_migration

Es wurde deutlich, dass dem Narrativ Umwelt_migration eine Tendenz innewohnt, Klimawandel und Migration nicht mehr als politische Themen zu begreifen, welche etwa den energieintensiven Lebensstil der westlichen Industrieländer oder das tödliche Grenzregime der EU infrage stellen. Adaptionspolitiken beschäftigen sich prioritär mit der Frage, wie sich Menschen an Störungen anpassen können, sie befassen sich nicht mehr mit den Ursachen der Störung, die diese Anpassung erfordert. Der Klimawandel und die Anpassung daran werden als etwas, das sich nicht mehr verhindern lässt, naturalisiert und die Ursachen des Klimawandels werden nicht mehr verhandelt bzw. rücken in den Hintergrund. Infolgedessen wird der Klimawandel zu einem humanitären Thema und der globale Norden bietet dem globalen Süden Hilfe bei der Adaption und dem Management von Klima_migration an (vgl. Oels 2008: 16). Die entwicklungspolitische Rahmung lagert die Figur auch geografisch aus, eine Entwicklung, die der Anthropologe James Ferguson in seinem Buch „The Anti-Politics Machine“ (1994) beschreibt. Der westlichen Entwicklungszusammenarbeit wirft er vor, entscheidende Fragen von regionaler und globaler Verantwortung bzw. Solidarität auszublenden. Auch er beobachtet die Entpolitisierung politischer Probleme und betrachtet die Rolle von Wissen innerhalb des Entwicklungsdiskurses. Er resümiert, dass Entwicklungshilfeorganisationen zentrale Probleme wie zum Beispiel Armut auf technische Probleme reduzieren würden, für die auch nur technische Lösungen infrage kämen. Damit ist der hegemoniale Diskurs der Entwicklung auch das zentrale Element der Entpolitisierung (vgl. Ferguson 1994). Hieran schließen die Überlegungen Julia Blochers an, denn sie postuliert, dass die Diskussion über entwicklungspolitische Ansätze und Anpassungsmaßnahmen im Bereich Umwelt_migration nicht notwendigerweise auch dazu führten, dass Politiken entwickelt würden, die Migration tatsächlich ermöglichen oder dass Schutzvorkehrungen für die besonders Betroffenen geschaffen würden (vgl. Blocher 2016: 50). Oder anders formuliert: Strukturelle Fragen zu Klimawandel und Migration und zu den ihnen zugrundeliegenden gegenwärtigen Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnissen werden ausgeblendet bzw. nicht gestellt.

Aus Perspektive der kulturanthropologischen Politikforschung erwecken solche Steuerungsversuche Skepsis, können doch solche Redeweisen als Elemente von Machttechniken und diskursiven Strategien verstanden werden, die darauf abzielen, politische Praxis- und Diskussionskontexte nachhaltig zu strukturieren (vgl. Adam/

Vonderau 2014). Dies klingt in der Sprache der IOM wie folgt: “[T]heir mobility is an adaptation strategy that allows them to **minimize harm for themselves and/or improve their overall lives** [Hervorhebung im Original]” (IOM 30.11.2015).

Umwelt_migration wird so zum technischen und mithilfe von Expert_innen zu lösenden Problem. Diese Inszenierung findet sich in einer Reihe von Policy-Dokumenten unterschiedlichster Akteure wieder (vgl. World Bank 2010; Foresight 2011; UNU/EHS/Care 2012; European Commission 2013). Statt Migration als sicherheitspolitisches Problem darzustellen, erscheinen unregelte Migration und restriktive Migrationspolitiken als solches. Statt des Rechts auf grenzüberschreitende Mobilität transportiert das Narrativ vielmehr die Idee des selektiven Migrationsmanagements unter dem Paradigma eines Nützlichkeitskalküls (Anpassung an den Klimawandel). Diese politische Strategie erscheint durch die Verwendung einer technokratischen Sprache als unpolitisch und rational. Hierin wird mit Bezug auf die „Anthropology of Policy“ jedoch eine Regierungstechnik sichtbar, die, wie ich im folgenden Kapitel zeigen werde, die ideologischen und institutionellen Voraussetzungen des Migrationsmanagements verdeckt bzw. entpolitisiert, indem bestehende Machtunterschiede durch die Zuschreibung von Vorteilen für alle überdeckt werden (vgl. Cyrus 2011: 94).

Im Folgenden werde ich der Frage nachgehen, wie Umwelt_flucht regiert wird und wie sich die Figur Umwelt_migration in Regierungstechniken der EU einbettet. Dazu werde ich erörtern, ob und wie Umwelt_flucht auf EU-Ebene politisch bearbeitet wird; anschließend werde ich die Figur Umwelt_migration in den Kontext des gegenwärtigen europäischen Grenz- und Migrationsregimes stellen.

10 Umwelt_migration und das europäische Migrationsmanagement

“This is the COP, we are handling climate-migration although in the migration policy level, development policy, land policy, in the environmental world. It is like a big puzzle” (Inoesco 11.11.16).

In diesem Kapitel werde ich zeigen, dass die Regierung von Umwelt_flucht eine Reihe von Maßnahmen und Politikfeldern umfasst oder, wie im Eingangszitat angesprochen, innerhalb eines großen Puzzles regiert wird. Es handelt sich hierbei also um eine Policy, die sich aus unterschiedlichen Teilen zusammensetzt.

Ich verorte die Figur Umwelt_migration im Folgenden innerhalb des Projekts des europäischen Migrationsmanagements und werde diese Entwicklung unter dem Begriff Umwelt_migrationsmanagement fassen, seine machtpolitischen Implikationen analysieren und zeigen, dass sich die Figur damit in bereits bestehende Politiken und Programme einfügt.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass Umwelt_migration mittlerweile als Chance verhandelt wird. Dieser Wandel erscheint auf den ersten Blick als ein Gegenentwurf zu einer Konzeption von Umwelt_flucht, welche Flüchtlinge als ein Problem darstellt, das es zu verhindern gilt. Das Aufkommen der Figur Klima_migration, so die These, markiert eine diskursive Wendung bzw. eine ge-

nerelle Diskurs- und Praxisverschiebung. Die Begriffe Flucht und Migration sind entscheidend für die politische Bearbeitung des Themas, denn sie stecken den politischen Handlungsspielraum ab, der sich unter dem Begriff Klima_migration entgegen der Figur Klima_flucht ausdifferenziert und erweitert hat. So hat nun auch Immobilität in Form der Figur der „trapped populations“ (Foresight 2011) Einzug in die Debatten über Klimawandel und Migration gehalten. Ich werde zeigen, dass sich diese Problematisierung in das Projekt des Migrationsmanagements einfügt – geht es dabei doch um einen strategischen Umgang mit Mobilität und Immobilität.

Im Folgenden werde ich herausarbeiten, dass das Paradigma des Migrationsmanagements tiefe Spuren im Diskurs über Umwelt_flucht und in seiner politischen Bearbeitung hinterlassen hat. Ich verwende dafür den Begriff Umwelt_migrationsmanagement, welcher eine Reihe unterschiedlicher politischer Maßnahmen und Diskurse umfasst, die alle Umwelt_migration managen wollen, und das insbesondere im globalen Süden. Denn die EU-Kommission verortet Umwelt_migration überwiegend dort und hält internationale Umwelt_migration in die EU für unwahrscheinlich (vgl. European Commission 2013: 3). Hinsichtlich der Regierung der Figur im globalen Süden bzw. im Außenraum der EU beziehe ich mich in der folgenden Analyse auf den „Global Approach to Migration and Mobility“ (GAMM; European Commission 2011) der EU und seinen Vorläufer, den „Global Approach to Migration“ (GAM; European Commission 2005), die als Versuch der EU-Institutionen gelten, die externe Migrations- und Visapolitik umfassend zu regeln (vgl. Dünwald 2015).

Der Begriff Umwelt_migrationsmanagement ist nicht neu. Es gibt Forscher_innen, die erste Versuche unternommen haben, den Umwelt_migrationsdiskurs mit dem Paradigma des Migrationsmanagements zu verknüpfen. Die Arbeit von Sara Nash, die sich mit einem „environmental migration management discourse“ auseinandersetzt, wird meine Analyse unterstützen (vgl. Nash 2016). Ebenso beziehe ich mich auf den Beitrag von Julia Blocher, in dem sie eine knappe Analyse über die Rolle der Figur in EU-Politiken erarbeitet hat, und auf den Beitrag von Romain Felli, der Umwelt_migration aus der Perspektive der politischen Ökonomie erforscht (vgl. Blocher 2016; Felli 2013). Ferner stellt der Mehrwert meiner Analyse die Einbeziehung von Forschungsarbeiten der kritischen Migrations- und Grenzforschungen dar (vgl. Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Georgi 2012; Hess 2014; de Jong et al. 2017; Kasperek 2017).

Anhand meiner Ausführungen zum Umwelt_migrationsmanagement werde ich zeigen, dass es sich dabei um keinen progressiven Wandel handelt, sondern dass die Figur mit spezifischen politischen Rationalitäten verbunden ist. Umwelt_migrationsmanagement erscheint zwar auf den ersten Blick liberaler als Migrationskontrolle, beinhaltet aber auch restriktive Elemente und verdrängt Fragen über die Rechte der Betroffenen des Klimawandels.

10.1 Migrationsmanagement

Das Projekt des Migrationsmanagements ist in den 1990er-Jahren aus der Notwendigkeit heraus entstanden, dass im Zuge der Transformationen von Staatlichkeit durch voranschreitende Transnationalisierungs- bzw. Europäisierungsprozesse der staatliche Umgang mit Migration neu überdacht werden musste. Das Paradigma basiert auf dem Grundgedanken, Migration nicht zu stoppen oder zu verhindern, sondern zu steuern sowie selektiv und differenziell zu inkludieren (vgl. Mezzadra 2009: 219). Die Idee des Migrationsmanagements verdrängte zunehmend Ansätze einer reinen Abschottungspolitik und kann als qualitative Weiterentwicklung nationaler Migrationspolitik auf internationaler Ebene verstanden werden (vgl. Geiger 2012; Georgi 2007; Ghosh 2000). Hier darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass der Nationalstaat trotz dieser Entwicklung letztlich doch die Autorität über das Migrationsmanagement behält, indem er über die Modalitäten von Einreise und Aufenthalt souverän entscheidet und in letzter Instanz das Migrationsmanagement bestätigt und bestärkt (vgl. Cyrus 2011: 94; siehe Kapitel 4).

Es setzte sich die politische Einsicht durch, dass angesichts der eben genannten Prozesse eine internationale Regierung der Migration notwendig geworden war, und dies auch angesichts der Erkenntnis, dass sich Grenzen nicht vollkommen schließen lassen bzw. dass Migration sich nicht unterbinden lässt (vgl. Georgi 2012: 157). Mit diesem Wandel wird Migration somit als teilweise autonomer Prozess anerkannt, der nicht vollständig unterbunden, sondern allenfalls reguliert werden kann (vgl. Andrijasevic et al. 2005; Hess/Tsianos 2007; Geiger/Pécoud 2010).

Vor dem Hintergrund des Kräfteverhältnisses zwischen dem Wunsch staatlicher Kontrolle einerseits und der „Autonomie der Migration“ (Boutang 2007) andererseits entwickelten Expert_innen, u. a. aus dem Umfeld der IOM und dem ICMPD, in den 1990er-Jahren das Projekt des internationalen Migrationsmanagements.⁶⁸ Es handelt sich dabei um den Aus- bzw. Umbau von nationalen, europäischen und internationalen Politiken mit dem Ziel, Migration in kohärenter Weise auf verschiedenen Ebenen mit vielfältigen Instrumenten in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern innerhalb eines globalen Regimes zu managen (vgl. Georgi 2012: 157). Basis dafür bildet ein „Triple-Win-Argument“, welches mit der Idee einhergeht, dass regulierte bzw. geordnete Migration Herkunftsländern, Zielländern und Migrant_innen gleichermaßen zu Gute kommen kann (vgl. Geiger/Pécoud 2010).

Migrationsmanagement impliziert eine strategische, differenzierte und selektierende Regulierung von Migrationsbewegungen. Während etwa die Anwerbung hochqualifizierter Migrant_innen als wünschenswert gilt, stellt „illegale Einwande-

⁶⁸ Maßgeblich geprägt wurde der Begriff 1993 von Bimal Ghosh, der zu dieser Zeit für das Projekt „New International Regime for Orderly Movements“ arbeitete und ein langjähriger Berater der IOM ist. Er resümiert, dass entgegen seiner gegenwärtigen Popularität der Begriff des Migrationsmanagements in seiner Entstehungszeit noch als „dirty word“ galt. Er verortet dies in einem damaligen Unverständnis der Staaten gegenüber der teilweisen Öffnung ihrer Grenzen (vgl. de Jong et al. 2017: 4).

„rung“ für die EU eine Bedrohung dar, die es zu verhindern bzw. zu bekämpfen gilt (vgl. Ratfisch 2015: 6). Restriktive Elemente dieser Politik drücken sich in der gezielten Entrechtung von Migrant_innen sowie in der Aufrechterhaltung eines strikten Grenzregimes und Exklusionsmechanismen aus (vgl. Georgi 2012: 154; de Jong et al. 2017: 5). Nach Morris ist die Gewährung oder Vorenthaltung von Rechten die Basis für das Migrationsmanagement (vgl. Morris 2002).

Das europäische Migrationsmanagement ist ausgerichtet auf eine umfassende Steuerung und Kontrolle von Migration mithilfe zahlreicher Akteure und Abkommen. Migrationspolitik wird infolge des Paradigmenwechsels zu einer Querschnittspolitik, die nun auch Maßnahmen im außen- und entwicklungspolitischen Bereich umfasst. Seitens der EU werden zirkuläre Migrationsabkommen (sogenannte „soft tools“) im Rahmen von sogenannten Mobilitätspartnerschaften mit Drittstaaten vereinbart (vgl. Dünnwald 2015). Ungefähr seit 2005 wird das Migrationsmanagement immer stärker selbst durch die EU-Institutionen und Agenturen verfolgt und vorangetrieben (vgl. Kasperek 2010; Geiger 2011).

Doch wie steht es um den Erfolg des Projektes? Der erfolgreichen Umsetzung der Agenda stehen strukturelle Hindernisse entgegen. So ist ein vermeintlich gemeinsames Interesse der Herkunfts-, Transit- und Zielländer an einer effektiven Migrationssteuerung angesichts ihrer Heterogenität, die sich in Macht, Einfluss, Finanzierung und Organisationslogik abbildet, nicht zu erkennen. Hier darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Etablierung und der Erfolg des Migrationsmanagements letztlich auf politischen Entscheidungen beruht, welche überwiegend in den reichen Zielländern der Migrant_innen (vornehmlich im globalen Norden) getroffen werden und wofür erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen nötig sind (vgl. Cyrus 2011: 94ff.; Georgi 2012; de Jong et al. 2017). So überrascht es nicht, dass diese Regierungsrationalität vom Migrationsforscher Nibert Cyrus als eine Aufrechterhaltung der globalen Machtverhältnisse interpretiert wird. Zum anderen wird das Projekt beeinträchtigt durch Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Politikfeldern und Akteuren (vgl. Cyrus 2011). Der Migrationsforscher Bernd Kasperek schlussfolgert daher, dass es sich beim Migrationsmanagement eher um eine Praxis als eine Politik handelt. Denn es wurden bisher keine langfristigen migrationspolitischen Leitlinien implementiert, sondern vielmehr eine Bürokratie oder ein Apparat aufgebaut, der den Nutzen von Migration maximiert (vgl. Kasperek 2017: 67). Generell ist Migrationsmanagement zum zentralen Paradigma europäischer Migrationspolitiken geworden. Seine Rationalitäten prägen Diskurse, institutionelle Praxen und Gesetze und sind mittlerweile auch in die Mehrheit der migrationswissenschaftlichen Analysen eingeschrieben (vgl. Buckel 2013: 55).

10.2 Umwelt_migrationsmanagement

Ein zentraler Aspekt des Umweltmigrationsmanagements ist das sogenannte „Triple-Win Argument“, das besagt, dass bei einer erfolgreichen Regierung von Umwelt_migration sowohl die Migrant_innen als auch die Herkunfts- und Zielländer von Migration profitieren. So stellt die IOM unter dem Aspekt der geregelten (temporären) Arbeitsmigration Umwelt_migration wie folgt dar:

“Mitigation and adaptation efforts can allow populations to continue to live and strive in these areas and voluntary, well managed migration can be part of the solution. Legal migration opportunities can allow individuals to earn a decent income whilst filling labour shortages in destination areas – this has the potential for a ‘win-win’ situation for communities of origin and destination as well as for the migrants themselves. Such schemes – still rare in practice – can be implemented at many different levels: internal, regional or international migration [...]” (IOM 30.11.2015).

Auch die EU-Kommission verwendet diese aktivierende Narration, wenn sie die Strategie Umwelt_migration wie folgt darlegt:

“Given the similarities between environmentally induced migration and other types of migration flows, current experiences indicate that there is no need to ‘brand’ measures to promote mobility as specifically targeting a certain type of migrant for them to facilitate the use of migration as adaptation. Indeed, as demonstrated below, some of the most successful examples of schemes which have promoted migration as adaptation have been set up as ‘ordinary’ labour migration schemes” (European Commission 2013: 28).

Hierin wird das zentrale Element des Umwelt_migrationsmanagements deutlich: Zirkuläre Migrationsstrategien, die als erfolgreiche Form der Anpassung an die globale Erwärmung präsentiert werden. Programme, die Migration als Anpassungsstrategie in gewöhnliche (bereits bestehende) Arbeitsmarktprogramme integrieren, erscheinen der Kommission besonders erfolgversprechend für das europäische Migrationsmanagement zu sein (vgl. European Commission 2013: 28).

Im Kontext von Umwelt_migration liegt der Schwerpunkt auf der Förderung (zirkulärer) Arbeitsmigration im globalen Süden, also die zeitweise Migration in Städte bzw. die Binnenmigration in den Herkunfts- und Nachbarregionen der Umwelt_migrant_innen auch unter der Berücksichtigung entwicklungspolitischer Aspekte. Hier ist die Entstehung einer Policy zu beobachten, welche insbesondere auf die Aktivierung und Regierung zirkulärer (Arbeits-)Migration abzielt und damit eine Form transnationaler Lebensprojekte regierbar machen möchte, die die bisherige EU-Politik nicht unterbinden konnte (vgl. Hess 2012: 23). Hier lässt sich an die These der „Discipling the transnational Mobility of People“ anschließen, in der Martin Geiger Selbstdisziplinierung und Disziplinierung durch Normen und Handlungen als Teil von Migrationspolitik bzw. Migrationsmanagement herausstellt:

“The self-disciplining of persons crossing borders or aiming to do so thus remains clearly subordinated to the goals of keeping oversight, control and power to determine what claims of migration or mobility are manageable, politically wanted, proven as being beneficial – and, on this basis, consequently can be allowed, promoted and facilitated” (Geiger 2013: 33).

Zirkuläre Migrationsstrategien stehen bereits seit längerem im Fokus neuerer Ansätze in der Migrationspolitik. Kritiker_innen des Konzeptes wenden ein, dass es sich dabei um eine Neuauflage des in den 1950er- und 1960er-Jahren in einigen EU-Staaten eingeführten Rotationsprinzips der Gastarbeiter_innen-Ära handele, welches in der Praxis nicht funktioniert habe, da es die dauerhafte Niederlassung der Migrant_innen nicht verhindern konnte (vgl. Angenendt 2007: 9f.; siehe dazu auch de Haas 2012). Oder vielmehr: Die „Kämpfe der Migration“ haben das Gastarbeitersystem infrage gestellt. So wurde das Gastarbeitersystem bereits während seiner Laufzeit durch die Migrant_innen unterwandert, die trotz des Anwerbestopps abseits der offiziellen Kanäle nach Deutschland kamen (vgl. Bojadzijeve 2008).

Die politische Rationalität des Migrationsmanagements erkennt, dass, wenn sich Migration nicht verhindern lässt, sie dann aber doch in einem temporären, prekären Zustand gehalten werden kann. Sabine Hess spricht sogar von einer Institutionalisierung temporärer Migration ohne weiterführende Rechte, vor allem ohne das Recht auf Aufenthalt in den Randzonen und Grenzräumen der EU (vgl. Hess 2012: 24). Ebenfalls begründet sich diese Regierungstechnik in einem gewissen Sinne aus einer Alternativlosigkeit heraus, denn der zentrale Ausgangspunkt des Migrationsmanagements ist die Einsicht, dass Migration nicht verhindert, aber gesteuert werden kann. So erklärt auch der „Atlas Umweltmigration“ der IOM die wachsende Popularität zirkulärer Umwelt_migrationsprogramme damit, dass den Politiker_innen sehr wohl bewusst sei, dass das Fehlen legaler Zuwanderungskanäle Migration nicht verhindere, sondern die Zahl der irregulären Migrant_innen anwachsen lasse (vgl. Ionesco et al. 2017: 74).

Es wurden bereits erste Umwelt_migrationsmanagement-Projekte implementiert, wie zum Beispiel das „Temporary and Circular Labour Migration Scheme“ (TCLM) zwischen Kolumbien und Spanien mit Unterstützung der IOM. Das Projekt versteht sich als ein innovatives Arbeitsmigrationsprogramm für Menschen in Kolumbien. Kolumbianer_innen, die von einer Umweltkatastrophe betroffen sind, erhalten temporäre Arbeitsvisa (vgl. IOM 2009: 24f.). Dieses Programm geht zurück auf einen Arbeitskräftemangel im spanischen Agrarsektor, dem von der spanischen Gewerkschaft der Region Katalonien mit der Anwerbung saisonaler Arbeitskräfte begegnet wurde. Tatsächlich angewendet wurde das Programm 2006 nach der Eruption eines Vulkans in Kolumbien (vgl. European Commission 2013: 28f.).

Die Entscheidung über eine mögliche Liberalisierung des Arbeitsmarktes ist folgenreich für den privaten Sektor, geht es ihm doch nicht nur um die Zirkulation von Waren, sondern auch von Arbeitskräften. Alexander Betts zeigt in seiner Forschung, dass der private Sektor daher zunehmend präsenter wird in der „global governance of

labor migration“ (vgl. Betts 2013: 52f.). Es handelt sich dabei um kein neues Phänomen: Migrant_innen treffen seit Jahrzehnten auf Akteure, die Migration steuern, kontrollieren oder von ihr profitieren wollen. Thomas Gammeltoft-Hansen und Ninna Sørensen sprechen von einer „Migration Industry“ (vgl. Gammeltoft/Sørensen 2013). Neu dabei ist, dass die „Migration Industry“ mehr und mehr eingebettet ist in das gegenwärtige Migrationsregime. Private Akteure spielen eine zentrale Rolle, etwa durch Lobbying, „corporate social responsibility“, der Entwicklung von Standards und ihrer Rolle in der Generierung von Wissen. Entsprechend divers ist das Akteursspektrum, das von Kanzleien, die bei der Vergabe von Arbeitsvisa helfen, bis hin zu Schmuggler_innen reichen, die die Überfahrt nach Europa organisieren. Diese Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit den sozialen Netzwerken und den transnationalen Verbindungen der Migrant_innen selbst sowie der NGOisierung und Privatisierung der Migrationspolitik (vgl. Gammeltoft/ Sørensen 2013: 3; Betts 2013: 47).

Die Wissenschaftler Martin Geiger und Antoine Pécoud haben diese Tendenz der ökonomischen Nutzbarmachung von Migration im Migrationsmanagement herausgearbeitet (vgl. Geiger/Pécoud 2010). Romain Felli betrachtet die Figur Umwelt_migration aus der Perspektive der politischen Ökonomie. Die ökonomische Nutzbarmachung der Betroffenen durch Arbeitsmigration stellt er in den Kontext von Kapitalakkumulation unter den Bedingungen des Klimawandels:

“Primitive accumulation, understood as the development of capitalist social relations, is at the very heart of the discourse on climate migration, which seeks to produce individuals who not only should individually ‘adapt’ to the effects of climate change (instead of contesting these effects by waging collective demands) but also, ultimately, should be integrated within capitalist social relations, albeit in a mostly informal and degraded form of waged labour” (Felli 2013: 357).

In der Umwelt_migration-Policy gibt es sogenannte flankierende Maßnahmen, die helfen sollen, Mobilität zu fördern. Solche Maßnahmen sind z. B. der Aufbau von „mobile skills“ bei der jungen Generation auf dem Land, der verbesserte Zugang zu Transportsystemen, die Harmonisierung von Gesetzen zu Grundbesitzverhältnissen auf regionaler Ebene und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen und lokaler staatlicher Akteure in die Diskussionen über Klimawandel und Migration sowie in die Auseinandersetzung mit Migrationspolitiken auf der lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Ebene (vgl. European Commission 2013: 29). Es handelt sich also ganz im Sinne des Migrationsmanagements um eine Querschnittspolitik, die unterschiedliche Politikfelder sowie Akteure und insbesondere den globalen Süden betrifft. Durch seine technische Sprache präsentiert sich das Managementprojekt dabei als apolitisch, technisch und rational (vgl. Georgi 2009: 81). Die Kehrseite dieser Politik darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, denn sie kategorisiert Migrant_innen je nach ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen, erhält ein restriktives Grenzregime aufrecht und befördert die vorschreitende Aushöhlung des Rechts auf Asyl (vgl. de Jong et al. 2017: 5).

10.3 Externalisierte europäische Migrationspolitik

Bei der im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Fokussierung auf Süd-Süd-Migration und temporäre Arbeitsmigration sind die Externalisierungsstrategien der EU schon erkennbar, die im Folgenden präzisiert werden. Unter diese Strategien fällt die außereuropäische Einflussnahme durch Abkommen mit den Herkunfts-, Transit- und Zielländern der Migrant_innen, dazu gehören u. a. Maßnahmen wie der Ausbau von Grenzsicherungsanlagen im Rahmen sogenannter Mobilitätspartnerschaften. Dagegen bilden Fragen nach Asyl eine Leerstelle in diesen Programmen (vgl. Cuttitta 2010: 25f.).

Politischer Hintergrund der Externalisierung ist, dass sich der Fokus im Zuge der Grenzöffnung im Inneren der EU mehr und mehr auf die Sicherung der EU-Außengrenzen richtete, womit sich neue Formen der Grenzkontrolle etablierten. Dies geschieht zum einem durch die Multiplizierung und Zerstreung der Kontrollen innerhalb Europas, zum anderen durch diese Externalisierungsstrategien (vgl. Buckel 2013: 58). Die Folgen solcher Politiken beschreibt Stephan Dünwald, der Prozesse der europäischen Externalisierung in Mali und Mauretanien erforscht. Er schlussfolgert, dass sich durch Externalisierungspolitiken die Beziehung zwischen der EU und den Ländern des Südens transformiert. Externalisierungsstrategien hinterlassen tiefe Spuren im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben und verändern die Art und Weise, wie Menschen Mobilität begreifen und vollziehen (vgl. Dünwald 2015).

Europäisierungsprozesse haben ein Außen hervorgebracht, welches sich in einer gemeinsamen EU-Außengrenze ausdrückt, die durch Grenztechniken hervorgebracht wird (vgl. Geiger 2011: 2; siehe auch Walters 2011a). Dieses Außen findet sich beispielsweise in dem 2005 erweiterten Konzeptpapier der EU zum Gesamtansatz zur Migrationsfrage, „Global Approach on Migration“ (European Commission 2005), wieder, welches die EU-Migrationspolitik in eine erweiterte externe Perspektive stellt (vgl. Geiger 2011: 2).

Andrijasevic et al. weisen darauf hin, dass mit der Vergemeinschaftung der europäischen Migrations- und Asylpolitik nicht nur eine zunehmende Harmonisierung innerhalb der EU und eine Ausdehnung entsprechender Politiken über das EU-Territorium hinaus verbunden ist, sondern auch eine „Transformation im Modus des Politischen“ hin zu einer zunehmenden Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse und Praxen (vgl. Andrijasevic et al 2005: 348). Der Migrationsforscher Martin Geiger hat die Europäisierung von Migrationspolitik durch Nicht-EU-Akteure in Albanien und der Ukraine untersucht. Er stellt heraus, dass die EU seit vielen Jahren auf spezialisierte internationale Regierungsorganisationen zurückgreift, um ihre migrationspolitischen Vorstellungen operativ in den beiden Nicht-EU-Staaten umzusetzen. Im Zuge dessen spricht Geiger von einer „Offshore Europäisierung“ und versteht darunter das Verwischen der traditionellen Zuständigkeiten und Skalen des Politischen, was mit einem erheblichen Demokratiedefizit einhergeht (vgl. Geiger 2012). Unter dem Paradigma des Migrationsmanagements werden nämlich Kontroll- und Präventionsmaßnahmen im Regelfall nicht direkt

durch EU-Institutionen oder Regierungsbehörden der Herkunfts- und Transitländer implementiert, sondern vielmehr durch spezialisierte Regierungsorganisationen wie die IOM, die immer häufiger Aufgaben zur Steuerung von Migration übernehmen (vgl. Geiger 2011: 5).

Gleiches geschieht auch im Politikfeld Umwelt_fucht, wo die IOM ihre operativen Tätigkeiten erweitert hat, indem sie Staaten berät, politische Maßnahmen entwickelt und Projekte wie das bereits angesprochene Projekt MCLEP betreut, das Regierungen weltweit im Umgang mit Umwelt_migration berät bzw. schult (siehe Kapitel 7.3.1).⁶⁹ Organisationen wie die IOM übernehmen dabei in eigener Regie die Konsolidierung und Begleitung von multilateralen Prozessen. Das wird im Politikfeld Umwelt_migration etwa in Form von Foren oder Workshops sichtbar. So engagiert sich die IOM auch auf dem klimapolitischen Parkett, was im Vorfeld der jährlich stattfindenden Klimaverhandlungen gut zu beobachten ist. Beispielsweise hat sie vor dem Klimagipfel in Marrakesch im März 2016 einen „capacity building workshop on environmental and climate migration“ für die marokkanische Regierung organisiert, um diese auf den ihr obliegenden Konferenzvorsitz vorzubereiten (vgl. IOM 2016a: 7).

Marokko hat eine besondere Bedeutung für die EU-Migrationspolitik. Zum einen ist das Land ein Mitgliedsstaat der IOM, zum anderen hat es für die Vorverlagerung der europäischen Grenz- und Migrationspolitik eine strategisch wertvolle geografische Lage. Deshalb hat die IOM im Vorfeld des Workshops die zehnteilige Studie „Environmental migration in Morocco: Stocktaking, challenges and opportunities“ (IOM 2016c) veröffentlicht. Bereits der erste Satz der Studie verweist auf die Rolle Marokkos für das EU-Grenzregime:

“In many senses, the Kingdom of Morocco is a country at the crossroads. With Europe only 13 km away, emigration has been part of the country’s experience from the mid- twentieth century onwards. Historically, Morocco is also a major country of transit on the West-African migratory corridor” (IOM 2016c: 1).

Bei der Steuerung von Umwelt_migration als Teil von Migrationsaußenpolitik geht es seitens der EU auch darum, Steuerungsansprüche praktisch-operativ in Nicht-EU-Staaten umsetzen zu können. Dabei lässt sich die Union generell von der IOM und anderen Nicht-EU-Akteuren unterstützen (vgl. Geiger 2011: 17). Ein zentrales Rahmenwerk dieser Externalisierungspolitik der EU ist der „Global Approach on Migration and Mobility“ (GAMM).

⁶⁹ Die IOM hat einen standardisierten Leitfaden entwickelt: „Migration, Environment and Climate Change: Training Manual (Facilitator’s Guide)“. Dieser wurde bereits weltweit getestet, darunter in Korea (2013), Kolumbien (2013) und Chile (2014) (vgl. IOM 2016d).

10.3.1 *Global Approach on Migration and Mobility*

Im November 2005 unterbreitete die EU-Kommission einen ersten Vorschlag, der unter dem Titel „Gesamtansatz zur Migrationsfrage“ nur einen Monat später verabschiedet wurde (vgl. Dünnwald 2015: 4). Der Migrationsforscher Stephan Dünnwald führt die Entstehung des „Global Approach on Migration and Mobility“ auf die Ereignisse in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos zurück. Beide Exklaven wurden im Oktober 2005 Schauplatz kollektiver Grenzüberwindungen subsaharischer Migrant_innen, in deren Folge Spanien die Zäune seiner Exklaven gewaltvoll absicherte. Infolge der Ereignisse kam es zu einem informellen Treffen des Europäischen Rates. Dort wurden die ersten Ansätze einer neuen gemeinsamen Migrationspolitik unter dem Banner des Migrationsmanagements verabredet (vgl. ebd.). Im Jahr 2011 wurde dann der „Global Approach to Migration“ (GAM) zum „Global Approach on Migration and Mobility“ (GAMM) erweitert, und auch Umwelt_migration wird von nun an darin berücksichtigt. Im GAMM heißt es dazu: „Addressing environmentally induced migration, also by means of adaptation to the adverse effects of climate change, should be considered **part of the Global Approach** [Hervorhebungen im Original]“ (European Commission 2011: 7).

Geopolitisch orientieren sich die GAM/Ms in Richtung Afrika und Ost- bzw. Südosteuropa und sind Ausdruck einer Neuausrichtung europäischer Migrationspolitik, die einerseits für die Eindämmung der irregulären Migration steht, andererseits aber auch Mobilität und legale Einwanderung fördern will (vgl. Düvell 2002). Legale Einwanderungsmöglichkeiten in die EU wurden zwar in den Folgejahren geschaffen, allerdings nur sehr begrenzt. Abgesehen von Einwanderungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte scheiterten Pilotprojekte wie z. B. das Centre for Migration Management and Information (CIGEM – Centre d’information et Gestion des Migrations) in Mali aufgrund mangelnder Arbeits- und Aufenthaltsangebote (vgl. Hess et al. 2014: 18; Kasperek 2017: 68f.).

Die GAM/Ms können als ein politisches Eingeständnis interpretiert werden, da Migrationsbewegungen selbstverständlich nicht allein durch die EU gesteuert bzw. verhindert werden können. Die Einbindung beschränkt sich nicht nur auf unmittelbare Nachbarländer der EU, sondern erstreckt sich schrittweise in alle Richtungen auch über die EU-Grenzen hinaus. Kritische Migrationsforscher_innen werfen den GAM/Ms eine Ausdehnung und Entgrenzung der Migrationskontrolle bzw. des EU-Grenzregimes und die Aufrechterhaltung globaler Machtverhältnisse vor (vgl. de Jong et al. 2017). Diese Grenzkontrollpolitik drückt sich nach Sabine Hess in einem sogenannten „migration routes-Ansatz“ aus, der den Fokus nicht mehr auf die unmittelbare Grenzlinie richtet, sondern die Transitpraktiken und -wege der Migration anvisiert (vgl. Hess 2012: 14f.).

Die EU-Programmatiken sind zwar auf diskursiver Ebene in Begriffen wie Kooperation, Nachbarschaft und Zusammenarbeit formuliert, sie folgen in ihrer praktischen aber Umsetzung anderen Logiken und die Bekämpfung der irregulären Migration ist auch weiterhin ihre primäre Zielsetzung (vgl. Hess et al. 2014: 20f.).

Dies kommt in den sogenannten EU-Mobilitätspartnerschaften zum Ausdruck. Hier werden Projekte zu Migration und Entwicklung etwa abgesichert durch Grenzsicherungsmaßnahmen oder durch politische Abkommen, die Nicht-EU-Staaten belohnen, wenn sie mit der EU kooperieren. Diskursiv sind diese politischen Programme gekoppelt an das Versprechen, die Ursachen von Migration im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit anzugehen und die positiven Effekte der Migration etwa durch die Kanalisierung von Rücküberweisungen und Rückkehrhilfen zu stärken (vgl. Dünnwald 2015: 5; Schwenken 2015: 4).

In dieser Rhetorik formuliert und fordert die Kommission die Einbindung von Klima_fucht innerhalb des GAMM:

“Under the GAMM, the EU is engaged in a number of bilateral and regional migration dialogues with key partners throughout the developing world. The relevance of climate change and migration for the GAMM framework has already been recognized and measures to facilitate migration as an adaptation strategy could therefore receive greater attention under GAMM dialogues with countries or regions which are particularly vulnerable on climate change” (European Commission 2013: 27f.).

All diese Maßnahmen werden ergänzt durch das Versprechen, legale Migrationswege zu eröffnen und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu ermöglichen. Zunehmend wird Klima_migration diskursiv in diese Rhetorik eingebettet und es wird von der Kommission angeregt, die Figur besser in den GAMM zu integrieren:

“A number of tools developed under the EU’s Global Approach to Migration and Mobility could be better targeted to more directly address the challenges of migration in the context of environmental change. This includes, in particular, measures under the GAMM and Agenda for Change to promote well-managed South-South migration and regional mobility, and measures to provide assistance and durable solutions to displaced persons. Moreover, action under the GAMM migration and development pillar, in particular with regard to relations with the diaspora and facilitating remittances, could, where relevant, be refocused to better promote migration as” (European Commission 2013: 35).

Es lässt sich seitens der EU ein politisches Bestreben beobachten, eine besondere Form der Migrationsaußenpolitik zu betreiben, die mit scheinbar apolitischen Maßnahmen auf das Migrationsmanagement im globalen Süden abzielt. So sind unter den GAM/Ms Querschnittspolitiken entstanden, die über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus auch außen-, entwicklungs-, arbeitsmarkt- und integrationspolitische Maßnahmen (vgl. Hess et al. 2014: 18; Kasperek 2017: 66f.) und mittlerweile auch klimapolitische Maßnahmen beinhalten:

“[T]o mainstream environmental and climatic factors into other migration management areas such as border management, assisted voluntary returns, diaspora investments, skill transfers and labour migration; and to advance on

environmentally sustainable guidelines for project and office development” (IOM 2016b: 2).

Das Umwelt_migrationsmanagement eröffnet also einen breiten politischen Handlungsspielraum und die Figur gerät auf die Agenda verschiedenster Politikfelder. So spricht sich die IOM in obigem Zitat z. B. für die Etablierung von Umweltthemen auf der migrationspolitischen Agenda aus, sie strebt gewissermaßen ein „greening“ von Migrationspolitik an. Der Erfolg des Umwelt_migrationsmanagements liegt in eben dieser Querschnittspolitik, in der die verschiedensten Themen, wie z. B. Verstädterung, Rücküberweisung, Immobilität und Diaspora, Einzug in den Umwelt_fluchtdiskurs halten und ein ebenso breites Akteursspektrum nach sich ziehen:

“However, the interactions between environmental change and migration demand attention from a far broader spectrum of actors as the issue affects adaptation funding, development cooperation, urban planning, rural affairs, conflict management and disaster planning as well as migration and environmental policy” (Foresight 2011: 26).

Durch die Implementierung des Umwelt_migrationsmanagements entstehen Kooperationen verschiedenster Akteure, in denen sich die jeweiligen Diskurse zunehmend verschränken. Hier agieren in Hinblick auf Macht, Einfluss, Finanzierung und Organisationslogik ungleiche Akteure, die zudem in bislang unterschiedlichen Arbeitsbereichen tätig waren, aber nun in die Umsetzung des Migrationsmanagements miteinbezogen werden (vgl. de Jong et al. 2017: 8).

Es sollte ebenso nicht außer Acht gelassen werden, dass migrationspolitische Instrumente der Steuerung zirkulärer Migration natürlich auch die Rückkehr der Migrant_innen umfassen. Nach Ablauf einer gewissen Frist kann es sogar zu einer zwangsweisen Rückführung, also einer Abschiebung kommen. In der technokratischen Sprache der EU klingt das so:

“The same goes for EU and Member State measures to support the engagement of diasporas in development activities, and to promote return, which could be more targeted towards migrants and diaspora groups that possess skills and resources which could strengthen adaptation in their communities of origin” (European Commission 2013: 27).

So erscheinen selbst Rückkehrprogramme als rationale Problemlösungsstrategie, die dazu beiträgt, die Gefährdung durch Umweltgefahren zu minimieren.

10.3.2 Entwicklung & Rücküberweisungen

Die Programmatik des Migrationsmanagements hat zunehmend Migrationssteuerung und Entwicklungszusammenarbeit miteinander verbunden. Der Nexus Migration und Entwicklung verdankt seine Popularität einer generell veränderten Wahrnehmung auf Migration, die vordergründig die entwicklungspolitischen Potenziale von Migration anerkennt (vgl. Düvell 2002). Die Veränderung der Debat-

ten über Migration und Entwicklung seit den 1990er-Jahren ist frappant: Während früher überwiegend die negativen Folgen von Migration thematisiert oder lediglich ihr Nutzen für die Aufnahmestaaten hervorgehoben wurde, wird gegenwärtig die positive Wirkung von Migration auf die Entwicklungspotenziale der Herkunftsländer betont. Maria Schwertel spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem „Hype um Migration und Entwicklung“ (vgl. Schwertel 2013).

Eine entwicklungsfördernde Wirkung von Migration stellen sogenannte Rücküberweisungen dar, die eine enorme wirtschaftliche Auswirkung auf die Herkunftsländer der Migrant_innen haben (vgl. Oltmer 2015). Es handelt sich hierbei um Gelder, die Migrant_innen regelmäßig zu Verwandten oder Freund_innen in ihren Herkunftsländern schicken. Im Kontext des Umwelt_migrationsmanagements haben Rücküberweisungen nun auch Eingang in den Diskurs um Klima_migration gefunden:

“For example, the Commission will consider how to ensure that future initiatives to facilitate remittance transfers better take into account the needs of regions suffering environmental degradation, including in the aftermath of sudden-onset disasters” (European Commission 2013: 27).

So sollen nun Rücküberweisungen klimapolitisch genutzt werden, und zwar für Anpassungsmaßnahmen der Menschen, die nicht migrieren, so wie zurückgebliebene Haushaltsmitglieder:

“A favourable policy environment would support more systematically the potential of these financial resources and encourage diaspora investments towards climate adaptation in their countries of origin. Furthermore, communities of origin can also benefit from the knowledge and skills/expertise of migrant communities to support their adaptation efforts” (IOM 30.11.2015).

Die Rücküberweisungen von Migrant_innen haben generell ein enormes wirtschaftliches Potenzial, diese Geldflüsse übersteigen die der regulären Entwicklungshilfe bei Weitem. Abseits des Hypes um Rücküberweisungen sollte die Kritik an der Abhängigkeit von Ländern und Ökonomien nicht unbeachtet bleiben:

“Policy and scholarly discourses naively celebrating migration, remittances and transnational engagement as selfhelp development ‘from below’ also shift attention away from the relevance of structural constraints and the real but limited ability of individuals to overcome these as well as the important role states and international institutions continue to play in shaping favourable conditions for social and economic development to occur” (de Haas 2007: 69).

So ist es doch auch eine Frage des Entwicklungsverständnisses, ob von positiven Effekten durch Rücküberweisungen gesprochen werden kann, stehen diese doch in Abhängigkeit von einer Reihe von Faktoren wie etwa der Ausgabepreferenzen der Empfangenden, den Einkommensunterschieden zwischen Herkunft- und Zielre-

gion oder den Kosten des internationalen Geldtransfers (vgl. Schwenken 2015: 4; Morazán/Krone 2018).

Rücküberweisungen dienen als Beispiel für eine bessere ökonomische Nutzung der Entwicklungspotenziale von Migration. Der mit dieser Migrationsstrategie propagierte Wissens- und Kenntnistransfer soll die Entwicklung nachhaltig befördern und die negativen Folgen der globalen Erwärmung abfedern:

“Migration can help reduce risk to lives, livelihoods and ecosystems, and enhance the overall capacity of households and communities to cope with the adverse effects of environmental and climate change. The contributions of migrants through the transfer of knowledge and skills upon their return can significantly strengthen the livelihoods of families and communities facing environmental challenges” (CCEMA 2010: 5).

In diesem Ansatz zeichnen sich neoliberale Absichten ab. So soll die Produktion von Rücküberweisungsflüssen letztlich der Finanzierung der „self-adaptation“ an den Klimawandel dienen. Eigendynamiken sollten hier aber nicht relativiert oder unberücksichtigt bleiben. So zeigen empirische Forschungen, dass migrantische Netzwerke sich nicht von Kontrollpolitiken determinieren lassen, sondern sich an sozialen Aspekten, eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen und Lebensstilen ausrichten (vgl. Massey et al. 1987).

10.4 Die Problematisierung von Umwelt_immobilität

Es wurde deutlich, dass das Paradigma des Migrationsmanagements Karriere gemacht hat und vom „dirty word“ zum Gegenstand eines internationalen Elitekonsenses geworden ist (vgl. Georgi 2009: 89). Statt als Problem wird Umwelt_migration als Chance für mehr Wohlstand, Entwicklung und auch als Möglichkeit zur Anpassung an die globale Erwärmung inszeniert. Im Zuge dieses Hypes um Umwelt_migration werden nun auch „die Anderen“ – die nicht mobilen Menschen – problematisiert. Insbesondere der Foresight-Bericht gilt als der erste Bericht, der den akademischen Fokus explizit auf Umwelt_immobilität richtet und diesbezüglich von sogenannten „trapped populations“ spricht, die in einem „Double Dilemma“ stecken:

“Large populations who do not migrate, yet are situated in areas under threat, will be at risk of becoming trapped, where they will be more vulnerable to environmental shocks and impoverishment. They are likely to represent an equal if not bigger challenge to policy makers as those who migrate” (Foresight 2011: 25).

Unter dem Begriff „trapped populations“ werden Situationen verstanden, in denen Migration zwar als Notwendigkeit erscheint, Menschen aber nicht migrieren können oder wollen. Die Debatte über Immobilität reagiert also auch auf die Erkennt-

nis, dass nur ein kleiner Teil der potenziellen Migrant_innen tatsächlich migriert, die Mehrheit der Betroffenen also immobil bleibt:

“Consequently, in the decades ahead, millions of people will be unable to move away from locations in which they are extremely vulnerable to environmental change. To the international community, this ‘trapped’ population is likely to represent just as important a policy concern as those who do migrate. Planned and well-managed migration can be one important solution for this population of concern” (Foresight 2011: 18).

Es darf hier nicht unberücksichtigt bleiben, dass Klima_migration vor dem Hintergrund einer Globalisierung stattfindet, die spezifische (Im-)Mobilitätsregime herausgebildet hat. Am Beispiel der Sahelzone beschreibt April Humble, eine Mitarbeiterin des „Secretariat of the Earth League“⁷⁰, das Aufeinandertreffen von Klimawandel und immer restriktiver werdenden Grenzpolitiken:

“For example, the Sahel region has begun to experience increased desertification and both a decrease in precipitation and a change in precipitation patterns. Migration is already being used as a logical coping strategy in response to climate change and its complex effects in this area. However, national borders in the region – such as between Morocco and Algeria and between Mauritania and Mali – are becoming increasingly impermeable and dangerous for migrants to cross, with reports of migrants approaching the borders being shot at, sometimes fatally, by border guard” (Humble 2014: 57).

Studien weisen auf den Widerspruch hin, dass die Globalisierung einerseits die Mobilität einer hypermobilen Elite fördert, während andererseits die Mehrheit der Weltbevölkerung mehr oder weniger zur Immobilität gezwungen ist (vgl. Shamir 2005). So argumentiert der Sozialwissenschaftler Ronen Shamir, dass die internationale Bewegungsfreiheit im Zeitalter der Globalisierung abnimmt, und spricht von einem „Mobility Gap“ (vgl. Shamir 2005). Manche Wissenschaftler_innen postulieren, dass das Recht, mobil zu sein, so klassenspezifisch und selektiv sei wie nie. Es gibt eine signifikante Zahl an Studien, die bereits seit Mitte der 1980er-Jahre zeigen, dass gleichzeitig mit der Globalisierung auch die Restriktionen gegenüber Mobilität gewachsen sind (vgl. Sassen 1988; 1991; Fassin 2011).

⁷⁰ Die „Earth League“ ist eine Allianz internationaler Wissenschaftler_innen, die zu den Themen Nachhaltigkeit, Klimawandel, Mitigation und Anpassung forschen und Politik beraten wollen – siehe <http://www.the-earth-league.org/>.

10.5 Zwischenfazit: Ein „Triple Win“

Auf diskursiver Ebene hat das Projekt des Umwelt_migrationsmanagements eine herausragende Stellung eingenommen. Ich habe gezeigt, dass sich eine Regierung der Klima_migration herauskristallisiert hat, die im Sinne eines neuen gouvernementalen Politikstils auf Steuerung und Aktivierung beruht statt auf repressiver Kontrolle (vgl. Andrijasevic et al. 2005: 347). Dies drückt sich in der Figur Klima_migration und einem Pro-Mobilitäts-Diskurs aus, der Migration als verwaltbar und die Betroffenen als aktivierbar darstellt. Ins Zentrum rückt die utilitaristische Kernbotschaft: Umwelt_migration zum maximalen Nutzen und zum Wohle aller. Damit dreht sich der Diskurs nicht um die Frage, wie Migration und der Klimawandel verhindert, sondern wie Umwelt_migration gestaltet und reguliert werden kann. So wird Umwelt_migration zum Gegenstand einer vermeintlich rationalen Managementpolitik. Es wurde deutlich, dass das vermeintliche „Triple-Win Argument“ des Umwelt_migrationsmanagements einer kritischen Analyse unterzogen werden muss. Insbesondere angesichts globaler Machtverhältnisse muss die Behauptung mit sehr großer Skepsis betrachtet und infrage gestellt werden, ob dieses politische Projekt tatsächlich auch den Transit- und Herkunftsländern zugutekommt und den Forderungen und Wünschen der Migrant_innen selbst entspricht. Ich konnte zeigen, dass im Politikfeld keine neuen Rechte für die Migrant_innen entstanden, sondern vielmehr die ökonomische Nutzbarmachung und Selektion von Migration leitend sind. Ich habe im Umwelt_migrationsmanagement die Macht internationaler Organisationen wie der IOM herausgearbeitet und gezeigt, wie deren Diskurse maßgeblich das Politikfeld prägen. Die Disziplinierung von Umwelt_migrant_innen als Subjekte der Anpassung an den Klimawandel werde ich im folgenden Kapitel unter Bezugnahme auf die Individualisierung von Risiken weiter erörtern.

11 Klimaversicherungen: Individualisierung von Klimarisiken

*„Ich glaube, dass [Klima_flüchtlinge] von staatlicher Seite auf eine gewisse Weise instrumentalisiert werden. Wie man das heute schon sieht beim Flüchtlingsschutz selbst. Da wird Geld auf den Tisch gelegt werden zur Unterstützung von Fonds zur Beseitigung der Klimawandelfolgen. Das muss man sich dann genau anschauen, welches Geld originär Mittel sind, die diesem Zweck dienen oder die der Um-Etikettierung von Dingen dienen, die mehr oder weniger schon laufen“
(Interview Pro Asyl am 21.03.2013).*

In diesem Kapitel ist es mir ein besonders Anliegen, Klimaversicherungen als eine Teilfacette der Regierung des Klimawandels und als einen Aspekt der Klima_flucht-Policy darzustellen. Die Idee hinter Klimaversicherungen ist, dass sich die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr verhindern lassen und sich daher Staaten und auch die Betroffenen im globalen Süden bzw. die immobilen Menschen versichern sollten. Dieses Projekt ordne ich dem Klima_fluchtdiskurs zu, der neben den Migrant_innen mittlerweile auch Immobilität thematisiert (siehe Kapitel 10.4).

Ich werde meinen Fokus auf die Idee der Klimaversicherung legen und mich mit der Individualisierung von Klimarisiken auseinandersetzen. Ich werde zeigen, dass im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure ein Diskurs entstanden ist, der außer-

halb des Rechtsstellungsdiskurses problematisiert, wie die besonders Betroffenen des Klimawandels geschützt bzw. regiert werden können. Die Auseinandersetzung mit Versicherungen ist ein noch unbearbeitetes Feld in der Klima_fuchtforschung und stellt den Mehrwert des Kapitels dar.

11.1 „Schäden und Verluste“ in den UN-Klimaverhandlungen

Klimabedingte Schäden und Verluste haben aufgrund der globalen Erwärmung in den letzten Jahrzehnten beständig zugenommen. So titelte das Versicherungsunternehmen Munich Re 2017 in einer Pressemitteilung: „Schäden aus Hurrikan gefährden das Gewinnziel 2017 von Munich Re“ (Munich Re 13.09.2017).

Abseits der Auswirkungen auf die Versicherungsbranche sind von klimabedingten Schäden überproportional die Länder des globalen Südens betroffen. „Schäden und Verluste“ („lost and damage“) sind seit 20 Jahren ein Thema in den UN-Klimaverhandlungen und es werden seit Jahren finanzielle Mechanismen diskutiert, mit denen relativ unbürokratische und schnell einsetzbare Hilfen für die besonders vom Klimawandel betroffenen Menschen und Staaten bereitgestellt werden sollen. Potenziell geht es um Milliarden Dollar, die die Geschädigten im globalen Süden einfordern. So ist die Etablierung des Themas vor allem auf den Druck des globalen Südens zurückzuführen. 1991 schlug der pazifische Inselstaat Vanuatu einen internationalen Versicherungspool vor, um die finanziellen Verluste auszugleichen, die kleine Inseln und niedrig gelegene Länder im globalen Süden durch vom Klimawandel verursachte Ereignisse erleiden (vgl. Brot für die Welt 2017: 12). Institutionalisiert wurde dieser Ansatz erst viele Jahre später, und zwar 2013 mit dem „Internationalen Warschau-Mechanismus zu klimabedingten Schäden und Verlusten“ in der Klimarahmenkonvention (vgl. UNFCCC 2014b). Die Verhandlungen hatten sich verzögert, da die Befürchtung von Schadensersatzansprüchen im globalen Norden zu einer Blockadehaltung geführt hatte. Was sich hier zeigt, sind die globalen Machtstrukturen, welche die Verhandlungen um „gerechte“ Klimaziele so schwierig machen. So wird um die tatsächliche Umsetzung der Kompensationsleistungen infolge von Klimaschäden sicher noch Jahre gerungen werden (vgl. Brunnengräber 2016).

11.1.1 Klimaversicherungen als Fluchtursachenbekämpfung

Wirtschaftliche Unternehmen sind zu einem Akteur in der Umwelt_fucht-Policy geworden (siehe Kapitel 7.4). In dieser Entwicklung zeigt sich für eine kulturalanthropologische Policy-Analyse eine Schlüsselqualität einer Policy: “[O]nce created, they often migrate into new contexts and settings and acquire a life of their own that has consequences that go beyond the original intentions” (Wright/Shore/Però 2011: 3).

Wie ich in den vorangegangenen Kapiteln bereits herausgearbeitet habe, hat sich neoliberales Denken tief in die Umwelt_fucht-Policy eingeschrieben. Generell bedeutet diese Entwicklung aber nicht, dass „weniger regiert“ wird. Vielmehr hat sich die Form des Regierens verändert. So werden beispielsweise Risiken auf

Unternehmen und auf die individuelle Ebene verlagert. In der kulturalanthropologischen Policy-Forschung reagiert der zweite Band „Policy Worlds“ (Shore/Wright/Però 2011) auf diese Entwicklung. Während im ersten Band die neoliberalen Formen der Governance noch am Anfang ihrer Entwicklung standen, hat seit Mitte der 1990er-Jahre ein Wandel stattgefunden. Zwar gab es neoliberale Schlüsselemente auch schon vorher, aber die Art, wie sie als „technologies of governance“ zusammenwirken, hat sich ausdifferenziert und die Formen des Regierens verändert:

“While much of this apparatus has been outsourced and subcontracted to private agencies, the overall effect has been to enhance governmental discipline and control. Steering rather than rowing the state (Osborne and Gaebler 1992) involves a new kind of biopolitics: one that entails new ways of controlling populations, managing migrants and governing the conduct of individuals [...]” (Shore/Wright/Però 2011: 16).

Ich werde im Folgenden zeigen, dass sich die Idee der Klimarisikoversicherungen erfolgreich in die Umwelt_flucht-Policy einbettet, da sich Versicherungsprodukte in das „fortgeschrittene liberale Regieren“ einfügen (vgl. Oels 2005; 2010; siehe Kapitel 8). Ganz besonders plastisch wurde mir diese Entwicklung, die ich mit Skepsis beobachtete, während eines Side-Events in Marrakesch vor Augen geführt. Bevor ich auf diese Beobachtung eingehe, möchte ich kurz Ausführungen zur Frage machen, was Klimarisikoversicherungen eigentlich sind.

Es handelt sich dabei um sogenannte direkte und indirekte Versicherungsprodukte, die vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung entwickelt wurden. Sie gliedern sich in zwei Bereiche auf: indirekte Versicherungsmaßnahmen, die auf staatlicher Ebene ansetzen, und direkte Versicherungen, die mit Haushalten oder Betrieben abgeschlossen werden. So können sich Kleinbäuer_innen, aber auch ganze Staaten über den Aufbau privat-öffentlicher Versicherungsgesellschaften in sogenannten Risikopools gegen die finanziellen Schäden von Naturkatastrophen absichern. Die Versicherungen zahlen nach Vertragsabschluss zweckgebunden und nach vorher ausgehandelten Nothilfeleistungen finanzielle Hilfe an Betroffene bzw. Staaten aus (vgl. Brot für die Welt 2017: 29).

11.1.2 Das Side-Event der „Munich Climate Insurance Initiative“

Exemplarisch für diese Programmatik steht im Folgenden das Side-Event der „Munich Climate Insurance Initiative“ mit dem Titel: „How to make climate risk insurance work for the most vulnerable: What next after the Paris Agreement?“ Zu solchen Side-Events während der Klimagipfel laden unterschiedliche Akteure ein. Diese dienen vor allem dazu, für bestimmte Themen Aufmerksamkeit zu schaffen und dadurch einen politischen Entscheidungsprozess anzuregen bzw. zu beeinflussen (vgl. UNFCCC 2014a). Veranstaltet werden diese Events von einer Bandbreite unterschiedlichster Akteure, sie reichen von Politiker_innen, IGOs und NGOs bis hin zu wissenschaftlichen Institutionen, wirtschaftlichen Konzernen und privaten

Akteuren. Abseits dieser Side-Events wenden sich auch Regierungsvertreter_innen direkt an diese einzelnen Akteure oder Policy-Netzwerke und bitten um deren Expertise, indem sie auch abseits der COPs zu runden Tischen einladen, um konkrete Handlungsempfehlungen bitten oder Kooperationen nutzen, um politische Handlungen zu legitimieren.

Das Side-Event der „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII) wurde dazu genutzt, einem interessierten Publikum die neue Studie „Making Climate Risk Insurance Work for the most Vulnerable: Seven Guidelines“ vorzustellen, die in Zusammenarbeit mit der UNU-EHS entstanden ist. Wie der Name der Studie schon sagt, wird darin der Frage nachgegangen, wie Klimarisikoversicherungen für die besonders von Klimawandel betroffenen Menschen gestaltet werden können, und es werden dazu sieben Leitlinien aufgestellt (vgl. MCII 2016 ; siehe dazu Kapitel 7.4.3).

Das Podium in Marrakesch besteht neben den Autor_innen der Studie aus einem Mitarbeiter des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und einem Vertreter einer zivilgesellschaftlichen Organisation namens „Results UK“. Diese Gesprächsgruppe erscheint zwar auf den ersten Blick heterogen zusammengesetzt, aber alle Redner_innen sind Mitglieder der MCII.

Dem Publikum wird das Versicherungskonzept als Teil einer Risikomanagement-Gesamtstrategie nahegebracht. Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchner Rück Stiftung, eröffnet seinen Beitrag mit der Feststellung: “I know many of you even don’t trust in your own insurance agent, but I will convince you that insurance is one of the great solutions” (Vortrag Loster 08.11.2016).⁷¹

Thomas Loster nimmt regelmäßig an den Klimagipfeln teil. Auf dem Podium in Marokko führt er zur Rolle von Versicherungen aus: “It is not the silver bullet for everything, but one key element and it can be crucial element in the adaptation project. We cannot do it without political will and we need the private sector” (Vortrag Loster 08.11.2016).

Unternehmen wie Rückversicherer begründen ihr Engagement in der Klimapolitik damit, dass Klimaversicherungen eine entscheidende Funktion im Rahmen der Anpassung an den Klimawandel einnehmen können, wenn die Betroffenen versichert werden. Die Idee, dass Versicherungsinstrumente eine Rolle in der Anpassung an die globale Erwärmung spielen können, hat Einzug in politische Diskurse und Dokumente gefunden, und dies insbesondere mit dem Klimaabkommen von Paris (vgl. UNFCCC 2015). Diesem ist es gelungen, international einen institutionellen Rahmen für den Umgang mit Klimarisiken und den hieraus resultierenden Schäden zu vereinbaren und es bietet einen internationalen Handlungsrahmen für den Aufbau einer sogenannten „Resilienz-Architektur“ (vgl. Brot für die Welt 2017: 12).

Am Agenda-Setting haben das Lobbying und die Wissensproduktion verschiedener Akteure Anteil, und hier explizit die MCII (siehe Kapitel 7.4.3). In diesem Licht lässt sich die Selbstbeschreibung der MCII-Initiative lesen, die sich als einflussreichen „Wissensbroker“ darstellt:

⁷¹ Thomas Loster am 8. November 2016, COP Marrakesch. Transkript der Audioaufnahme.

“MCII pioneers concepts through its extensive expert network advocating for new ways of applying insurance to complement risk management and adaptation. Secondly, MCII tests risk transfer tools in ‘lighthouse’ projects and provides proof of concept and implementation models for further replication. MCII feeds its results back to governments and decision makers, affecting regulations and enhancing international aspiration and standards. To provide this cutting-edge professional expertise, MCII works closely with private sector insurers and insurance associations, governments and regulators, delegates to UN policy processes, UN agencies and regional bodies, and scholars & practitioners of risk management and adaptation” (MCII Mission Statement).

Das vom MCII generierte Wissen, hier bezeichnet als „cutting-edge professional expertise“, erscheint als vermeintlich apolitisch. Die Netzwerkarbeit des MCII richtet sich aber explizit an die Politik, und ihre Ideen haben Eingang in politische Dokumente gefunden: So heißt es im deutschen 7-Punkte-Plan zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens unter Punkt 5: „Klimaversicherungen einführen – Klimabedingte Fluchtursachen mindern“ (vgl. deutscher Bundestag 2017: 89). Ebenso hat das Thema Eingang in die Agenda der G7 gefunden. Von dort ging der maßgebliche Impuls für Klimaversicherungen aus, insbesondere von G7-Gipfel 2015 in Elmenau. Hier wurde die Initiative „InsuResilience“ ins Leben gerufen u. a. mit dem Ziel, bis 2020 400 Millionen arme und verwundbare Menschen gegen Klimarisiken zu versichern (vgl. BMZ Website). Die deutsche Regierung hat gemeinsam mit Großbritannien im Oktober 2018 ein neues Finanzierungsinstrument etabliert, die „Global Risk Financing Facility“, die mit 145 Millionen US-Dollar zur Umsetzung der „InsuResilience“ beiträgt (vgl. ebd.).

Das Potenzial des Versicherungskonzepts liegt in der damit einhergehenden Wissensproduktion, die über die Darstellung einer rein finanziellen Maßnahme hinausgeht, indem Risikobewusstseinsbildung als Teil eines sozialen Projekts dargestellt wird. So stellt Thomas Loster das Versicherungskonzept als sozialen Prozess vor:

“Insurance is a process. Involving a lot of risk awareness and a teaching in capacity building, because people who do not know what an insurance is they wouldn’t buy in. Insurance is not only money is going over a desk. It is a huge program creating much awareness with people in risk and institutions” (Vortrag Loster 08.11.2016).⁷²

Auch Frank Fass-Metz vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bilanziert das Versicherungskonzept positiv, indem er während des Side-Events in Marokko Versicherungen eine Schutzfunktion zuspricht: “From helping voluntary to the right to coverage – insurance can play a protective role” (Vortrag Fass-Metz 08.11.2016).⁷³

⁷² Thomas Loster am 08. November 2016, COP Marrakesch. Transkript der Audioaufnahme.

⁷³ Frank Fass-Metz am 08. November 2016, COP Marrakesch. Transkript der Audioaufnahme.

Es zeichnet sich eine Kommerzialisierung von Versicherungen ab, die als ein probates Mittel gegen die Folgen des Klimawandels inszeniert wird. In der Sprache des BMZ heißt es, Versicherungen leisteten einen Beitrag zur Armutsminderung und Bekämpfung von Fluchtursachen und dienten der nachhaltigen Entwicklung (vgl. BMZ 2017). Neben der Argumentation, dass Versicherungen garantieren können, dass innerhalb kurzer Zeit nach einer Naturkatastrophe Gelder fließen, führen die Befürworter_innen an, dass Versicherungen zudem die Datenlage über wetterbedingte Katastrophen verbesserten und die Versicherten angehalten werden, sich bewusster mit Klimarisiken auseinanderzusetzen. Auf diese Weise wird die Verantwortung für die globale Erwärmung weg von den Hauptverursacher_innen hin zu den Betroffenen verlagert. Nicht zu vergessen ist zudem der Mehrwert des obligatorischen Gewinns der Versicherungskonzerne, wird doch durch die Idee der Klimaversicherungen ein neues Business-Modell bzw. Investitionspotenzial im Klimaschutzsektor etabliert.

Hinsichtlich des Marktpotenzials führt MCII aus, dass zwischen 1980 und 2015 lediglich zwei Prozent der wetterbedingten Schäden in den mittleren und niederen Einkommensländern von Versicherungen abgedeckt waren (vgl. MCII 2016: 11). Es gibt bereits erste Modellprojekte wie beispielsweise das Projekt „Horn of Africa Risk Transfer for Adaptation“ (HARITA). Dabei handelt es sich um Versicherungen für Menschen in Äthiopien, die von Dürreerisiken betroffen sind. Die Versicherungsbeiträge können sowohl in bar als auch in Form einer „Arbeit-für-Versicherung“ bezahlt werden. Dazu gehören Arbeiten in Gemeindeprojekten, die Umweltrisiken reduzieren, wie z. B. die Verbesserung von Bewässerungssystemen (vgl. Kreft 2015; Rohregger 2017). Ein weiteres Versicherungsprojekt gegen Dürrefolgen ist die „African Risk Capacity“ (ARC)⁷⁴, in diesen Versicherungspool zahlen afrikanische Länder, Versicherungsgesellschaften und Geberländer wie Deutschland ein. Tatsächlich wurden aus dem Pool bereits an drei Staaten der Sahelzone (Mauretanien, Niger und Senegal) Kompensationen ausgezahlt (vgl. Kreft 2015; KfW 2016). Christian Russau vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre resümiert, dass im ARC-Projekt von 2014 bis 2015 20 % der Beiträge durch Zuschüsse gedeckt waren, die restlichen 80 % wurden von den afrikanischen Staaten selbst aufgebracht (vgl. Russau 2017).

11.2 Pro Poor: Integration in den Mikrofinanzsektor

Im Zuge von Anpassungspolitiken ergeben sich auf dem klimapolitischen Parkett also nun auch Geschäftsmöglichkeiten für Versicherungen, die neben der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen gleichzeitig auch ihren ökologischen und ge-

⁷⁴ Die ARC wurde 2012 von verschiedenen afrikanischen Regierungen geschaffen. Die ARC besteht aus zwei Teilen, der „African Risk Capacity Agency“, einer Sonderorganisation der Afrikanischen Union und der „African Risk Insurance Company Limited“, der eigentlichen Versicherung. An dieser sind neben afrikanischen Staaten auch Deutschland und Großbritannien als Geber beteiligt (vgl. KfW 2016).

sellschaftlichen Ruf verbessern können. Generell haben im umweltpolitischen Bereich Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Akteuren an Bedeutung gewonnen. Eine Mitarbeiterin von Brot für die Welt beobachtet eine Beschleunigung dieser Entwicklung speziell nach dem COP in Mexiko 2010:

„Nach Cancún gab es den extremen Swift. Ok, dann Microinsurance. Und andere fiskalische Instrumente, um Klimarisiken besser zu schultern. Das empfanden wir als einen falschen Ansatz. Das wurde durch die Münchner Rück aber massiv gepusht und ich hatte den Eindruck, dass dann in der UN-Universität auch erst das Forschungsinteresse dafür da war“ (Interview Brot für die Welt 27.10.2014).

Trotz dieses Trends reagiert die private Versicherungswirtschaft mit Skepsis, ob sich mit Projekten wie „InsuResilience“ kurz- und mittelfristig ein rentables Geschäftsmodell entwickeln lasse. Denn arme und vulnerable Bevölkerungsgruppen, dazu noch in häufig bevölkerungsarmen und isoliert liegenden Staaten, verfügten nur über wenig Marktpotenzial und erforderten hohe Investitionskosten (vgl. Brot für die Welt 2017: 25).

Die Idee, besonders vulnerable Gruppen mit fiskalischen Instrumenten zu „retten“, ist nicht neu. Die Etablierung des Marktes für Mikrokredite zeigt Parallelen zur Entwicklung von Klimarisikoversicherungen auf. So treibt der Mikrofinanzsektor seit den 1990er-Jahren die Inklusion armer Bevölkerungsgruppen voran. Es gibt Forscher_innen, die in dieser Entwicklung die Inklusion „der Armen“ in transnationalen Wertschöpfungs-, und Konsumketten sehen (vgl. Sabrow/Marder 2014; Wichterich 2016). Anfang der 2000er-Jahre hat sich dieses Konzept erweitert auf sogenannte Mikrofinanzprodukte. Dahinter verbergen sich z. B. Spar-, Versicherungs- und Geldtransferdienstleistungen. Dieser Idee liegt die Annahme zugrunde, dass die neuen Kunden_innen nicht wie bei Mikrokrediten das Geld erst erwirtschaften müssen, sondern es eigentlich schon besitzen (vgl. Sabrow/Marder 2014: 176). Dies stellt eine Strategie dar, die sich nach dem Scheitern der Strukturanpassungsmaßnahmen etablierte. Infolgedessen erklärte die Weltbank in den 2000er-Jahren „pro-poor“ und „inklusives“ Wachstum als strategischen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Wie bei den Klimaversicherungen geht es dabei um die Marktinklusion von sozialen Gruppen, die bisher von diesem ausgeschlossen waren (vgl. Wichterich 2016). Hier deutet sich die konsequente Durchdringung der gesamten Gesellschaft mit neoliberalen Prinzipien an, durch die es unter anderem zum Outsourcing von Staatsfunktionen kommt. Dies ist ein Schlüsselmerkmal „transnationaler Gouvernamentalität“, wie Ferguson und Gupta es nennen (vgl. Ferguson/Gupta 2005:115). Die Sozialanthropologin Aihwa Ong warnt davor, Neoliberalismus als eine Welle zu verstehen, die von den dominanten Staaten des globalen Nordens in den globalen Süden schwappet. Stattdessen macht sie sich dafür stark, die komplexe Assemblage zu fokussieren, in der sich der Neoliberalismus ausbreitet und entwickelt. Der Neoliberalismus ist keine konsistente Ideologie, sondern vielmehr ein flexibles Konglomerat, welches sich den jeweiligen geografischen und historischen Kontexten anpasst (vgl. Ong 2007).

Wie erfolgreich der Hype um Klimaversicherungen ist, zeigt sich darin, dass er mittlerweile sogar auch von humanitären Akteuren und NGOs mitgetragen wird:

„Damit dieser Schutz auch den ärmsten Menschen zur Verfügung steht, bieten die in der internationalen Act Alliance organisierten Hilfswerke ihre Unterstützung bei der Umsetzung entsprechender Versicherungskonzepte vor Ort an“ (Behn 2015).

Wenig bis gar nicht problematisiert wird hier die Frage, wie angesichts verschuldeter Staaten im Süden und der geringen Liquidität der Betroffenen diese Konzepte tatsächlich finanziert werden können. Kritiker_innen verweisen ferner darauf, dass dabei Märkte involviert sind, in denen mit Spekulationen auf Katastrophenanleihen oder sogenannten Wetterderivaten (Wetten auf Wetter) Profite erwirtschaftet werden. Hier zeigt sich ein marktbasierendes Instrument, welches den Klimawandel letztlich nicht strukturell bekämpft, sondern die Betroffenen im Rahmen von neoliberaler Umstrukturierung in (neue) Märkte integrieren und ein Investitionspotenzial schaffen will (siehe Kapitel 8). Das Aufkommen von Klimarisikoversicherungen kann als Folge des allgemeinen Privatisierungstrends gedeutet werden, der nach William Walters besonders machtvoll ist: „Privatization is a highly political strategy, but the discourse of governance almost encourages us to regard it as a natural, inevitable response to increasing complexity“ (Walters 2004: 41).

Über die tatsächliche Nachfrage nach diesen Finanzprodukten ist bisher noch wenig bekannt. Erste Hinweise auf die Probleme der Umsetzung gibt Simone Ruiz von der „Allianz Climate Solutions“, die auch Teil von MCII ist:

„Über Mikroversicherungen gewährleistet die Allianz (Versicherung) aktuell mehr als 40 Millionen Menschen in den vulnerabelsten Ländern Versicherungsschutz. Allerdings ist bei unseren Mikrokunden bisher die Nachfrage nach klimaspezifischen Produkten wie Hausratsversicherungen gering, die Risiken sind zu sporadisch und nicht greifbar für die Kunden. Unmittelbare Risiken wie Lebens- und Krankenversicherung stehen höher im Kurs und machen den Großteil unseres Mikroversicherungsportfolios aus“ (vgl. Ruiz 2015: 53).

Dieses Zitat gibt einen Hinweis darauf, dass wenig bis gar nichts bekannt ist über diese Seite der Implementierungsprozesse. Eine Studie des Leipziger Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung in Zusammenarbeit mit der Universität Oregon stellt die sozialökologischen Nebeneffekte von Versicherungen heraus. So droht laut ihrer Untersuchung etwa der soziale Zusammenhalt unter den Bäuer_innen durch spezielle Agrar-Versicherungen zu schwinden. Während Bäuer_innen sich bisher nach größeren Ernteverlusten in der Regel gegenseitig halfen, kann es nun dazu kommen, dass ein_e versicherte_r Bäuer_in einem anderen nicht mehr hilft, da dieser sich auch selbst hätte versichern können. Auch haben die Versicherungen Einfluss auf die Biodiversität, da die Versicherungskonzepte an feste Anbaukulturen gekoppelt sind und damit Monokulturen fördern, die anfälliger sind für Umweltrisiken (vgl. Müller/Johnson/Kreuer 2017).

11.3 Zwischenfazit: Märkte und Selbstverantwortung

Aktivierung, Selbstverantwortung und Eigeninitiative sind zu leitenden Paradigmen in der Klima-Governance geworden, die sich in den Trend der Neoliberalisierung der Klimapolitik und der Individualisierung von Risiken einfügen. Dabei habe ich gezeigt, dass die Idee der Klimafinanzierung ursprünglich eine Forderung aus dem globalen Süden war, die auf Widerstand im globalen Norden stieß und durch die Idee der Klimaversicherungen verwässert wurde und sich mittlerweile die Interessen des globalen Nordens in den Vordergrund geschoben haben. In das „policy making“ involviert sind auch Akteure aus der Versicherungsbranche, die an der Idee, Staaten und die Betroffenen des Klimawandels gegen Risiken abzusichern, arbeiten und dazu notwendiges Wissen produzieren.

Die Selbstoptimierung der Communitys oder der Betroffenen selbst wird u. a. zum Ziel des neoliberalen Regierens. So werden Risiken nicht länger nur gesamtgesellschaftlich abgesichert, sondern jedes Individuum trifft auch selbst die Entscheidung über eine private Vorsorge (vgl. Oels 2010: 174f.). So überrascht es nicht, dass letztlich die Betroffenen selbst in die Verantwortung genommen werden sich zu retten – etwa durch die Entscheidung zu migrieren oder, wie ich zeigen konnte, eine Versicherungspolice abzuschließen. William Walters erkennt generell in der Politik des Selbstmanagements eine Entwicklung, die letztlich Debatten über politische Konflikte bzw. Kämpfe verdrängt:

“The poor are recognized as political subjects only insofar as they might become responsible partners within the proliferating networks of governance. These groups are defined from the point of view of their possible/potential inclusion within this system of self-management. Governance discourse will not concede that its ‘others’ may have interests that are fundamentally incompatible or antagonistic to the present order of power, that their ‘exclusion’ is a structural effect rather than a remediable anomaly, or that inclusion would imply a fundamental reordering of this system” (Walters 2004: 36).

Walters Governance-Perspektive verweist auf den depolitisierenden Effekt der Figur Umwelt_migration und der mit ihr verknüpften politischen Idee des Selbstmanagements. Diesen Effekt stellt auch Sara Nash fest. So habe die erfolgreiche Etablierung der Figur Umwelt_migration u. a. auch zur Folge, dass Forderungen nach Klimagerechtigkeit nicht mit demselben Nachdruck beworben würden wie die nach dem Management von Migration:

“The environmental migration discourse is gaining around, and the other discursive elements, in particular calls for climate justice and protection concerns which are present in discussions concerning forced migration and disasters are not as coherently promoted as the environmental migrations management discourse” (Nash 2016: 209).

Der Erfolg dieses Projektes basiert auf neoliberalen Entscheidungen in den 1980er-Jahren, die dazu führten, dass jene Staaten des globalen Südens, die jetzt stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, häufig durch Kreditauflagen der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds gezwungen wurden, die Leistungen für die sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren oder staatliche Infrastruktur abzubauen. Hier wurden also genau die Strukturen geschwächt, die der Bevölkerung jetzt in der Notsituation Sicherheit hätten bieten können (vgl. Schumacher 2015: 16). Kritische Forschungsarbeiten machen darauf aufmerksam, den Klimawandel nicht allein als Umweltkrise, sondern auch als Sozial- und Wirtschaftskrise zu verstehen. Im allgemeinen Klimadiskurs würden jedoch Krisen wie Vertreibung oder Hunger als direkte Folgen des Klimawandels dargestellt, was einer rhetorischen Naturalisierung sozialer und globaler Ungleichheit gleichkomme (vgl. Bauriedl 2015: 12).

12 Fazit: Klima_fucht-Policy

*“It is very technical. You can forget for whom you are fighting for!”
(NGO-Mitarbeiter während des Klimagipfels in Marrakesch 2016)*

Der vorliegenden genealogisch-ethnografischen Policy-Analyse, die einer kulturalanthropologischen Herangehensweise folgt, ist es – aufgrund ihrer analytischen Distanz zur hegemonialen Problemsetzung eines „Protection Gap“ hinsichtlich Umweltflucht – gelungen, die Aushandlungsprozesse in den Fokus der Untersuchung zu rücken. Dabei war von Beginn an die Annahme zentral, dass Klima_fucht nicht nur von Nationalstaaten und von EU-Institutionen verhandelt wird, sondern sich das „policy making“ in einem komplexen „wissensbasierten Regierungsnetzwerk“ (Hess 2014) abspielt, welches die unterschiedlichsten Akteure, Diskurse und Praktiken miteinander verknüpft (Kapitel 2 und 3). Eine mitgehende und konstruktivistische Forschungshaltung, die einem „studying through“ (vgl. Shore/Wright 1997; Hess 2014) folgte, führte zu den zentralen Akteuren und Verhandlungsorten, die es ethnografisch zu erkunden galt, um das „doing“ von Politiken und Diskursen in den Interaktionen der beteiligten Akteure zu untersuchen.

Der Titel meiner Arbeit, „Please Mind the Gap“, spielt darauf an, dass Lücken – die Wissenslücke (Knowledge Gap) und die Schutzlücke (Protection Gap) – von zentralem Erkenntnisinteresse sind. Dabei zeigte sich nicht nur, dass die Grenzen

zwischen Wissenschaft und Politik durchlässig, sondern auch, dass Wissen und Macht auf vielfältige Art und Weise miteinander verstrickt sind. Mit dieser Perspektive ergänzt die vorliegende Arbeit die kritische Klima_fluchtforschung um die Analyseperspektive des Wissensregimes, und es gerieten transversale Aushandlungen und Emergenzen in den Forschungsfokus. Die leitenden Forschungsfragen waren dabei:

- Welche Erzählungen und Diskurse haben die Figur des Klima_flüchtlings hervorgebracht und dessen Rechtsstellung problematisiert?
- Wie ist die Wissensproduktion um die Figur des Klima_flüchtlings mit Regierungstechniken des europäischen Migrations- und Grenzregimes verbunden?

Im Folgenden werden sechs zentrale Ergebnisse der Studie vorgestellt.

(1) Die Forderung nach mehr Wissen stellt eine Regierungstechnologie dar.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass diverse Akteure in die Wissensproduktion über Klima_flucht investieren bzw. selbst in die Wissensproduktion eingebunden sind. Dies ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Regierung von Migration spezifische Wissensformen voraussetzt (vgl. Braun et al. 2018). Infolgedessen kann Wissen eine derartig machtvolle Rolle im „policy making“ einnehmen.

Die auf den ersten Blick vermeintlich faktenorientierte, rationale Strategie, Wissen zu produzieren bzw. Migrationsprozesse erst besser zu verstehen, bevor sie politisch reguliert werden können, wurde als eine Regierungstechnologie herausgearbeitet. Es zeigte sich, dass diverse, machtvolle Akteure aus dem globalen Norden mit ihrer Wissensproduktion zentralen Einfluss auf die Umwelt_flucht-Policy nehmen und an deren (Weiter-)Entwicklung mitwirken (Kapitel 8, 9, 10 und 11). Die Wissensproduktion ist also als situiert (Haraway 1988) zu verstehen, d. h. Wissen ist nicht per se objektiv.

Der Arbeit ist es wichtig, politisches Handeln nicht auf die Umsetzung wissenschaftlicher „Wahrheit“ zu verkürzen. Vielmehr handelt es sich um ein komplexes Wissensregime, in dem diverse Akteure nicht nur finanziell, sondern auch ganz praktisch im Hinblick auf die Implementierung von Politiken zur Regulierung von (Umwelt_)Migration aufeinander angewiesen sind. In dieser komplexen Machtformation ist die Konsensfindung begleitet von Aushandlungen. Dies zeigte sich im Politikfeld exemplarisch am Widerstand der EU gegenüber der asylpolitischen Anerkennung des Fluchtgrundes Klimawandel oder anhand der Genese der Figur Klima_migration (Kapitel 4 und 9). Diese Entwicklungen führten aber nicht dazu, dass die Figur aus dem politischen Interesse verschwand, sondern das Thema blieb angesichts eines Handlungsdrucks, der durch die Wissensproduktion zahlreicher Akteure generiert wurde, zentral und es kam zur Initiierung politischer Prozesse wie der „Disaster Risk Platform“ (Kapitel 7.5.2). In der Ausgestaltung von politischen Prozessen wurde deutlich, dass die Staaten einen reinen „Expert-Approach“ für die

Regierung von Umwelt_flucht ablehnen und auch weiterhin als zentrale politikgestaltende Akteure auftreten. Dies jedoch, wie ich zeigte, in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Akteuren, die in das „policy making“ eingebunden werden und politische Maßnahmen mitentwickeln.

Diverse machtvolle Interessen nehmen also Einfluss auf die Ausgestaltung der Umwelt_flucht-Policy, daher erschien ein Mapping als die geeignete Methode, um Einblicke in die relevanten Akteure des Politikfeldes, deren institutionellen Hintergründe und deren Interaktionen zu geben. Es zeigte sich ein weites Akteursfeld, das von UN-Organisationen und globalen Migrationsagenturen bis hin zu lokal und global operierenden Umweltverbänden und Versicherungskonzernen reicht (Kapitel 7).

(2) Die Figur des Umwelt_flüchtlings ist – von Beginn an – umkämpft und Resultat von Auseinandersetzungen.

Der Arbeit war es wichtig, die spezifische Problematisierung der fehlenden Rechte für Umwelt_flüchtlinge zu hinterfragen und zu zeigen, wie die Figur regierbar gemacht wird bzw. wie eine politische Intervention als notwendig dargestellt wird. Es wurden zwei Aspekte herausgearbeitet, die ich als zentral für die Konstitution des Politikfeldes erachte: Zum einem die Konstruktion eines Problembewusstseins über die Prognose massenhafter Umwelt_flucht und zum anderen die Konjunkturen des Themas, die darauf zurückführen sind, dass die Figur ein Vehikel der internationalen Umwelt- bzw. Klimapolitik darstellt (Kapitel 5, 6 und 8).

Das Narrativ der Millionen Klima_flüchtlinge ist trotz aller wissenschaftlichen Kritik auch 30 Jahre nach seiner Entstehung immer noch populär. Dies steht im Zusammenhang mit der anhaltenden politischen Brisanz von Migrationsthemen im Allgemeinen bzw. deren Versicherheitlichung (Kapitel 6). Hier wurde herausgearbeitet, dass nationale Souveränität bzw. die Angst vor deren Verlust ein zentraler Aspekt der Umwelt_flucht-Policy ist.

Das Bild der massenhaften Klima_flucht ist seit jeher fester Bestandteil des Diskurses, gerade weil es sich in hegemoniale Diskurse über Migration und in das stereotype Bild des überforderten globalen Südens einfügt. Auch wenn das Zahlenspektakel keine außergewöhnlichen klima- oder migrationspolitischen Maßnahmen zur Folge hat, handelt es sich bei der „politics of refugee numbers“ (Stier/Heller/DeGenova 2016) um eine machtvolle Strategie, die Klima_flucht zum Problem erklärt und die Figur auf die politische Agenda gerückt hat.

Nationalstaatliche Blockaden gegenüber der asylopolitischen Regulierung der Figur bestehen seit ihrer politischen Geburt in den 1980er-Jahren und haben bis heute massiven Einfluss auf das „policy making“ (vgl. UNEP 1985). Diese Haltung wurde in den Kontext des staatlichen Umgangs mit Flucht und Migration gesetzt und führte zu einer Auseinandersetzung mit der „national order of things“ (Malkki 1995). Diese Analyseperspektive lokalisiert die Figur vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen und Machtasymmetrien, die Migrationsregimen inhärent sind, und war dazu geeignet, das „Protection Gap“ zu problematisieren.

Die Rechtsstellungsdebatte, die zeitweise auch in der EU dazu führte, Studien über die Entwicklung potenzieller Rechtsnormen zu erarbeiten und zu diskutieren, ist marginal geworden bzw. tendenziell eher verschwunden. Es wurde gezeigt, dass sich diverse Akteure vielmehr für die Etablierung von Klima_flucht auf der klimapolitischen Agenda stark machen, und das sogar mit einem gewissen Erfolg. Diese Entwicklung wurde in den Kontext des Begriffs Klima_migration gesetzt, der zu einem Mainstreaming der Figur beitrug (Kapitel 9).

(3) Die Regierung von Umwelt_flucht durch die EU ist maßgeblich durch das Paradigma des Migrationsmanagements geprägt.

Es lässt sich resümieren, dass die eigentlich höchst politische Frage der Regierung von Umwelt_flucht innerhalb eines vermeintlich technokratischen Management-Ansatzes verhandelt wird. Die vorliegende Studie hat einen diskursiven und politischen Wandel von Klima_flucht zu Klima_migration herausgearbeitet. Dieser Aspekt wird als „work of policy“ (Shore/Wright/Però 2011) verstanden, denn die Kategorisierung ist entscheidend für die politische Bearbeitung des Themas, indem sie den politischen Handlungsspielraum absteckt, bestimmte Maßnahmen ermöglicht und andere ausschließt. Anhand der Genese der Figur Umwelt_migration wurde deutlich, dass die IOM mit ihrem Mandat und ihrer Wissensproduktion zentralen Einfluss auf das diskursive und politische Terrain des Politikfeldes nimmt, und es wurde deutlich, wie die Idee „Migration als Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel“ hegemonial wurde (Kapitel 9).

Es hat sich ein Politikfeld formiert, das Umwelt_flucht ganz im Sinne der EU bzw. des globalen Nordens in das bestehende Projekt des Migrationsmanagements einfügt. Die Diskursivität und machtvollere Stellung der EU hat dazu geführt, dass „Lösungen“ für die „Probleme“ der Betroffenen jenseits des EU-Territoriums erfolgen sollen, und zwar unter der „pragmatischen“ Feststellung, dass Umwelt_flucht vor allem im globalen Süden stattfindet und folglich Lösungen vor Ort gesucht werden müssen.

Umwelt_migration erscheint aus Sicht der EU als nützlich bzw. förderungsfähig, wenn sie geregelt verläuft, auf den globalen Süden beschränkt bleibt und in Form von zirkulärer Arbeitsmigration stattfindet. Unter der Prämisse eines „Triple-Win“ wird suggeriert, dass bei einer erfolgreichen Regierung von Umwelt_migration sowohl die Migrant_innen selbst als auch die Herkunfts- und Zielländer von Migration profitieren werden. Angesichts globaler Machtverhältnisse kann dieses Projekt mit sehr großer Skepsis betrachtet werden (Kapitel 10). Es wurde die Funktionsweise europäischer Grenzkontrollpolitiken herausgearbeitet, die als eine „Biopolitisierung von Grenzen“ beschrieben werden kann: eine Regierungstechnologie, die Individuen diszipliniert, Mobilität reguliert und Arbeitskräfte steuert (Walters 2011a). Diese politische Einordnung der Figur in das Paradigma des Migrationsmanagements stellt einen zentralen Mehrwert der vorliegenden Studie dar und erweitert die kritische Klima_fluchtforschung um diesen Aspekt.

(4) Eine zentrale Regierungstechnologie ist die binäre Unterscheidung zwischen Flucht und Migration.

Abseits der Frage, wie sinnvoll eine neue Kategorie Umwelt_flüchtlinge tatsächlich ist, ist die Benennung und Klassifizierung von Migration ein Teil ihrer Regierung (vgl. Karakayali 2008; Scherschel 2011a; 2011b). Das migrationspolitische Raster, welches die Grundlange der Rechtsstellungsdebatte bildet, war Gegenstand der Policy-Analyse, und migrationspolitische Kategorien wurden innerhalb sozialer Kämpfe sowie politischer Prozesse verortet und eine positivistische Ordnungsvorstellung in Frage gestellt (Kapitel 4).

Es konnte gezeigt werden, dass sich ein ordnungspolitisches Raster herausgebildet hat, das unterscheidet zwischen der Förderung sogenannter „well-managed“ Süd-Süd-Migration und regionaler Mobilität (Umwelt_migrationmanagement) einerseits, andererseits einem Ansatz, der zwar keine Rechte, aber die Unterstützung und den Aufbau von Lösungen für Vertriebene anstrebt („Disaster Displacement Platform“). Während die EU bereits über Instrumente für den Umgang mit Süd-Süd-Migration, also Migration außerhalb ihres Territoriums, verfügt, ist sie in Kooperation mit anderen Staaten noch dabei, Standards für die, wie sie es nennt, „environmentally displaced persons“ zu entwerfen (vgl. European Commission 2013: 14).

Die Idee „Klima-Asyl“, die im globalen Norden aufkam und hier zeitweise seitens NGOs und Wissenschaftler_innen vorangetrieben wurde, konnte sich auf politischer Ebene nicht durchsetzen. Wissenschaftlich und politisch wird mittlerweile zwischen verschiedenen Umwelt_migrationstypen unterschieden: Katastrophenvertriebenen (Disaster-Induced Cross-Border Displacement), Umwelt_migration sowie Immobilität (Trapped Populations).

Einer kritischen Analyse geht es darum, solche Kategorien auf ihre machtpolitischen Implikationen hin zu untersuchen. Die folgende Übersicht zeigt, wie die verschiedenen Kategorien mit je spezifischen Formen des Regierens verknüpft sind:

Maßnahmen, politische Programme	Migrationspolitische Kategorien
Disaster Displacement Platform, Nansen-Schutzagenda, humanitäre Katastrophenhilfe	Disaster-Induced Cross-Border Displacement
GAMM, Anpassungspolitiken, bilaterale Migrationsübereinkommen, Migrationsmanagement	Umwelt_migration – temporäre Arbeitsmigration
„Pro Poor“ Insurance, InsuResilience	Immobilität

Ausschlagend für diese Ordnung ist, dass all diese Kategorien gerade keine internationalen Schutzverpflichtungen implizieren. Die Entwicklung sogenannter „soft laws“ erhält in den letzten Jahren zunehmend politische Relevanz. Die „soft laws“ beinhalten keine Rechte, sondern koordinieren lediglich staatliches Handeln und bieten Leitlinien an. Was hier zum Ausdruck kommt, ist der zunehmende Bedeutungsverlust der Kategorie Asyl. So lässt sich in der Klima_flucht-Policy beobach-

ten, dass rechtsbasierte Lösungen im Sinne eines individuellen Asylrechts bzw. die Implementierung universalistischer, menschenrechtlicher Konventionen nur noch als „Versatzstücke eines Menschenrechtsdiskurses“ (Hess/Karakayali 2007: 52) Einfluss auf das „policy making“ nehmen. So gibt es im Rahmen der „Disaster Displacement Platform“ noch eine internationale Debatte über den Schutz von Menschen, die nach einer Umweltkatastrophe fliehen, aber diese setzt sich angesichts der politischen Ausgangslage bewusst nicht für eine neue rechtsverbindliche Konvention ein und lehnt den Begriff Klima_flüchtling ab. Ihr Mandat, die „Nansen-Agenda“, beinhaltet lediglich eine sogenannte „Toolbox“, die politische Vorschläge enthält, etwa temporäre Abschiebestopps für Menschen aus gefährdeten Regionen oder Empfehlungen zur Katastrophenvorsorge und zur Anpassung an den Klimawandel (vgl. Nansen Protection Agenda 2015: 22).

(5) Neoliberales Denken ist tief in die Umwelt_flucht-Policy eingeschrieben, mit dem Effekt einer Individualisierung von Risiken.

Es wurde deutlich, dass unter dem Paradigma des Umwelt_migrationsmanagements eine Disziplinierung von Umwelt_migrant_innen als Subjekte der Anpassung an den Klimawandel stattfindet (Kapitel 10). Aktivierung, Resilienz, Selbstverantwortung und Eigeninitiative der Betroffenen sind Chiffren dieser Politik – eine Regierungsform, die Skepsis hervorrufen sollte, obwohl sie eigentlich suggeriert, dass die Autonomie der Betroffenen im Mittelpunkt steht. Was sollte daran falsch sein? Genau hier liegt die Krux dieser Art „weicher Politiken“, und so wurde das Resilienz-Konzept einer kritischen Analyse unterzogen. Es wurde herausgearbeitet, wie das Konzept und das Migrationsmanagement strukturelle Fragen über Klimawandel und Migration sowie die ihnen immanenten Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse ausblendet. Diese Entwicklung geht einher mit dem Trend der Entpolitisierung politischer Probleme, mit der Folge, die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die Bewältigungskompetenz Einzelner abzuwälzen und sie als technische Managementpolitik inszenieren zu können.

Hier sehe ich einen wichtigen Anknüpfungspunkt für weitere Forschungsarbeiten, die auch dazu geeignet sind zu zeigen, wie die Wissensproduktion privatwirtschaftlicher Akteure Einfluss auf das „policy making“ nimmt sowie zum Trend der Privatisierung gesellschaftlicher Verantwortung beiträgt. Hierbei können aus meiner Sicht eine kritische Auseinandersetzung mit der Figur der „Trapped Populations“ und eine Analyse von Klimaversicherungen einen neuen wichtigen Forschungsfokus in der kritischen Klima_fluchtforschung darstellen.

(6) Die Gouvernentalisierung der Klima_flucht-Policy.

Mit Blick auf die Frage, mit welchen Regierungstechnologien die Figur verknüpft ist, wurden in dieser Arbeit Wissensregime, Subjektfiguren und politische Technologien herausgearbeitet, auf denen die Regulierung und Kontrolle von Umwelt_migration beruht. Diese sind im Folgenden zusammengefasst:

Differenzierung zwischen verschiedenen migrationspolitischen Kategorien, die Wissensproduktion und der Austausch von Wissen, die Kooperation mit Staaten und diversen Akteuren in und außerhalb der EU, die Förderung von temporärer (Arbeits-)Migration als Anpassungsstrategie an den Klimawandel, Externalisierung und deterritoriale Grenzpolitiken, Individualisierung von Klimarisiken, Selbstmanagement, Adaptionpolitiken, Rücküberweisungen, private Vorsorge bzw. Klimaversicherungen, Depolitisierung von Fluchtursachen.

Diese verschiedenen Regierungstechnologien harmonisieren nicht zwingend miteinander und verfolgen auch keine gemeinsam geteilte Logik oder einen Masterplan. Es handelt sich vielmehr um verschiedene Techniken, die koexistieren und die sich teils produktiv, teils hemmend verbinden. Ich habe gezeigt, dass der mit dem Managementansatz einhergehende Pro-Mobilitäts-Diskurs keinen progressiven politischen Wandel darstellt, sondern verknüpft ist mit spezifischen politischen Regierungstechnologien wie der Externalisierung des europäischen Grenzregimes und der Selektion und Verwertbarkeit von Migration. Migrationspolitisch geht es dabei nicht um die komplette Abschottung Europas, sondern um einen strategischen Umgang mit Mobilität sowie Immobilität und um Kontrollpolitiken, die über die EU-Staaten hinaus andere Staaten und diverse Akteure in die Regierung der Migration mit einbinden (vgl. Mezzadra 2009; Cuttitta 2010). Es findet eine Gouvernentalisierung der Klima_flucht-Policy statt, die als eine die Betroffenen aktivierende, durch und nicht gegen sie wirkende Regierungsweise auf das Leben der Individuen einwirkt. Somit rücken die Ursachen der globalen Erwärmung und die Frage der Installation von Rechten für die Betroffenen in den Hintergrund. Hier zeichnet sich eine machtvolle, neoliberale Formation ab. Migration und der Klimawandel werden in dieser Logik anhand von marktorientierten Maßnahmen gemanagt. Diese Regierungstechnologie ist Teil eines komplexen Grenz-, Migrations- und Klimaregimes, in dem unterschiedliche Programmatiken flexibel zusammenwirken.

Es sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, dass die Fluchtursache Klimawandel nicht ernst zu nehmen sei. Vielmehr ist es zu begrüßen, dass die Figur Klima_flucht Eingang in Debatten über Migration und Klimawandel gefunden hat. Jedoch zeigte sich in der vorliegenden Arbeit, dass die jetzige Konstitution der Umwelt_flucht-Policy massiv dazu beiträgt, die Selektion und Verwertbarkeit von Migration weiter voranzutreiben. Wenn es tatsächlich darum gehen sollte, über die Entwicklung emanzipatorischer Politiken für die Betroffenen nachzudenken, sollte eine Engführung der Debatte auf „Anpassung an den Klimawandel“ und Katastrophenvorsorge vermieden werden. Vielmehr sollten die Betroffenen selbst als machtvolle Akteure des Politikfelds wahrgenommen werden und partizipieren können: Die „Climate Warriors“ aus dem Pazifik fordern kein Klima-Asyl, sondern Klimagerechtigkeit oder anders gesagt: „System Change, not Climate change!“

13 Literaturverzeichnis

- Adam, Jens (2018): Paradoxien des A-/Politischen: Anthropologische Perspektiven auf humanitäre Hilfe und ihr Beitrag zu einer Humanitarismuskritik. In: Dimensionen des Politischen Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft herausgegeben von Johanna Rolshoven und Ingo Schneider. Berlin: Neofelis Verlag, 305–320.
- (2014): Rezension zu: Feldman, Gregory: The Migration Apparatus. Security, Labor, and Policymaking in the European Union. In: H-Soz-Kult. Verfügbar unter: www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-18261 (09.11.2019).
- (2011): Rezension zu: Shore, Cris; Susan Wright, Davide Però (Hg.): Policy Worlds. Anthropology and the Analysis of Contemporary Power. In: H-Soz-Kult. Verfügbar unter: <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-16210> (14.12.2017).
- Adam, Jens & Vonderau, Asta (Hg.) (2014): Formationen des Politischen: Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: transcript.
- Adler, Emmanuel (1992): The Emergence of Cooperation: National Epistemic Communities and the International Evolution of the Idea of Nuclear Arms Control. In: Cambridge Journals 46 (1), 101–145.
- Advisory Group on Climate Change and Human Mobility (2015): Climate Change and Human Mobility Solution Agenda – Resilience. Paris COP 21. Verfügbar unter: <https://www.unhcr.org/uk/557ad0429.pdf> (14.12.2017).
- (2014): Human Mobility in the Context of Climate Change. Recommendations from the Advisory Group on Climate Change and Human Mobility. COP 20 Lima. Verfügbar unter: <https://www.iom.int/files/live/sites/iom/files/pbn/docs/Human-Mobility-in-the-context-of-Climate-Change.pdf> (14.12.2017).
- Allianz (2017): Hauptversammlung der Allianz SE am 3. Mai 2017. Verfügbar unter: https://www.allianz.com/v_1492607843000/media/investor_relations/de/hauptversammlung/archiv_1999_2016/hv-2017/hv-2017-gegenantraege.pdf (19.12.2017).

- Althusser; Louis (1972): Vom Kapital zur Philosophie von Marx. In: Das Kapital lesen, herausgegeben von Louis Althusser und Etienne Balibar. Reinbek: Rowolth, 11–93.
- Ammer, Margit; Hafner, Gehard; Nowak, Manfred & Stadlmayr, Lisa (2009): Entwicklung von Vorschlägen zur Rechtsstellung und rechtlichen Behandlung von Umweltflüchtlingen. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau: Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte.
- Amnesty International; Brot für die Welt; Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen; Germanwatch; Medico international; Oxfam Deutschland & Pro Asyl (2013): Auf der Flucht vor dem Klima. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2019-08/Amnesty-Broschuere-Auf-der-Flucht-vor-dem-Klima-Januar-2013.pdf> (14.12.2017).
- Andrijasevic, Rutvica & Walters, William (2010): The International Organization for Migration and the International Government of Borders. In: Environment and Planning D: Society and Space 28 (6), 977–999.
- Angenendt, Steffen (2007): Die Steuerung der Arbeitsmigration in Deutschland Reformbedarf und Handlungsmöglichkeiten. Bonn: Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Arnall, Alex (2015): Understanding everyday Perceptions: The ‘third wave’ of Climate Change and Migration Research? Verfügbar unter: <http://blogs.reading.ac.uk/walker-institute-climate-news/2015/09/10/opinion-understanding-everyday-perceptions-the-third-wave-of-climate-change-and-migration-research/> (14.12.2017).
- Asian Correspondent (11.04.2011): What happened to the Climate Refugees? Verfügbar unter: <https://asiancorrespondent.com/2011/04/what-happened-to-the-climate-refugees/> (14.12.2017).
- Aufvenne, Philipp & Felgentreff, Carsten (2013): Umweltmigranten und Klimaflüchlinge – zweifelhafte Kategorien in der aktuellen Debatte. In: Migration und Umwelt, herausgegeben von Martin Geiger und Carsten Felgentreff. IMIS-Beiträge 44. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, 19–44.
- AXA Group (2012): Press Release. Where the Rain falls: a Study showing how Populations adapt their Behaviours to Climate Change and to Food Insecurity. Verfügbar unter: https://cdn.axa.com/www-axa-com%2F3777da87-0d59-4ce1-a9fc-15dfb450b23d_axa_pr_20121129b.pdf (20.12.2017).
- AXA Research Fund Website: Climate Change Impacts and the Global Transformation of Migration Patterns towards new Normative Frameworks. François Gemenne. Verfügbar unter: <https://www.axa-research.org/en/projects/francois-gemenne> (14.12.2017).

- Baer, Susanne (1998): *Inexcitable Speech*. Zum Rechtsverständnis postmoderner feministischer Positionen in Judith Butlers „Excitable Speech“. In: *Kritische Differenzen – geteilte Perspektiven*, herausgegeben von Antje Hornscheidt, Gabriele Jähnert und Annette Schlichter. Opladen: Springer VS.
- Baldwin, Andrew (2017): *Conclusion: On the Politics of Climate Change, Migration and Human Rights*. In: *Climate Change, Migration and Human Rights*, herausgegeben von Dimitira Manou, Andrew Baldwin, Dug Cuhbie, Anja Mihr und Teres Throp. London: Routledge, 219–225.
- (2012) *Orientalising Environmental Citizenship: Climate Change, Migration and the Potentiality of Race*. In: *Citizenship Studies* 16 (5–6), 625–640.
- Baldwin, Andrew & Bettini, Giovanni (Hg.) (2017): *Life Adrift*. Climate Change, Migration, Critique. London: Rowmann & Littlefield.
- Baldwin, Andrew; Methmann Chris & Rothe, Delf (2014): *Securitizing ‘climate refugees’: the Futurology of Climate-induced Migration*. In: *Critical Studies on Security* 2 (2), 121–130.
- Balibar, Etienne (2003): *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- (1991): *Es gibt keinen Staat in Europa: Racism and Politics in Europe Today*. In: *New Left Review* 186, 5–19.
- Barnett, Jon & Campbell, John (2010): *Climate Change and Small Island States: Power, Knowledge, and the South Pacific*. London; Washington, D.C.: Earthscan.
- Bauriedl, Sybille (2017): *Klimawandel und Patriarchat. Flihen Frauen vor Klimakatastrophen oder vor Ungleichheitsverhältnissen?* Verfügbar unter: https://klimadebatte.files.wordpress.com/2017/06/bauriedl2017_klimawandel-patriarchat_frauensolidaric3a4t140.pdf (21.05.2018).
- (2015a): *Klimapolitik verstärkt globale und soziale Ungleichheiten*. In: *PROKLA* 181 (4), 629–636.
- (Hg.) (2015b): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript.
- (31.8.2016): *Blog zur Klimadebatte. Kritik der Schlüsselbegriffe internationaler Klimapolitik und Klimaforschung*. Verfügbar unter: <https://klimadebatte.wordpress.com/author/bauriedl/> (14.12.2017).
- Beck, Silke (2011): *Zwischen Entpolitisierung von Politik und Politisierung von Wissenschaft: Die wissenschaftliche Stellvertreterdebatte um Klimapolitik*. In: *Politik im Klimawandel*, herausgegeben von Suzanne S. Schüttemeyer. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 239–258.

- Becker, Marlene; Hofmann Rebecca (2011): Tagungsbericht: Environmental Change and Migration in Historical Perspective, 04.08.2011–06.08.2011 Munich, Germany, in: H-Soz-Kult. Verfügbar unter: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3908> (14.12.2018).
- Becker, Marlene (2015): Rethinking Klima_flucht. In: Themenheft Grün, herausgegeben von Nadine Wagner-Böck. Kulturen. Volkskunde in Niedersachsen: Volkskundliche Kommission für Niedersachsen e. V.
- Bedall, Philip (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. Bielefeld: transcript.
- Behn, Andreas (2015): Eine Police gegen Klimaschäden. Verfügbar unter: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/eine-police-klimaschaeden> (14.12.2017).
- Benda-Beckmann, von Franz (2001): Legal Pluralism and Social Justice in Economic and Political Development. In: IDS Bulletin 32 (1), 46–56.
- Benda-Beckmann, von Frank & Benda-Beckmann, von Keebet (2007): Gesellschaftliche Wirkung von Recht. Rechtsethnologische Perspektiven. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.
- Berlingske (05.12.2009): Denmark huser klimaflygninge. Verfügbar unter: <https://www.berlingske.dk/nyheder/danmark-huser-klimaflygninge> (20.12.2017).
- (06.12.2009): DF vil ikke have klimaflygninge i Danmark. Verfügbar unter <http://www.b.dk/klima/df-vil-ikke-have-klimaflygninge-i-danmark> (20.12.2017).
- Bettini, Giovanni (18.11.2015): What Can and Should We Expect from COP21 on Climate Migration? Verfügbar unter: <http://www.transre.org/en/blog/what-can-and-should-we-expect-cop21-climate-migration/> (26.04.2018).
- (2013a): Climatized Moves. Climate-induced Migration and the Politics of Environmental Discourse. Lund: Lund University.
- (2013b): (In)Convenient Convergences: Climate Refugees, Apocalyptic Discourses and the Depoliticization of Climate induced Migration. In: Interpretive Approaches to Global Climate Governance: (De)constructing the Greenhouse, herausgegeben von Chris Methmann, Delf Rothe und Benjamin Stephan. London: Routledge, 122–136.
- Bettini, Giovanni; Nash, Sarah Louise & Gioli, Giovanna (2016): One Step Forward, Two Steps Back? The Fading Contours of (in)justice Competing Discourses on Climate Migration. In: The Geographical Journal 183 (4), 348–358.

- Betts, Alexander (2013): The Migration Industry in Global Governance. In: *The Migration Industry and the Commercialization of International Migration*, herausgegeben von Thomas Gammeltoft-Hansen und Ninna Nyberg Sørensen. London; New York: Taylor & Francis Ltd, 45–63.
- Bieling, Hans-Jürgen; Lerche, Marika (Hg.) (2012): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Biermann, Frank (2003): *Science as Power: The Construction of Global Environmental Problems in Expert Assessments*. Conference paper: 44th Annual Convention of the International Studies Association, Portland, Oregon, 25.02-01.03.2003.
- Biermann, Frank & Boas, Ingrid (2008): Protecting Climate Refugees: The Case for a Global Protocol. In: *Environment: Science and Policy for Sustainable Development* 50 (6), 8–17.
- (2010): Preparing for a Warmer World: Towards a Global Governance System to Protect Climate Refugees. In: *Global Environmental Politics* 10 (1), 60–88.
- Bigo, Didier (2006): *Illiberal practices of liberal regimes: The (in) Security Games*. Paris: Editions L'Harmattan.
- (2002): Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease. In: *Alternatives: Global, Local, Political* 27, 63–92.
- (2000): The Mobius Ribbon. In: *Identity, Border and Order*, herausgegeben von Albert Mathias, David Jacobson und Yosef Lapid. Minneapolis: University of Minnesota Press, 91–116.
- Binder, Beate (2018): Rechtsmobilisierung. Zur Produktivität der Rechtsanthropologie für eine Kulturanthropologie des Politischen. In: *Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft*, herausgegeben von Johanna Rolshove und Ingo Schneider. Berlin: Neofelis Verlag, 51–62.
- (2014): Troubling Policies. Gender- und queertheoretische Interventionen in die Anthropology of Policy. In: *Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder*, herausgegeben von Jens Adam und Asta Vonderau. Bielefeld: transcript, 363–386.
- Bischoff, Christine; Oehme-Jüngling, Karoline; Leimgruber, Walter (2014): *Methoden der Kulturanthropologie*. Stuttgart: Utb-Verlag.
- Black, Richard (2001): Environmental Refugees: Myth or Reality? In: *New Issues in Refugee Research*. Working Paper No. 34. Geneva: UNHCR.
- Black, Richard; Bennett, Stephen; Thomas, Sandy & Beddington, John (2011): Migration as Adaptation. In: *Nature* 478, 447–449.

- Blocher, Julia (2016): Climate Change and Environment related Migration in the European Union Policy: An Organizational Shift towards Adaptation and Development. In: *Organizational Perspectives on Environmental Migration*, herausgegeben von François Gemenne und Kerstin Rosenow-Williams. New York: Routledge, 38–56.
- Bogardi, Janos & Warner, Koko (2009): Here Comes the Flood. In: *Nature Reports Climate Change*, 9–11.
- Bojadzije, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich (2011): Klimapolitik in Zeiten globaler Krisen. Alte und neue Konflikte. In: *Politik im Klimawandel*, herausgegeben von Suzanne S. Schüttemeyer. Baden-Baden: Nomos Verlag, 97–113.
- Brand, Ulrich; Demirovic, Alex; Görg, Christoph & Hirsch, Joachim (2001) (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich & Scherrer, Christoph (2005): Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. In: *Globalisierung als politische Herausforderung*, herausgegeben von Maria Behrens. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 115–129.
- Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*, herausgegeben von Alex Demirovic, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader. Hamburg: VSA-Verlag, 79–94.
- Bread for the World; Protestant Development Service & Protestant Agency for Diaconia and Development (2013): "Climate Refugees". People displaced by Climate Change and the role of the churches. Verfügbar unter: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialog_12_Climate_Refugees.pdf (20.12.2017).
- Brot für die Welt (2017): Diskussionsbeitrag. Abgesichert gegen Klimaschäden? Möglichkeiten und Grenzen von Klimarisikoversicherungen zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Verfügbar unter: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/user_upload/Analyse73_Abgesichert_gegen_Klimaschaeden.pdf (26.04.2018).
- Brown, Oli (2008): *Migration and Climate Change*. In: IOM Migration Research Series No. 31. Geneva: International Organization for Migration.

- Brunnengräber, Achim (2017): Kaum Anlass zum Feiern: Klimapolitik in der Post-Governance-Ära. Verfügbar unter: http://www.globalgovernance.de/pdfs/Brunnengraeber_WuE_11-12-2017.pdf (26.04.2017).
- (2016): Marrakesch: Vom Klimarausch zum Kater. Was bleibt von der Zeitenwende in der Klimapolitik? In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung.
- (2015): Die Tabus der internationalen Klimaverhandlungen. Konferenz in Paris wird 2-Grad-Ziel verfehlen. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung.
- (2014): Klima, Klimapolitik und tote Pferde. In: ipg-Journal. Verfügbar unter: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/nachhaltigkeit-energie-und-klimapolitik/artikel/klima-klimapolitik-und-tote-pferde-256/> (14.12.2017).
- Brunnengräber, Achim & Dietz, Kristina (2015): Klimaanpassung. In: Wörterbuch Klimadebatte, herausgegeben von Sybielle Bauriedl. Bielefeld: transcript, 127–132.
- Brunnengräber, Achim; Klein, Ansgar & Walk, Heike (Hg.) (2005): NGOs im Prozess der Globalisierung: Mächtige Zwerge, umstrittene Riesen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bruno, Isabelle; Jacquot, Sophie & Mandin, Lou (2006): Europeanization through its Instrumentation: Benchmarking, Mainstreaming and the Open Method of Co-Ordination ... Toolbox or Pandora's Box? In: Journal of European Public Policy 13 (4), 519–536.
- Brühl, Tanja (2015): Konferenzdiplomatie in der Global Governance. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Wiener Kongress. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 33–38.
- Buckel, Sonja (2013): Welcome to Europe: Die Grenze des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das Staatsprojekt Europa. Bielefeld: transcript.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2012): Klimamigration. Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- (2010): Vor den Toren Europas? Das Potential der Migration aus Afrika. Forschungsbericht Nr. 7. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2017): InsuResilience Klimarisikoversicherungen für arme und verwundbare Menschen in Entwicklungsländern. Verfügbar unter: https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/klima_und_cop23/BMZ_Infoblatt_InsuResilience.pdf (14.12.2017).

- (BMZ Website): Klimarisikoversicherungen. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikoversicherungen/index.html> (27.10.2019).
- Bundesregierung (2018): UN Gipfel zum Migrationspakt: Gemeinsam für sichere, geordnete und reguläre Migration. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gemeinsam-fuer-sichere-geordnete-und-regulaere-migration-1558350> (21.10.2019)
- Buzan, Barry; Wæver, Ole & De Wilde, Jaap (1998): *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, Colo: Lynne Rienner Publishers Inc.
- Callon, Michael (1998): An essay on framing and overflowing: economic externalities revisited by sociology. In: *Sociological Review Monograph Series: The Laws of the Markets*, 244–269.
- Campbell, Lisa M; Corson, Catherine; Gray, Noella; MacDonald, Kenneth; Brosius, Peter (2014): Studying Global Environmental Meetings to Understand Global Environmental Governance: Collaborative Event Ethnography at the Tenth Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. In: *Global Environmental Politics* 14 (3), 1–20.
- CAN News (17.11.2016): Dear Ministers, with Adapt-Love from Marrakech. Verfügbar unter: http://eco.climatenetwork.org/cop22_cmp12_cma1-eco10-2/ (14.12.2017).
- Castles, Stephen (2017): *Migration, citizenship and identity: selected essays*. Cheltenham: Elgar Publishing.
- (2010): Understanding Global Migration: A Social Transformation Perspective. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36 (10), 1565–86.
- (2002): Environmental Change and Forced Migration: Making Sense of the Debate. *New Issues in Refugee Research*. Working Paper No. 70. Geneva: UNHCR.
- Castles, Stephen & Miller, Mark J. (2009): *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Chaturvedi, Sanja & Doyle, Timothy (2015): *Climate Terror: A Critical Geopolitics of Climate Change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Chimni, Bhupinder (2008): The Birth of a Discipline: From Refugee to Forced Migration Studies. In: *Journal of Refugee Studies* 22 (1), 11–29.
- (1998): The Geopolitics of Refugee Studies: A View from the South. In: *Journal of Refugee Studies* 11 (4), 350–374.
- Chindarkar, Namrata (2012): Gender and Climate change-induced Migration: Proposing a Framework for Analysis. In: *Environmental Research Letters* 7 (2), 1–7.

- Christian Aid (2007): Human tide: the real migration crisis. A Christian Aid Report. Verfügbar unter: <https://www.christianaid.org.uk/sites/default/files/2017-08/human-tide-the-real-migration-crisis-may-2007.pdf> (20.12.2017).
- Clifford, James (1986): Introduction: Partial Truths. In: *Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography*, herausgegeben von James Clifford und George E. Marcus. Berkeley, CA: University of California Press, 1–26.
- Clifford, James & Marcus, George (Hg.) (1986): *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley, Los Angeles & London: University of California Press.
- Climate Change, Environment and Migration Alliance (CCEMA) (2010): *Climate Change, Environment and Migration: Frequently Asked Questions*. Verfügbar unter: https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/env_degradation/CCEMA_top_10FAQs.pdf (12.04.2018).
- Cohn, Miriam (2014): Teilnehmende Beobachtung. In: *Methoden der Kulturanthropologie*, herausgegeben von Christine Bischoff, Karoline und Walter Leimgruber, Stuttgart: Utb-Verlag, 71–85.
- Conisbee, Molly & Simms, Andrew (2003): *Environmental Refugees: The Case for Recognition*. London: New Economics Foundation.
- COST Action (2011): *COST. Climate Change and Migration: Knowledge, Law and Policy, and Theory*. Verfügbar unter: http://www.cost.eu/COST_Actions/isch/IS1101 (20.12.2017).
- Crisp, Jeff (2009): Refugees, Persons of Concern, and People on the Move: the Broadening Boundaries of UNHCR. In: *Refuge: Canada's Journal on Refugees* 26 (1), 73–76.
- (1999): Who has counted the refugees? UNHCR and the politics of numbers. *New Issues in Refugee Research*. Working Paper No 12. Geneva: UNHCR.
- Cuttitta, Paolo (2010): Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen. In: *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen Europa*, herausgegeben von Sabine Hess und Bernd Kasperek. Hamburg/Berlin: Assoziationen A.
- Cyrus, Norbert (2011): Die Eigendynamik der Migrationsprozesse lässt sich nicht steuern – Warum Migrationsmanagement nicht funktionieren kann. Verfügbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/2011/05/18/die-eigendynamik-der-migrationsprozesse-laesst-sich-nicht-steuern-warum> (14.12.2017).

- DaSilva, Dan (2009): Climate Change, Migration and Displacement Events at Cop 15. Verfügbar unter: <http://www.towardsrecognition.org/2009/12/climate-change-migration-and-displacement-events-at-cop15/> (12.11.2017).
- Dean, Mitchell (2003): *Critical and Effective Histories, Foucault's Methods and Historical Sociology*. London/New York: Routledge.
- (1992): A Genealogy of the Government of Poverty. In: *Journal Economy and Society* 21 (3), 215–251.
- de Haas, Hein (2012): The Migration and Development Pendulum: A Critical View on Research and Policy. In: *International Migration* 50(3), 8–25.
- (2007): *Migration and Development. A Theoretical Perspective*. COMCAD Arbeitspapiere: Bielefeld.
- Der Spiegel (22.10.2015): Spiegel-Gespräch: Die Zahl wird steigen. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-139456048.html> (02.01.2018).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) (2009): *UNO in Bonn – für nachhaltige Entwicklung weltweit*. Bonn.
- Die Presse (06.12.2009): Asyl: Dänemark nimmt Klimaflüchtlinge auf.
- Dietz, Kristina (2011): *Der Klimawandel als Demokratiefrage: sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Die Zeit (04.08.2014): Klimawandel: Neuseeland gewährt erstmals Klima-Asyl. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2014-08/neuseeland-klimawandel-tuvalu-asyl> (20.12.2017).
- (14.11.2015): Axa-Versicherung: Eine Vier-Grad-Welt ist kaum noch versicherbar. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-11/axa-christian-thimann-klimaschutz-investment-nachhaltigkeit> (20.12.2017).
- Dimbath, Oliver & Keller, Reiner (2017): Was ist Wissenssoziologie? Zur Orientierung in einem unübersichtlichen Forschungsgebiet. Verfügbar unter: <https://soziopolis.de/verstehen/was-tut-die-wissenschaft/artikel/was-ist-wissenssoziologie/> (02.01.2018).
- Disaster Displacement Platform (03.07.2017): *The Platform – Disaster Displacement*. Verfügbar unter: <http://disasterdisplacement.org/the-platform> (20.12.2017).
- Dochery, Bonnie & Giannini, Tyler (2009): *Confronting a Rising Tide: A Proposal for a Convention on Climate Change Refugees*. In: *Harvard Environmental Law Review* 33, 349–403.

- Doevenspeck, Martin & Verne, Julia (2012): Bitte da bleiben! Sedentarismus als Konstante in der Migrationsforschung in Afrika. In: Migration und Entwicklung aus geographischer Perspektive, herausgegeben von Malte Steinbrink und Martin Geiger. Osnabrück: IMIS, 61–94.
- Duffy, Rosaleen (2014): What does Collaborative Event Ethnography tell us about Global Environmental Governance? In: *Global Environmental Politics* 14 (3), 125–131.
- Dun, Olivia & Gemenne, François (2008): Defining Environmental Migration. In: *Forced Migration Review* 31, 10–11.
- Dünnwald, Stephan (2015): Remote Control? Europäisches Migrationsmanagement in Mauretanien und Mali. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*. Verfügbar unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/08.duennwald--remote-control-mali-mauretanien.html> (14.12.2017).
- Düvell, Franck (2002): Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa. Assoziationen A: Berlin.
- EACH FOR (2008): EACH FOR: Szenarien des Umweltwandels und von Zwangsmigrationen. Verfügbar unter: [https://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/tdrc/ag_comcad/research/each-for.html](https://www.uni-bielefeld.de/(de)/tdrc/ag_comcad/research/each-for.html) (14.12.2017).
- Eggmann, Sabine (2013): Diskursanalyse. Möglichkeiten für eine volkskundlich-ethnologische Kulturwissenschaft. In: *Europäisch-ethnologisches Forschen: neue Methoden und Konzepte*, herausgegeben von Sabine Hess, Johannes Moser und Maria Schwertl. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 55–78.
- Enviromig (2012): Umweltflüchtling ist nicht gleich Flüchtling – wenn der Status das Problem ist. Verfügbar unter: <https://umweltmigration.wordpress.com/2012/09/09/umweltflucht-ist-nicht-gleich-flucht-wenn-der-status-das-problem-ist/> (14.12.2017).
- Environmental Justice Foundation (2014): *Falling through the Cracks*. Verfügbar unter: <https://ejfoundation.org/reports/falling-through-the-cracks> (20.12.2017).
- Environmental Migration Portal Website: <https://environmentalmigration.iom.int/human-mobility-cop22> (23.01.2017).
- European Commission (2016): *Understanding and Tackling the Migration Challenge: The Role of Research*. Conference Report. International Conference, 4–5 February 2016, Brussels. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/other_pubs/migration_conference_report_2016.pdf (23.10.2017).

- (2013): Commission Staff Working Document: Climate Change, Environmental Degradation, and Migration. Brussels: SWD/138. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/swd-2013-138_en_12.pdf (23.10.2017).
- (2011): The Global Approach to Migration and Mobility. Brussels: COM/2011/0743.
- (2009): White Paper. Adapting to climate change: Towards a European framework for action. Brussels: COM/2009/147/4.
- (2007): Adapting to climate change in Europe – options for EU action. Green Paper from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Brussels: COM/2007/354.
- (2005): Priority actions for responding to the challenges of migration: First follow-up to Hampton Court. Brussels: COM/2005/621 final.
- European Parliament (2017): A global Compact on Migration. Placing Human Rights at the Heart of Migration Management. Verfügbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/614638/EPRS_BRI\(2017\)614638_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/614638/EPRS_BRI(2017)614638_EN.pdf) (17.05.2018).
- (2013): Current Challenges for International Refugee Law, with a Focus on EU Policies and EU Co-Operation with the UNHCR. Luxembourg: Publications Office. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/433711/EXPO-DROI_NT%282013%29433711_EN.pdf (19.12.2017).
- (2012): Climate Refugees: Legal and policy responses to environmentally induced migration. Brussels. Verfügbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/462422/IPOL-LIBET\(2011\)462422_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/462422/IPOL-LIBET(2011)462422_EN.pdf) (19.12.2017).
- Europäische Kommission (2008): Klimawandel und internationale Sicherheit. Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat. Brüssel. Verfügbar unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/99391.pdf (20.12.2017).
- Farbotko, Carol (2010): Wishful Sinking: Disappearing Islands, Climate Refugees and Cosmopolitan Experimentation. In: *Asia Pacific Viewpoint* 51 (1), 47–60.
- Farbotko, Carol & McGregor, Helen (2010): Copenhagen, Climate Science and the Emotional Geographies of Climate Change. In: *Australian Geographer* 41 (2), 159–166.

- Fassin, Didier (2011): Policing Borders, Producing Boundaries. The Governmentality of Immigration in Dark Times. In: *Annual Review of Anthropology* 40, 213–226.
- Feldman, Gregory (2011a): If Ethnography is more than Participant-Observation, then Relations are more than Connections: The Case for Nonlocal Ethnography in a World of Apparatuses. In: *Anthropological Theory* 11 (4), 375–95.
- (2011b): *The Migration Apparatus. Security, Labor and Policymaking in the European Union*. Stanford University Press.
- Felgentreff, Carsten & Geiger, Martin (2013): Klima und Umwelt als Determinanten räumlicher Mobilität? In: *Migration und Umwelt*, herausgegeben von Carsten Felgentreff und Martin Geiger. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, 7–18.
- Felli, Romain (2013): Managing Climate Insecurity by Ensuring Continuous Capital Accumulation: ‘Climate Refugees’ and ‘Climate Migrants’. In: *New Political Economy* 18 (3), 337–63.
- Felli, Romain & Castree, Noel (2012): Neoliberalising Adaptation to Environmental Change: Foresight or Foreclosure? In: *Environment and Planning* 44, 131–152.
- Ferguson, James (1994): *The Anti-Politics Machine. Development, Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho*. University Of Minnesota Press.
- Ferguson, James & Gupta, Akhil (Hg.) (2002): Spatializing States: toward an Ethnography of neoliberal Governmentality. In: *American ethnologist* 29 (4), 981–1002.
- (1997): *Anthropological Locations. Boundaries and Grounds of a Field Science*. University of California Press.
- Fiedler, Mathias; Georgi, Fabian; Hielscher, Lee; Ratfisch, Philipp; Riedner, Lisa; Schwab, Veit & Sontowski, Simon (2017): Contested Movements to and through Europe. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*. Verfügbar unter: http://movements-journal.org/issues/04.bewegungen/01.fiedler,georgi,hielscher,ratfisch,riedner,schwab_sontowski--umkaempfte-bewegungen-nach-und-durch-europa-en.html (22.03.2018).
- Foresight (2011): *Migration and Global Environmental Change. Final Project Report*. London: The Government Office for Science.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- (1987): *Wie wird Macht ausgeübt?* In: Michel Foucault. *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, herausgegeben von Hubert L. Dreyfus und Paul Rabinow. Weinheim: Beltz Verlag, 251–261.
- (1983): *Der Wille zum Wissen – Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- (1977): *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Friedmann, Lisa (23.03.2009): *A global 'national security' issue lurks at Bangladesh's border*. In: *The New York Times*. Verfügbar unter: <https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/cwire/2009/03/23/23climatewire-a-global-national-security-issue-lurks-at-ba-10247.html?pagewanted=all> (22.03.2018).
- Friends of Earth (2007): *Voices from Communities Affected by Climate Change*. Verfügbar unter: <http://www.foei.org/wp-content/uploads/2015/03/climate-testimonies-EN.pdf> (19.12.2017).
- Gammeltoft-Hansen, Thomas & Ninna Nyberg Sørensen (2013): *The Migration Industry and the Commercialization of International Migration*. London; New York: Taylor & Francis Ltd.
- Gebauer, Thomas (2018): *Gespaltenes Mittelamerika. Die Solidarität lebt fort*. Verfügbar unter: <https://www.medico.de/die-solidaritaet-lebt-fort-17084/> (06.07.2018).
- (2015): *Kommentar – Das Paradox der Resilienz*. Verfügbar unter: <https://www.medico.de/blog/das-paradox-der-resilienz-16607/> (19.12.2017).
- Geiger, Martin (2012) *Offshore Europäisierung – Migrationsmanagement in Albanien und der Ukraine*. In: *Europa Regional* 18 (1), 13–25.
- (2011): *Migrationsmanagement und Europäische Raumproduktion*. In: *Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft* 58 (1), 1–12.
- Geiger, Martin & Pécoud, Antoine (2012): *The New Politics of International Mobility. Migration Management and its Discontents*. IMIS-Beiträge 40. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien.
- Gemenne, François (2013): *Migration doesn't have to be a Failure to adapt: an escape from environmental Determinism*. In: *Climate Adaptation Futures*, herausgegeben von Jean Palutikof, Sara Boulter, Andrew, Marc Stafford Smith, Martin Parry, Marie Waschka und Daniela Guitart. Brisbane: Wiley and Sons, 235–241.
- (2011a): *How they became the Human Face of Climate Change. Research and Policy Interactions in the Birth of the 'Environmental Migration' Concept*. In: *Migration and Climate Change*, herausgegeben von Etienne Piguet, Antoine Pécoud und Paul de Guchteneire. Cambridge University Press, 225–259.

- (2011b): Why the Numbers Don't add up: A Review of Estimates and Predictions of People Displaced by Environmental Changes. *Global Environmental Change* 21, 41–49.
- Gemenne, François; Ionesco, Dina & Mokhnacheva, Daria (2016): *The Atlas of Environmental Migration*. New York: Taylor & Francis Ltd.
- Gemenne, François & Rosenow-Williams, Kerstin (Hg.) (2016): *Organizational perspectives on environmental migration*. New York: Routledge.
- Georgi, Fabian (2016): Offene Grenzen als Utopie und Realpolitik. In: *LuXemburg* (1), 72–77.
- (2012): Kritik des Migrationsmanagements. In: *Netzwerk MiRA: Kritische Migrationsforschung? – Da kann ja jedeR kommen*. Humboldt Universität Berlin, 153–164.
- (2010): Die International Organization for Migration (IOM). Eine kritische Analyse. In: *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, herausgegeben von Sabine Hess und Bernd Kasperek. Berlin und Hamburg: Verlag Assoziation A, 145–157.
- (2007): *Migrationsmanagement in Europa: Eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Georgi, Fabian & Wagner, Fabian (2012): Macht Wissen Kontrolle. Bedingungen kritischer. *Migrationsforschung*. In: *Netzwerk MiRA: Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen*. Humboldt Universität Berlin, 305–310.
- Germanwatch (2016): *Disaster Displacement and Climate Change: two new Bodies under Construction*. Verfügbar unter: <https://germanwatch.org/en/12613> (19.12.2017).
- Gesing, Friederike; Herbeck, Johannes & Klepp, Silja (2014): *Denaturalizing Climate Change: Migration, Mobilities and Space*. Artec-Paper 200. Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit.
- Ghosh, Bimal (2000): *Managing Migration: Time for a New International Regime?* Oxford University Press.
- Giuliani, Gaia (2017): Afterword: Life Adrift in a Postcolonial World. In: *Life Adrift. Climate Change, Migration, Critique*, herausgegeben von Andrew Baldwin und Giovanni Bettini. London: Rowmann & Littlefield.
- Greenpeace (2007): *Klimaflüchtlinge: Die verleugnete Katastrophe*. Verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/klimafluechtlinge_endv_0.PDF (19.12.2017).
- Guiraudon, Virginie (2000): European Integration and Migration Policy: Vertical Policy-making as Venue Shopping. In: *Journal for Common Market Studies* 38 (2), 251–271.

- Gutekunst, Miriam & Schwertl, Maria (2018): Politiken ethnographieren. Die ethnographische Regimeanalyse als situierter Forschungsmodus entlang von Aushandlungen, Kämpfen und Situationen. In: Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft, herausgegeben von Johanna Rolshoven und Ingo Schneider. Berlin: Neofelis Verlag, 83–108.
- Guttal, Shalmali (2006): Challenging the Knowledge Business. In: Reclaiming Development Agendas, herausgegeben von Peter Utting. New York: Palgrave.
- Hajer, Marteen (1997): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford University Press.
- Hall, Nina(2013): Moving Beyond its Mandate? UNHCR and Climate Change Displacement. In: Journal for International Organizations Studies 4 (1), 91–108.
- (2011): Climate Change and Institutional Change in UNHCR. In: Climate Change and Migration: Rethinking Policies for Adaptation and Disaster Risk Reduction, herausgegeben von Michelle Leighton. Bonn: United Nations University, Institute for Environment and Human Security.
- Hanisch, Michael (2016): Was ist Resilienz ? Unschärfen eines Schlüsselbegriffs. Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 19. Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Hannerz, Ulf (2006): Studying Down, Sideways, Through, Backwards, Forwards, Away and at Home: Reflections on the Field Worries of an Expansive Discipline. In: Locating the Field. Space, Place and Context in Anthropology, herausgegeben von Simon Coleman und Peter Collins. Oxford: Berg Publishers.
- Haraway, Donna (1988): Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective. In: Feminist Studies 14 (3), 575–599.
- Heinrich Böll Stiftung (2014): Time to act – How the EU Can Lead on Climate Change and Migration. Verfügbar unter: https://eu.boell.org/sites/default/files/hbs_time_to_act.pdf (19.12.2017).
- Heinrich Böll Stiftung; European Union & International Organization for Migration (2016): Event Report: The climate change & migration nexus in a global context. What role for the EU in protecting climate migrants? Brussels. Verfügbar unter: https://eu.boell.org/sites/default/files/boll_event_report_environmental_migration_1.pdf (19.12.2017).
- Herbeck, Johannes & Klepp, Silja (2015): Decentering Climate Change: Perspektiven auf Umweltmigration in Europa und in Ozeanien. Artec paper 203. Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit.

- (2016): The politics of environmental migration and climate justice in the Pacific region. In: *Journal of Human rights and Environment* 7 (1), 54–73.
- Hess, Sabine (2014): Das Regieren der Migration als wissensbasierte Netzwerkpolitik. Eine ethnografische Policy-Analyse des International Centre for Migration Policy Development. In: *Formationen des Politischen: Anthropologie politischer Felder*, herausgegeben von Jens Adam und Asta Vonderau. Bielefeld: transcript, 241–274.
- (2012): Gefangen in der Mobilität. Prekäre Zonierungsprozesse an den Rändern Europas. In: *Behemoth* 5 (1), 8–29.
- (2009): Man schickt doch nicht die Ersatzbraut zum Altar. Zur Konfliktualität der neuen Formen des Regierens in und von Europa. In: *Projekte der Europäisierung: Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*, herausgegeben von Annnina Lottermann und Li Hsin-Yi. Frankfurt am Main: Universität Frankfurt Inst. für Kulturanthropologie.
- Hess, Sabine & Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: *Turbulente Ränder*, herausgegeben von Transit Migration Forschungsgruppe. Bielefeld: transcript, 39–56.
- Hess, Sabine & Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziationen A.
- Hess, Sabine; Kasperek, Bernd; Kron Stefanie; Rodatz Mathias & Schwertl, Maria (Hg.) (2016): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin: Assoziation A.
- Hess, Sabine & Schwertl, Maria (2013): Vom ‚Feld‘ zur ‚Assemblage‘? Perspektiven europäisch-ethnologischer Methodenentwicklung – eine Hinleitung. In: *Europäisch-ethnologisches Forschen: Neue Methoden und Konzepte*, herausgegeben von Sabine Hess, Maria Schwertl und Johannes Moser. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 13–38.
- Hess, Sabine & Tsianos, Vassilis: (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse: Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, herausgegeben von Sabine Hess und Bernd Kasperek. Berlin: Assoziation A., 243–264.
- Humble, April (2014): The rise of trapped populations. In: *Forced Migration Review* 45, 56–57.
- Hummel, Diana (2015): *Gendereinflüsse und soziale Differenzierungen der klimabedingten Migration*. Verfügbar unter: <http://www.klimanavigator.de/dossier/artikel/057756/index.php> (19.12.2017).

- Hummer, Waldemar (2016): Recht auf Asyl auch für ‚Umweltmigranten‘ und ‚Klimaflüchtlinge‘? Verfügbar unter: <http://www.eu-infothek.com/article/recht-auf-asyl-auch-fuer-umweltmigranten-und-klimafluechtlinge> (19.12.2017).
- Hummitzsch, Thomas (2009): Die Diskussion um ihre Kausalität und die Rechtslage der Betroffenen. Kurzdossier. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hush, Emily (2017): Developing a European Model of International Protection for Environmentally-Displaced Persons: Lessons from Finland and Sweden. Verfügbar unter: <http://cjel.law.columbia.edu/preliminary-reference/2017/developing-a-european-model-of-international-protection-for-environmentally-displaced-persons-lessons-from-finland-and-sweden/> (25.05.18).
- Huysmans, Jef (2000): The European Union and the Securitization of Migration. In: *Journal of Common Market Studies* 38 (5), 751–777.
- Ilcan, Suzan (2013): *Mobilities, Knowledge, and Social Justice*. Montreal: McGill-Queen’s University Press.
- Ilcan, Suzan & Phillips, Lynne (2008): Governing through Global Networks Knowledge Mobilities and Participatory Development. In: *Current Sociology* 56 (5), 711–734.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2012): *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. New York: Cambridge University Press.
- Internal Displacement Monitor Centre (IDMC) (15.10.2015): From words to action: How IDMC will help governments as the Nansen Initiative shifts to its implementation phase. Verfügbar unter: <http://www.internal-displacement.org/blog/2015/from-words-to-action-how-idmc-will-help-governments-as-the-nansen-initiative-shifts-to-its-implementation-phase/> (19.12.2017).
- International Campaign on Climate Change Refugees Rights (ICCR): *Statement: International Campaign on Climate Change Refugees Rights*. Verfügbar unter: http://www.voicebd.org/files/Statement_International%20Campaign%20on%20Climate%20Refugees%20Rights.pdf (26.04.2018).
- International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) (2012): *Climate Change and Migration: What is the Role for Migration Policies? Policy Brief*. Vienna: ICMPD.

- International Organization for Migration (IOM) (2018): Pressemitteilung António Manuel de Carvalho Ferreira Vitorino wird neuer IOM Generaldirektor. Verfügbar unter: https://austria.iom.int/sites/default/files/PI_IOM_2018_06_29_Vitorino%20neuer%20IOM%20GD.pdf (23.10.2019)
- (2016a): IOM Contributions to Global Climate Negotiations 22nd Conference of Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC).
- (2016b): Migration, Environment and Climate Change: Institutional Developments and Contributions to Policy Processes. Verfügbar unter: <http://www.environmentalmigration.iom.int/sites/default/files/S-18-8%20-%20Migration%2C%20Environment%20and%20Climate%20Change.pdf> (19.12.2017).
- (2016c): Environmental migration in Morocco: Stocktaking, challenges and opportunities. Migration, Environment and Climate Change: Policy Brief Series (3).
- (2016d): Migration, Environment and Climate Change: Training Manual (Facilitators' Guide). Verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/migration-environment-and-climate-change-training-manual-facilitators-guide> (19.12.2017).
- (30.11.2015): Migration as an Adaptation Strategy to Climate Change. Verfügbar unter: <https://weblog.iom.int/migration-adaptation-strategy-climate-change> (19.12.2017).
- (2014a): IOM Outlook on Migration, Environment and Climate Change. Verfügbar unter: http://publications.iom.int/system/files/pdf/mecc_outlook.pdf (19.03.2018).
- (2014b): Focus on Migration, Environment and Climate Change at the 105th IOM Council. Verfügbar unter: http://publications.iom.int/system/files/pdf/mecc_thematic_global_report.pdf (19.03.2018).
- (2014c): IOM's Programme and Activities on Capacity Building on Migration, Environment, Climate Change and Disasters. Verfügbar unter: <http://www.environmentalmigration.iom.int/sites/default/files/IOM%20Submission%20on%20Capacity%20building%20under%20the%20Convention%20and%20Kyoto%20Protocol.pdf> (19.12.2017).
- (2014d): The International Organization for Migration in Brief. Info-Sheet. Verfügbar unter: http://iomvienna.at/sites/default/files/IOM%20in%20Brief_EN_JAN2014.pdf (19.12.2017).

- (2009): Compendium of IOM's Activities in Migration, Climate Change and the Environment. Verfügbar unter: https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/env_degradation/compendium_climate_change.pdf (19.12.2017).
- (2007): Ninety-fourth Session. Discussion Note: Environment and Migration. Verfügbar unter: https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/en/council/94/MC_INF_288.pdf (19.12.2017).
- Jong, Sara de; Irene Messinger; Schütze, Theresa & Valchars, Gerd (2017): Migrations-management: Praktiken, Intentionen, Interventionen. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 33 (1), 4–21.
- Kälin, Walter (2012): From the Nansen principles to the Nansen initiative. In: *Forced Migration Review* (41), 48–49.
- (2011): Walter Kälin on the outlook for IDPs. In: *Forced Migration Review* (37), 43–44.
- Karakayali, Serhat (2008): *Gespenster der Migration: Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: transcript.
- Karakayali, Serhat & Vassilis, Tsianos (2007): *Movements that matter. Eine Einleitung*. In: *Turbulente Ränder*, herausgegeben von Transit Migration Forschungsgruppe. Bielefeld: transcript, 7–22.
- Kasperek, Bernd (2018): *Abschottung im Recht, digitale Erfassung und forcierte Europäisierung. Das kommende Grenzregime nach den Plänen der Europäischen Kommission*. Verfügbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Abschottung_im_Recht__digitale_Erfassung_und_forcierte_Europäisierung (15.06.2018).
- (2017): *Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration Eine kritische Einführung*. Berlin: Bertz + Fischer.
- (2016): *Migrationspolitik und migrationspolitische Ansätze in Europa und der Europäischen Union*. Verbindungsbüro Griechenland: Rosa Luxemburg Stiftung. http://de.rosalux.eu/fileadmin/user_upload/Publications/2017/migration_politics_de_web.pdf.
- (2010): *Laboratorium, Think Tank, Doing Border: Die Grenzschutzagentur Frontex*. In: *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, herausgegeben von Sabine Hess und Bernd Kasperek. Berlin: Assoziationen A, 111–126.

- Kasperek, Bernd; Schwertl, Maria & Speer, Marc (2015): Veränderungen des Migrations- und Grenzregimes ethnografieren: drei methodische Versuche und ihre Implikationen für einen regimeorientierten Ansatz. In: *Spektrum Migration. Zugänge zur Vielfalt des Alltags*, herausgegeben von Matthias Klückmann und Felecia Sparacio. Studien und Materialien des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, 65–90.
- Kaufmann, Stephan & Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Keller, Reiner (2011): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 1: Theorien und Methoden (Interdisziplinäre Diskursforschung)*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- (2008): Michel Foucault. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: *Historical Social Research*, 33 (1), 73–107.
- KfW Entwicklungsbank (2016): Projektinformation. Klimaversicherungen Afrika. Verfügbar unter: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Entwicklungsfinanzierung/Themen/Versicherungen/ARC_2016DE.pdf (17.03.2020).
- Kibreab, Graim (1997): Environmental Causes and Impact of Refugee Movements: A Critique of the Current Debate. In: *Disasters* 21 (1), 20–38.
- Klein, Naomi (2016): *Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kolmannskog, Vikram (2008): *Future Floods of Refugees. A Comment on Climate Change, Conflict and Forced Migration*. Oslo: Norwegian Refugee Council.
- Kolmannskog, Vikram & Myrstad, Finn (2009): Environmental Displacement in European Asylum Law. In: *European Journal of Migration and Law* 11 (4), 313–26.
- Krause, Ulrike & Scherschel, Karin (2016): (Un)Sichtbarkeit von Gender? Geschlechterbezüge und -bedeutungen auf der Flucht und in Flüchtlings-situationen. Vorschlag für ein Panel auf der Jahrestagung des Netzwerks Flüchtlingsforschung. Verfügbar unter: http://fluechtlingsforschung.net/wp-content/uploads/2016/02/5-Panel_Gender_KrauseScherschel.pdf (19.12.2017).

- Kreft, Sönke (2015): Klimaversicherungen: Deutschland strebt eine Initiative innerhalb der G7 an. Verfügbar unter: <http://www.deutschklimafinanzierung.de/blog/2015/06/klimaversicherungen-deutschland-strebt-eine-initiative-innerhalb-der-g7/> (19.12.2017).
- Lang, Miriam (2017): Den globalen Süden mitdenken! Was Migration mit imperialer Lebensweise, Degrowth und neuem Internationalismus zu tun hat. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 3 (1). Verfügbar unter: <http://movements-journal.org/issues/04.bewegungen/13.lang--globaler-sueden.html> (15.10.2018).
- Lavenex, Sandra (2002): *The Europeanisation of Refugee Policies: Between Human Rights and Internal Security*. Aldershot/Burlington: Ashgate Publishing Limited.
- Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die Governmentality Studies. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (1), 31–47.
- Lemke, Thomas; Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne (Hg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Berlin/Frankfurt: Shurkamp Verlag.
- Lenz, Ramona (2007). Pauschal, Individual, Illegal: Aufenthalte am Mittelmeer. In: *Turbulente Ränder*, herausgegeben von Transit Migration Forschungsgruppe. Bielefeld: transcript, 141–154.
- Lonergan, Steve (1998): The Role of Environmental Degradation in Population Movement. In: *Global Environmental Change and Security Project Report* (4), 5–15.
- Lorrey, Isabell (2011): Von den Kämpfen aus. Eine Problematisierung grundlegender Kategorien. In: *Intersektionalität revisited: Empirische, theoretische und methodische Erkundungen*, herausgegeben von Sabine Hess, Nikola Langreiter und Elisabeth Timm. Bielefeld: transcript, 101–118.
- Maasen, Sabine (2009): *Wissenssoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Malkki, Liisa H. (1996): Speechless Emissaries: Refugees, Humanitarianism, and Dehistoricization. In: *Cultural Anthropology* 11 (3), 377–404.
- (1995): Refugees and Exile: From ‘Refugee Studies’ to the National Order of Things. In: *Annual Review of Anthropology* 24 (1), 495–523.
- Marcus, George (1995): Ethnography in/of a World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography. In: *Annual Review of Anthropology* 24.
- Marfleet, Philip (2006): *Refugees in a Global Era*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.

- Massey, Douglas; Alarcon, Rafael; Durand, Jorge & Gonzalez, Humberto (1987): *Return to Aztlan: The Social Process of International Migration from Western Mexico*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Mayer, Benoit (2012): *Environmental Refugees? A Critical Perspective on the Normative Discourse*. Verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2111825 (02.05.2018).
- McAdam, Jane (2016): *From the Nansen Initiative to the Platform on Disaster Displacement: Shaping International Approaches to Climate Change, Disasters and Displacement*. In: *UNSW Law Research Paper No. 39*, 1518–1546.
- (2012): *Climate change, forced migration, and international law*. Oxford: Oxford University Press.
- (2009): *Environmental migration governance*. *UNSW Law Research Paper No. 1*.
- McLeam, Robert (2006): *Migration Out of 1930s Rural Eastern Oklahoma: Insights for Climate Change Research*. *Great Plains Quarterly* (151), 369–400.
- McNamara, Karen Elizabeth (2007): *Conceptualizing Discourses on Environmental Refugees at the United Nations*. In: *Population and Environment* 29 (1), 12–24.
- Meissner, Dirk & Schmarek, Diana (2007): *Foresight-Studien – Bestandsaufnahme in OECD- und ERA-Ländern* Dirk. Bern: Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien.
- Messner, Dirk & Nuscheler, Franz (Hg.) (1996): *Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz Verlag.
- Meyer, Kathrin & Purtschert, Patricia (2008): *Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung*. In: *Gouvernementalität und Sicherheit*, herausgegeben von Kathrin Meyer und Patricia Purtschert. Bielefeld: transcript, 149–172.
- Mezzadra, Sandro (2009): *Bürger und Untertan. Die postkoloniale Herausforderung der Migration in Europa*. In: *No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, herausgegeben von Sabine Hess, Jana Binder und Johannes Moser. Bielefeld: transcript, 207–224.
- (2006): *Kapitalismus, Migrationen, Soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration*. In: *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, herausgegeben von Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos. Frankfurt am Main: Campus, 181–196.

- Ministry of Culture and Communication (2016): Marroccan Participation in the Climate Conference. Verfügbar unter: <http://www.maroc.ma/en/news/cop22-international-recognition-morocco-anti-climate-change-actions> (26.05.2016).
- Minniger, Sabine (2016): COP22 – No Burning Man in Marrakesch. Verfügbar unter: <http://info.brot-fuer-die-welt.de/node/6659> (17.12.2017).
- Morazán, Pedro & Krone, Jannik (2018): Geld in Bewegung – Warum Heimatüberweisungen billiger, sicherer und schneller werden müssen. Bonn: SÜDWIND e. V.
- Morris, Lydia (2002): *Managing Migration: Civic Stratification and Migrants Rights*. London, New York: Routledge.
- Morrissey, James (2012): Rethinking the ‘Debate on Environmental Refugees’: from ‘maximilists and minimalists’ to ‘proponents and critics’. In: *Journal of Political Ecology* 19, 36–49.
- Moulier Boutang, Yann (2007): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: *Empire und die biopolitische Wende. Die Internationale Diskussion im Anschluss an Negri und Hardt*, herausgegeben von Pieper Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali, und Vassilis Tsianos, Vassilis. Frankfurt am Main, 169–180.
- Munich Climate Insurance Initiative (MCII) (2016): Making climate risk insurance work for the most vulnerable: Seven guiding principles. UNU-EHS Publication Series. Policy Report 2016 (1).
- MCII Mission Statement. Verfügbar unter http://www.climate-insurance.org/fileadmin/mcii/documents/MCII_mission_statement.pdf
- Munich Re (2017): Pressemitteilung: Schäden aus Hurrikan gefährden das Gewinnziel 2017 von Munich Re. Verfügbar unter: <https://www.munichre.com/de/media-relations/publications/press-releases/2017/2017-09-13-press-release/index.html> (21.12.2017).
- Munich Re Foundation (2008): Third Summer Academy Environment-related migration – Hard facts needed for a better policy. Verfügbar unter: http://www.munichre-foundation.org/home/EducationClimateChange/Archive/SummerAcademy/SummerAcademy2008_report.html (08.11.2018).
- Müller, Doreen (2011): *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen: Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*. Göttingen: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek.
- Münchner Rück (2016): UNU-EHS Lehrstuhl für soziale Verwundbarkeit. Verfügbar unter: <https://www.munichre-foundation.org/de/home/EducationClimateChange/Archive/SocialVulnerability.html> (20.12.2017).

- (2015): Klimawandel & Klimaschutz. Verfügbar unter: <http://www.munichre.com/de/group/focus/climate-change/strategic-approach/risk-assessment/climate-and-security/index.html> (21.12.2017).
- Münchener Rück Stiftung (2008): Neue Experten für den Lehrstuhl für Soziale Verwundbarkeit. Verfügbar unter: http://www.munichre-foundation.org/de/home/EducationClimateChange/Archive/SocialVulnerability/FoundationChair_NewExperts.html (20.12.2017).
- (Website): Porträt Rückversicherung. Lösungen für die Welt von morgen. Verfügbar unter: <https://www.munichre.com/de/reinsurance/focus/portrait/index.html> (12.04.2018).
- Myers, Norman (2005): Environmental Refugees. An Emergent Security Issue. Prague: Organization for Security and Cooperation in Europe.
- Myers, Norman & Kent, Jennifer (1995): Environmental Exodus: An Emergent Crisis in the Global Arena. Washington DC: The Climate Institute.
- Nader, Laura (1969): Up the Anthropologist – Perspectives gained from Studying up. In: *Reinventing Anthropology*, herausgegeben von Dell Hymes. New York: Vintage Books, 284–311.
- Nansen Initiative (2013): The Nansen Initiative. Towards a Protection Agenda for People Displaced across Borders in the Context of Disasters and the Effects of Climate Change. Verfügbar unter: <http://www.nanseninitiative.org/> (17.12.2017).
- Nansen Protection Agenda (2015): Agenda for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disasters and Climate Change. Verfügbar unter: https://disasterdisplacement.org/wp-content/uploads/2014/08/EN_Protection_Agenda_Volume_I_-low_res.pdf (19.11.2019).
- Nash, Sara (2016): International Epistemic Organizations and their Role in Shaping the Politics of Environmental Migration. In: *Organizational Perspectives on Environmental Migration*, herausgegeben von François Gemenne und Kerstin Rosenow-Williams. New York: Routledge, 198–215.
- Neidhardt, Friedhelm; Mayntz, Renate; Weingart, Peter & Wengenroth, Ulrich (2008): Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Bielefeld: transcript.
- Neocleous, Mark (2013): Resisting Resilience. *Radical Philosophy*. Verfügbar unter: <https://www.radicalphilosophy.com/commentary/resisting-resilience> (20.12.2017).
- Normative Orders (2015): Konferenz zur Macht (in) der Wissenschaft. Verfügbar unter: <http://www.muk.uni-frankfurt.de/58870725/300?> (20.12.2017).

- Oels, Angela (2010): Die Gouvernementalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren? In: *Der Klimawandel – Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, herausgegeben von Martin Voss. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 171–188.
- (2008): Asylum Rights for Climate Refugees? From Agamben's bare life to the autonomy of migration. Paper presented at the annual meeting of the ISA's 49th Annual Convention, Bridging Multiple Divides. San Francisco.
- (2005): Rendering climate change governable: From Biopower to advanced liberal Government? In: *Journal of Environmental Policy & Planning*, 7 (3), 185–207.
- Oels, Angela & Brzoska, Michael (2012): Massenmigration und Klimakriege? Klimawandel als Sicherheitsbedrohung. *Wissenschaft & Frieden Klimawandel und Sicherheit*, 19–22.
- Oels, Angela & Carvalho, Anabela (2012): Wer hat Angst vor ‚Klimaflüchtlingen‘? Wie die mediale und politische Konstruktion des Klimawandels den politischen Handlungsspielraum strukturiert. In: *Das Medien-Klima*, herausgegeben von Irene Neverla und Mike S. Schäfer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 253–276.
- Oels, Angela & Feindt, Peter (2011): Disourse does matter. Discourse Analysis in Environmental Policy Making. Introduction to the Special Issue. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 7 (3), 1–13.
- Oels, Angela & Methmann, Chris (2014): Ein neues Klima für Entwicklung? Die ökologische Gouvernementalität der Entwicklungspolitik. In: *Entwicklungstheorien*, herausgegeben von Franziska Müller, Elena Sondermann, Ingrid Wehr, Cord Jakobeit, und Aram Ziai. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 469–492.
- (2015): From 'Fearing' to 'Empowering' Climate Refugees: Governing Climate-Induced Migration in the Name of Resilience. In: *Security Dialogue* 46 (1), 51–68.
- Oels, Angela & von Lucke, Franziskus (2015): Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: Hilft uns die Kopenhagener Schule beim Thema Klimawandel? In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22 (1), 43–70.
- Ogata, Sadako (1994): Environmental Refugees. Statement by the United Nations High Commissioner for Refugees. In: *Umweltflüchtlinge. Das Konfliktpotential von morgen*, herausgegeben von Günther Bächler. Münster: Agenda Verlag.
- Oltmer, Jochen (2015): Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung. Verfügbar unter: https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/10_Material/Themeninfos/2015-07_Migrationsstudie-deu.pdf (27.10.2019).

- Ong, Aihwa (2007): Neoliberalism as Exception: Mutations in Citizenship and Sovereignty. In: *Comparative Studies in Society and History* 50 (4), 3–8.
- Ong, Aihwa & Collier, Stephen (Hg.) (2005): *Global Assemblages: Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*. Wiley Blackwell.
- Pacific Climate Warriors: Pacific Climate Warriors from 12 Countries Blockade World's Largest Coal Port. Verfügbar unter: <http://world.350.org/pacificwarriors/2014/10/17/pacific-climate-warriors-from-12-countries-blockade-worlds-largest-coal-port/> (20.12.2017).
- Pichl, Maximilian (2012): Die Verrechtlichung der Welt – Ansätze einer postkolonialen Rechtstheorie. In: *Kritische Justiz* 45 (2), 131–143.
- Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Vassilis, Tisanos (Hg.) (2011): *Biopolitik – in der Debatte*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pieper, Marianne (2007): Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Konturen einer Analytik der Regierung von Armut. In: *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit – Eine kritische Einführung und Bestandaufnahme*, herausgegeben von Roland Ahnhorn, Frank Bettinger und Johanns Stehr. Wiesbaden: VS Verlag, 93–107.
- Piguet, Etienne (2013): From “Primitive Migration” to “Climate Refugees”: The Curious Fate of the Natural Environment in Migration Studies. In: *Annals of the Association of American Geographers* 103 (1).
- (2008): *Climate change and forced migration*. Research Paper No. 153. Geneva: UNHCR.
- Piguet, Etienne, Pécoud, Antoine & de Guchteneire, Paul (2011) (Hg.): Introduction. Migration and Climate Change. In: *Migration and Climate Change*, herausgegeben von Etienne Piguet, Antoine Pécoud und Paul de Guchteneire. UNESCO Publishing, Cambridge University Press, 1–34.
- Pilath, Angela (2016): *International Epistemic Organizations and their Role in shaping the Politics of Environmental Migration*, herausgegeben von François Gemenne und Kerstin Rosenow-Williams. New York: Routledge, 216–235.
- Probst, Robert (17.10.2010): Holocaust – Die Ahnungslosen von Evian. In: *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/holocaust-die-ahnungslosen-von-evian-1.191882> (20.12.2017).
- Rabinow, Paul (2005): *Midest Anthropology's Problems*. In: *Global Assemblages. Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems*, herausgegeben von Aihwa Ong und Stephen Collier. Blackwell Publishing, 40–53.

- Randall, Alex (17.05.2013): Climate refugees? Where's the dignity in that?
In: The Guardian. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2013/may/17/climate-change-refugees-dignity-migration> (6.3.2017).
- Randall, Alex; Salsbury, Jo & White, Zach (2014): Moving Stories. The Voices of People who move in the Context of Environmental Change. Verfügbar unter: <http://climatemigration.org.uk/moving-stories-report-the-voices-of-people-who-move-in-the-context-of-environmental/> (20.12.2017).
- Ratfisch, Philipp & Scheel, Stephan (2010): Migrationskontrolle durch Flüchtlingsschutz? Die Rolle des UNHCR im Kontext der Externalisierung des EU-Migrationsregimes. In: Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen Europa, herausgegeben von Sabine Hess und Bernd Kasperek. Hamburg/Berlin: Assoziationen A, 89–110.
- Renaud, Fabrice; Bogardi, Janos; Dun, Olivia & Warner, Koko (2007): Environmental Degradation and Migration. Verfügbar unter: https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf/Renaud_Environmental.pdf (20.12.2017).
- Richmond, Anthony H. (1993): Reactive Migration: Sociological Perspectives On Refugee Movements. In: Journal of Refugee Studies 6 (1), 7–24.
- Riedner, Lisa (2014): Wie intervenieren? Zur Wirkmacht akademischer Wissenspraxis und der ethnographischen Regimeanalyse. In: Grenzregime. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven, herausgegeben von Lisa-Marie Heimeshoff, Sabine Hess, Stefanie Kron, Helen Schwenken und Miriam Trzeciak, Miriam. Berlin/Hamburg: Assoziation A, 281–300.
- Rohregger, Barbara (2017): Die Rolle von sozialer Sicherung für die Ernährungssicherung. Praxisbeispiele und internationale Diskussion. Verfügbar unter: <https://repository.publisso.de/resource/frl:6403285/data> (17.03.2020).
- Ruiz, Simone (2015): Klimaversicherungen bieten ein finanzielles Sicherheitsnetz. In: Auf der Flucht vor humanitären Krisen: Zur sozialen Dimension des Klimawandels. Die Linke. Verfügbar unter: <http://www.groth.die-linke-bw.de/uploads/media/broschuere-soziale-dimension-des-klimawandels-november-2015.pdf> (Verfügbar unter 14.12.2017).
- Russau, Christian (2017): Rede von Christian Russau: Allianz SE Hauptversammlung 2017. Verfügbar unter: <http://kritischeaktion.byethost12.com/wp/allianz/rede-christian-russau-5/> (17.03.2020).

- Saar, Martin (2007): Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. In: Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften, herausgegeben von Susanne Krasmann und Michael Volkmer. Bielefeld: transcript, 23–46.
- Sabrow, Sophia & Marder, Philip (2014): Armutsbekämpfung als Mythos und Zeremonie? Ursachen und Logiken eines Strategiewechsels in der Mikrofinanz. In: Außen Sicherheitspolitik 7, 175–198.
- Samaddar, Ranabie (2017): The Ecological Migrant in Postcolonial Time. In: Life Adrift. Climate Change, Migration, Critique, herausgegeben von Andrew Baldwin und Giovanni Bettini. London/New York: Rowman & Littlefield, 177–194.
- Scalettaris, Giulia (2010): Refugees or Migrants? The UNHCR's Comprehensive Approach to Afghan Mobility into Iran and Pakistan. In: The Politics of International Migration Management herausgegeben von Martin Geiger und Antoine Pécoud. London: Palgrave Macmillian, 252-270.
- Schade, Jeanette (2017): Umweltveränderungen und Klimawandel: Flucht und Migration als Folge und Lösung? In: Hamburger Symposium Geographie, herausgegeben von Jürgen Scheffran. Schriftenreihe des Instituts für Geographie der Universität Hamburg, 59–74.
- Scheel, Stephan (2015): Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please! In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (2), 1–15.
- Scheffer, Thomas (2002): Das Beobachten als sozialwissenschaftliche Methode – von den Grenzen der Beobachtbarkeit und ihrer methodischen Bearbeitung. In: Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung herausgegeben von Doris Schaeffer und Gabriele Müller-Mundt. Bern: Huberverlag. 351–374.
- Scherschel, Karin (2011a): Asylsuchende und Geduldete. Staatlich regulierte Integrationsverweigerung in Deutschland. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 59, 73–84.
- (2011b): Who Is a Refugee? Reflections on Social Classifications and Individual Consequences. In: Migration Letters 8 (1), 67–76.
- Schlichte, Klaus (2010): Flucht und Asyl – zur Genealogie eines Feldes. In: Politik der Unentschiedenheit. Die international Politik und ihr Umgang mit Kriegsflüchtlingen, herausgegeben von Margarete Misselwitz und Klaus Schlichte. Bielefeld: transcript, 23–38.
- Schmalz, Dana (2015): Es hat keinen Sinn zu warten. Walter Kälin und die Nansen-Initiative zu klima- und katastrophenbedingter Flucht. Verfügbar unter: <http://fluechtlingsforschung.net/es-hat-keinen-sinn-zu-warten/> (20.12.2017).

- Schneider, Volker & Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse – Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Schumacher, Juliane (2015): Ungerechtigkeit im Treibhaus Klimawandel von links erklärt. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Schweizer Eidgenossenschaft (2015): Abschlusskonferenz der Nansen Initiative am 12.–13. Oktober 2015 in Genf. Engagement der Schweiz zugunsten von Personen, die aufgrund von Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels vertrieben werden. Verfügbar unter: https://www.eda.admin.ch/content/dam/eda/de/documents/publications/nansen-initiative/Nansen_DE.pdf (20.12.2017).
- Schwenken, Helen (2007): Schwierige Allianzen: Lobbypolitik aus der Perspektive ‚schwacher AkteurInnen‘. Die Verhandlung sozialer Rechte von Illegalisierten in der Europäischen Union. In: *Peripherie* 105/106 (28), 35–56.
- Schwertl, Maria (2015): Faktor Migration. Projekte, Diskurse und Subjektivierungen des Hypes um Migration & Entwicklung. Münster: Waxmann Verlag.
- (2013): In Assemblagen forschen. Situationale Ethnografie. In: *Europäisch-ethnologisches Forschen: neue Methoden und Konzepte*, herausgegeben von Sabine Hess, Johannes Moser, und Maria Schwertl. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 107–126.
- Shamir, Ronen (2005) Without Borders? Notes on Globalization as a Mobility Regime. In: *Sociological theory* 23 (2), American Sociological Association, 197–217.
- Sharma, Aradhana & Gupta, Akhil (Hg.) (2006): *The Anthropology of the State: A Reader*. Malden; Oxford: Wiley-Blackwell.
- Shore, Cris & Wright, Susan (Hg.) (1997): *Anthropology of Policy: Perspectives on Governance and Power*. London; New York: Routledge.
- Shore, Cris; Wright, Susan & Davide Però (Hg.) (2013): *Policy Worlds: Anthropology and the Analysis of Contemporary Power*. New York, Oxford: Berghahn Books.
- Simonelli, Andrea (2016): *Governing Climate Induced Migration and Displacement: IGO Expansion and Global Policy Implications*. Houndmills, Basingstoke Hampshire; New York: Palgrave Macmillan.
- Somerville, Will (2011): *Environmental migration governance: Debate in the European Union*. Migration Policy Institute Washington D. C.

- Spiegel Online (18.08.2016): Abstimmung in Alaska. Ein Inseldorf will aufs Festland fliehen. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/alaska-dorf-shishmaref-stimmt-fuer-umzug-aufs-festland-a-1108211.html> (7.1.2018).
- (17.04.2011): Warnung von 2005: Prognose zu Klimaflüchtlingen bringt Uno in Bedrängnis. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/warnung-von-2005-prognose-zu-klimafluechtlingen-bringt-uno-in-bedaengnis-a-757556.html> (20.12.2017).
- (17.10.2009): Sondersitzung zum Klimawandel: Kabinett der Malediven taucht ab. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/sondersitzung-zum-klimawandel-kabinett-der-malediven-taucht-ab-a-655746.html> (20.12.2017).
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2004): Righting Wrongs. In: *The South Atlantic Quarterly* 103 (2/3), 523–581.
- Stierl, Maurice Heller, Charles & De Genova, Nicholas (2016): Numbers (or, the spectacle of statistics in the Production of ‘Crisis’). In: *Europe/Crisis: New Keywords of the Crisis in and of Europe*. Verfügbar unter: http://nearfuturesonline.org/wp-content/uploads/2016/01/New-Keywords-Collective_11.pdf (20.12.2017).
- Suhrke, Astri (1993): Pressure points. Environmental degradation, migration and conflict. Verfügbar unter: <https://www.cmi.no/publications/file/1374-pressure-points-environmental-degradation.pdf> (20.12.2017).
- Swing, William Lacy (2008): Keynote Address: Environment, Forced Migration and Social Vulnerability: Identifying Problems and Challenges. Environment, Forced Migration and Social Vulnerability International Conference, 9–11 October 2008, Bonn. Verfügbar unter: https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/env_degradation/env_keynote_speech.pdf (20.12.2017).
- The Guardian (04.12.2009): UK Should Open Borders to Climate Refugees, Says Bangladeshi Minister. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2009/nov/30/rich-west-climate-change> (19.12.2017).
- (12.10.2005): 50m Environmental Refugees by End of Decade, UN Warns. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2005/oct/12/naturaldisasters.climatechange1> (20.12.2017).
- The Hugo Observatory Website: Verfügbar unter: https://www.hugo.uliege.be/cms/c_4655083/en/portail-hugo (11.01.2018).
- Transit Migration Forschungsgruppe (2007): *Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript.

- Trans Re (2018): Migration for Adaption. A Guidebook for Integrating Migration and Translocality into Community-Based Adaptation. Verfügbar unter: https://careclimatechange.org/wp-content/uploads/2019/06/Migration_for_Adaptation_Guidebook_online_small.pdf.
- Trans Re Website: Verfügbar unter: <http://www.transre.org/en/> (20.12.2017).
- Treibel, Annette (1999): Migration in modernen Gesellschaften: Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim: Beltz Juventa.
- Tömmel, Ingeborg (Hg.) (2008): Die Europäische Union: Governance und Policy Making. Politische Vierteljahresschrift. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tsianos, Vassilis (2008): Die Karte Europas und die Ströme der Migration. „Governance of Migration“ und die herausgeforderte Gemeinschaft zwischen Kollaps und Überschuss. Verfügbar unter: <https://www.linksnet.de/organisation/grundrisse> (19.12.2017).
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): Friction: An Ethnography of Global Connection. Princeton University Press.
- Tulele Peisa: Sailing the Waves on our own. Verfügbar unter: <http://www.tulele-peisa.org/about/> (15.06.2018).
- Unger, Hella; Narimani, Petra & M'Bayo; Rosaline (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen. Wiesbaden: Springer Verlag.
- United Nations Environment Programme (UNEP) (1985): Environmental refugees. Nairobi.
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2015): Adoption of the Paris Agreement. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf> (20.12.2017).
- (2014a): Official side events & exhibits. Verfügbar unter: http://unfccc.int/meetings/marrakech_nov_2016/items/9637.php (20.12.2017).
- (2014b): Report of the Conference of the Parties on its nineteenth session, held in Warsaw from 11 to 23 November 2013. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/sites/default/files/resource/docs/2013/cop19/eng/10a01.pdf> (20.12.2017)
- (2011): Report of the Conference of the Parties on its sixteenth session, held in Cancún from 29 November to 10 December 2010. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/2010/cop16/eng/07a01.pdf> (20.12.2017).
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2018): Global Trends: Forced Displacement 2018. Verfügbar unter: <https://www.unhcr.org/5d08d7ee7.pdf> (21.10.2019).

- (2015): UNHCR: The Environment & Climate Change – an Overview. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/540854f49.pdf> (20.12.2017).
- (08.10.2015): UNHCR warnt vor Politisierung von Asylfragen. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/dach/at/8576-unhcr-warnt-vor-politisierung-von-asylfragen.html> (6.3.2018).
- (06.01.2015): UNHCR unveils \$75 million tsunami response operation. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/news/press/2005/1/41dd68772/unhcr-unveils-75-million-tsunami-response-operation.html> (20.12.2017).
- (04.01.2016): Filippo Grandi takes helm as new UN High Commissioner for Refugees, speaks of focus on solutions. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/afr/news/press/2016/1/568a39b86/filippo-grandi-takes-helm-new-un-high-commissioner-refugees-speaks-focus.html> (20.12.2017).
- (06.11.2016): Frequently asked questions on climate change and disaster displacement. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/news/latest/2016/11/581f52dc4/frequently-asked-questions-climate-change-disaster-displacement.html> (06.3.2018).
- (16.12.2009): Climate change could become the biggest driver of Displacement: UNHCR chief. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/news/latest/2009/12/4b2910239/climate-change-become-biggest-driver-displacement-unhcr-chief.html> (20.12.2017).— (2008): Climate Change, Natural Disasters and Human Displacement: a UNHCR Perspective. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/4901e81a4.pdf> (20.12.2017).
- (06.01.2005): UNHCR to provide shelter in tsunami-struck Somalia. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/news/latest/2005/1/41dc197e4/unhcr-provide-shelter-tsunami-struck-somalia.html> (6.3.2018).
- (1951): Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees. Geneva: UNHCR.
- Universität Bielefeld (2012): EACH FOR. Verfügbar unter: http://www.uni-bielefeld.de/soz/ab6/ag_faist/forschung/each-for.html (26.04.2018).
- United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) (10.03.2017): Denkfabrik der UNO zu Umweltrisiken weiter gemeinsam gefördert – Institute for Environment and Human Security. Verfügbar unter: <https://ehs.unu.edu/media/press-releases/denkfabrik-der-uno-zu-umweltrisiken-weiter-gemeinsam-gefördert.html> (12.04.2018).
- (2014): Koko Warner among top 20 women leading the climate change debate. Verfügbar unter: <https://ehs.unu.edu/news/news/koko-warner-among-top-20-women-leading-the-climate-change-debate.html> (20.12.2017).

- UNU-EHS; Care (2012) *Where the Rain Falls: Climate Change, Food and Livelihood Security, and Migration*. Global Policy Report of the Where the Rain Falls Project. Bonn: United Nations University Institute for Environment and Human Security.
- UNU/EHS; Care; CIESIN; UNHCR & the World Bank (2009): *In Search of Shelter. Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement*. Verfügbar unter: http://ciesin.columbia.edu/documents/clim-migr-report-june09_media.pdf (12.04.2018).
- Varela, María do Mar Castro; Dhawan, Nikita: *Postkoloniale Theorie: eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Voss, Martin (2010): *Der Klimawandel – Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Walters, William (2011b): *Foucault and Frontiers: Notes on the Birth of the Humanitarian Border*. In: *Governmentality: Current Issues and Future Challenges* herausgegeben von Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann & Thomas Lemke. Routledge, 138–164.
- (2011a): *Mapping Schengenland. Die Grenze denaturalisieren*. In: *Biopolitik – in der Debatte*, herausgegeben von Marianne Pieper und Berthold Dietz. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 305–337.
- (2004): *Some Critical Notes on Governance*. In: *Studies in political economy* 73 (1), 27–46.
- Walters, William & Haahr, Jens Henrik (2005): *Governing Europe. Discourse, Governmentality and European Integration*. London; New York: Routledge.
- Warner, Koko (2010): *European (Im)Migration Policy and Environmental Change: Institutional and Governance Gaps*. *European View* 9 (2), 189–204.
- (2011): *Climate Change Induced Displacement: Adaptation Policy in the Context of the UNFCCC Climate Negotiations*. Verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/4df9cc309.pdf> (20.12.2017).
- Wedel, Janine; Shore, Chris; Feldman, Gregory & Lathrop, Stacy (2005): *Toward an Anthropology of Public Policy*. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 600 (1), 30 – 51.
- Wehling, Peter (2007): *Wissensregime*. In: *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*, herausgegeben von Rainer Schützeichel. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 704–712.
- Weingart, Peter (2013): *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript.

- Weingart, Peter & Lentsch, Justus (2008): Wissen – Beraten – Entscheiden: Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Weilerswist: Velbrück.
- Welz, Gisela (2013): Die Pragmatik ethnografischer Temporalisierung: Neue Formen der Zeitorganisation in der Feldforschung. In: Neue Perspektiven der volkswundlich – ethnologischen Forschung, herausgegeben von Sabine Hess, Johannes Moser, Maria Schwertl. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 39–54.
- White, Gregory (2011): *Climate Change and Migration: Security and Borders in a Warming World*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Wichterich, Christa (2016): Mikrokredite, Rendite und Geschlecht. Von zuverlässigen armen Frauen und finanzieller Inklusion. *Peripherie* 35 (140), 469–490.
- Wimmer, Andreas & Glick-Schiller, Nina (2003): Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology. In: *International Migration Review* 37 (3), 576–610.
- Windmüller, Sonja; Binder, Beate & Hengartner, Thomas (2009): *Kultur – Forschung: Zum Profil einer volkswundlichen Kulturwissenschaft*. Münster: Lit Verlag.
- Wöhlcke, Manfred (1992): *Umweltflüchtlinge*. München: C. H. Beck Verlag.
- World Bank (2010): *Accommodating Migration to promote Adaption to Climate Change*. Policy Research Working Paper. The World Bank.
- Worldwatch Institute (1988): *Environmental Refugees: A Yardstick of Habitability*. Worldwatch Paper No. 86: Washington: Worldwatch Institute.
- Zetter, Roger (2007): More Labels, Fewer Refugees: Remaking the Refugee Label in an Era of Globalization. *Journal of Refugee Studies* 20 (2), 172–92.
- Zolberg, Aristide R.; Suhrke, Astri & Aguayo, Sergio (1989): *Escape from Violence: Conflict and the Refugee Crisis in the Developing World*. New York: Oxford University Press.
- 350.org Website: Verfügbar unter: <https://350.org/de/uber350/> (14.12.2017).

Asyl für Klima_flüchtlinge? Im Zuge des Klimawandels ist nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch international eine Debatte über die Rechtsstellung von Klima_flüchtlingen entbrannt, der die Frage zugrunde liegt, welche Fluchtgründe als politisch legitim erachtet werden und welche nicht. Marlene Becker beleuchtet im Rahmen einer kulturanthropologischen Policy-Analyse die Genese der Figur des Klima_flüchtlings, untersucht die Voraussetzungen zur Entstehung politischer Handlungsräume und setzt sich mit der Wissensproduktion im Politikfeld auseinander. Die vorliegende Studie hinterfragt kritisch gängige migrationspolitische Kategorien und hegemonial gewordene Klima_fluchtdiskurse im Kontext des europäischen Grenz- und Migrationsregimes sowie der globalen Klima-Governance. Die Studie zeichnet detailreich nach, wohin sich die Debatte über Klima-Asyl entwickelt hat.



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN

ISBN: 978-3-86395-439-0
eISSN: 2512-7055

Universitätsverlag Göttingen